Mittwoch, 2. November 1983 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 30 41; Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 256 - 44. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Kohl in Tokio: Japan und die Bundesrepublik wollen ihre politischen Konsultationen bei internationalen Fragen durch jährliche Begegnungen der Regierungschefs vertiefen. Kanzler Kohl und Ministerpräsident Nakasone waren sich einig, daß bei einer Genfer Einigung über Mittelstreckenraketen die Sicherheit Japans berücksichtigt werden müsse. (S. 12)

Evangelische Kirche: Der EKD-Ratsvorsitzende Eduard Lohse hat die „Friedensbewegung“ gewarnt, sie sollte alles unterlassen, „was dem Aufbau von Feindbildern fördern“ und die demokratische Ordnung gefährden könnte. (S. 4)

Folter in Afghanistan: Politische Gefangene in Afghanistan werden nach Angaben von Amnesty International während ihrer Verhöre systematisch gefoltert. Betroffen seien nicht nur Angehörige des Widerstands, sondern auch Beamte, Lehrer und Studenten.

Irrtümlicher Angriff: Auf Grenada sind mindestens zwölf Patienten einer psychiatrischen Anstalt bei einem irrtümlichen Luftangriff der Amerikaner getötet worden. Inzwischen sind insgesamt 18 US-Soldaten gefallen.

Stationierung gebilligt: Mit großer Mehrheit hat das britische Unterhaus die geplante Stationierung von 160 Marschflugkörpern ab Jahresende gemäß dem NATO-Doppelbeschluß gebilligt.

Marx zu Grenada: Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, Werner Marx (CDU), hat die Bundesregierung aufgefordert, mit großem Nachdruck der „verderblichen Gleichsetzung“ der Vorgänge auf Grenada mit jenen in Afghanistan zu widersprechen. Die USA bereiteten auf Grenada einer freiheitlichen Regierung den Weg, sagte er in einem WELT-Interview. (S. 4)

Forderung verschwiegen: Das Gespräch des „DDR“-Staatsratsvorsitzenden Honecker mit Vertretern der Grünen war gestern Spitzenthema in der „DDR“-Presse. Es fehlte jedoch jeder Hinweis auf die Forderung der Grünen nach mehr Freizügigkeit für die unabhängige Friedensbewegung in der „DDR“. (S. 12)

Arsenal der Sowjets: Moskau hat in den vergangenen zehn Jahren nach US-Erkenntnissen sein gesamtes Waffenpotential erheblich stärker ausgeweitet als die USA. So seien etwa 2000 neue Interkontinental-Raketen (USA: 350), 54 000 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge (11 000) und 6000 taktische Kampfflugzeuge (3000) produziert worden.

Heute: Bundeskanzler Kohl spricht vor beiden Häusern des japanischen Parlaments. – Außenminister Genscher in Finnland. – Verteidigungsminister Wörner empfängt den ägyptischen Verteidigungsminister Mohammed Abdel Halim Abou Ghazala in Bonn.

ZITAT DES TAGES



„Die Berliner bedeuten uns etwas ganz Besonderes in der Welt. Denn Berlin ist schließlich immer noch der Leuchtturm der freien Welt“

Der amerikanische Autoindustrielle Henry Ford II. bei der Verleihung des „Goldenen Lenkrads“ durch den Verleger Axel Springer

FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Japan und USA einig: Japan will seine Autoexporte in die USA für ein viertes Jahr einschränken. Für das am 1. April 1984 beginnende Wirtschaftsjahr gilt eine Obergrenze von 1,85 Millionen Fahrzeugen (bisher 1,68 Millionen).

Optimismus wächst: Eine weitere Verbesserung des Geschäftsklimas in der Industrie hat das Münchner Ifo-Institut festgestellt. Sowohl die aktuelle Geschäftslage als auch die Aussichten für die nächsten sechs Monate würden günstiger beurteilt. (S. 13)

Handel mit „DDR“: Die Bundesrepublik hat in den ersten neun Monaten wertmäßig 23 Prozent mehr Waren in die „DDR“ geliefert als ein Jahr zuvor. Exporte beliefen sich auf 5,46 Milliarden DM, Importe aus der „DDR“ auf 4,98 Milliarden DM.

Devisenkontrolle: Zur Stärkung der eigenen Währung hat Israel wieder Devisenkontrollen eingeführt. Ausländische Devisen dürfen nur noch für Auslandsreisen oder im Ausland gekaufte Güter erworben werden. (S. 12)

Börse: Die meisten Aktienkurse gaben gestern leicht nach. Dabei machte sich die fehlende Arbitrage mit den Börsen in den überwiegend katholischen Bundesländern bemerkbar. Am Rentenmarkt waren DM-Auslandsanleihen uneinheitlich. WELT-Aktienindex 148,4 (148,3); Dollarmittelkurs 2,6477 (2,6264) Mark; Goldpreis je Feinunze 377,75 (382) Dollar.

KULTUR

Kloster zurückgegeben: Die Sowjetregierung hat das nach der Revolution beschlagnahmte älteste Moskauer Kloster der Russischen Orthodoxen Kirche zurückgegeben. Im 1282 gegründeten Daniel-Kloster wird unter anderem ein Mönchskloster errichtet.

Japanischer Nobelpreis: Japan will eine internationale Wissenschaftlerauszeichnung nach dem Modell des schwedischen Nobelpreises schaffen. Der mit umgerechnet 540 000 Mark dotierte Preis für angewandte Forschung soll ab 1985 vergeben werden.

SPORT

Fußball: Nationalspieler Lothar Matthäus (Borussia Mönchengladbach) verursachte einen schweren Autounfall. Er soll unter Alkoholeinfluß gestanden haben.

Fußball: Ausschnitte von den Europapokal-Spielen mit deutscher Beteiligung zeigt das erste Fernsehprogramm (ARD) heute von 22.30 bis 24.00 Uhr.

AUS ALLER WELT

„Krieg“ beendet: Mit der Unterzeichnung eines „Friedensvertrags“ ist ein hundertjähriger Krieg zwischen dem südspanischen Dorf Lijar und Frankreich beendet worden. (S. 26)

Raumspaziergang: Die beiden sowjetischen Kosmonauten an Bord von Saljut 7 haben gestern die Orbitalstation zu einem knapp dreistündigen Weltraumspaziergang verlassen, um eine zusätzliche Sonnenbatterie anzubringen.

Wetter: Im Westen und Südwesten bewölkt, im Norden zeitweise Sprühregen. Um 10 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

In Tokio korrigiert Kohl die Bonner Aussage zu Grenada

Marx (CDU) verteidigt in einem WELT-Interview das Eingreifen der USA

DW. Bonn

Die Bundesregierung beginnt, ihre anfänglich kritische Einstellung gegenüber dem amerikanischen Unternehmen auf der Karibik-Insel Grenada zu korrigieren. Bundeskanzler Kohl bezeichnete in Tokio gemeinsam mit dem japanischen Premierminister Nakasone die Entwicklung in der Karibik zwar als bedauerlich, äußerte aber „Verständnis“ für die Gründe und Hintergründe des militärischen Eingreifens der Vereinigten Staaten.

In diesem Zusammenhang erklärte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags, Werner Marx (CDU), am Dienstag in einem Gespräch mit der WELT, Washington habe im Einklang mit dem Völkerrecht gehandelt. Mit der Entsendung von Truppen hätten die Amerikaner einem „dringenden Wunsch der Verbündeten und Nachbarn“ entsprochen.

Marx distanzierte sich in dem Interview von Außenminister Genscher, der im Bundestag erklärt hatte, die Regierung würde von der Aktion in der Karibik abgeraten haben, hätten die Amerikaner Bonn vorher gefragt. Dazu sagte Marx, die Bundesregierung sei zwar nicht rechtzeitig unterrichtet worden, müßte aber „froh sein“, daß sie von den Amerikanern *nicht konsultiert wurde.* „Welchen Ratschlag hätte die Regierung bei ihrem geringen Wissensstand eigentlich geben können, wenn man vorher um ihre Meinung nachgesucht hätte?“ fragte Marx.

Marx gab der Bundesregierung den Rat, der vor allem von der Opposition gezogenen Parallele zwischen Grenada und Afghanistan zu widersprechen: Die beiden Ereignisse seien unvergleichbar. Die Sowjets hielten das Land seit vier Jahren besetzt und schlachteten jede Woche einige hundert Menschen ab.

SEITE 4:
Wortlaut des Interviews
SEITEN 3 UND 12:
Weitere Beiträge

Das Einlenken der Bundesregierung zeichnete sich bereits am Montag ab, als Regierungssprecher Sudhoff in Bonn erklärte, bei der endgültigen Stellungnahme zum amerikanischen Einmarsch werde die Regierung eine Reihe inzwischen bekanntgewordener Umstände berücksichtigen. Dazu zählte er die Bewaffnung der kubanischen Arbeiter auf Grenada, die Entdeckung von Waffenarsenalen und das Hilfeersuchen des britischen Generalgouverneurs.

Demgegenüber bekräftigte am *Dienstag* der *Staatsminister* im Auswärtigen Amt, Möllemann (FDP), die anfängliche Kritik der Bundesregierung am amerikanischen Verhalten. Im Deutschlandfunk sagte er, Außenminister Genscher habe in der vergangenen Woche für das ganze Kabinett gesprochen, als er erklärte, Bonn hätte den Amerikanern von der Aktion abgeraten, wäre es vorher gefragt worden. Er sehe daher „keinen seriösen Grund für Kritik“, meinte Möllemann unter Anspielung auf Äußerungen von Franz Josef Strauß, der das amerikanische Vorgehen in einem Interview mit der WELT verteidigt hatte.

Gleichzeitig kritisierte Möllemann jedoch Kuba „und einige andere“, die für sich das Recht in Anspruch nähmen, „überall brüderliche Hilfe zu leisten und Einfluß zu nehmen in einer Art und Weise, die auch nicht hingenommen werden kann“.

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU), der Kohl bei seinem Besuch in Asien begleitet, interpretierte gegenüber dem japanischen Außenminister Abe, das „Verständnis“ des Bundeskanzlers für die USA. In der deutschen Sprache sei „Verständnis“ nicht gleichbedeutend mit „Einverständnis“, meinte Mertes.

DER KOMMENTAR

Das Zinsen-Alibi

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Die amerikanische Konjunktur hat kräftig an Fahrt gewonnen. Davon können die westeuropäischen Staaten – selbst die Bundesrepublik, die sich in diesem Verbund noch recht gut ausnimmt – nur träumen. Der Aufschwung in USA ist stabil, obwohl dort die Zinsen nach wie vor hoch sind. Sie liegen beträchtlich über denen, die in der Bundesrepublik gezahlt werden.

In den USA greift die Zinsbremse nicht mehr. Die Konsumenten kaufen verstärkt, und zwar trotz der hohen Zinsen vor allem auf Pump. Dabei spielt eine Rolle, daß sie die Zinsen bei der Berechnung ihres Einkommens, das für die Steuer maßgebend ist, absetzen können. Dieses ist in der Bundesrepublik nicht der Fall. Zum anderen können die Unternehmen jenseits des Atlantiks ihre Investitionen in erheblichem Umfang aus eigenen Mitteln bezahlen. Bei uns in der Bundesrepublik spielt die Fremdfinanzierung eine sehr viel größere Rolle. Daher nennen Unternehmen bei Umfragen das gegenwärtige Zinsniveau immer noch ein mitentscheidendes Investitionshemmnis.

Derjenige springt jedoch zu kurz, der allein die US-Zinsen dafür verantwortlich macht, daß die Investitionen bei uns nicht stärker steigen. Zwar gibt es einen internationalen Zinszusammenhang; von dem kann man sich aber auch abkoppeln. Voraussetzung dafür ist, daß die auf Konsolidierung gerichtete Finanzpolitik konsequent fortgesetzt wird und daß sich die Lohnabschlüsse an dem gesamtwirtschaftlichen Möglichen orientieren. Wenn das Vertrauen in die Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik gestärkt wird, dann wächst auch die Erwartung, daß die Mark gegenüber dem Dollar wieder an Wert gewinnt. Dann nimmt der Spielraum der Bundesbank für Zinssenkungen zu.

Mehr noch: Die gute Konjunktur in den USA, der mit Abstand größten Wirtschaftsmacht der Welt, strahlt auch auf andere Länder aus. Die Amerikaner kaufen auch mehr im Ausland. Gerade darauf gründen sich die Hoffnungen für den Welthandel, von dessen Aufschwung besonders die deutsche Volkswirtschaft profitieren wird. Der ständige Hinweis auf die amerikanischen Zinsen verengt den Blickwinkel auf nur eine Seite der Medaille.

Unterhaus klar für Stationierung

Amerikanische Marschflugkörper werden noch in diesem Jahr nach Großbritannien gebracht

FRITZ WIRTH, London

Die ersten amerikanischen Marschflugkörper werden in drei Wochen in Großbritannien auf dem amerikanischen Stützpunkt in Greenham Common eintreffen. Sie werden bis zum 31. Dezember dieses Jahres einsatzbereit sein. Das ging aus der Verteidigungsdebatte des britischen Unterhauses hervor, in der das Parlament mit seiner Mehrheit von 144 Stimmen die Stationierung amerikanischer Marschflugkörper auf britischem Boden billigte.

In der sechsstündigen Debatte schloß Verteidigungsminister Michael Heseltine eine Änderung des gemeinsamen britisch-amerikanischen Entscheidungsprozesses für den Einsatz dieser Marschflugkörper aus: „Wir haben diese Prozedur noch einmal sorgfältig überprüft und sind absolut sicher, daß es keine militärischen Gründe gebe, dieses System zu ändern.“

Es sei sichergestellt, daß keine amerikanische Rakete ohne Zustimmung des britischen Premierministers von britischem Boden aus abgefeuert werden könne. Ein Änderungsantrag der sozialliberalen Allianz, angesichts des gegenwärtigen gespannten anglo-amerikanischen Verhältnisses diesen Entscheidungsprozeß zugunsten des sogenannten „Zwei-Schlüssel-Systems“ zu ändern, wurde vom Parlament mit einer Mehrheit von 338 Stimmen abgelehnt.

SEITE 2:
Denis Healeys sonderbare Rolle

Heseltine betonte, daß es trotz der „ernsten und schädigenden“ Meinungsverschiedenheiten zwischen London und Washington in der vergangenen Woche keinen Grund gebe, von einem gestörten Vertrauensverhältnis zwischen beiden Nationen zu sprechen. Außerdem hätten die USA niemals um ein direktes Mitspracherecht beim Einsatz britischer Nuklearwaffen gebeten.

Die Debatte wurde zweimal durch Demonstranten unterbrochen, die aus dem Unterhaus entfernt werden mußten. Zu gleicher Zeit veranstaltete die britische „Friedensbewegung“ Fackelzüge am Trafalgar Square und vor Downingstreet, die vorübergehend den Verkehr in der Londoner Innenstadt lahmlegten, aber keine ernsthaften Zwischenfälle verursachten.

Konservative in Opposition zu Thatcher

DW. London/Washington

Vierzig konservative Abgeordnete des britischen Unterhauses haben einen Antrag unterzeichnet, in dem das Eingreifen der USA in Grenada „voll unterstützt“ wird. Das gestern veröffentlichte Papier kommt einem gezielten Angriff auf Premierministerin Thatcher gleich, die sich in einer BBC-Sendung von dem Vorgehen der USA distanziert hatte. Ein westliches Land dürfe auch dann nicht in einen anderen Staat einmarschieren, wenn dort Dinge geschähen, die es nicht billige.

In dem Papier der Abgeordneten heißt es: „Während Aufstände zur Förderung der marxistischen Tyrannei in manchen Kreisen weiter als legitimer politischer Prozeß betrachtet werden, wird eine wirksame Aktion zur Aufrechterhaltung der Rechtsordnung verurteilt.“ Zu den Unterzeichnern gehören die früheren Minister Geoffrey Rippon, Julian Amery und David Howell.

Eine Sprecherin des Commonwealth-Sekretariats in London teilte mit, daß die Pläne zur Entsendung einer Sicherheitstruppe der Organisation Fortschritte machten. Australiens Regierung gab bekannt, daß sie sich daran nicht beteiligen werde.

Die USA ziehen unterdessen die an der Aktion beteiligten Marine-Infanteristen von der Insel ab, um sie nach Libanon zu bringen. Die Truppen werden durch Fallschirmjäger der 82. Luftlandedivision ersetzt. Mit dem Gouverneur Scoon werden Gespräche über die Bildung einer Interimsregierung geführt.

US-Senat stimmt gegen „Einfrieren“

TH. KIELINGER, Washington

Sieg und Niederlage lagen in der Nacht zum Dienstag für die Reagan-Administration eng beeinander. In einer Abstimmung im Kongreß lehnte das Plenum des Senats die von Edward Kennedy eingebrachte Resolution zum Einfrieren („freeze“) der Atomarsenale in Ost und West ab, und zwar mit der deutlichen Mehrheit von 58:40 der Stimmen. Der Verteidigungsausschuß derselben Kammer aber hatte zuvor ein wichtiges Ersuchen des Weißen Hauses abgelehnt: Mit 14:12 sprach er sich gegen den Bau neuer chemischer („binarischer“) Waffen aus.

Nach der Abstimmung über die „Freeze“-Resolution im Senat ist fast sicher, daß diese Thematik auf absehbare Zeit aus der inneramerikanischen Debatte verschwinden wird. Für die sogenannte Friedensbewegung in den USA ist das eine bedeutsame Schlappe. Zwar hatte das Repräsentantenhaus im Sommer für den nuklearen „Freeze“ gestimmt; doch hat sich das Klima seither sichtlich in Richtung einer Versachlichung der Sicherheitsdiskussion hin geändert.

Was den Bau modernisierter Versionen des vorhandenen chemischen Waffenarsenals angeht, so könnte das Plenum des Senats das Thema noch einmal aufgreifen. Doch stehen die Aussichten dafür nicht gut, da sich jetzt der Verteidigungsausschuß und das Plenum des Abgeordnetenhauses bereits negativ entschieden haben. Ein neuer Anlauf wäre vermutlich erst in der nächsten Legislaturperiode sinnvoll.

420 Millionen in der Streikkasse

Die finanzielle Ausrüstung für einen Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche

DW. Bonn

In der IG Metall laufen die Vorbereitungen für die Tarifauseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche und einen eventuellen Arbeitskampf an. Der neue Vorsitzende Hans Mayr hat die mit 2,5 Millionen Mitgliedern größte Einzelgewerkschaft weltweit als finanziell gut gerüstet für einen eventuellen Streik bezeichnet. Und auch er rechnet mit der härtesten tarifpolitischen Auseinandersetzung seit dem Krieg.

Über die wahren Rücklagen der IG Metall, aus denen letztlich die in der Satzung vorgeschriebenen Unterstützungszahlungen für Streikende und für die ausgesperrten Mitglieder bezahlt werden müssen, schweigt man sich gern aus. Im Geschäftsbericht 1980–1982 wurde lediglich gesagt, daß 423,6 Millionen Mark Überschuß aus dem erhöhten Beitragsaufkommen – durchschnittlich wird noch 20,86 Mark zugrundegelegt, tatsächlich aber liegt der Satz schon bei fast 23 Mark pro Mitglied und Monat – voll in die Rücklagen geflossen seien. Die entsprechende Summe für den dreijährigen Geschäftsabschnitt beim Gewerkschaftstag in München betrug 113,1 Millionen Mark.

Man geht in der Gewerkschaftsspitze wohl von einer Verfügungsmasse von rund 420 Millionen Mark für einen Streik um den Einstieg in die 35-Stunden-Woche aus. Diese würde bei einer Streikbeteiligung von 200 000 Mitgliedern der IG Metall einen Arbeitskampf von gut sieben Wochen gestatten, wenn die Streikkasse auf 420 Millionen Mark begrenzt ist. Für die letzten Streiks – 1978 in der Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbadens und 1978/1979 in der Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens – wurden damals nach offiziellen Zahlen 145 Millionen und rund 90 Millionen Mark bezahlt.

Die interne Aufstellung über das Durchhaltevermögen der IG Metall:

Zahl der streikenden Mitglieder	Streikunterstützung inkl. Nebenkosten	Wochen
10 000	2 880 360 DM	145,8
50 000	14 401 800 DM	29,1
75 000	21 602 700 DM	19,4
100 000	28 803 600 DM	14,5
125 000	36 004 500 DM	11,6
150 000	43 205 400 DM	9,7
200 000	57 607 200 DM	7,3

Die rätselhaften Zinsen in den USA

HORST-A. SIEBERT, Washington

Die US-Konjunktur verläuft trotz der enorm hohen Realzinsen „normal“. Die Qualität des Aufschwungs ist vergleichbar mit den meisten zyklischen Bergfahrten seit 1945: Das Wachstumstempo bleibt deutlich unterhalb der Boomschwelle. Daran ändert auch die starke Zunahme des Bruttosozialprodukts im zweiten und dritten Quartal um preisbereinigt 9,7 und 7,9 Prozent nichts. Nach längeren Rezessions- und Stagnationsphasen sind derartige „Explosionen“ üblich. Die Rate ist schon dabei, sich zwischen vier und fünf Prozent einzupendeln.

Erklärungen sind um so schwieriger, als das US-Haushaltsdefizit im gerade beendeten Finanzjahr 207,7 Milliarden Dollar erreicht hat und damit um 63 Prozent über dem Rekordminus 1982 lag. Nach Berechnungen des Budgetbüros des Kongresses wird das Defizit in den kommenden drei Jahren nur geringfügig sinken – „auch wenn einige kleine Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen beschlossen werden“. Es ändert sich also wenig: Der Finanzbedarf des Schatzamtes bleibt hoch; nicht umsonst beträgt der Zinssatz für langfristige Treasury Bonds, der den Preis für Hypotheken und Unternehmensanleihen mitbestimmt, 11,69 Prozent, verglichen mit zwölf Prozent, als die Reagan-Administration ihr Amt antrat.

Warum ist der Bremseffekt der hohen Zinsen in Amerika nicht oder nur kaum zu spüren? Es gibt vor allem drei Antworten:

Zum einen bleibt es ein wichtiger Faktor, daß US-Bürger alle denkbaren Zinsen von ihrer Einkommensteuer absetzen können. Je nach Steuerklasse kann sich dadurch der Geldpreis halbieren, so daß er fast der traditionellen Belastung entspricht. Alle Versuche, Limite zu setzen, sind bisher gescheitert. Auch für die Zukunft ist solch ein Eingriff aus politischen Gründen unwahrscheinlich; zusammenbrechen könnte der auf dem Absetzprinzip aufgebaute Häusermarkt.

Zum anderen werden Washingtons rote Zahlen durch Überschüsse in den Haushalten der Bundesstaaten und Gemeinden teilweise ausgeglichen. Des Rätsels eigentliche Lösung ist jedoch bei den Unternehmen zu suchen. Sie schwimmen sozusagen in Geld, was sich an der Nachfrage nach Geschäftskrediten ablesen läßt, die trotz anspringender Investitionen und Aufstockung der Lager eher stagniert. Nach Angaben des Federal Reserve Board machten die ausstehenden Bankkredite an Firmen am 19. Oktober 215,4 Milliarden Dollar aus, gegenüber 217,8 Milliarden Dollar vor Jahresfrist. Der Umfang der Commercial Paper, ein beliebtes Finanzierungsinstrument, stieg nur von 171,9 auf 178,2 Milliarden Dollar.

Endlich spült die Konjunkturpumpe über rascher wachsende Gewinne Bargeld in die Firmenkassen. Die 1981 in Kraft getretenen Steuererleichterungen – verbesserte Abschreibungen und Steuervorabzüge bei Investitionen – haben außerdem allein in diesem Jahr den Cash-flow um 25 Milliarden Dollar erhöht. Hinzu kommen umfangreiche Kostensenkungen durch Rationalisierung, Lohnkonzessionen und unter der Inflationsrate liegende neue Tarifabschlüsse. Erheblich gestiegen ist dadurch die Produktivität. Mit einem Wort: In den USA ist Eigenfinanzierung wieder Trumpf. Da kein Gedränge bei den Banken herrscht, entsteht auch kein Zinsdruck.

Kirche protestiert gegen Politik der Sandinisten

Verstärkter Widerstand gegen neues Wehrdienstgesetz

AP/KNA, Managua/Wien

Die katholische Kirche Nicaraguas hat für heute zu einem nationalen Protest gegen die Beschränkung ihrer Arbeit durch die sandinistische Regierung und ihr nahestehende Kreise aufgerufen.

Demonstranten, die von dem sandinistischen Regime gesteuert werden, hatten am vergangenen Sonntag wegen der Kritik der Kirche an dem neuen Wehrgesetz den Weihbischof der Hauptstadt, Bosco Vivas, bedroht und geschlagen. Außerdem waren sie in acht Gotteshäuser eingedrungen. Durch Tumulte und Beschädigungen der Kircheneinrichtungen erzwangen sie eine Absetzung der Gottesdienste.

Die nicaraguanische Bischofskonferenz hatte am 30. September in einem Hirtenbrief gegen das Wehrgesetz Stellung bezogen, das vom 1. Januar kommenden Jahres an die Erfassung von 200 000 Männern und Frauen im Alter zwischen 17 und 40 Jahren für den Militärdienst vorsieht. 15 000 Personen sollen sofort eingezogen werden. Die Kirche ist der Auffassung, daß das Wehrdienstgesetz nur den Zwecken der regierenden sandinistischen „Nationalen Befreiungsfront“ diene und alle Merkmale der Gesetzgebung eines totalitären Staates erfülle. Kirchenvertreter beschwerten sich darüber, daß Katholiken mit dem Gesetz das Menschenrecht der Wehrdienstverweigerung vorenthalten werde.

Der Leiter des Priesterseminars von Managua, Oswaldo Mondragon, nannte das Gesetz eine totalitäre Vorschrift, die keinen Unterschied zwischen Partei und Armee mache. Angehörige des Heeres erhielten sandinistische Parteiausweise. Dadurch leiste man im Heer „einen Dienst für die Partei und nicht für das Vaterland“, sagte Mondragon in Wien.

Zu Meinungsverschiedenheiten zwischen der sandinistischen „Volkskirche“ und der Hierarchie der katholischen Kirche meinte Mondra[illegible] daß die „Volkskirche“ im Mom[illegible] die einzige Möglichkeit eines [illegible] schwungs sehe. Die nicaraguan[illegible] Bischofskonferenz dagegen [illegible] eine kritische Haltung gegenüb[illegible] sandinistischen „Volkskirche“

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Auf der anderen Seite

Von Enno v. Loewenstern

Es gibt noch keinen deutschen Friedensvertrag, aber es gibt einen deutsch-deutschen Friedensvertrag, geschlossen zwischen Herrn Erich Honecker einerseits und Herrn Lukas Beckmann andererseits. Wenn jemand so eine Geschichte auf der Kabarettbühne dargestellt hätte, dann hätte die öffentliche Meinung ob der Geschmacklosigkeit in der Atomwaffenfrage, bei der es doch bekanntlich um das Überleben der Menschheit geht, die Köpfe geschüttelt. Aber es war keine Bühne, es war Parkett, mit einem verlegen kichernden Honecker als Hauptdarsteller.

Natürlich fordert der sonderbare Auftritt erst einmal den Verdacht heraus, es handle sich um ein Alibi für nützliche Marschierer gegenüber dem immer drückender werdenden Vorwurf der Einäugigkeit. In der Tat hat die Bewegung jahrelang praktisch nur mit Parolen wie „Keine neuen Atomwaffen in Europa" operiert (was überdeutlich besagt: die schon vorhandenen SS 20 werden nicht beanstandet), oder „Pershing 2, Cruise missiles NEIN!". Nur gelegentlich tauchte ein Ablenkungsschildchen auf mit der verlegenen Aussage „Abrüstung in Ost und West".

Gegen alle Vorhalte schirmte man sich mit der Ausrede Epplers und Bahrs ab, daß man doch nur für die eigene Regierung „zuständig" sei (auch wenn man sonst frohgemut gegen andere Regierungen in USA, Vietnam, El Salvador usw. aufzumarschieren pflegte), oder man holte sich das Stichwort bei Lafontaine: Was habe ich von meiner Freiheit, wenn ich tot bin?

Aber, wie gestellt auch immer der einminütige Auftritt auf dem Roten Platz oder die komische Szene bei „Honey" wirken mag, es klingt eine wirkliche Sorge um die eigene Glaubwürdigkeit durch, wenn gesagt wird: weitere sowjetische Rüstung würde die westliche Bewegung zusammenbrechen lassen. Die Kritik an der Einseitigkeit hat also doch gewirkt.

Und die Grünen haben sich nun selber in Zugzwang gebracht. Erstens haben sie ein für allemal bestätigt, daß man doch verpflichtet ist, auch bei den anderen auf Abrüstung hinzuwirken. Zweitens haben sie „bewiesen", daß das dort auch möglich ist – wenn es also in Zukunft von den Machthabern unterbunden wird, dann beweist das auch etwas, und dem müssen die Grünen sich dann stellen. So könnte, wer weiß, am Ende eine wirkliche Friedensbewegung daraus werden.

Am eckigen Tisch

Von Jürgen Liminski

In frostiger Atmosphäre sind die Teilnehmer der libanesischen Versöhnungskonferenz in Genf an ihrem fünfeckigen Tisch zusammengetroffen. An diesem Klima wird sich nicht viel ändern. Dennoch ist es unwahrscheinlich, daß die Konferenz völlig ergebnislos verläuft oder gar scheitert. Daran sind weder die Syrer noch die Amerikaner interessiert, freilich aus unterschiedlichen Gründen.

Syrien zielt ab auf eine Annullierung des israelisch-libanesischen Abkommens und erstrebt eine Beteiligung seiner libanesischen Marionetten an der Zentral-Regierung in Beirut. Washington will einfach Ruhe haben an dieser Front, womöglich um zu einem späteren Zeitpunkt ein paar Ledernacken aus Beirut abziehen zu können. Das wissen die Syrer, und deshalb ist ihnen auch an einem Minimalerfolg der Konferenz etwas gelegen.

Aber an eine Änderung oder Annullierung des israelisch-libanesischen Abkommens ist derzeit nicht zu denken. Beirut weiß: Das würde die Besetzung Südlibanons festschreiben und die ohnehin schon recht hilflose Position gegenüber Syrien noch weiter schwächen. Ernster ist es mit der Beteiligung der prosyrischen Rebellen an der Zentralregierung in Beirut, ein Vorschlag, den bestimmte europäische Medien begeistert unterstützen. Von einer neuen Machtbalance aufgrund demographischer Veränderungen ist die Rede. „Echte Demokratie" wird gefordert.

Syrer und Sowjets rechnen mit dem Gedächtnisschwund der westlichen Welt. Erstens ist der Beweis für die demographische Verschiebung noch nicht erbracht, und zweitens berücksichtigt der jetzige Proporz bei der Ämterverteilung in Libanon gerade die Tatsache, daß die Muslims einen anderen Nationbegriff haben als die Christen. Ihre Loyalität gilt nicht dem Staat, sondern der Gemeinschaft oder Nation aller Muslims. Der christliche Präsident garantiert als Mitglied einer Minderheit im arabischen Meer ringsum die Freiheit und Gleichheit aller Libanesen. Ein muslimischer Präsident müßte eine islamische Republik ausrufen. Das war der Hauptgedanke des Nationalpakts von 1943. Wer daran rüttelt, betreibt die Teilung des Landes. Der Tisch in Genf braucht eine sechste Seite – für einen Historiker.

Fernsehschau intern

Von Leonid Hoerschelmann

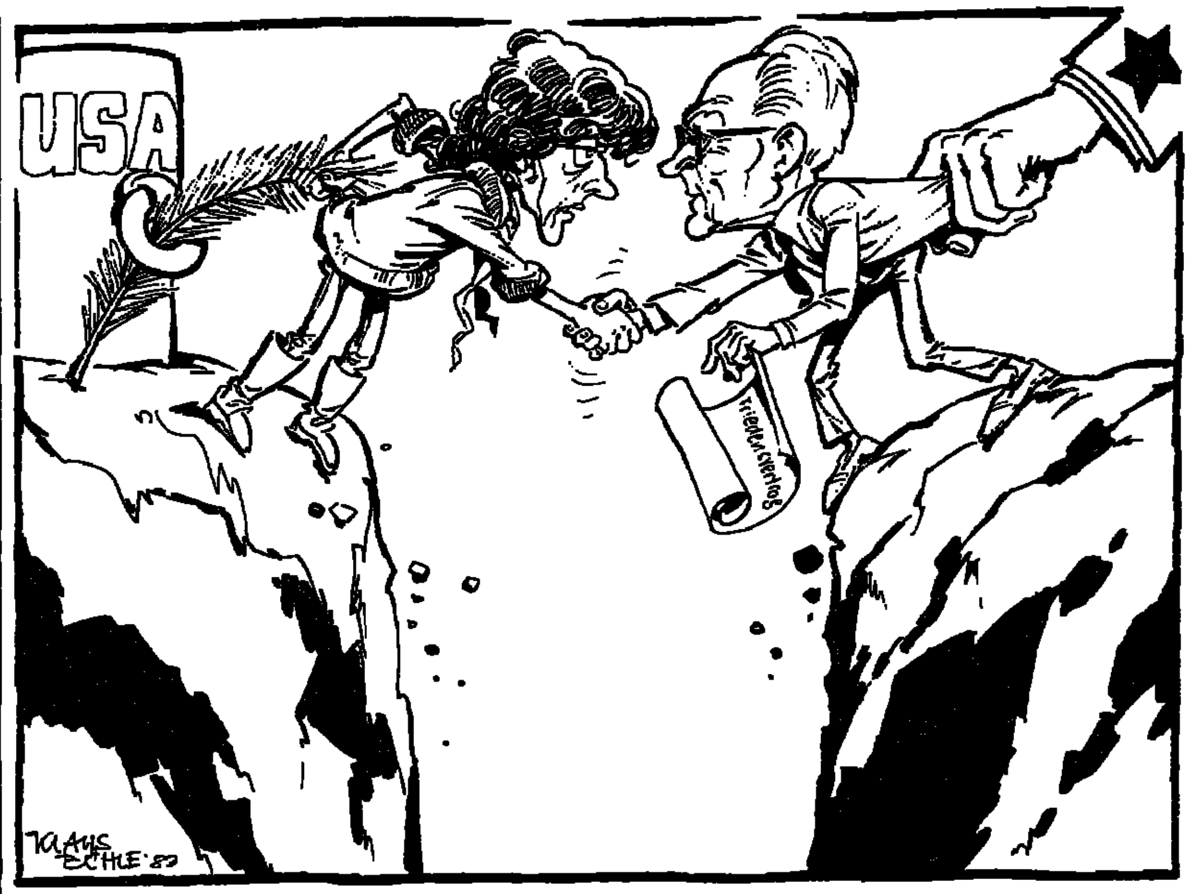
Unsere Fernseh-Showmaster glauben offensichtlich, sie seien viel zu selten auf dem Bildschirm. So laden sie sich gegenseitig auch noch als Gäste in ihre Shows ein und überschütten einander mit Komplimenten. Zwar sind manche Komplimente subtile Gemeinheiten, und auch sonst ist diese Tarifpolitik der Spaßmachergewerkschaft nicht nach jedermanns Geschmack.

Aber sie ist immer noch appetitlicher als jene Darbietungen auf Gegenseitigkeit, die zur Zeit andere Heroen aus dem Reiche der Öffentlichen Gerechtigkeit veranstalten.

Da hat – die Rede ist vom Fall Franz Alt – ein Intendant eine in der Sache plausible Entscheidung zu einem falschen Zeitpunkt getroffen, vor allem aber falsch begründet (er hätte sich vielleicht etwas bei den Bremern abgucken sollen, wie die ihre FDP-„Sympathisantin" Marlies Schäfer abgeschossen haben). Die Sache ist inzwischen durch einen Vergleich beigelegt. Was der Moderator Alt, wenn er hätte moderieren dürfen, je hätte sagen können, ist dreißig-, nein, hundertfach von anderen gesagt, geschrieben und unterschrieben worden.

Aber einigen genügt das nicht. Sie beschimpfen und beleidigen diesen Intendanten, der doch eigentlich im weiteren Sinne ihr Berufs- und Firmenkollege ist, öffentlich in einer unvorstellbaren Tonart, und das nicht einmal direkt ins Gesicht, sondern mit Hinterlist in Vorträgen oder Fernschreiben gegenüber Dritten, aber natürlich mit gleicher Post zur Veröffentlichung an Zeitungen.

Man steht ein wenig rat- und hilflos vor solchen Eruptionen öffentlich-rechtlicher Meinungsfreiheit. Mut? Das ist so ziemlich das einzige, was man hierzulande nicht braucht, wenn man jemand anderen öffentlich beschimpfen will. Freiheit? Zwanghaftigkeit kommt einem schon eher in den Sinn. Immer, wenn die Gebühren diskutiert werden, beklagen die Anstalten das „ungünstige Klima", in dem diskutiert wird. Aber manchmal ist Klima auch eine Frage der Intelligenz.



Die Geneigten ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Weichenstellung

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Seit Anbeginn, seit 1949 also, ist die Nominierung und Wahl des Bundespräsidenten elementarer Bestandteil des politischen Prozesses. Dafür zwei Beispiele:

Nach der ersten Bundestagswahl im Jahr 1949 versammelte Konrad Adenauer am 21. August die maßgebenden Parteifreunde in seinem Rhöndorfer Haus. Er präsentierte sich selbst als künftigen Bundeskanzler, und damit war entschieden, daß nicht eine Große Koalition mit der SPD, sondern die Kleine Koalition mit der FDP und der DP (DP: Deutsche Partei) gebildet werde. Zur Abstützung dieser Koalition schlug Adenauer den FDP-Politiker Theodor Heuss für das Amt des Bundespräsidenten vor. Über dieses denkwürdige Gespräch hat Adenauer berichtet: „Jemand brachte als Argument gegen Professor Heuss vor, es sei bekannt, daß er nicht gerade kirchenfreundlich sei. Ich erwiderte diesem Herrn: ‚Er hat eine sehr christlich denkende Frau, das genügt.'" Man vergegenwärtigt sich schmunzelnd, wie souverän der Alte von Rhöndorf die Weichen zur Gründung unserer Republik gestellt hat, und heute ist es eine historisch erwiesene Tatsache, daß das Gespann Adenauer/Heuss ein Glücksfall der Deutschen war.

Das zweite Beispiel betrifft die Jahre 1968/69. Vor einigen Monaten, im August, sprach Helmut Kohl öffentlich von Fehlern, die damals „im Vorfeld der Benennung von Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten" gemacht worden seien; und er fügte hinzu: „Ich möchte nicht zulassen, daß wir diese Fehler wiederholen." Man kann dies so verstehen, daß nach Kohls Einsichten das „Stück Machtwechsel" (Gustav Heinemann), welches sich mit der Wahl Heinemanns zum Bundespräsidenten vollzog, vermieden worden wäre, hätte die Union statt des „konservativen" Gerhard Schröder den „liberalen" Richard von Weizsäcker als Kandidaten aufgestellt. Es darf nachträglich darüber spekuliert werden, ob es Walter Scheel damals gelungen wäre, die FDP zu geschlossener Stimmabgabe für Heinemann zu verpflichten, wäre von Weizsäcker der Gegenkandidat gewesen. Unbestritten ist, daß die Wahl Heinemanns zum Staatsoberhaupt der sozialliberalen Koalition Brandt/Scheel den Weg bereitet hat.

Was also hat der CDU-Vorsitzende Kohl, der zugleich der Bundeskanzler ist, zu bedenken, wenn er die Union auf einen Kandidaten für die Bundespräsidentschaft festlegt?

1. CDU und CSU haben in der Bundesversammlung die absolute Mehrheit, sie ist aber keineswegs opulent. Natürlich muß Kohl sich der CSU-Stimmen vergewissern; darüber hinaus gebietet die Koalitionsräson, einen Unions-Kandidaten vorzuschlagen, dem die FDP zustimmen kann.

2. Nachdem Richard von Weizsäcker schon zweimal als geeigneter Kandidat angesehen worden ist, kann man es gut verstehen, daß er 1984 zum Bundespräsidenten gewählt werden möchte. Niemand bestreitet, daß Richard von Weizsäcker für die Aufgabe des Bundespräsidenten, die staatliche Einheit nach innen zu wahren und nach außen zu repräsentieren, exzellent geeignet ist. Dennoch stehen seiner Nominierung zwingende Gründe entgegen:

– Weizsäcker ist bei den Berlinern im Wort. Hält er sein Wort nicht, so kann 1985 die Berlin-Wahl verlorengehen. Fiele 1985 auch das krisengeschüttelte Saarland an Lafon*taine und gelänge es – ebenfalls* 1985 – in Nordrhein-Westfalen nicht, das SPD-Regiment abzulösen, so müßte sich Kohl 1987 mit Mühlsteinen am Hals zur Bundestagswahl stellen.

– Sollte von Weizsäcker nominiert werden, will die SPD keinen eigenen Präsidentschafts-Kandidaten aufstellen, wohingegen die Berliner FDP sich bei der Berlin-Wahl 1985 wieder vor die Existenzfrage gestellt sähe. Es ginge der Bonner Koalition ans Mark, würde von Weizsäcker in der Bundesversammlung mit den Stimmen der SPD und gegen Teile der FDP gewählt.

– Die nächsten Jahre werden deutschlandpolitisch prägend sein. In solchen Zeiten ist das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin in seiner konkreten politischen Bedeutung nicht weniger wichtig als das des Bundespräsidenten.

Wägt Helmut Kohl alle Aspekte ab, so muß sich ihm die Einsicht aufdrängen: Für die Bundespräsidentschaft verfügt die Union über mehrere vortreffliche Kandidaten, für Berlin jedoch nur über einen einzigen.

3. Es ist ans Licht der Öffentlichkeit gekommen, daß Gerhard Stoltenberg als Kandidat nicht zur Verfügung steht. Ihn vorzuschlagen, hätte für Kohl etwas Bestechendes gehabt:

– Weizsäcker bliebe in Berlin,

– Franz Josef Strauß würde der Weg nach Bonn in ein klassisches Ministerium geöffnet, dem er schon einmal mit unbestreitbarem Erfolg vorgestanden hat,

– sollte in der Union je die Frage nach einer personellen Alternative für die Kanzlerschaft auftauchen, so wäre der am ehesten denkbare Konkurrent in die Villa Hammerschmidt entrückt.

*Zieht Kohl das Fazit dieses Kapi*tels, so ergibt sich – und sei es im nachhinein – dieser Schluß: Kohl ist zum Kanzler gewählt worden, damit er Finanzen und Wirtschaft in Ordnung bringt. Gerhard Stoltenberg gilt in der Regierung als *Garant dieser Politik. Es wäre ein* Kardinalfehler, ihn aus dieser Aufgabe zu entlassen.

Wenn über diese beiden Eckdaten zur Machterhaltung des Bundeskanzlers Kohl Klarheit herrscht, dann engt sich das Problem der Kandidatenkür darauf ein, daß Kohl der FDP eine Lösung abringen muß, welche die auf die Dauer schwer abweisbaren Ansprüche von Franz Josef Strauß auf ein angemessenes Bonner Amt befriedigt, und diese Lösung muß mit der Nominierung eines Kandidaten für die Bundespräsidentschaft besiegelt werden, der CSU und FDP gleichermaßen zustimmen. Der Kandidat sollte tunlichst norddeutsch-evangelisch sein. Er kann aber wahrlich auch katholisch sein; *schließlich leben wir nicht mehr im Dreißigjährigen* Krieg.



Ringen um eine Entscheidung: Richard v. Weizsäcker FOTO: KLAUS MEHNER

IM GESPRÄCH Andreas Meyer-Landrut

Staatssekretär für Ost

Von Evi Keil

In einer schwierigen Phase deutsch-sowjetischer Nachkriegsbeziehungen hat sich Außenminister Hans-Dietrich Genscher einen Mann seines besonderen Vertrauens als Staatssekretär ins Auswärtige Amt geholt: Andreas Meyer-Landrut, seit Herbst 1980 deutscher Botschafter in Moskau. Meyer-Landrut (54), der gebürtige Revalenser mit dem unverfälscht baltischen Zungenschlag, verstand es in den letzten Jahren, recht enge Kontakte zu Mitgliedern des Politbüros in Moskau herzustellen, was auch heute keineswegs für ausländische Botschafter an der Moskwa selbstverständlich ist. Dabei halfen natürlich auch die perfekten Russischkenntnisse. Die Eltern hatten seinerzeit in Reval eine emigrierte Russin als Kinderfräulein angestellt, das ihren Sohn Andreas zweisprachig aufzog.

Der Staatssekretär ist in Bonn Nachfolger des Atlantikers Berndt von Staden. Heute wird Meyer-Landrut zum ersten Mal an seinem neuen Schreibtisch arbeiten. Gerade erst in *diesen Tagen aus Moskau zurück*, sind seine Eindrücke frisch über das, was die sowjetische Führung planen könnte, wenn es in Kürze zur Nachrüstung kommt, zur Stationierung von Pershing und Cruise Missiles in der Bundesrepublik.

Meyer-Landrut: „Es ist sicherlich so, daß die Beziehungen eine schwierige Phase durchmachen werden. Aber ich glaube, daß auf längere Sicht die Interessen auch der Sowjetunion so sind, daß wir wieder zu vernünftigen Verhältnissen, soweit das überhaupt mit einem kommunistischen Staat möglich ist, kommen werden. Ich glaube auch nicht, daß jetzt ein totaler Bruch entsteht. Aber es wird eine schwere Periode geben. Ich glaube nicht, daß die wirtschaftlichen Beziehungen sehr stark tangiert werden. Ich glaube, daß in der Tat, was die direkten Maßnahmen angeht, es spiegelbildlich auf Maßnahmen militärischer Art beschränkt bleibt. Das bedeutet aber nicht, daß nicht auch die Atmosphäre leidet. Und



Mit baltischem Akzent: Meyer-Landrut FOTO: JUPP DARCHINGER

auch für meinen Nachfolger Jörg Kastl kann es schwieriger werden, in Moskau zu arbeiten, weil sich die ganze Propaganda wieder auf uns einschießen wird."

Ostpolitik hat einen Großteil der Karriere von Andreas *Meyer-Landrut*, Sohn eines Juristen und Direktors einer Zellulose- und Papierfabrik, seit seinem Studium in Göttingen beeinflußt: Der Student der osteuropäischen Geschichte und Soziologie stieß auf Bismarck, „dessen Gedanken über Ostpolitik ich sehr sorgfältig gelesen habe". Und „auch wenn ich mich in meiner Laufbahn später eigentlich nicht festlegen lassen wollte", kam er von dem Thema nicht mehr los. 1971 wurde der Diplomat Leiter des Referates Sowjetunion, dann Leiter der Unterabteilung Osteuropa, Sowjetunion, KSZE im AA. Es war eine Zeit, in der sich Genscher oft auf seinen Rat stützte.

Die Moskauer Jahre haben für Andreas Meyer-Landrut und seine Frau Hanna, die Malerin ist, engeren Kontakt zum russischen Bürger gebracht: Sowjetische Künstler gingen in der Residenz ein und aus. Fazit des Botschafters: „Die Bürger dort sind viel selbstbewußter geworden."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Zum Besuch der Grünen bei Honecker heißt es hier:

Es wirkt beinahe schon rührend, was das Häuflein der Grünen auf seiner Osttour alles anstellt. Die Transparente vor der Kreml-Mauer mit der Forderung nach Menschenrechten, von der Miliz gnädig geduldet, Petra Kellys T-Shirt mit der Aufschrift „Schwerter zu Pflugscharen", von Erich Honecker nicht zu verhindern und deshalb großzügig akzeptiert – das alles dokumentiert zweierlei: die sympathische Unbekümmertheit, mit der die Grünen Gefühl und Frechheit in die „große" Politik einbringen, aber auch die arrogante Großmut von Systemen, die solche Transporteure der Worthülse „Frieden" gern ihre Spiele machen lassen, denn es schadet jedenfalls nicht. Im Gegenteil. Die Grünen, im Kielwasser von Udo Lindenberg auftretend, *leisten ungewollt solide PR-Arbeit* für Ost-Berlin.

The Daily Telegraph

Zur Nachrüstung bemerkt das Londoner Blatt:

Obwohl die Russen gelegentlich Anzeichen für den Wunsch nach ernsten Verhandlungen gezeigt haben, sind sie nie bereit gewesen, ein Abkommen zu akzeptieren, das die Stationierung einer einzigen Pershing 2 oder Cruise Missile in Europa eingeschlossen hätte. Ihre absolute Unbeugsamkeit in *diesem* Punkt hat ein unüberwindbares Hindernis in den Weg der Verhandlungen gestellt. Trotz der halbherzigen propagandistischen Versuche der Sowjets, von Gleichgewicht zu sprechen, wo es *nicht existiert (durch das Mitzählen der französischen und britischen Ra*keten), haben sie sich kaum um eine Verhüllung ihrer wirklichen Position bemüht: daß Überlegenheit, wenn sie erst einmal erreicht ist, nie wieder aufgegeben wird.

FINANCIAL TIMES

Zur Argentinien-Wahl heißt es in der Londoner Zeitung:

Die überzeugende Mehrheit für die Radikale Partei von Sr. Raul Alfonsin ist sowohl für Argentinien als auch für die internationale Staatengemeinschaft das bestmögliche Ergebnis. Argentinien hat jetzt eine gute Chance, eine gewählte, auf solider Basis stehende Regierung mit dem Ziel auf die Beine zu stellen, die gewaltigen politischen und wirtschaftlichen Probleme als Folge der siebenjährigen Herrschaft unfähiger Militärs in Angriff zu nehmen. Ein demoralisiertes Volk hat die Chance, seinen durch das Falkland-Debakel stark angeschlagenen Nationalstolz wiederzuerlangen.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Zu Grenada meint das Blatt:

Die Europäer geben sich keine Mühe, sich in die Gedankengänge ihres wichtigsten Verbündeten hineinzuversetzen, wie jüngst die rasche Verurteilung der Grenada-Intervention zeigte. Sie leisten nur dort einen Beitrag zur Sicherheit der westlichen Welt, wo sie selbst direkt betroffen sind – also in Europa (und selbst dort nur maulend und mangelhaft). Sie erwarten von den Vereinigten Staaten, daß diese ihnen durch ihre Rüstung den Ernstfall vom Leibe halten. Wird aber das Sicherheitsinteresse der USA im eigenen Vorhof bedroht, wo nach Kuba ein zweites sowjeti*sches Sprungbrett zu entstehen droh*te, sehen sich die Europäer als unbeteiligte Dritte. Das aber sind sie nicht.

Eine Beschwörung, zwei Schlüssel und vier verlorene Jahre

Denis Healeys sonderbare Rolle in der Verteidigungsdebatte / Von Fritz Wirth

Es gibt Zeiten und Konstellationen, in denen die Inhaber der Oppositionsbänke so hilflos und ohnmächtig werden, daß sie wirklich nur noch mit der Heißluft schöner Vokabeln und schwergewichtiger Sätze *operieren können*. Die britische Labour Party ist seit der letzten Unterhauswahl in so einem Notstand, der nur noch verbale Kunstschmiedearbeit übrigläßt. Denis Healey, ihr Schatten-Außenminister, der seit einer Wo*che der Labour Party mit dominie*renden Auftritten das Aussehen einer Ein-Mann-Opposition gibt, beendete soeben seine Vorstellung in der Nuklearwaffendebatte des Unterhauses mit dem weihevollen Satz: „Es gibt wenige Gelegenheiten, bei denen ein Parlament die Möglichkeit hat, den Lauf der Geschichte zu ändern. Dies ist eine."

Der Haken nur ist: Wenn denn im Parlament mit diesem heißen Thema Geschichte zu machen und Geschichte zu ändern ist, warum hat dann die Labour Party in den letzten vier Jahren seit Bestehen des NATO-Doppelbeschlusses niemals einen Versuch gemacht, dieses Thema im Parlament zu debattieren? Der Grund ist ja wohl, daß in diesen vier Jahren Labour intensiv damit beschäftigt war, sich von einer *Partei*, die diesen Beschluß weitgehend mit vorbereitete und förderte, in eine Partei des entschiedenen Unilateralismus zu wandeln. Denis Healey gehört als letzter Multilateralist zu den wenigen Zurückgebliebenen dieser großen *Nuklearwende Labours*. Und das nahm seinen Worten die Wirkung.

Da außerdem die Allianz aus SDP und Liberalen Orientierungsschwierigkeiten hat, einen festen Standort zwischen nuklearer Nachrüstung und Abrüstung zu finden, war diese erste große britische Nukleardebatte seit vielen Jahren ein zahmes und verhaltenes Ereignis. Die Emotionen wurden vor der Tür abgeliefert, wo ein paar tausend Demonstranten für ein paar Stunden mit Fackelzügen die Londoner Innenstadt blockierten.

Wer mit so schlechten Waffen wie Healey in eine Schlacht ziehen muß, ist dankbar für Nebenkriegsschauplätze. Healey schuf einen, indem er die Debatte zu einem Mißtrauensvotum gegen den amerikanischen Präsidenten umzufunktionieren versuchte. Der Grenadakonflikt habe gezeigt, wo auf amerikanischer Seite die Konsultationsgrenzen liegen. Wenn die Amerikaner aus Sicherheitsgründen glauben, in einem so fernen Konflikt die Briten übergehen zu können, wie würden sie dann in Nuklearentscheidungen handeln, wenn die Sicherheit von Tausenden amerikanischer Soldaten in Europa auf dem Spiel steht? Healey leitete aus diesem Vergleich die Forderung nach britischer nuklearer Souveränität, nach dem Finger am Drücker amerikanischer Nuklearraketen auf britischem Boden ab.

Auch hier gab es wieder einen Haken. Seit mehr als sechsunddreißig Jahren, seit den Tagen Attlees und Trumans, gibt es zwischen beiden Staaten ein Abkommen, das sicherstellt, daß keine amerikanische Rakete von britischem Boden ohne die Zustimmung des amtierenden britischen Premiers abgefeuert werden kann. Diese Regelung war bisher allen britischen Regierungen, auch denen der Labour Party mit einem international hoch respektierten Verteidigungsminister namens Denis Healey im Amt, durchaus ausreichend und niemals Anlaß zur Debatte und zur Korrektur.

Nun jedoch möchte Healey einen britischen Finger unmittelbar auf dem amerikanischen Raketendrücker haben und plädierte mit Nachdruck für das Zwei-Schlüssel-System. Darüber mag man diskutieren, doch irgendwie ist der Besitz eines Schlüssels nur sinnvoll, wenn es auch die dazu gehörenden Schlüssellöcher gibt.

Healey aber sprach am Montag im Unterhaus für eine Partei, die laut offiziellem *Parteitagsbeschluß* alle amerikanischen Nuklear-Raketen von britischem Boden entfernen will. Sein Beharren auf dem Finger am Drücker dieser Raketen wirkte irgendwie inkohärent. Das war das Enttäuschende an dieser ersten großen parlamentarischen Nukleardebatte seit vielen Jahren: Die Opposition ging zu unkoordiniert und mit zu schlechten und anfechtbaren Argumenten in diese Auseinandersetzung.

Der Grenada-Konflikt und daraus resultierende Zweifel an der amerikanischen Partnerschaft und Verläßlichkeit in Nuklearentscheidungen sind nicht nur eine Ablenkung, sondern eine Profanierung dieser Nuklearproblematik. Nicht einmal die im Unterhaus dargebotene Zwei-Schlüssel-Diskussion vermag anderen Parlamenten Argumentationshilfe zu liefern. Die Briten sind eine unabhängige Nuklearmacht und befinden sich damit in einer Sonderposition. Verteidigungsminister Heseltine erinnerte daran: „Was wollen wir denn *dann sagen, wenn die Amerikaner* den Finger mit am Drücker unserer eigenen Raketen wünschen?"

Die Gefahren der Straße überfordern den Autofahrer

Immer weniger Autofahrer schnallen sich an; gleichzeitig steigt die Zahl der Unfalltoten. Eine Entwicklung, die Politiker und Sicherheitsexperten nach Wegen suchen läßt, die Anschnallquote zu erhöhen.

Von HEINZ HORRMANN

Die Grabesstille an diesem lausig kalten Abend wurde durch einen Knall zerrissen. Eine gräßlich scheppernde, splitternde Geräuschsinfonie folgte. Danach war es totenstill wie zuvor. Mit Entsetzen sah der Bauer Zimmermann jenseits des Zuckerrübenfeldes auf der höher liegenden Autobahn Köln–Blankenheim die Folgen eines schrecklichen Unfalls. Bei Kilometerstein 476 war ein Mercedesfahrer ohne ersichtlichen Grund von der linken Spur abgekommen und auf den Standstreifen gerast.

Wie ein Pfeil hatte sich der Wagen mit Tempo 120 in ein abgestelltes ACE-Pannenfahrzeug gebohrt. Beim Aufprall verschmolzen beide Autos zu einem bizarren Schrotthaufen. Pannenhelfer Hans Schell, der sein ordnungsgemäß geparktes Fahrzeug für einen Einsatz verlassen hatte, glaubte nicht, daß in den Trümmern des Mercedes 200 ein Mensch überlebt haben könnte. Doch dann entdeckte er den Fahrer, der zwar hilflos eingeklemmt, aber unverletzt im Sicherheitsgurt hing.

Der 20jährige Soldat Ingo Winter überlebte, als bei Tempo 100 in einer langgezogenen Kurve sein Ascona in zwei Teile zerriß. Der Kölner schleuderte mit der Fahrgastzelle in den Graben. Ein gewissenloser Händler hatte dem Gefreiten den aus zwei Unfallfahrzeugen notdürftig zusammengeschweißten Gebrauchtwagen verkauft. Zum Glück funktionierte der Haltegurt. Winter hatte lediglich eine schmerzhafte Druckstelle am Schlüsselbein.

Die Beweisliste für den Gurt als Lebensretter mit den Erfahrungen eines Jahres umfaßt tausende Fälle. Der Gurt rettete Erwachsene und Kinder. Er ließ Schwangere ohne Schaden Auffahrunfälle überleben und sorgte für das oft zitierte Wunder, als ein Porschefahrer mit nahezu 140 km/h gegen einen Baum raste und nur mittelschwere Verletzungen erlitt.

Es ist belegt, daß mehr als 2000 (der 11 600 Verkehrstoten) jährlich und viele tausend Verletzte weniger in der schwarzen Bilanz aufgeführt wären, benutzten alle Autofahrer den Sicherheitsgurt.

Doch immer weniger Deutsche schnallen sich an. Besonders auf Stadt- und Gemeindestraßen sinkt die Quote zusehends (zuletzt von 50 auf 44 Prozent). Das ist der niedrigste Stand seit 1974. Gleichzeitig, ja zwangsläufig steigt die Zahl der Unfalltoten an.

In einer Analyse stellt der ADAC fest: „Autofahrer ohne Gurt sowie Fußgänger und Radfahrer sind die häufigsten Opfer der in diesem Jahr erstmals seit langem wieder hochschnellenden Unfallzahlen. Während die Entwicklung auf den Autobahnen und Landstraßen noch vergleichsweise günstig ist, sind 80 Prozent aller Unfallopfer in geschlossenen Ortschaften zu beklagen. Bis Tempo 60 aber hat der Gurt seine beste Wirkungskraft."

Schon bei geringen Geschwindigkeiten können sich Fahrer und Beifahrer bei einem Aufprall nicht mehr abstützen.

Welche Kräfte schon bei geringen Aufprallgeschwindigkeiten freigesetzt werden, erlebte ich selbst im Allianz-Versuchszentrum Ismaning. Mit Tempo 25 fuhr ich mit einem Versuchsschlitten auf ein stählernes Hindernis. 25 mit diesem Gerät, diese auf den ersten Blick lächerlich geringe Geschwindigkeit entspricht einem Auffahrunfall mit 50 km/h, oder plastischer ausgedrückt, einem Sturz aus dem 4. Stock eines Hauses.

Unter dem gleißenden Licht einer gewaltigen Schweinwerferbatterie beginnt der Countdown. Forschungsleiter Hartmuth Wolff überprüft sorgfältig den Gurt und die Automatik der Anlage. Natürlich ist man nervös auf diesem freistehenden, ungeschützten Schalensitz. Ein Gedanke spukt durch den Kopf: Es ist ähnlich wie auf dem Behandlungsstuhl. Warten auf den Zahnarzt mit der Spritze.

Mit einem Knall wie ein Pistolenschuß löst sich die Bremse. Der Gurtschlitten beschleunigt auf Schienen. Apparaturen, Anzeigetafeln und Techniker fliegen vorbei. 25 Meter, dann der Aufprall. 500 Kilo Stahl und 73 Kilo Lebendgewicht verzehnfachen sich und prallen auf eine vorgelagerte sechs Zentimeter starke Eisenschiene, die zwischen Rollen liegt. Sie verformt sich wie eine Stricknadel. 0,121 Sekunden nach der Berührung wird der Körper in den Gurt katapultiert. Ein leichter Druckschmerz an der Schulter, dann ist der Aufprall zu Ende. Schon bei dieser Geschwindigkeit wäre kein Mensch auf der Welt in der Lage, das Acht- bis Zehnfache seines Körpergewichts mit den Armen abzustützen. Ein Versuch auf der gleichen Anlage zeichnet die verheerenden Folgen eines Aufpralls ohne Gurtschutz. Der nichtangeschnallte Dummy am Steuer durchschlägt mit dem Kopf die Windschutzscheibe.

Darum folgen nach den Tests die leidenschaftlichen Appelle des führenden deutschen Sicherheitsforschers Professor Max Danner und anderer Verkehrsexperten. Bis 60 Stundenkilometer schützt der Gurt praktisch völlig vor schweren Verletzungen. Seit 1976 ist das Anlegen gesetzlich vorgeschrieben, allerdings ohne Strafandrohung für den Fall der Nichtbeachtung. Weil die Zahl der Gurtmuffel aber ständig steigt, muß darüber nachgedacht werden, ob die Quote nicht durch Einführung eines Bußgeldes erheblich verbessert werden kann. Die Beispiele in der Schweiz und in England sprechen dafür. Verkehrsminister Werner Dollinger, der engagiert die „mündigen Bürger nicht gängeln, sondern überzeugen wollte" will angesichts der erschreckenden Anschnallbilanz neu nachdenken.



Der Autor im Crashtest: Mit dem Gurt nur ein leichter Schmerz an der Schulter



Eine Versuchspuppe im Test: Ohne Gurt mit dem Kopf durch die Windschutzscheibe
FOTOS: DW

Bei einem Sicherheitskolloquium in München stellten Juristen die Durchführbarkeit in Frage, weil eine Überwachung nahezu ausgeschlossen ist. Empfohlen wurde eine versicherungstechnische Regelung. Danach soll im Falle eines Nichtangurtens der gesamte Versicherungsschutz entfallen. Die Diskussion ist im Gange.

Sicherheitsforschung und entschiedenes Vorgehen gegen die hohen Unfallzahlen können sich freilich nicht auf Gurt- und Anschnallpflicht allein beschränken. Neben den Maßnahmen des passiven Schutzes wie neue Schutzvorrichtungen an Motorrädern, weiche Aufprallzonen an Autos beschäftigen sich die Experten mit drei ausgesprochenen Problemkreisen: 1. Neulinge hinter Steuer und Lenker, 2. die gefährdeten Kinder und 3. die Zweiradfahrer.

Das Problem mit den gefährdeten Führerscheinneulingen soll durch verkehrserzieherische Maßnahmen – gesetzlich abgesegnet – gelöst werden. Es ist vorgesehen, daß Anfänger nach bestandener Prüfung nur eine vorläufige Fahrerlaubnis für zwei oder drei Jahre bekommen. Erst wenn sie in diesem Zeitraum keinen Unfall verschuldet haben und nicht durch gefährliches Verhalten aufgefallen sind, erhalten sie die endgültige Lizenz. Der „Stufenführerschein" für Zweiradfahrer wird nach Hubraum und Stärke der Maschinen gestaffelt. Die Fahrerlaubnis einer höheren Klasse erfordert mindestens eine halbjährige Fahrpraxis mit einer „kleineren" Maschine.

Angesichts der täglichen Meldungen über gräßliche Unfälle durch unerfahrene Verkehrsteilnehmer scheint die Führerscheinreform tatsächlich die Situation zu verbessern.

Schwieriger ist es da schon, eine Bewußtseinsänderung bei den Autofahrern allgemein und insbesondere gegenüber Kindern im Straßenverkehr zu erreichen.

Danner führt aus: In unserem Land passieren mehr Kinderunfälle als anderswo. Die einfache Erklärung dafür ist der Irrtum, Kinder würden sich verkehrsgerecht verhalten. Diese Meinung ist beispielsweise in Italien und Frankreich nicht in dieser Deutlichkeit vertreten. Um das Problem in den Griff zu bekommen, gibt es nur eine Forderung: Rücksicht! Wenn ein Kind im Straßenverkehr auftaucht, runter mit der Geschwindigkeit."

Doch nicht nur Kinder, Jugendliche, Raser oder Alkoholiker verursachen Unfälle. Die Forschung belegt, daß etwa ein Drittel der Autofahrer die Gefahren auf den Straßen überhaupt nicht kennt, ein weiteres Drittel sie zwar kennt, jedoch nicht im richtigen Moment. Das letzte Drittel schließlich umfaßt Autofahrer, die die Gefahren kennen, diese auch erkennen, dann aber nicht richtig reagieren. Hieraus ergibt sich der zwingende Schluß, die bittere Feststellung, daß auf unseren Straßen in der Überzahl Amateure und keine Profis am Steuer sitzen, auch wenn bei Befragungen 90 Prozent der Deutschen von sich behaupteten, gut Auto zu fahren.

Professor Danner und sein Team leiten aus dieser Tatsache für die Zukunft ab, daß es trotz verstärkter Ausbildung und Informationen nicht gelingen wird, den menschlichen Fehler völlig auszuschalten. Darum sollte der Autoinsasse wenigstens, und hier greift der Appell nach dem Gurt wieder, die gebotene Chance der hohen Schutzwirkung, die der Sicherheitsgurt bietet, unbedingt nutzen.

Grenadas Schicksal hängt drohend über Nicaragua

Vor kurzem noch lautete die Parole der linken Revolutionäre: Gestern Nicaragua, heute El Salvador und dann ganz Mittelamerika. Nach den Ereignissen in Grenada befürchten die Revolutionäre nun eine Umkehr: Heute Grenada, morgen Nicaragua?

Von WERNER THOMAS

Es ist der 19. Juli 1980. Mehr als eine halbe Million Menschen sind auf Managuas „Platz des 19. Juli" versammelt, um den ersten Jahrestag des Sieges über die Somoza-Diktatur zu feiern. Auf der Tribüne sitzen neben den sandinistischen Comandantes einige prominente Gäste, unter ihnen Fidel Castro und Maurice Bishop. Ihre Ansprachen ernten später den stärksten Applaus.

Bishop, seit 16 Monaten Führer der karibischen Insel Grenada, verkündet einen revolutionären Fahrplan für die Region: „Comrades (Genossen), im letzten Jahr Grenada und Nicaragua, in diesem Jahr El Salvador, im nächsten Jahr Guatemala, dann ganz Mittelamerika." Fidel Castro demonstriert sein bemerkenswertes Improvisations-Talent hinter dem Rednerpult. Er entdeckt den Momotombo-Vulkan in der Ferne und ruft: „Revolutionen sind wie Vulkane. Sie können nicht kontrolliert werden. Sie brechen aus, wenn die Zeit kommt. Mittelamerika ist ein großer Vulkan." Die Menge skandiert: „El Salvador wird siegen."

Mittelamerika entspricht heute nicht den damaligen Erwartungen. Maurice Bishop wurde vor nicht ganz zwei Wochen von den Rivalen seiner Partei gestürzt und ermordet. Vor einer Woche haben amerikanische und karibische Invasionstruppen das marxistische Experiment beendet. Zwei Tage später löste der surinamesische Staatschef Desi Bouterse, ein Freund Bishops, seine engen Bindungen zu Kuba und verwies Havanas Botschafter des Landes. In El Salvador und Guatemala herrschen noch die alten Verhältnisse. Plötzlich befürchten die Revolutionäre einen Retour-Fahrplan: heute Grenada, morgen Nicaragua?

Der Druck auf die Comandantes verstärkt sich

Nicaragua steht nach den dramatischen Ereignissen in Grenada mehr denn je im Blickpunkt. Das Land ist jetzt der einzige marxistische Partner Fidel Castros in Lateinamerika. Der Druck auf das Comandante-Regime verschärft sich. Viele Beobachter erwarten entscheidende Entwicklungen in den nächsten Monaten.

In diesem Punkt stimmen Sandinisten und Anti-Sandinisten überein: Die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Intervention der USA in Nicaragua hat sich erhöht. „Grenada war die Generalprobe für Nicaragua", sagte Sergio Ramirez, ein Mitglied der Junta in Managua. Die „Demokratischen Kräfte Nicaraguas" (FDN), die größte Guerrilla-Bewegung, betonte in einer Erklärung: „Dies war eine Warnung an die Adresse der Sandinisten, was in ganz Mittelamerika passieren kann."

Die Kluft zwischen Reagans Amerika und dem Nicaragua der Sandinisten scheint unüberbrückbar geworden zu sein. Die Reagan-Regierung präsentiert ein Paket von Forderungen, von denen die Comandantes einige als inakzeptabel betrachten: Ende des Revolutionsexports, Abzug der kubanischen Militärberater, Erfüllung der ursprünglich versprochenen Prinzipien der Revolution: Blockfreiheit, politischer und wirtschaftlicher Pluralismus, freie Wahlen.

Die Mittelamerika-Strategen Präsident Reagans, an ihrer Spitze Jeanne Kirkpatrick, die UNO-Botschafterin, erinnern immer wieder, daß lange eine Verhandlungslösung ohne militärischen Druck versucht worden sei. Sie nennen den August 1981 als Schlüsseldatum. Damals war der in der Zwischenzeit abgelöste Lateinamerika-Chef des State Department, Thomas Enders, in Managua, um noch einmal die Position seiner Regierung zu erläutern. Ein mehrmonatiger Noten-Austausch folgte. Die Sandinisten lehnten schließlich die Bedingungen für eine Normalisierung des Verhältnisses ab, weil sie „nicht auf den Knien kriechen" wollten, wie Sergio Ramirez formulierte.

Der amerikanische Geheimdienst CIA beobachtete eine weitere Unterstützung der Sandinisten für die salvadorianische Guerrilla, die ihre Kommandozentrale in Managua hat. Im Dezember 1981 autorisierte Reagan dann den Geheimdienst, in Honduras konterrevolutionäre Brigaden auszubilden und auf den Partisanenkampf vorzubereiten.

Seither läuft eine militärische Maschinerie gegen die Männer in Managua, die von Monat zu Monat schneller rotiert: Anfang dieses Jahres eröffneten die „Contras" ihren offenen Kampf. Ende Juli begannen amerikanisch-honduranische Manöver, auch vor der Küste Nicaraguas, die erst im April nächsten Jahres enden sollen. Präsident Reagan entsandte zwei Flottenverbände. Zwischen 3000 und 4000 US-Soldaten befinden sich in der Region. Die „Contras" greifen in der Zwischenzeit Hafenstädte und Öltanks an und fügen der Wirtschaft schwere Schäden zu.

Der militärische Druck hat die Sandinisten zu größerer Konzessionsbereitschaft gezwungen. Sie wünschen, daß militärische Stützpunkte fremder Mächte geschlossen und Waffenlieferungen in die Region und innerhalb der Region unterbunden werden. Ausländische Militärberater sollen abziehen. Dagegen wollen sie keine innenpolitischen Kurskorrekturen vornehmen. Die Zügel wurden weiter gestrafft. Der Spielraum der Oppositionsgruppen und des Privatsektors ist noch kleiner geworden. In Washington werden die Comandantes verdächtigt, nur aus taktischen Gründen Verhandlungen anzubieten. Die „Kubanisierung" sei nicht mehr zu bremsen, heißt es.

Castros Kuba übt auf Nicaragua einen noch größeren Einfluß aus als einst auf Grenada. Im Gegensatz zu Grenada kontrolliert in Nicaragua der Staat die Wirtschaft und durch Nachbarschaftsorganisationen die gesamte Bevölkerung. Auf Grenada waren nach Angaben des stellvertretenden kubanischen Außenministers Ricardo Alarcon 784 Kubaner, unter ihnen 43 Militärberater. In Nicaragua befinden sich etwa 6000 Entwicklungshelfer, die Zahl der Militärberater soll 2000 betragen. Die Kubaner sitzen in Schlüsselministerien und im Staatssicherheitsdienst.

„Ich sehe bei keinem dieser Leute die Bereitschaft zur Reorientierung der Revolution", urteilt ein lateinamerikanischer Diplomat in Managua über die führenden Sandinisten. „Keiner will die Hilfe für die salvadorianische Guerrilla und andere Rebellen-Organisationen einstellen. Jeder glaubt, daß Nicaragua noch einen Verbündeten in der Nachbarschaft braucht, um nicht in die totale Isolation zu geraten."

„Das ganze Volk Nicaraguas wird kämpfen"

Dadurch kollidieren die Interessen der Comandantes mit denen der US-Regierung, die zwischen den Ölfeldern Mexikos und dem Panama-Kanal keine marxistische Staatenkette dulden möchte. Die Comandantes fragen nicht, ob die amerikanischen Truppen kommen, sondern wann. Und sie erinnern die USA ständig daran, daß eine Invasion in Nicaragua mehr Blutvergießen fordern würde als die in Grenada.

„Das ganze Volk wird kämpfen", versicherte Kulturminister Ernesto Cardenal, ein marxistischer Priester und Träger des Friedenspreises des deutschen Buchhandels. Er ist Mitglied der Milizen. Junta-Vertreter Ramirez wunderte sich, daß die amerikanischen Marine-Infanteristen noch immer nicht die totale Kontrolle über Grenada haben: „Was erwartet sie dann erst in Nicaragua?" Junta-Chef Daniel Ortega verkündete, daß sie eine Niederlage erwartet: „Wir werden die Invasoren besiegen."

Amerikanische Militärs, die sich mit Nicaragua beschäftigt haben, lassen sich von der Rhetorik nicht beeindrucken. Nicaragua sei „in einigen Tagen oder höchstens ein paar Wochen" genommen. Es zähle zweieinhalb Millionen Menschen und habe keine freundlich gesinnte Nachbarschaft. Die „Contras" hätten bereits die Treibstoffvorräte mit ihren Bombardements so empfindlich dezimiert, daß die Nation bald kein Öl mehr besitze. „Nicaragua ist kein Vietnam", sagt ein US-Offizier. Der kubanische Vizepräsident Carlos Rafael Rodriguez vertrat eine Ansicht, die man bestimmt auch in Washington teilt: „In Nicaragua braucht man einige Divisionen mehr als in Grenada." In Grenada sind zur Zeit 6000 US-Soldaten stationiert.

Diplomatische Beobachter in Managua meinen jedoch, daß nach einer Vertreibung der Comandantes von der Macht ein zäher Guerrilla-Krieg folgen könnte. Viele Sandinisten würden wahrscheinlich in die Berge fliehen und von dort den Kampf fortsetzen, vielleicht für Jahre. (SAD)

„DDR' macht Rückzieher bei ihrem Status-Test

Dementi zu der Formel einer „neuen Geschäftsgrundlage"

hrk. **Berlin**

Die „DDR" hat jetzt durch ein in der Sache unzutreffendes Dementi den Versuch abgebrochen, für sich statuspolitische Vorteile aus dem Treffen zwischen dem Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker und SED-Generalsekretär Erich Honecker zu ziehen. „Zuständige Kreise" des Außenministeriums in Ost-Berlin erklärten, ihr für West-Berlin zuständiger Abteilungsleiter Walter Müller habe gegenüber sozialdemokratischen Gesprächspartnern nie von einer „neuen Geschäftsgrundlage" gesprochen, die seit diesem Treffen zwischen West-Berlin und der „DDR" gelte. Die SPD-Unterhändler, die den Gegenbesuch von „DDR"-Pädagogen in West-Berlin vorbereiten, beharren jedoch auf ihrer Darstellung.

Die andere Seite ließ jetzt dem in Ost-Berlin akkreditierten dpa-Korrespondenten übermitteln, derartige Äußerungen Müllers seien „zu keinem Zeitpunkt erfolgt und entbehren jeder Grundlage". Zutreffend ist jedoch, daß Müller mit dieser Formulierung arbeitete, als die beiden SPD-Unterhändler Ulrich Schürmann und Nils Ferberg mit ihm Vorgespräche in Ost-Berlin führten. Auch gegenüber dem Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses, Alexander Longolius (SPD), äußerte er sich entsprechend telefonisch.

Diese wiederholte und „in erregtem Ton" (ein SPD-Sendbote) vorgetragene Bemerkung Müllers stand im klaren Widerspruch zu einer von Erich Honecker selbst gegenüber Weizsäcker bestätigten Bedingung für die Unterredung am 15. September: Die Begegnung verändere nichts am Status Berlins, wie ihn die Siegermächte festgelegt hätten.

Weizsäcker hatte bereits unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Ost-Berlin am Nachmittag des 15. September klargestellt, daß „dies das erste und zugleich letzte Treffen" sei, falls sich die „DDR"-Seite nicht an diese Verabredung halte.

Gegenüber der WELT begründete Weizsäcker vor einigen Tagen noch einmal seine Haltung zu diesem Thema und sprach von einem „Versuchsballon", den Ost-Berlin offenbar aufsteigen lasse, „um von den Zusagen von Herrn Honecker abzuweichen".

Dies geschah unterdessen auf internen Kanälen. Honecker entschied sich offenbar für dieses „Dementi", um nicht in der Öffentlichkeit als wortbrüchig zu gelten, weil er Weizsäcker im Vorfeld des Treffens und bei der Begrüßung ausdrücklich die „Status-Neutralität" des Meinungsaustauschs bestätigt hatte.

Vor allem in FDP-Koalitionskreisen war jedoch bemängelt worden, daß die andere Seite die Lesart Weizsäckers nicht ihrerseits auch öffentlich bestätigte, sondern sich den Ausweg offenließ, schon kurze Zeit später praktisch von einer neuen Qualität im Umgang zwischen der „DDR" und West-Berlin zu sprechen.

Lambsdorff auf Distanz zu eigenen Forderungen

Annäherung an Position Blüms / Kritik an Unternehmern

GERNOT FACIUS, **Bonn**

In Bonner politischen Kreisen ist mit Interesse vermerkt worden, daß Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) in jüngster Zeit nicht mehr für weitere Einschnitte im Bereich der Sozialausgaben plädiert, sondern im Gegenteil vor solchen Entwicklungen warnt. Indiz für eine Korrektur der Haltung Lambsdorffs ist unter anderem das Interview des Ministers mit der „Bild"-Zeitung am vergangenen Montag. Der FDP-Politiker vertrat darin die Auffassung, weitere Einschnitte in das soziale Netz könnten „dem Bürger nicht mehr zugemutet werden" und würden „auch dem Staat keine neuen Milliarden-Einsparungen bescheren".

Mit dieser Einschätzung nähert sich Graf Lambsdorff der Position von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU), der sich vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zwar zu den bisherigen Kürzungen bei den Sozialleistungen bekannte, aber gleichzeitig klargemacht hatte, daß weitere Einsparungen in diesem Bereich nicht möglich seien.

Lambsdorff trennte sich in dem „Bild"-Interview gedanklich auch von Vorschlägen, die er monatelang eindringlich verteidigt hatte. Er bezog seine Warnung vor weiteren Einschnitten ausdrücklich auf „die von mir selbst einmal geforderten Karenztage bei der Arbeitslosenversicherung". Und auf die Frage, ob die Steuern gesenkt werden, antwortete der Minister: „Ja, aber auf keinen Fall mehr gezielte Steuersenkungen zur Entlastung der Unternehmen. Was wir brauchen, ist eine Tarifreform der Lohn- und Einkommenssteuer noch in dieser Legislaturperiode, also bis 1987." In der Vergangenheit hatte Lambsdorff für gezielte Steuersenkungen zur Entlastung der Unternehmen plädiert.

In moderatem Ton äußerte sich der Bundeswirtschaftsminister jetzt zu der von Gewerkschaften unter der Androhung von Streiks geforderten Einführung der 35-Stunden-Woche. In der „Neuen Osnabrücker Zeitung" meinte Lambsdorff, alle Formen der Arbeitszeitverkürzung – auch die Verringerung der Wochenarbeitszeit – seien nützlich und dürften kein Tabu für die Arbeitgeber sein. Die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für alle Unternehmen – unabhängig von ihren Erträgen – würde jedoch Arbeitsplätze kosten, statt sie zu schaffen.

In dem Interview tadelte Lambsdorff Großunternehmen, die im Gegensatz zu den kleinen und mittleren Betrieben noch immer zu zögernd investierten. Von ihnen forderte er „mehr Mut und Zuversicht". Dies gelte um so mehr, als die maschinelle Ausrüstung der deutschen Industrie zu alt geworden sei und dringend erneuert werden müsse. Der Minister kündigte gleichzeitig an, die Bundesregierung wolle „ohne soziale Demontage" vor allem durch den Abbau von Beschäftigungshemmnissen der Konjunktur weitere Impulse geben.

WELT-Interview zur Bonner Reaktion auf US-Eingreifen in Grenada

Marx mahnt zu Solidarität mit den USA

DW. **Bonn**

Zur Kritik der SPD und zu kritischen Tönen aus dem Regierungslager gegenüber dem Eingreifen Washingtons auf der Karibik-Insel Grenada nahm der Vorsitzende des auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Werner Marx (CDU), in einem Interview mit der WELT Stellung. Das Gespräch führte Herbert Kremp.

WELT: Sprecher der sozialdemokratischen Opposition haben angesichts der Ereignisse in der Karibik scharfe antiamerikanische Töne angeschlagen. Sie bezichtigten die USA, das Völkerrecht gebrochen zu haben. Gibt es für dieses Meinung Anhaltspunkte?

Marx: Ich übernehme diese Ansicht nicht. Als die Sozialdemokraten sich so äußerten, waren sie noch gar nicht im Besitz der Kenntnisse, die ein solches Urteil ermöglichen könnten. Heute ist klar, daß der Generalgouverneur der Insel, Sir Paul Scoon, die Amerikaner um Hilfe angerufen hat. Damit steht fest, daß es sich bei der amerikanischen Antwort nicht um einen Verstoß gegen das Völkerrecht handelt, sondern um die Erfüllung des dringenden Wunsches von Verbündeten und Nachbarn. Was würde man über den amerikanischen Präsidenten sagen, wenn er um Hilfe angegangen worden wäre und sich geweigert hätte, Hilfe zu leisten?

> „Ich denke, wir sollten froh sein, daß unser wichtigster westlicher Verbündeter, dessen Schutz wir uns seit 1954 anvertraut haben, auf einen Hilferuf sofort reagiert hat. Wir sollten ihn deshalb nicht beschimpfen. Wir müssen uns vielmehr alle im klaren sein, daß unser Wohl und Weh von der Funktionsfähigkeit des Bündnisses und von der Einhaltung des gegebenen Wortes des amerikanischen Verbündeten abhängt."



Werner Marx (CDU)

WELT: Aber die SPD und im übrigen auch die Bundesregierung waren informiert – wenn auch nicht vor dem Eingreifen der Amerikaner. Das Hilfeersuchen des Generalgouverneurs von Grenada an die Adresse des Ministerpräsidenten von Barbados, Tom Adams, war schon allgemein bekannt, als der SPD-Politiker Wischnewski das Eingreifen der USA einen „schwarzen Tag für die NATO" nannte.

Marx: Ich vermute, daß die antiamerikanische Linie, die in der SPD immer stärker zu werden scheint, zu falschen Darstellungen verleitet. Leute wie Lafontaine, der vor einiger Zeit den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO verlangte, bekommen in der sozialdemokratischen Partei immer mehr Anhänger. Darin zeichnet sich eine außenpolitische und innenpolitische Entwicklung ab, der wir rechtzeitig entgegentreten müssen.

WELT: In der Diskussion über das Verhalten der Amerikaner wurde die Landung auf Grenada gelegentlich sogar als Argument gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa ins Feld geführt. Wo ist da der Zusammenhang?

Marx: Es gibt keinen Zusammenhang. Diese Konstruktion ist eine Art Reflex der gegen die Nachrüstung organisierten sozialdemokratischen Meinung. Ich denke, wir sollten froh sein, daß unser wichtigster westlicher Verbündeter, dessen Schutz wir uns seit 1954 anvertraut haben, auf einen Hilferuf sofort reagiert hat. Wir sollten ihn deshalb nicht beschimpfen. Wir müssen uns vielmehr alle im klaren sein, daß unser Wohl und Wehe von der Funktionsfähigkeit des Bündnisses und von der Einhaltung des gegebenen Wortes des amerikanischen Verbündeten abhängt. Wer glaubt, er könne durch antiamerikanische Tiraden den Grünen Stimmen wegnehmen, verstößt bewußt oder unbewußt gegen die Grundlagen unserer außenpolitischen Existenz.

WELT: Es gibt aber auch Fragen an Washington. Außenminister Genscher erklärte im Bundestag, die Regierung würde von der Aktion in der Karibik abgeraten haben, wenn die Amerikaner uns vorher gefragt hätten. Wie denken Sie darüber: Hätte Washington die Bundesregierung vorher konsultieren sollen oder geht es um die vorherige Unterrichtung, die unterblieben ist?

Marx: Es geht um Information, nicht um Konsultation. Und hier gibt es in der Tat Anstößiges: Die Amerikaner haben uns nicht rechtzeitig unterrichtet. Andererseits kann die Regierung aber froh sein, daß sie von den Amerikanern nicht konsultiert wurde. Denn welchen Ratschlag hätte die Regierung bei ihrem geringen Wissensstand eigentlich geben können, wenn man vorher um ihre Meinung nachgesucht hätte.

WELT: Sie haben jetzt aufgrund der Informationen, die wir besitzen, eine klare Stellungnahme abgegeben. Warum zögert die Bundesregierung bis heute, sich in ähnlicher Klarheit zu äußern?

Marx: Die Bundesregierung wird wohl noch eine Stellungnahme abgeben. Ich wünsche mir vor allem, daß sie mit großem Nachdruck der verderblichen Gleichsetzung Grenadas mit Afghanistan widerspricht. Die Verhältnisse in Afghanistan sind ganz anders. Dort wurde eine kommunistische Regierung ans Ruder gebracht, die sich der globalen Strategie Moskaus völlig einordnete. Dort haben Einheiten des sowjetischen KGB einen unliebsam gewordenen kommunistischen Regierungschef ermordet. Die Sowjets halten das Land seit vier Jahren besetzt und schlachten jede Woche einige hundert Menschen ab, worüber sich im Westen niemand mehr aufregt. Und sie wollen im Land bleiben.

Das Gegenteil ist in Grenada der Fall. Dort griffen die Amerikaner aufgrund einer Bitte des Generalgouverneurs ein, dessen Legitimität von niemandem bezweifelt wird. Vorher war der marxistische Regierungschef Bishop von radikalen Kräften umgebracht worden. Die Amerikaner bereiten einer demokratischen, freiheitlichen Regierung den Weg. Wer diese Unterschiede zwischen Grenada und Afghanistan nicht erkennt, hat keine Ahnung von Politik.

WELT: Wie wir heute wissen, war Grenada bereits in kubanischer Hand. Man fand Bewaffnete und Waffen vor. Nun ist die Insel in der Hand der Amerikaner und einiger verbündeter Staaten. Haben die Bürger Grenadas jetzt die Chance der Selbstbestimmung?

Marx: Es geht darum, die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung wieder herzustellen. Dies entspricht, wie wir aus zahlreichen Interviews wissen, der Meinung der Bevölkerung. In Grenada wurde ein zweiter kubanischer Stützpunkt gerade zur Festung ausgebaut. Dies geschah mit Wissen und Willen der Sowjetunion. Wenn die Amerikaner ihre Mission erfüllt haben, werden sie ihre Truppen zurückziehen, davon bin ich überzeugt.

„Widerspruch und Widerstand nicht verwechseln"

HENK OHNESORGE, **Worms**

Zur Besonnenheit in der derzeitigen Auseinandersetzung um die Nachrüstung hat gestern der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischof Eduard Lohse, vor der Synode der EKD in Worms aufgerufen. Zur Friedensfrage, die einen großen Teil seines Berichts einnahm, sagte Lohse, zusammen mit den Landeskirchen wende sich der Rat der EKD an „die Mitglieder der ‚Friedensbewegung' und bittet sie, ohne in ihrem Drängen nach Frieden nachzulassen, zugleich es zu unterlassen, was den Aufbau von Feindbildern fördern und, gegen die eigenen Absichten, die demokratische Ordnung unseres Staatswesens und den von der Verfassung gewiesenen Weg zum Austragen von politischen Gegensätzen gefährden könnte".

Mehrfach ging Lohse auch auf die Kritik ein, welcher die Kirche bei ihren Bemühungen um den Frieden ausgesetzt ist: „Nahezu jedermann innerhalb wie außerhalb der Kirche möchte ihr Wort zur Stützung eigener Ansichten in Anspruch nehmen – auch dann, wenn er sonst wenig oder gar nicht nach ihr fragt – und ist rasch enttäuscht, wenn es ausbleibt oder anders als erwartet ausfällt ..."

Weil Pastoren manchmal „in ungeschickter oder überzogener Weise" der Besorgnis Ausdruck geben, welche weite Kreise der Bevölkerung erfasse, nähmen manche Menschen unwillig Anstoß an einzelnen Äußerungen, drohten mit Kirchenaustritt oder führten ihn durch. Auch wenn *eine solche Reaktion im Einzelfall* verständlich sein könne, müsse sie doch schmerzlich betrüben, denn sie bedeute mit der Trennung von der Gemeinde auch die Absage an das Evangelium.

Eindeutig wandte sich der EKD-Ratsvorsitzende gegen den Gedanken eines höheren Rechts auf Widerstand etwa bei ökologischen Umweltbelastungen oder rüstungspolitischen Maßnahmen, wenn politische Entscheidungen von den zuständigen Organen bereits mit Mehrheit getroffen worden seien. Eine Situation, bei der ein vermeintlich übergeordneter Zweck auch Mittel rechtfertige, die entweder Gesetze verletzten oder vorsätzlich darauf abzielten, die staatliche Ordnung zu erschüttern, „ist von evangelischer Predigt und Lehre her in keiner Weise zu rechtfertigen". Ein Recht auf Widerstand wäre nur dann gegeben, wenn es weder Wahlen noch ein Demonstrationsrecht geben würde, wenn die Verfassung gebrochen oder Menschenrechte vorsätzlich und beharrlich verletzt würden. „Darum muß entschieden vor der Verwechselung von öffentlichem Widerspruch und Widerstand gewarnt werden."

Bedenken äußerte der Ratsvorsitzende im Blick auf die Notwendigkeit, die staatlichen Haushalte zu konsolidieren, indem er die Folgen im sozialen Bereich, nicht zuletzt für die vielen diakonischen Einrichtungen und ihren Dienst an Kranken und Schwachen, erwähnte.

Lohse erklärte weiter, daß im kommenden Jahr, 450 Jahre nach Abschluß der Übersetzung der gesamten Bibel durch Luther, eine Überarbeitung der Luther-Bibel vorgelegt werden kann: „Es besteht die begründete Hoffnung, nunmehr eine Textfassung gefunden zu haben, die in hohem Maß konsensfähig ist und auf absehbare Zeit einen dauerhaften und verläßlichen Text zum Gebrauch im Gottesdienst, Unterricht und Bibellese bietet."

Zuvor war bei der Einbringung des Haushaltsplanes mitgeteilt worden, die Gliedkirchen der EKD hätten im Jahr 1982 4,9 Milliarden Mark an Kirchensteuern eingenommen. Dies entspricht einer Steigerung um 2,5 Prozent, während Lohn- und Einkommenssteuer im gleichen Zeitraum um drei Prozent stiegen. „Im Bezug zum öffentlichen Gesamthaushalt bewegt sich das Kirchensteueraufkommen der evangelischen Kirchen in einer Größenordnung von unter einem Prozent", sagte Oberkirchenrat Werner Hofmann bei der Einbringung des Haushaltes.

Amnesty: Folterungen in Afghanistan

epd/rtr. **London**

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (ai) hat eine Liste mit den Namen von acht Orten in Afghanistan veröffentlicht, in denen Häftlinge systematisch gefoltert werden. Sie beschuldigte die Geheimpolizei, bei Verhören systematisch Elektroschock-Methoden anzuwenden, Häftlinge zu schlagen oder sie stundenlang wachzuhalten. In mehreren Fällen seien Gefangene an den Folgen von Verletzungen gestorben.

Aufgrund von Aussagen ehemaliger Häftlinge müsse man den Schluß ziehen, daß in den vergangenen drei Jahren nicht nur Widerständler, die angeblich am bewaffneten Kampf teilnahmen, sondern auch Hunderte von Studenten und Schülern festgenommen und gefoltert wurden, nachdem sie zuvor an Demonstrationen gegen die afghanische Regierung und gegen die sowjetischen Besatzungstruppen teilgenommen hätten.

Prozesse gegen politische Gefangene finden in Afghanistan normalerweise unter größter Geheimhaltung statt. Den Angeklagten wird häufig *kein Verteidiger zur Verfügung* gestellt. Der international bekannte Historiker Hassan Kakar wurde auf diese Weise im Mai dieses Jahres zu einer achtjährigen Haftstrafe verurteilt, weil er versucht hatte, eine Lehrervereinigung an der Universität von Kabul zu gründen. Amnesty International appellierte an den afghanischen Präsidenten, Babrak Karmal, derartige Verstöße gegen das internationale Recht sofort einzustellen.

Wahl in Argentinien vom Westen begrüßt

AFP, **Buenos Aires/Paris**

Die mit der Präsidentenwahl eingeleitete Rückkehr Argentiniens zur Demokratie nach achtjähriger Militärherrschaft und der Sieg der „Radikalen Bürgerunion" von Raul Alfonsin sind in zahlreichen offiziellen Stellungnahmen aus den Vereinigten Staaten und anderen westlichen Ländern begrüßt worden.

Der Sprecher des Washingtoner Außenministeriums, John Hughes, bezeichnete die ersten freien Wahlen seit zehn Jahren als einen „erfolgreichen Schritt" für den Übergang zu einer demokratischen Regierungsform. In einer offiziellen Glückwunschbotschaft hieß es, die USA hätten als „einzigen Kandidaten die Demokratie" unterstützt. Hughes kündigte an, Washington werde der künftigen Regierung in Buenos Aires Zusammenarbeit im Hinblick auf eine „Stärkung der Beziehungen zwischen unseren Völkern und Nationen" anbieten.

Die britische Regierung sieht in dem Wahlergebnis die Chance für eine Normalisierung der seit dem Falkland-Krieg 1982 ausgesetzten Beziehungen. „Wir hoffen, daß die neue Regierung positiver auf die Vorschläge zur Wiederaufnahme normaler Handels- und Wirtschaftsbeziehungen reagieren wird", hieß es in einer Stellungnahme des Foreign Office.

In Kreisen der EG-Kommission in Brüssel wurde die Hoffnung auf eine neue Ära in den seit dem Falkland-Krieg schwer belasteten Beziehungen zwischen Buenos Aires und der EG geäußert.

Bischof Muzorewa in Zimbabwe verhaftet

DW. Harare

Der ehemalige Regierungschef von Zimbabwe, Bischof Abel Muzorewa, ist nach Angaben seines Sohnes am Montag in der Hauptstadt Harare festgenommen worden.

Über den Anlaß der Festnahme wurden weder der Sohn noch Vertreter der Vereinigten Methodistischen Kirche Zimbabwes, deren Oberhaupt Muzorewa ist, unterrichtet. Es ist nicht bekannt, ob Muzorewa angeklagt oder vorübergehend festgehalten werden soll. Die Notstandsgesetze Zimbabwes erlauben es den Behörden, eine Person einen Monat ohne Anklageerhebung festzuhalten.

Muzorewa, Chef der oppositionellen UANC-Partei, war kürzlich von einem Aufenthalt in Israel zurückgekehrt, wo er die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Harare und Jerusalem gefordert hatte. In seiner Abwesenheit wurde Muzorewa von Premier Mugabe öffentlich beschuldigt, mit Hilfe Israels, Südafrikas und weißer Oppositioneller einen Umsturz vorzubereiten.

Historiker-Wandel in der deutschen Frage

Von AXEL SCHÜTZSACK

Über die Deutschlandfrage und Probleme der Teilung wird seit einiger Zeit wieder auf wissenschaftlichen Fachtagungen und in politischen Seminaren lebhaft diskutiert und heftig gestritten. Dabei fällt auf, daß sich im Vergleich zu früheren Jahren ein Wandel in der Problemeinschätzung vollzogen hat.

Vor kurzem stand bei Diskussionen über die Deutschlandfrage der Gesichtspunkt im Vordergrund, daß mit der Aufteilung Europas in zwei antagonistisch gegenüberstehende Blöcke etwas für lange Zeit Endgültiges geschaffen worden sei und deutsche Politik sich deshalb in erster Linie darauf zu konzentrieren habe, die Folgen der Teilung zu mindern. Neuerdings wird immer häufiger betont, daß gerade diesem Gesichtspunkt etwas Unhistorisches und Unpolitisches anhafte, weil Geschichte die Darstellung und Politik der Vollzug eines unablässigen Wandels im Leben der Völker und Staaten sei. Die Teilung Deutschlands und Europas könne deshalb auch nicht das letzte Wort der Geschichte und der Politik auf dem europäischen Kontinent sein.

Diese Erkenntnis prägte auch vor einigen Tagen den Verlauf der diesjährigen wissenschaftlichen Fachtagung des „Göttinger Arbeitskreises", die, im Rahmen eines mehrjährigen Arbeitsprogramms über die Deutschlandfrage seit 1945, diesmal der Stalin-Note aus dem Jahre 1952, dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 und der Adenauerschen Deutschlandpolitik gewidmet war.

Wurde eine Chance verpaßt?

Es war wohl unvermeidbar, daß bei der Diskussion über die Stalin-Note mit dem Angebot eines wiedervereinigten neutralen Deutschlands der alte Streit über die Frage wieder aufbrach, ob hier eine große einmalige Chance verpaßt worden sei oder nicht. Der mit dem Anspruch der Gewißheit vorgetragenen These des ehemaligen Bonner Moskau-Botschafters Groepper, daß die Sowjetunion 1952 zu einer Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage einer bewaffneten Neutralität bereit gewesen sei und daß deshalb an der Ernsthaftigkeit des Stalin-Angebots nicht zu zweifeln sei, mochte allerdings keiner in dieser apodiktisch vorgetragenen Form zustimmen.

Zeitweilig entstand der Eindruck, daß hier versucht werde, die „Schlachten von gestern" noch einmal zu schlagen. Deutlich wurde allerdings auch, daß die Diskussion über die Stalin-Note durchaus aktuelle Bezüge aufweist, wenn man an offene und unterschwellige neutralistische Strömungen im politischen Konglomerat der Friedensbewegung und in Teilen der SPD denkt.

Interessanter war die in diesem Zusammenhang auf der Göttinger Tagung aufgeworfene Frage, ob angesichts der Unmöglichkeit einer kurzfristigen Realisierung des Adenauerschen Deutschland-Konzepts einer Wiedervereinigung im Rahmen einer gesamteuropäischen Lösung dem Bewußtsein Vorschub geleistet worden sei, daß die Teilung auf Zeit das Schicksal der Deutschen sein werde und man sich deshalb mit diesem Zustand einzurichten habe. Diese Tendenz ist nachhaltig von der Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalitionsregierung in Bonn gefördert worden.

Unveränderliche Realität

Auf der Göttinger Tagung wurde in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß inzwischen deutlich geworden sei, daß die Teilungsproblematik generationenübergreifend zum politischen Bewußtsein der Deutschen gehöre. Man müsse sich deshalb fragen, ob der große Zulauf der Jugend in der Bundesrepublik zur Friedensbewegung, der mit keinem anderen westeuropäischen Land vergleichbar sei, nicht auch unterschwellig etwas mit einem nationalen Defizit und einem jahrzehntelang verdrängten Geschichtsbewußtsein zu tun habe.

Die von einem weiteren Historiker vertretene Auffassung, daß man zwar versuchen kann, seine eigene Geschichte zu verdrängen, daß aber die Unveränderlichkeit der geographischen und geopolitischen Situation eines 80-Millionen-Volkes im Zentrum Europas bestehen bleibt und man schließlich von der eigenen Geschichte wieder eingeholt wird, fand auf der Göttinger Tagung ihre volle Bestätigung.

In einem Referat des Historikers Gotto über „Die Politik Adenauers in der Deutschlandfrage" wurde der Ausspruch Henry Kissingers zitiert: „Geschichte ist die Überlieferung von vergeblichen Mühen, von unerfüllten Hoffnungen, von befriedigten Wünschen, die plötzlich etwas ganz anderes waren als erwartet. Als Historiker muß man mit einem Gefühl für die Unausweichlichkeit des Tragischen leben. Als Staatsmann hingegen muß man unter der Voraussetzung handeln, daß Probleme gelöst werden müssen." Mit diesen Worten Kissingers wurde auf der Tagung des Göttinger Arbeitskreises zugleich die Tragik der Teilung Europas und Deutschlands und die Aufgabe der Politiker zur Überwindung dieses Zustandes deutlich.

Gespräche über jüdische Fragen mit B'nai-B'rith

RS. Bonn

Heute trifft in Bonn eine hochrangige Delegation des B'nai-B'rith zu einem offiziellen Besuch auf Einladung der Bundesregierung ein. Die Gruppe unter Führung des B'nai-B'rith-Ehrenpräsidenten David Blumental und des Leiters der Internationalen Abteilung, Warren Eisenberg, wird unter anderem mit Bundeskanzler Helmut Kohl, Bundespräsident Karl Carstens sowie Außenminister Hans-Dietrich Genscher und SPD-Chef Willy Brandt zusammentreffen.

Auf deutscher Seite werden an den Gesprächen unter anderem der Chef des europäischen B'nai-B'rith, Joseph Domberger, sowie B'nai-B'rith-Direktor Lutz Ehrlich teilnehmen. Die Delegation hatte zuvor bereits Berlin und München besucht.

Thema der Gespräche in Bonn werden die deutsch-amerikanischen Beziehungen, speziell jüdische Belange, sein.

Die B'nai-B'rith ist die älteste und mit rund 400 000 Mitgliedern größte jüdische Organisation.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden

[illegible]

Thema „Subventionen"

Banken:

Kein Staat kann der Wirtschaft die Kunden ersetzen



Subventionen – viel kritisiert, vielen willkommen, dem Staat eine kaum noch zu tragende Last. Allein der Bund und die Länder wenden in diesem Jahr über 50 Milliarden Mark dafür auf.

Hilfe durch den Staat gibt es für viele Bürger und viele Zwecke. Für Vermögensbildung und Wohnungswesen, für Sparförderung und den Kohlebergbau, für die Landwirtschaft, für den Verkehr, für wirtschaftlich unterentwickelte Gebiete, für Firmen und für Branchen – wie etwa den Stahl und die Werftindustrie. Die Förderung aussichtsreicher Unternehmungen und Technologien gehört dazu, der Schutz heimischer Industriezweige vor subventionierter Auslandskonkurrenz, aber auch Überlebenshilfen zur Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Wir Banken meinen: Subventionen können nützlich sein, sie können sinnlos verpuffen, und sie können sogar schädlich sein. Sinnlos sind sie, wenn sie etwa einer Firma fehlende Kunden ersetzen sollen, und sie schaden überall dort, wo sie Bequemlichkeit erzeugen und den Anreiz zur eigenen Leistung schwächen. Dort würde sich Sparsamkeit doppelt lohnen.



Bundesverband deutscher Banken

Die Privatunternehmen der Kreditwirtschaft:
Großbanken, Regionalbanken, Privatbankiers, Hypothekenbanken.

Die Bremer Universität befindet sich im Aufwind

Rektor Timm: Klima ist friedlicher und sachlicher

WINFR. WESSENDORF, Bremen

Als erster Rektor der Universität Bremen überhaupt legte Jürgen Timm vor kurzem einen Rechenschaftsbericht vor. Der parteilose Wissenschaftler ist der vierte Leiter der umstrittenen Hochschule, die 1970 gegründet wurde. „Die Universität Bremen war und ist keine Reformruine", sagt Timm, der seit gut einem Jahr im Amt ist. Seitdem weht ein frischer Wind an der Universität, da hat sich einiges gewandelt.

Timm, der dem liberalen Flügel der Hochschullehrer zugerechnet wird, spricht von einer Entspannung des inneruniversitären Klimas: „Es ist friedlicher und sachlicher als in der Vergangenheit." Die Auseinandersetzungen seien versachlicht worden, so zeige sich auch der akademische Senat von einer neuen Seite. Der mit Hochschullehrern, Studenten und Dienstleistern drittelparitätisch besetzte Senat ist unter Timms Ägide zu einstimmigen Voten gekommen, das war früher undenkbar. „Wichtige Personal- und Zukunftentscheidungen konnten ohne nachwirkende Verbitterungen getroffen werden", atmet der Rektor auf und schreibt in seinem Rechenschaftsbericht dazu: „Damit wird der einst berechtigte Vorwurf vieler Kritiker, die Universität Bremen arbeite nicht hinreichend rechtsförmig und ihre Verwaltungsmaßnahmen seien nicht eindeutig abgesichert, zunehmend gegenstandslos."

Auch die Frage der Autonomie der Universitäten hat sich nach Timms Auffassung stabilisiert. „Die Vereinbarung zwischen dem Rektor und dem Senator für Wissenschaft über die Stärkung der universitären Autonomie und kooperativen Zusammenarbeit einschließlich der Verfahrensregeln hat sich bewährt", macht Timm deutlich, der bei seiner Wahl vor einem Jahr erhebliche Schwierigkeiten hatte. Nur mit Hilfe von Senator Horst-Werner Franke schaffte er den Sprung ins Rektoramt. Damals gab es noch die starken unterschiedlichen Gruppeninteressen in der Universität, die sich weniger gegen die Person Timms richteten, als politischen Machtkämpfen dienten.

Gebessert haben sich dem Bericht zufolge auch die Beziehungen mit der Wissenschaft. So wurde im Dezember 1982 der Kooperationsvertrag mit dem Alfred-Wegener-Institut für Polarforschung (AWI) in Bremerhaven geschlossen. Und erst vor wenigen Tagen haben sich die Universität und das Institut für Meeresforschung (IfM) in der Seestadt wissenschaftlich eng zusammengetan. Während der erstgenannte Vertrag die Zusammenarbeit in der Forschung in den Vordergrund stellt, bezieht sich der zweite auf eine enge Kooperation in der Lehre. Timm: „AWI, IfM und die naturwissenschaftlich technischen Studiengänge der Universität können sich in Zukunft zu einem schlagkräftigen Forschungsverband entwickeln – mit großem Nutzen für die Region."

Der Rektor legt zudem auch großen Wert auf die Anerkennung als „Forschungsstätte von allgemeiner Bedeutung" durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die der Bremer Universität bislang versagt blieb. „Ich führe Verhandlungen mit der DFG", sagte Timm. „Wir befinden uns im Prozeß der Aufnahme, aber die Uni muß jetzt einen Schritt tun." Die Aufnahme in die DFG sei allerdings keine rein fachliche, sondern überwiegend eine politische Frage. Denn je weiter man von Bremen wegkomme, desto schlechter sei die Universität noch angesehen. Immerhin stiegen die Drittmittel, die die Bremer Universität von der DFG erhalten hat, von Jahr zu Jahr seit 1979 auf 2,3 Millionen DM in 1982.

Die größte Sorge für die Zukunft bereitet Timm allerdings die finanzielle Grundlage, zwar habe der Universität im vergangenen Jahr insgesamt eine Förderungssumme in Höhe von 11 Millionen DM zur Verfügung gestanden, aber für die kämen wie seit Jahren nur 130 Millionen Mark aus dem Staatssäckel. Dennoch konnten im Betrieb der Gebäude Einsparungen verzeichnet und damit Sach- und Investivmittel für die Forschung freigesetzt werden, beispielsweise für Literatur und apparative Ausstattung. Die Qualität der Forschung beeinflusse aber indirekt und direkt die Qualität der Lehre. Dieser Zusammenhang sei beim Aufbau der Universität vernachlässigt worden. Im Bericht heißt es weiter: „Es bedurfte und bedarf intensivster Anstrengungen, diesem Fehler der Gründungsphase entgegenzuwirken."

Der Hochschulgesamtplan betone die Zielsetzung, die Universität von einer primär geisteswissenschaftlichen Lehrerausbildungsstätte hin zu einer stärker regional bezogenen forschungsintensiven Hochschule zu entwickeln. Allerdings müsse die Uni darauf bestehen, daß neue Studiengänge nur nach sorgfältiger Prüfung der Realisierungschancen und nach Abschluß solider universitärer Planung aufgebaut werden.

Das Bild der Universitäten hat sich gewandelt. In Bremen, das sich anfangs von seiner Universität abschottete, gibt es inzwischen einen Initiativkreis „Bremer und ihre Universität". Er bescheinigt der Universität in seiner Präambel, daß sie „ein Teil der Zukunft Bremens ist".

Alfonsin reicht den Peronisten die Hand

Von WERNER THOMAS

Die Rivalen schlossen sich freundlich lächelnd in die Arme. Der herzliche Abrazo sollte einen Schlußstrich ziehen unter die Vergangenheit des bitteren Wahlkampfes und Bereitschaft für Zusammenarbeit in einer demokratischen Zukunft bekunden. Raul Alfonsin sprach von „nationaler Einheit".

Alfonsin, der nächste Präsident Argentiniens, der einen historischen Erdrutschsieg errungen hat, empfing noch am Montagabend in der Innenstadtwohnung seiner Tochter Marcia den unterlegenen peronistischen Kontrahenten Italo Luder. Luder gratulierte. Die Herren schienen sich gut zu verstehen. Sie wollen die Demokratie nun so fest etablieren, daß sie nicht mehr durch einen Militärputsch zerstört werden kann.

Nach einer turbulenten Nacht, in der die Alfonsin-Anhänger ausgelassen feierten und gelegentlich auch verprügelt wurden von peronistischen Schläger-Brigaden, in der Sirenen oder Polizei- und Ambulanzwagen pausenlos heulten und gelegentlich auch Schüsse fielen, wirkte Buenos Aires insgesamt dennoch friedlich. Die Bevölkerung erholte sich von dem Wahlkampfstreß und staunte über dieses unglaubliche Ergebnis.

„Eine Revolution an den Wahlurnen", urteilte das Finanzblatt „Ambito Financiero" und umschrieb damit treffend die Situation.

Auf der Fußgänger-Straße Florida, der öffentlichen Diskussions-Stätte bei wichtigen Ereignissen, wurde besonders die Frage erörtert, ob Raul Alfonsin dem Peronismus nun den Todesstoß versetzt hat, dieser anachronistischen Massenbewegung, von der sich die Nation bisher trotz verhängnisvoller Erfahrungen nie lösen konnte. Die Frage blieb unbeantwortet. Niemand weiß es.

Es gibt Selbstkritik in den Reihen der Peronisten, die in ihrer 38jährigen Geschichte bisher nie eine Wahl verloren haben. „Wir haben viele Fehler gemacht", urteilte Saul Menem, der neue Gouverneur der Provinz La Rioja, „wir müssen nun viele Dinge ändern." Er wollte seine Analyse nicht näher erläutern, forderte jedoch eine „Umbildung der Führung".

Leute wie Lorenzo Miguel, der ehemalige Metallarbeiterboß, wirken abschreckend. Viele Argentinier verbinden mit diesem Namen Korruption und politische Gewalt. Miguel zieht die Fäden in der peronistischen Bewegung. Italo Luder, ein Mann ohne entscheidenden Einfluß, will nicht glauben, daß sich die zerstrittene Partei nun spaltet. „Wir haben schlimmere Zeiten überlebt", erinnerte er, „Zeiten der offenen Verfolgung." Luder wünscht nun einen Parteikongreß, der die Linie der Zukunft festlegen soll.

Der unterlegene Präsidentschaftskandidat versprach eine „konstruktive Opposition" und beruhigt damit viele Alfonsin-Anhänger, die eine offene Obstruktionspolitik befürchten. Selbst Saul Ubaldini, der mächtigste peronistische Gewerkschaftsführer, der um seine Position bangen muß, wenn Alfonsin seine im Wahlkampf geäußerten Absichten zur „Demokratisierung" der Arbeitnehmerverbände realisiert, schlug versöhnliche Töne an. „Diese Wahlen waren ein Sieg der Demokratie über die Diktatur", meinte er und gelobte: „Wir wollen die Demokratie verteidigen. Wir werden nicht an die Türen der Kasernen klopfen" – damit die Militärs wieder kommen.

ARGENTINIEN



Ihm fehlte Charisma: Italo Luder FOTO: AP

Alfonsin reicht den Peronisten die Hand. Bereits in der Nacht zum Montag, als er vom Balkon der radikalen Bürgerunion (URC) zu Zehntausenden jubelnden Anhängern sprach, betonte er: „Dieser Tag gehört allen Argentiniern. Wir haben gesiegt, aber wir haben niemanden besiegt." Er verkündete eine „neue Etappe des Friedens, des Wohlstandes und des Respekts der menschlichen Würde".

Der joviale Sohn eines spanischen Republikaners, der autoritäre Systeme aller Schattierungen haßt und in Europa wohl einer sozialdemokratischen Partei angehören würde, schwimmt auf einer Sympathie-Welle, wie sie selten ein argentinischer Politiker erlebt hat. Die ganze Nation scheint von diesem „Alfonsinismo" erfaßt zu sein. Viele Passanten tragen weiß-rote Schleifen am Revers, die Farben der radikalen Bürgerunion. An Autos flattern weiß-rote Fähnchen. Die Kioske verkaufen Alfonsin-Bücher. Der Preis für Ansteckknöpfe mit dem Foto des schnauzbärtigen Volkshelden und der Aufschrift „Alfonsin – Presidente" hat sich von Sonntag auf Montag von zwei Peso auf vier Peso (fast eine Mark) verdoppelt.

Alfonsins Triumph schuf Vertrauen. Der Schwarzmarktwert des Dollar ist um 2,80 Peso auf 24 Peso gefallen. Viele Argentinier erwarten gar einen gesellschaftlichen Regenerierungsprozeß. Auch der Schriftsteller Ernesto Sabato zählt zu ihnen. „Die Herrschaft der Intoleranz geht zu Ende." Die, die es am wenigsten erwarten, hoffen zumindest auf ein Ende des wirtschaftlichen Abstiegs.

„Weißt du, daß wir die Geschichte Argentiniens verändern können?" fragte Alfonsin seinen Vizepräsidentschaftskandidaten Victor Martinez in der Wahlnacht. „Ich weiß", antwortete Martinez und erinnerte dann aber etwas nachdenklich: „Auf uns lastet eine enorme Verantwortung." Die größte Last ist wahrscheinlich der Erwartungsdruck. Die Argentinier sind ungeduldige und schnell enttäuschte Menschen. Sie müssen in den nächsten Monaten die Gürtel noch enger schnallen: Alfonsin erbt eine Inflation, die derzeit 914 Prozent beträgt, auch für argentinische Verhältnisse eine Rekordrate. „Man sollte abwarten", empfiehlt ein diplomatischer Beobachter. „Der ‚Alfonsinismo' kann schnell verblassen." (SAD)

Die Firmen der SED sind die Bankschalter der DKP

Verfassungsschützer über kommunistische Geldgeschäfte

WERNER KAHL, Passau

Über die Bankschalter der SED, an denen die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ihre Schecks einlöst, hat jetzt erstmals der Präsident des bayerischen Verfassungsschutzes, Hermann Häring, in der Öffentlichkeit gesprochen. Mit frisierten Bilanzen versuche die DKP vor allem vor der „Friedensbewegung" ihre finanzielle Abhängigkeit von Ost-Berlin und Moskau zu verschleiern, sagte Häring auf dem Deutschlandtreffen der Exil-CDU in Passau. Häring nahm damit auch zu den Diskussionen dieses Herbstes über die von Gruppen der „Friedensbewegung" angezweifelte Steuerung der DKP durch die „DDR"-Einheitspartei Stellung.

Aus Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden stellt sich für Häring die wegen ihres 0,2-Prozent-Stimmenanteils bei der Bundestagswahl 1983 vielfach als bedeutungslos angesehene DKP als „Hundert-Millionen-Partei" dar. Diese Summe bildet allerdings nach Ansicht des Verfassungsschutzchefs „nur jenen Teil der Ausgaben, die von außen – nach Mittelwerten – berechenbar" seien. Während zu der Zeit der Komintern, der von Lenin gegründeten III. Kommunistischen Internationale, Kuriere mit großen Geldkoffern gereist seien, habe die „Westabteilung" beim SED-Zentralkomitee in Ost-Berlin heute eine „neue Form" für die finanziellen Transaktionen gefunden, sagte Häring.

Es gibt nach den Erkenntnissen der Behörden bereits eine Reihe kommunistischer Firmen in der Bundesrepublik, die mit finanzieller Unterstützung der „DDR" gegründet oder erworben worden seien. Sie werden laut Häring „über ‚Strohmänner' geleitet", Kontrolle und Steuerung lägen jedoch beim Wirtschaftsapparat des ZK der SED.

Viele dieser Firmen sind nach Angaben des Verfassungsschutzchefs „personell und finanziell miteinander verflochten". Meist handele es sich um Im- und Exportfirmen, Speditionsunternehmen, Reisebüros und Werbeagenturen. Bei diesen Unternehmen seien zugleich „viele der DKP-Berufsfunktionäre zum Schein angestellt". Häring: „Diese Firmen könnte man als Bankschalter der SED bezeichnen, bei denen die DKP die Schecks einlöst."

Eine Methode des „Erfindens von D-Mark-Devisen-Quellen" bestehe darin, so Häring, „daß man westdeutsche Firmen zwingt, in DKP-Publikationen zu inserieren". Andernfalls würden sie für ein Osthandels- oder deutsch-deutsches Geschäft keinen Zuschlag erhalten. In dem jährlich zur Leipziger Frühjahrsmesse von dem rheinischen Verlag Plambeck & Co. in Neuss, der Hausdruckerei der DKP, herausgebrachten „Messemagazin International" inserieren rund 600 Firmen, davon etwa zwei Drittel aus der Bundesrepublik. Auf diesem Weg flössen „direkt und legal aus der westdeutschen Industrie der DKP Jahr um Jahr Millionenbeträge zu", sagte Häring.

Neben der Finanzierung und Schulung verwies der Verfassungsschutzchef auf den Reiseverkehr von Delegationen und die Einladungen vor allem an westdeutsche Jugendorganisationen, bei denen die Steuerung der DKP und ihrer Nebenorganisationen deutlich werde.

Die Zahl der Delegationen aus der Bundesrepublik in die „DDR" hat sich demnach von jährlich etwa 600 auf 800 im vergangenen Jahr mit rund 10 000 Teilnehmern erhöht bei „weiterhin steigender Tendenz". Im Sommerlager der kommunistischen FDJ im September dieses Jahres in Potsdam (Parole „Bündnispolitik") nahmen teil: „Naturfreunde Deutschlands" (NFJD), „Deutsche Jungdemokraten" (DJD), „Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken", „Bund Deutscher Pfadfinder" und Angehörige des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB).

Was dagegen den Ost-West-Jugendaustausch betreffe, so Häring, werde ein „DDR"-Bürger zunächst lediglich als „Kandidat" in den „Reisekader" – sofern Linientreue sowie Argumentations- und Diskussionsfestigkeit überprüft worden seien – aufgenommen. Die Delegation, die schließlich gen Westen reisen dürfe, werde an ihren Aufenthaltsorten vom „DDR"-Staatssicherheitsdienst überwacht. Bei jeder West-Reise laute zudem die Aufgabe: „Werbung für den realen Sozialismus."

Tumulte im iranischen Parlament

AFP, Teheran

Einer der fünf Abgeordneten der „Befreiungsbewegung Irans" ist im Parlament tätlich angegriffen und geschlagen worden, als er an der Rednertribüne gewalttätige Ausschreitungen gegen seine Partei anprangerte. Der Zwischenfall war in einer Direktsendung des Staatsrundfunks zu hören, bis der Parlamentspräsident die Mikrofone abstellen ließ.

Hachem Sabaghian von der Partei Mehdi Bazargans, des ersten Regierungschefs der islamischen Republik in Iran, hatte den Angriff einer „bewaffneten Gruppe von 300 Leuten" am Freitag vergangener Woche auf den Sitz seiner Partei in Teheran gebrandmarkt, bei dem die Räume zerstört und er selbst und ein Parteifreund zusammengeschlagen worden seien. Am selben Tag hatte die als liberal eingestufte Formation ein Seminar über die für nächstes Jahr geplanten Wahlen veranstalten wollen.

Die „Befreiungsbewegung Irans" ist neben der regierenden „Partei der Islamischen Republik" die einzige im Parlament vertretene politische Gruppierung.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Wie Moskau Rüstung und Einfluß verstärkte

Militärhilfe für Dritte Welt seit 1969 verzehnfacht

kie./DW. Washington

Die Sowjetunion hat in den vergangenen zehn Jahren nach Erkenntnissen der US-Regierung ihr gesamtes Waffenpotential an Zahl und Qualität erheblich mehr als die USA ausgeweitet. Sie hat außerdem, wie der stellvertretende US-Außenminister Kenneth Dam in einer Rede in Chicago darlegte, ihren Einfluß in Regionen der Dritten Welt erheblich ausgebaut.

In seiner Darstellung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen sagte Dam, daß die beiden Supermächte in der unmittelbaren Zukunft „in eine Periode der Ungewißheit" einträten. So sei es völlig offen, „wie lange und wie tief die Sowjets die Ost-West-Beziehungen im Zusammenhang der Mittelstreckenproblematik abzukühlen bereit sind". Der Diplomat betonte aber, daß die Sowjets nach dem Beginn der Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenwaffen „keine Konfrontation wünschen". Das hätten sie den Amerikanern und anderen Gesprächspartnern privat mehrfach mitgeteilt. Die bevorstehende Nachrüstung nannte Dam einen „größeren außenpolitischen Rückschlag" für Moskau.

Nach Angaben des stellvertretenden Außenministers produzierten die Sowjets in den vergangenen zehn Jahren etwa 2000 Interkontinentalraketen (USA: 350), 54 000 Panzer (die USA 11 000), 6000 taktische Kampfflugzeuge (3000) und 61 U-Boote (27). Im Vergleich der NATO zum Warschauer Pakt ergebe sich bei Kampfpanzern ein Übergewicht des Ostens von 42 500 zu 13 000 und bei Artilleriewaffen von 31 000 zu 11 000.

Etwa die Hälfte des Etats für Forschung und Entwicklung fließen in der Sowjetunion in den militärischen Anwendungsbereich. Dabei produziere inzwischen ein Drittel des gesamten sowjetischen Maschinenbaus für die Rüstung, führte Dam aus.

Dieses „Streben nach militärischer Überlegenheit" sei besonders beunruhigend im Zusammenhang mit dem „zunehmend zerstörerischen Gebaren" der Sowjets in aller Welt. So habe die UdSSR ihre Militärhilfe für Staaten der Dritten Welt seit 1969 verzehnfacht und sei damit zum größten Waffenexporteur für diese Länder geworden. In mehr als 30 Ländern der Dritten Welt seien über 20 000 Soldaten der UdSSR und des Ostblocks stationiert. Mit heute rund 40 000 Kubanern in Angola, Äthiopien und Mittelamerika sei auch der Einsatz von „Stellvertretern" intensiviert worden.

Lockern USA Sanktionen gegen Polen?

DW. Warschau/New York

Die USA wollen nach einem Bericht der „New York Times" einige ihrer Wirtschaftssanktionen gegen Polen aufheben. Unter Berufung auf Regierungsbeamte hieß es in der Zeitung, ein entsprechender Beschluß sei in der vergangenen Woche gefaßt worden. Polen sei bereits informiert.

Angeblich ist die US-Regierung zu neuen Verhandlungen über die hohen polnischen Schulden bereit und will Gespräche über polnische Fischereirechte in amerikanischen Gewässern zulassen. Der Stopp von Wirtschaftshilfe, das Exportverbot für Hochtechnologie und der Boykott der Fluggesellschaft Lot sollen dagegen in Kraft bleiben. Der Gewerkschaftsbund AFL-CIO habe allerdings Bedenken angemeldet, da noch nicht alle politischen Gefangenen freigelassen seien und weiterhin keine unabhängigen Gewerkschaften zugelassen würden.

Die Amnestie für die untergetauchten Funktionäre der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" ist am Montag ausgelaufen. Anzeichen für eine Verlängerung, wie sie die regimetreue „Patriotische Bewegung der nationalen Wiedergeburt" anregte, waren am Dienstag nicht zu erkennen. Die Regierung ließ verlauten, daß bisher nichts entschieden sei, das Parlament sich jedoch vielleicht in der nächsten Woche damit befassen werde.

Präsident Marcos bestellt sein Haus: Bleibt Manila ein Machtkampf erspart?

Von MANFRED NEUBER

Mit Härte gegenüber der Protestbewegung, die auch zwei Monate nach dem Mord an Oppositionsführer Benigno Aquino nicht nachgelassen hat, und politischen Konzessionen an die oppositionellen Parteien, um sie von einem Boykott der nächsten Parlamentswahlen abzubringen, versucht Präsident Ferdinand Marcos, die Kontrolle über die Philippinen zu behalten.

Anfang dieser Woche designierte er überraschend seinen Ministerpräsidenten Cesar Virata (54) für den Fall, daß er die Funktion des Präsidenten nicht mehr ausüben kann, zum interimistischen Nachfolger. Binnen 30 Tagen sollen nach einem solchen Amtswechsel Präsidentenwahlen stattfinden.

Durch diese Anordnung will Marcos, dessen Gesundheitszustand angeblich ernst ist, einen Machtkampf in Manila verhindern. Bisher oblag es einem Exekutivkomitee mit zehn Mitgliedern, unter ihnen Frau Imelda Marcos, bei vorzeitiger Beendigung der Präsidentschaft einen Nachfolger zu ernennen. Virata ist Vorsitzender dieses durch einen Verfassungszusatz geschaffenen Ausschusses.

Auf „Volksverhetzung und Aufwiegelung zum Aufruhr" steht jetzt wieder die Todesstrafe oder lebenslange Haft. Das Dekret Nr. 1834 entspricht mit solchen drakonischen Strafen den Drohungen des Kriegsrechtes, das 1972 unter großer Zustimmung der Bevölkerung zur Bekämpfung des Terrors erlassen und 1981 nach zunehmender Kritik am Mißbrauch durch den Präsidenten aufgehoben wurde.

Unter Berufung auf das Dekret Nr. 1834 sind schon mindestens zwei Dutzend Filipinos festgenommen und angeklagt worden. Darunter befinden sich der Vizepräsident der großen Unternehmensgruppe Ayala, Rogelio Pantaleon, und der Verleger der „Philippine Times", Rommel Corro.

Abwechselnd bedroht und umwirbt Marcos die Geschäftsleute. Das Finanz- und Handelszentrum Makati in der Hauptstadt Manila ist zur Hochburg der bürgerlichen Opposition gegen sein Regime geworden. Wenn der Präsident gereizt die Oligarchie und Unternehmer angreift und verächtlich macht, so urteilen diplomatische Beobachter, treibt er

DIE ANALYSE

die Propagandamühlen der Kommunisten an, die aus dem Untergrund agieren.

Die Zugeständnisse an die demokratische Opposition beim Wahlrecht reichen noch nicht aus, um sie zur Beteiligung an den Wahlen im Mai nächsten Jahres zu bewegen. Salvador Laurel, der eine Sammlungsbewegung aus zwölf Parteien führt, sagte kürzlich der WELT, die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und der Rücktritt des Präsidenten seien unabdingbar für die Lösung der politischen Krise.

Marcos hatte eine Wahlrechtsreform angekündigt, die nun in der von seiner „Bewegung für eine neue Gesellschaft" beherrschten Nationalversammlung beraten wird und dann in einem Referendum vorgelegt werden soll. Er beteuerte: „Wir wollen der Opposition so weit wie möglich entgegenkommen und ihr alle Chancen für die Wahlen einräumen." Doch die Oppositionsparteien bleiben argwöhnisch.

Nach dem geltenden Blockwahlsystem stellt die Regierungspartei 149 der 165 regional gewählten Abgeordneten; zwölf weitere werden von verschiedenen Organisationen und zwanzig vom Präsidenten ernannt. Dieses Wahlrecht benachteiligt die Opposition. Einige Parteien boykottieren deshalb die parlamentarische Arbeit.

Um ein Mandat zu erlangen, genügt nicht allein die Stimmenmehrheit eines Kandidaten in seinem Wahlkreis, vielmehr muß auch seine Partei in allen Provinzen einer Region erfolgreich sein. Diese Klausel soll künftig fortfallen. Oppositionelle in Manila hoffen, daß auch Garantien für einen offenen und fairen Wahlkampf der Regierung abgerungen werden können. Vor dem Kriegsrecht 1972 hatten die Philippinen ein ähnliches Wahlrecht wie in den USA.

Auf dem Grabe Aquinos im Memorial Park werden täglich frische Blumen niedergelegt und neue Kerzen angezündet. Etwa zehn Kilometer entfernt ruht der Leichnam des angeblichen Attentäters Rolando Galman im Hauptquartier der Bereitschaftspolizei (Philippines Constabulary) in einer Tiefkühltruhe. „Die offizielle Erklärung über den Tathergang ist eine Beleidigung für die Intelligenz unseres Volkes", sagte ein führender Unternehmer, der damit die öffentliche Meinung widerspiegelt.

Politische Beobachter in Manila vertreten die Auffassung, es komme jetzt entscheidend auf die „stille Diplomatie" der Vereinigten Staaten an, ob auf den Philippinen eine friedliche Lösung durch demokratischen Wandel erreicht wird oder ob das mit den beiden US-Stützpunkten strategisch wichtige Land eine radikale Zuspitzung erlebt. Marcos müsse daran gehindert werden, die bürgerliche Opposition durch die Ablehnung eines wirklichen „Dialogs der Versöhnung" in die Arme extremistischer Kräfte zu treiben, die von den Nationalkommunisten mit einer „Einheitsfront" zum Sturz des Präsidenten gelockt werden.

Verstimmung zwischen Madrid und Paris

Frankreichs Sozialisten gefährden Spaniens Verbleib in der NATO / Spott für Gonzalez

ROLF GÖRTZ, Madrid

Mit Enttäuschung und Schadenfreude – je nach Standpunkt – reagierten Politiker der sozialistischen Regierung und der bürgerlichen Opposition in Spanien auf die Forderung der Sozialistischen Partei Frankreichs, den spanischen EG-Beitritt aufzuhalten. Auf ihrem Kongreß in Bourg-en-Bresse beharrten die Delegierten der französischen Regierungspartei auf der seit Jahren von Paris praktizierten Hinhaltetaktik. Im Interesse des eigenen Agrarabsatzes – und ihrer Wähler auf dem Lande – lehnen Frankreichs Sozialisten die „voreilige" Erweiterung der EG durch Spanien und Portugal ab.

Die klare Absage der Franzosen trug der Regierung Felipe González den gesalzenen Spott der spanischen Opposition und der ihr nahestehenden Presse ein. Man erinnert an die Euphorie, die nach dem ersten Treffen von Kabinettsmitgliedern beider Regierungen in Frankreich kurz nach der Regierungsübernahme der Sozialisten in Madrid ausgebrochen war. Keinesfalls verkehrt – wenn auch in einem ganz anderen Sinne gemeint – erklärte Spaniens Außenminister Fernando Moran damals: „Unser Weg nach Europa führt über Frankreich."

In dichter Folge besuchten französische Minister einschließlich des Kabinettschefs Madrid. Zum Höhepunkt der sozialistischen Freundschaft entwickelte sich ein seminarähnliches Treffen von einem guten Dutzend Ministern und Staatssekretären beider Länder in La Granja, der ehemaligen Sommerresidenz der spanischen Könige. Der „Geist von La Granja" sollte Spaniens „privilegierte Beziehungen" zu Frankreich begründen. Bei all diesen Gelegenheiten bemühten sich Frankreichs Politiker, einschließlich Ministerpräsident Pierre Mauroy, die spanischen Bedenken über die französische Haltung zum Madrider EG-Beitritt auszuräumen.

In der Praxis der Europapolitik aber hielten die verantwortlichen Politiker aus Paris bei Ministertreffen in Brüssel, Genf, Stuttgart oder Athen zu ihrem Nein gegenüber der spanischen Integration unter den gegenwärtigen Bedingungen. Die in La Granja besiegelte Freundschaft beschränkte sich offensichtlich auf den Verkauf französischer Waffen zur Modernisierung der spanischen Armee und auf die Festigung der gemeinsamen Ideologie in den Kulturprogrammen beider Regierungen. Auch die von der Regierung Felipe González dringend erbetene Unterstützung bei der Bekämpfung der von Frankreich aus operierenden ETA-Terror-Kommandos hält sich in bescheidenen Grenzen.

Als erster reagierte Felipe González nun selbst. Bei einem Treffen sozialistischer Regierungschefs Südeuropas in Athen deutete Spaniens Ministerpräsident an, daß Madrid seine Außenpolitik ändern könne, wenn der spanische EG-Beitritt weiter verschoben würde. Dieses Wort muß ernst genommen werden. Denn seit 1962 – also seit Francos Zeiten – bildet Spaniens Integration in die Europäische Gemeinschaft das Hauptziel der Madrider Außenpolitik. Diese Politik, die mit der Jahrhunderte währenden Isolation abschließen will, wurde im demokratischen Spanien noch intensiviert. Madrid sieht in der Aufnahme die Anerkennung seiner historischen Wende. Selbst der Beitritt Spaniens zur NATO, vollzogen von der bürgerlichen Regierung Calvo Sotelo, verfolgte gewissermaßen als Vorleistung in erster Linie das Ziel der europäischen Integration.

Deutsche Parlamentarier vom Verteidigungsausschuß wiesen in Madrid auf die Verschiedenartigkeit beider Allianzen hin. Allein die spanische Außenpolitik hat sich an das unausgesprochene Junktim gebunden: Ohne EG wird es auf Dauer keine wirksame Partnerschaft in der NATO geben, und diese Grundeinstellung gilt auch für weite Kreise der bürgerlichen Opposition.

Bevor er Außenminister wurde, nannte der sozialistische Berufsdiplomat Fernando Moran in seinem programmatischen Buch „Eine Außenpolitik für Spanien" den Atlantikpakt „kapitalistisch". Er forderte eine „sozialistische Außenpolitik", die sich allerdings nicht vom Westen lösen sollte. In der Regierungsverantwortung fügte er sich natürlich der Realität des inzwischen vollzogenen NATO-Beitritts. Bis jetzt jedenfalls.

Wie Moran wirklich denkt, wurde deutlich, als die Konrad-Adenauer-Stiftung zu einem Seminar in Madrid spanische Militärs einlud, um deren Vorstellungen zum atlantischen Bündnis anzuhören. Die vom Madrider Verteidigungsministerium zunächst als selbstverständlich genehmigte Teilnahme mehrerer Offiziere wurde jedoch in letzter Minute zurückgenommen – auf Druck des Auswärtigen Amtes in Madrid.

Im Hintergrund solcher Entwicklungen steht immer drohend das Referendum über die weitere Zugehörigkeit zur NATO. Über sein Ergebnis könnte man nur eines mit Sicherheit sagen: Ohne EG-Beitritt wird es ein klares Nein zur NATO geben. (SAD)

Kauft Kairo auch von Bonn Waffen?

Ägypten streut seine Rüstungsaufträge / Sorgen in Israel über Mubaraks Kurs

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Der ägyptische Verteidigungsminister Mohammed Abu Ghasala, der heute auf der Bonner Hardthöhe zu einem ersten Meinungsaustausch mit seinem Amtskollegen Wörner zusammentrifft, wird im Laufe dieser Woche Bundeswehr-Einheiten und auch Betriebe der deutschen Rüstungsindustrie in Kiel und München besuchen. Ghasala gilt in Kairo als einer der einflußreichsten Minister in der Mannschaft Mubaraks. Sein Besuch zeigt die Bedeutung, die Kairo einer deutsch-ägyptischen Zusammenarbeit bei Fragen der Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe sowie bei Rüstungsexporten beimißt.

Seit etwa einem Jahr ist Ägypten bemüht, seine Rüstungskäufe breit zu streuen. Von Rumänien orderte Kairo im vergangenen Juni 200 Panzer vom Typ M 77, einer verbesserten Version des sowjetischen Modells T 54. Auch mit China hat Kairo umfangreiche Waffenkaufverträge abgeschlossen. Aus den USA sollen 94 schwere Kampfpanzer des Typs M 60 A und Maschinengewehre, Granatwerfer, Ersatzteile und Funkausrüstung im Gesamtwert von 145 Millionen Dollar importiert werden. Mit Frankreich wird über Mirage-Kampfflugzeuge verhandelt. Über nennenswerte Verträge mit deutschen Firmen ist noch nichts bekannt. Der Besuch des Verteidigungsministers dient, so heißt es in Kairo, der „Konkretisierung von Möglichkeiten".

Die ägyptischen Streitkräfte befinden sich in einer Phase der Umrüstung. Kairo will die waffentechnische Abhängigkeit von der Sowjetunion, die langsam abgebaut wird, aber nicht durch eine amerikanische ersetzen. Deshalb diversifiziert man die Waffenkäufe auf möglichst viele Lieferanten, unter ihnen die USA, Frankreich und Großbritannien, aber auch kommunistische Länder wie Rumänien oder China. Auch die Zahl der amerikanischen Militärberater in Ägypten soll sowohl aus außen- wie auch innenpolitischen Gründen beschränkt bleiben.

Der Neuaufbau der Armee soll in etwa fünf Jahren beendet sein. Die Ausgaben für die Verteidigung steigen kräftig, im laufenden Haushaltsjahr wurden sie um rund 25 Prozent angehoben.

Im Außenministerium in Jerusalem fragt man sich besorgt, was Kairo mit einer so großen Armee bezwecken will. Kein potentieller Feind sei so stark, daß eine „so riesige Armee" aufgebaut werden müsse. Das zwinge Israel, mitzuhalten. Denn niemand wisse, wohin Kairos außenpolitische Reise wirklich geht.

Als „neues Element" wertet man in Israel in diesem Zusammenhang die Äußerungen Mubaraks und seines Außenministers Hassan Ali, wonach die Sowjets letztendlich am Friedensprozeß im Nahen Osten beteiligt werden müßten, und zwar als Garantiemacht auf der Grundlage der letzten gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Erklärung vom 1. Oktober 1977. Diese Erklärung war für den ermordeten Präsidenten Sadat der letzte Anstoß zur Reise nach Jerusalem gewesen. Er wollte die Sowjets aus dem Nahen Osten heraushalten. Die Berufung auf diese Erklärung bedeutet insofern eine deutliche Abkehr Mubaraks von der Politik seines Vorgängers Sadat. In welche Richtung dieser Schwenk führt, ist noch nicht abzusehen, auch nicht an Zahl und Umfang der Rüstungsaufträge.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Trümpfe verschenken?

„USA erforschen Möglichkeiten": WELT vom 25. Oktober

Sehr geehrte Herren,

in seinem Bericht über Forschungsaufträge der amerikanischen Administration zur Erkundung neuer Möglichkeiten der Abwehr von Interkontinentalraketen stellt Ihr *Washingtoner Korrespondent, Thomas* Kielinger, die Frage, ob ein waffentechnischer Durchbruch nicht destabilisierend wirken müsse. Denn diejenige Macht, die zuerst über eine zuverlässige Abwehr verfügt, könne potentielle Rivalen ungestraft mit einem Erstschlag überwältigen. Kielinger fragt weiter, ob die Sicherheit Europas nicht von der der USA abgekoppelt würde, falls die weltraumgestützte Abwehr gegen eurostrategische Raketen (SS 20) wegen deren kürzerer Flugzeit untauglich wäre. Auf diese Bedenken möchte ich mit folgenden Überlegungen antworten:

1. Nach *aller Erfahrung* wäre *nicht* mit einem radikalen Umschwung der militärischen Lage zu rechnen, sondern mit einem langfristigen Vorgang, in dessen Verlauf die dominierende Rolle der Angriffsraketen durch Fortschritte der Abwehr auf beiden Seiten abgebaut wird. Dabei könnte der Westen einen Vorsprung gewinnen, wenn er seine Trümpfe nicht durch den west-östlichen Technologietransfer verschenkt. (Daß die USA eine solche Lage nicht mißbrauchen könnten, bedarf keiner Erklärung.) In einem Prozeß, durch den das „Gleichgewicht des Schreckens" in einen Zustand übergeht, in dem die Abwehr Vorteile über die Angriffsraketen gewinnt, vermag ich keine Gefahr zu erkennen.

2. Weil auch eurostrategische Raketen eine Flugzeit von einigen Minuten benötigen, wäre zu vermuten, daß weltraumgestützte Strahlenwaffen zum Zuge kämen. Die Nahbereichsverteidigung gegen durchgebrochene Raketen müßte natürlich für den Schutz Europas auch in Europa stationiert werden.

3. Es gibt keine Anzeichen dafür, daß der Rüstungswettlauf der Bündnisse von einem Zeitalter der „kooperativen Sicherheit" abgelöst wird. Deshalb dient der amerikanische Präsident mit der Prüfung der Möglichkeit neuer Abwehrtechnologien auch unserem Sicherheitsinteresse. Solange der von Reagan gewollte „demokratische Wandel im Osten" nicht Wirklichkeit geworden ist, muß der Westen seine innovative Potenz für einen Vorsprung seiner Waffentechnik einsetzen, wenn er Gleichgewicht und Frieden erhalten will.

Mit freundlichem Gruß
Wolfgang Fleischer,
Hamburg 70

Zeter- und Mordiogeschrei

„Die Ratgeber": WELT vom 28. Oktober

Sehr geehrter Herr Dr. Kremp,

wenngleich Sie zu Recht „die rücksichtslose Klarheit des Denkens" in bezug auf die US-Intervention auf der Insel Grenada fordern, dürfte diese Erwartung angesichts der weitverbreiteten Heuchelei im Westen sowie in der „Dritten Welt" vergeblich sein; denn viele von denen, die Reagan als Verletzer hehrer demokratischer Prinzipien denunzieren, wissen doch ganz genau, daß ihre Freiheit ausschließlich darauf beruht, daß die Militärmacht der Vereinigten Staaten den Sowjet-Kommunismus an der Verwirklichung der von diesem angestrebten Weltherrschaft hindert. Und der Kommunismus ist schließlich „eine tödliche Gefahr für die Menschheit" (L'Osservatore Romano), also etwas Schlechtes oder Böses, was indessen von vielen noch in Freiheit lebenden Spießbürgern ignoriert wird.

Aber obwohl dieses menschenverachtende System seit mehreren Jahrzehnten ein Land nach dem anderen usurpiert, um der freien Welt möglichst bald den Garaus zu machen, regen sich viele der Bedrohten weniger über die Expansion des Kommunismus als über die Gegenmaßnahmen der NATO bzw. der USA auf! (Oft handelt es sich dabei um die gleichen Leute, die den älteren Deutschen Verachtung entgegenbringen, weil sie sich nicht rechtzeitig gegen die Hitler-Diktatur gestellt hätten.) Und wenn nun die westliche Führungsmacht es als erforderlich ansieht, in der gegebenen Situation machtpolitisch zu reagieren – weil die „Weltrevolutionäre" moralischen Argumenten, die unserer Wertordnung entstammen, nicht zugänglich sind, *und weil einmal der Punkt erreicht* ist, wo deren infames Spiel den Lebensnerv der westlichen Welt zu treffen droht –, dann schreien unsere Heuchler Zeter und Mordio, indem sie Notwehrmaßnahmen mit eklatantem Völkermord (Afghanistan) vergleichen!

Eine solche Verhaltensweise ist vergleichbar mit unsportlichen Zuschauern eines Ringkampfes, bei dem diese von einem Beteiligten die strikte Einhaltung der griechisch-römischen Regeln erwarten, während sie ungerührt akzeptieren, daß der andere seinen Sieg systematisch mittels *Freistil-Methoden* vorbereitet.

Mit freundlichen Grüßen
Edgar Hügel,
Grefrath 1

*

Sehr geehrte Redaktion,

ein großes Lob für Ihre Leitartikler Thomas Kielinger („Wort und Tat"), Enno von Loewenstern („Der afghanische Vergleich") und nicht zuletzt Ihren brillanten Dr. Herbert Kremp in seinem heutigen Artikel auf Seite 2 der WELT: „Die Ratgeber", in dem er mit der bundesdeutschen Feigheit in Bonn in sehr treffender Weise ins Gericht geht.

Angewidert von den bundesdeutschen Massenmedien mit ihrem offenen oder latenten Antiamerikanismus in Sachen Grenada, ist es geradezu eine wahre Freude, immer die klare Sprache der WELT zu lesen. Sie sind – vielleicht außer der FAZ – die Zeitung Deutschlands mit verdienter Weltgeltung!

Mit freundlichen Grüßen
und besten Wünschen
Wilhelm Kühn,
Düsseldorf 1

Wort des Tages

» Nur im vorbereiteten Herzen kann ein neuer Gedanke Wurzel fassen und groß werden. Sich vorbereiten, den Acker lockern für das beste Korn ist alles. «

Christian Morgenstern, dt. Autor (1871–1914)

Prügelknaben

Sehr geehrte Redaktion,

die Blockade der Führungsakademie in Hamburg am 21. 10. 83 war also keine Nötigung, da man im Gegensatz zum Axel Springer Verlag darauf verzichtet habe, den freien Personen- und Fahrzeugverkehr für die Dauer der Blockade durchsetzen zu lassen. So Hamburgs Innensenator Pawelczyk in einem Rundfunkinterview.

Wenn also der Blockierte auf einen *Rechtsanspruch verzichtet, um die* Konfrontation zu vermeiden, ist er selber schuld und verwirkt formaljuristisch den Anspruch, von Nötigung zu reden. Liegt eine Nötigung nicht bereits in den Umständen, die den Staat, seine Streitkräfte und auch die Polizei veranlassen, Einschränkungen hinzunehmen, um Schlimmeres zu vermeiden?

Besonders bedrückend ist es jedoch für einen Soldaten, wenn er die beiden örtlich und zeitlich zusammenfallenden Ereignisse an diesem *Wochenende vergleicht. Die Auslieferung* einer Zeitung wird – Gott sei Dank – durchgesetzt (Pressefreiheit, GG Artikel 5). Die Freizügigkeit von Menschen – pardon Soldaten – wird nicht durchgesetzt: GG Artikel 11,(1): „Alle *Deutschen* genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet", obwohl die Voraussetzungen des Artikels 19 (Einschränkung von Grundrechten) nicht vorliegen. Ist also der Verkauf einer Zeitung wichtiger als die Bewegungsfreiheit des Bürgers in Uniform? Hat die Pressefreiheit Vorrang vor der Freizügigkeit und dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht (Artikel 2)? Muß der Soldat es auch hinnehmen, daß er unter den Augen der Polizei auf Transparenten und durch Schmierereien am Kasernentor beleidigt wird? Wie lange wird der Staat überhaupt den Mißbrauch der Grundrechte „um des lieben Friedens" willen hinnehmen können und es dulden, daß seine Soldaten „symbolisch" zum Prügelknaben für politische Entscheidungen gemacht werden?

Mir sind alle Grundrechte gleichermaßen wichtig.

Mit freundlichen Grüßen
Jürgen Würfel
Oberst i. G.,
Wedel

Personalien

VERANSTALTUNG

„Sie haben die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in entscheidenden Phasen maßgeblich mitgeprägt. Das Auswärtige Amt ist *stolz auf Sie." So Außenminister* **Hans-Dietrich Genscher** in seiner Laudatio beim Abschied für seinen Staatssekretär **Berndt von Staden,** der in den Ruhestand geht. Genscher verteilte dieses Mal ungewöhnliches Lob im Amt: Er nannte „die Kraft", aber auch „die Disziplin", mit der *von Staden seine Ämter versah,* rühmte seine Fähigkeiten, „Vertrauen zu schaffen", und hob „die absolute Loyalität dem Amt und dem Dienst gegenüber, das hohe Pflichtgefühl und Verantwortungsbewußtsein" hervor. Für Genscher wurde in den letzten Jahren von *Staden der Mann, „dessen Fähigkeit* zu Analyse und konzeptionellem Denken" dem Auswärtigen Dienst und der deutschen Außenpolitik in besonderem Maße zugute gekommen sind. Und was selten vorkommt, Genscher dankte auch der Ehefrau **Wendelgard von Staden,** einer geborenen *Freiin* von *Neurath.* Genscher erinnerte, „daß Sie und alle Ehefrauen in unserem Dienst ohne Bezahlung und mit großer Selbstverständlichkeit Dinge tun, ohne die der Auswärtige Dienst nicht funktionsfähig bleiben würde". Frau von Staden genießt in der Tat einen Ruf als perfekte Diplomatenfrau, die ihrem Mann auch in den sieben Botschafter-Jahren in den USA sehr tatkräftig zur Seite stand. In der Godesberger Redoute hatte Gastgeber Genscher zu Ehren von Stadens und seines Nachfolgers **Andreas Meyer-Landrut** das diplomatische Korps um sich versammelt. Unter den ersten war Wirtschaftsminister **Otto Graf Lambsdorff,** der mit von Staden und Meyer-Landrut gleich zwei baltischen Landsleuten die Hand drücken konnte. Unter den Gästen außer Amtskollegen auch der stellvertretende Regierungssprecher Dr. **Jürgen Sudhoff,** Professor **Horst Ehmke** und **Hans-Jürgen Wischnewski,** die mit von Staden engen Kontakt hielten, als dieser Leiter der außenpolitischen Abteilung im Kanzleramt war, Staatssekretär **Klaus Kinkel** vom Justizministerium und Staatssekretär **Lothar Rühl,** Verteidigung. Berndt von Staden wird auch in Zukunft im Auswärtigen Amt Koordinator für die deutsch-amerikanischen Beziehungen sein.

EHRUNGEN

Mit dem silbernen Ehrenkreuz des Verdienstordens der Bundeswehr wurde ein Franzose ausgezeichnet, der sich auf einem wenig bekannten Gebiet seit Jahren um die deutsch-französische Zusammenarbeit verdient gemacht hat: Oberst **Michel Aubry,** *der Gründer* und *Leiter* des französischen Dokumentationszentrums über die Panzerwaffe in Saumur an der Loire und Erbauer eines der berühmtesten Panzermuseen der Welt. Der heute pensionierte Offizier hatte sich in seiner aktiven Laufbahn außerdem besonders um *die Zusammenarbeit mit dem Bundeswehr-Beschaffungsamt in* Koblenz bemüht und seine Hilfe für den Aufbau der neuen deutschen Panzerwaffe zur Verfügung gestellt. Aubry, der als junger Offizier beim Kampf um die Befreiung der französischen Hauptstadt hoch dekoriert worden war, hat aus seiner Bewunderung für die deutschen Panzerführer des Zweiten Weltkrieges nie einen Hehl gemacht. Die Auszeichnung wurde ihm vom deutschen Militärattaché in Paris, General von Wietersheim, in den Räumen der *deutschen* Botschaft verliehen.

*

Josef Stingl, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, wird mit dem Heinrich-Brauns-Preis der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung ausgezeichnet. Dazu hieß es, Stingl, der Mitglied der Ackermann-Gemeinde *ist,* der *Vereinigung* sudetendeutscher Katholiken, habe sich in katholisch-sozialer Verantwortung besonders um die Verständigung mit den Völkern Osteuropas verdient gemacht.

*

Ein Mann, der „in beispielhafter Weise die Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Praxis der Werbung eingesetzt hat", wurde geehrt: **Hans C. Sieh,** Leiter der Werbung der Bayer AG. Der Vorstand der Werbefachlichen Akademie Köln zeichnete Sieh mit der „Neven-duMont-Medaille" aus. Besonders hervorgehoben wurden auch die Bemühungen Siehs um fachliche Nachwuchsförderung.

ERNENNUNG

Der niedersächsische Innenminister *Dr.* ***Egbert Möcklinghoff, CDU,*** bleibt auch für weitere drei Jahre Präsident des DRK-Landesverbandes Westfalen-Lippe. Bestätigt wurden während einer Landesversammlung des Deutschen Roten Kreuzes in Rheine auch die bisherigen Vizepräsidenten **Rosemarie Kessler** und **Edgar Neutzer.**





Große diplomatische „Strategen" vereint: Links der niederländische Botschafter Dr. Kaspar Reinink, vorher Botschafter in Moskau, begrüßt Berndt von Staden und Ehefrau Wendelgard. Rechts: Sowjetbotschafter Wladimir Semjonow und Ehefrau Lidija treffen auf gute Bekannte, auf Andreas Meyer-Landrut und Ehefrau Hanna. FOTOS: KEIL

Bücher, Bach und Börse – Leipzigs Geschichte und Gegenwart

Zweimal im Jahr deutsch-deutsche Gespräche im historischen Auerbachs Keller

Von L. SCHMIDT-MÜHLISCH

In „Auerbachs Keller" grüßen noch immer Mephisto, Faust und die verzauberten Zecher. Aber anders als 1525, da ein gewisser Doktor Faustus sich hier beim süßen Weine von den Strapazen des Messebesuches erholt haben soll, trinken die meisten Gäste heute Radeberger Pilsner. Und auch die Gespräche sind keineswegs so dionysisch, wie sie der Bacchus-Knabe mit Krug und Faß, das alte Hauszeichen von 1530, verheißt. Zumindest in Messezeiten: Ex- und Import, Devisenprobleme, Ost-West-Verhältnis.

Aber solche Gegensätze charakterisierten diese Stadt wohl schon immer: Leipzig zwischen Kultur und Kommerz, zwischen Buch und Börse, zwischen Musik und Messe. Als Stadt am Kreuzweg ist Leipzig entstanden, die Via regia und die Via imperii schnitten sich hier, bedeutende Handelsstraßen, Ost-West, Süd-Nord. Die Straßenzüge erkennt man noch heute, auch wenn die Grimmaische Straße und die Reichsstraße, durch die einst die schwerbeladenen Kaufmannswagen rumpelten, inzwischen weitgehend zur Fußgängerzone beruhigt wurden. Vor tausend Jahren errichteten die deutschen Ritter auf slawischen Wallanlagen die „Urbs Lipzi", die Burg Leipzig. Slawen und Deutsche, Adel und Kaufleute, Kirchenmacht und Bürgerstolz – Konfliktstoff von Beginn an, aber auch Zwänge zur Integration, Schmelztiegel-Situation. Wo die Wege sich kreuzen, erfährt man mehr, begegnet man Neuem, bekommt man Ideen. Seit der eigentlichen Stadtgründung um 1165 ist Leipzig diesem Gesetz gefolgt. Die Geschichte hat ein übriges dazu getan, den Namen der Stadt zu einem deutschen Schicksalsnamen zu machen.

Hier lehrten Thomasius, Gellert, Wundt und Hertz

Natürlich fallen den Gast heute Melancholien an, wenn er durch Sachsens bürgerliches Herzstück schlendert. Wo einst die alte Universität ihre klassizistischen Fassaden einladend, stolz und kultureller Zusammenhänge bewußt präsentierte (von Schinkel noch maßgeblich beeinflußt), ragt jetzt der 142 Meter hohe Turm des neuen Universitäts-Hauptgebäudes in den rußigen Leipziger Himmel. Nur das berühmte Schinkel-Portal, eingezwängt zwischen Seminargebäude und Hörsaal-Trakt, erinnert an ruhmreichere Tage. Der Krieg hat Unwiederbringliches zerstört. Und neue Herren haben die Alma mater mit anderem Geiste erfüllt.

Im Jahre 1409 von zweitausend aus Prag ausgewanderten deutschen Studenten und Professoren gegründet, ist die Leipziger Universität nicht nur eine der ältesten, sondern auch traditionsreichsten deutschen Bildungsstätten. Nach Berlin und München war sie einmal die drittgrößte im Deutschen Reiche. Hier lehrten Professoren wie Thomasius, Gellert, Wundt, Heisenberg und Hertz. Unter den Studenten finden sich Namen wie Goethe, von Hutten, Telemann, Lessing, Fichte, Leibniz oder Richard Wagner. Hier erneuerte der „Leipziger Literaturpapst" Gottsched einmal die deutsche Theaterliteratur, vom Studenten Lessing heftig darob gescholten, der freilich die Stadt eher wegen seiner Schulden als wegen der geistigen Enge verließ. Daß die Universität einen Thomasius vertrieb und einem Genie wie Leibniz die Doktorwürde verweigerte, verdeutlicht eher die Wucht der geführten Auseinandersetzungen, als daß es Schatten auf die Größe der Hochschule würfe.

Erhalten geblieben ist dagegen ein anderes Stück Leipziger Stadtgeschichte, die Nikolai-Kirche. Bis ins letzte Viertel des 12. Jahrhunderts reichen ihre Anfänge zurück. Romanik, Gotik, Renaissance, Barock, Klassizismus – keine Epoche, die nicht ihre Spuren hinterließ. Hier setzte Johann Pfeffinger nach 1539 die Reformation durch. Hier wurden nicht weniger als zwei Drittel der Kompositionen Bachs uraufgeführt. Hier hatten die Neulutheraner mit Ahlfeld, Harless und Pank eine ihrer Hochburgen.

Von Reclam bis Brockhaus, von Insel bis Meyer

Und auf dem Weg durchs Leipziger Zentrum immer wieder die weltbekannten Namen von Buchhandlungen und Verlagen. Von Reclam bis Brockhaus, von Insel bis Meyer, von List bis zur Dietrich'schen Verlagsbuchhandlung – Reminiszenzen an Leipzig als Zentrum des deutschen Buches schlechthin. Doch die Auslagen sind eher enttäuschend, die Lager schmal, die besten Stücke schnell vergriffen. Die Buchhändler und Verleger sind westwärts gewandert. Die volkseigenen Betriebe haben die Namen geerbt. Das Buchmessehaus am Marktplatz, viel Glas und viel Stahl, symbolisiert die bescheidenere Gegenwart. Eher ein Book Store denn eine Messe, ein symbolischer Umschlagplatz noch zwischen Osten und Westen.

Erinnerungen an die Geschichte. Der erste Leipziger Buchdruck schon 1481. Um 1500 bereits elf Druckereien, rund tausend Drucke. Seit Anfang des 16. Jahrhunderts die Buchhändlermesse, die gegen Ende des Jahrhunderts Frankfurts Messe überflügelte, seit 1764 dann ganz an deren Stelle trat. Von der Mitte des 18. Jahrhunderts galt Leipzig als „literarischer Stapelplatz" Deutschlands schlechthin. Von Leipzig aus gab ein Verleger wie Göschen Goethes, Klopstocks, Wielands Werke heraus.

Zu Anfang des 20. Jahrhunderts zählte Leipzig nicht weniger als eintausend (!) buchhändlerische Betriebe, darunter mehr als 150 Kommissionsbuchhandlungen, die knapp 10 000 auswärtige Buchhandlungen vertraten. 2500 davon ließen ihre Verlage direkt in Leipzig ausliefern. Vom Naschmarkt aus (wo auch die Theatertruppe der Neuberin auftrat) scheint der bronzene junge Goethe mit einem Buche Auerbachs Keller zuzueilen: In gewisser Weise hat sich hier Leipzig selbst ein Denkmal gesetzt.

Vom Buchmessehaus ist es nicht weit zu einem anderen Eckpfeiler der Leipziger Kulturgeschichte. Fast ein wenig weltabgewandt schmiegt sich die Thomaskirche in ein Eckchen des Zentrums. Aber die fast romantische Stille im Schatten der Bäume täuscht. „Schwerter zu Pflugscharen" lautet der Spruch in einem Schaukasten an der ehrwürdigen Spätgotik-Kirche und weckt den Sinn für höchst gegenwärtige Spannungen unseres Diesseits.

Aber die Geschichte drängt hier die Gegenwart immer wieder ein wenig zurück. Der weltberühmte Thomanerchor entführt noch immer den Hörer in andere Sphären von größerer Bedeutung. Natürlich kann man hier Johann Sebastian Bach nicht vergessen, dessen Gebeine man 1950 aus der zerstörten Johannes-Kirche an seine alte Wirkungsstätte überführte. Die 27 Jahre (1723 bis 1750), die Bach hier wirkte, haben nicht nur die Thomaskirche zu einem Begriff werden lassen – sie haben Leipzigs Ruhm als Musikstadt entscheidend geprägt.

Allein die Aufzählung der Namen, mit denen Leipzigs musikalische Geschichte verknüpft ist, macht Staunen: Bach, Mendelssohn-Bartholdy, Schumann, Wagner, Marschner oder auch Lortzing; Dirigenten wie Straube, Nikisch, Bruno Walter, Abendroth, Ramin, Konwitschny. Daß die Stadt das älteste Konservatorium Deutschlands hat – es wurde 1843 unter maßgeblicher Beteiligung Mendelssohn-Bartholdys gegründet und unter anderem von so bekannten Studenten wie Edvard Grieg, Arthur Sullivan und Leoš Janaček absolviert – ist nur eine weitere Seite des Glanzes.

Seit 1981 strahlt am Karl-Marx-Platz wieder eine alte traditionsreiche Institution im neuen Kleide: Leipzigs Gewandhausorchester erhielt ein Domizil, nunmehr sein drittes nach dem Haus der Tuchmacher-Gilde, in das man 1781 einzog, und dem Bau von 1884 im Musiker-Viertel, der 1944 den Bomben zum Opfer fiel. Gewandhausorchester heißt auch heute noch Elite-Orchester. Aushängeschild einer Stadt, aber auch eines Staates.

Leipzig heute: viele Verluste. Innere, äußere. Der Zweite Weltkrieg hat ja nicht nur Universität und Gewandhaus zerstört. Von den alten, herrlichen Messehöfen aus Renaissance und Barock sind nur ein, zwei geblieben. Barthels Hof zum Beispiel, aus dessen gewaltigen Hofflügeln noch die Kranbalken ragen, über die man einst die Waren bewegte. Abends im spärlichen Licht der wenigen Lampen kommt einem noch ein Hauch Vergangenheit an. Und wenn einem im düsteren Durchgang zur Kleinen Fleischergasse der kalte Novemberwind um die Ohren pfeift, ist man heilfroh, das alte Lokal zu erreichen, das mit Renaissance- und Rokoko-Reproduktionen versucht, die Verluste zu überdecken.

Von der Alten Börse am Naschmarkt ist wenigstens die Fassade zu retten gewesen. Im Überschwang der Hängegirlanden, im mutig vorspringenden Portal, das entschlossen den Gleichklang stört, ist etwas von jener selbstbewußten, heiteren Aufbruchstimmung Stein geworden, die Leipzigs Bürger nicht nur nach dem Dreißigjährigen Krieg erfüllt hat, als die Alte Börse entstand.

Der Geist wird zum erstarrten Signum schöner Fassaden

Mit dieser kraftvoll-fröhlichen Verschmitztheit lächelt auch Gott Hermes, den Zeigefinger schelmisch auf die Lippen gelegt, von Leipzigs schönstem erhalten gebliebenen Bürgerhaus des Barock, dem Romanushaus. Pfiffig, fleißig, weltoffen sind die Leipziger immer gewesen. Aber wo Handel und Wandel in die Hände einer anonymen Bürokratie gerät, wird der Geist einer Stadt leicht zum erstarrten Signum schöner Fassaden.

Nur manchmal noch, an sonnigen Frühjahrs- und Herbsttagen, kehrt ein Hauch davon, touristisch aufbereitet, in die Stadt zurück. Vor dem herrlichen Renaissance-Rathaus von 1556, dem ältesten seiner Art in Deutschland, pfeifen die „Kleinpariser Stadtmusikanten" und erinnern daran, was Leipzig einst war: Kleinparis. Dann flanieren die Menschen durch die klaren, strengen Rathaus-Arkaden. Und Bänkelsänger lassen das traute, alte Mariechen „weinend im Garten" sitzen als sei nichts geschehen.

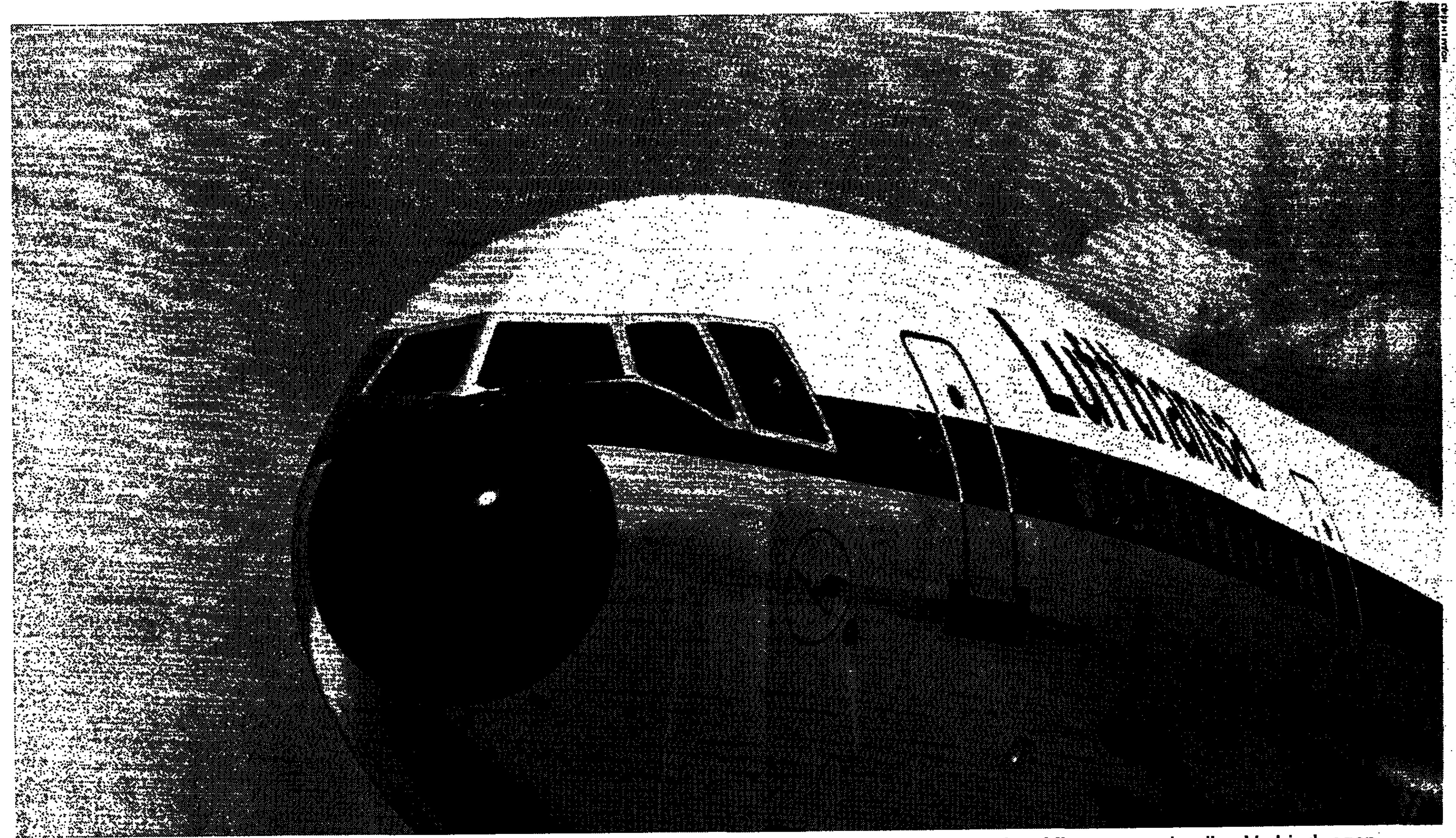
Aber das scheint halt nur so. Draußen vor dem Völkerschlachtdenkmal wird einem das Auf und Ab der Geschichte wieder plausibler. Die Transparente mit ihren Aufrufen zur deutsch-sowjetischen Freundschaft wider den Imperialismus oder die Verbrüderungszeremonien zwischen „Nationaler Volksarmee" und „Sowjet-Armee" im neu hinzugekommenen Ausstellungs-Pavillion lassen kaum Zweifel daran aufkommen, daß Geschichte auch immer zur Rechtfertigung von Gegenwart dient. Die alten Kulissen setzen sich dennoch zur Wehr. Ein Denkmal zur Befreiung von Fremdherrschaft als Rechtfertigung eben des gleichen?

Leipzig – Erinnerungen an Deutschland. Lessing, sonst nicht sonderlich gut auf die Stadt zu sprechen, hat 1749 geschrieben, hier könne „man die ganze Welt im kleinen sehen". Das trifft zwar so nicht mehr zu. Aber ein deutsches Schicksal im kleinen – das bietet die Stadt. In Auerbachs Keller, zweimal im Jahr: deutsch-deutsche Gespräche. Devisenprobleme. Und manchmal, wenn's hoch kommt, gastiert auch Herbert von Karajan und die Berliner Philharmoniker zwischen Weißer Elster und Pleiße …

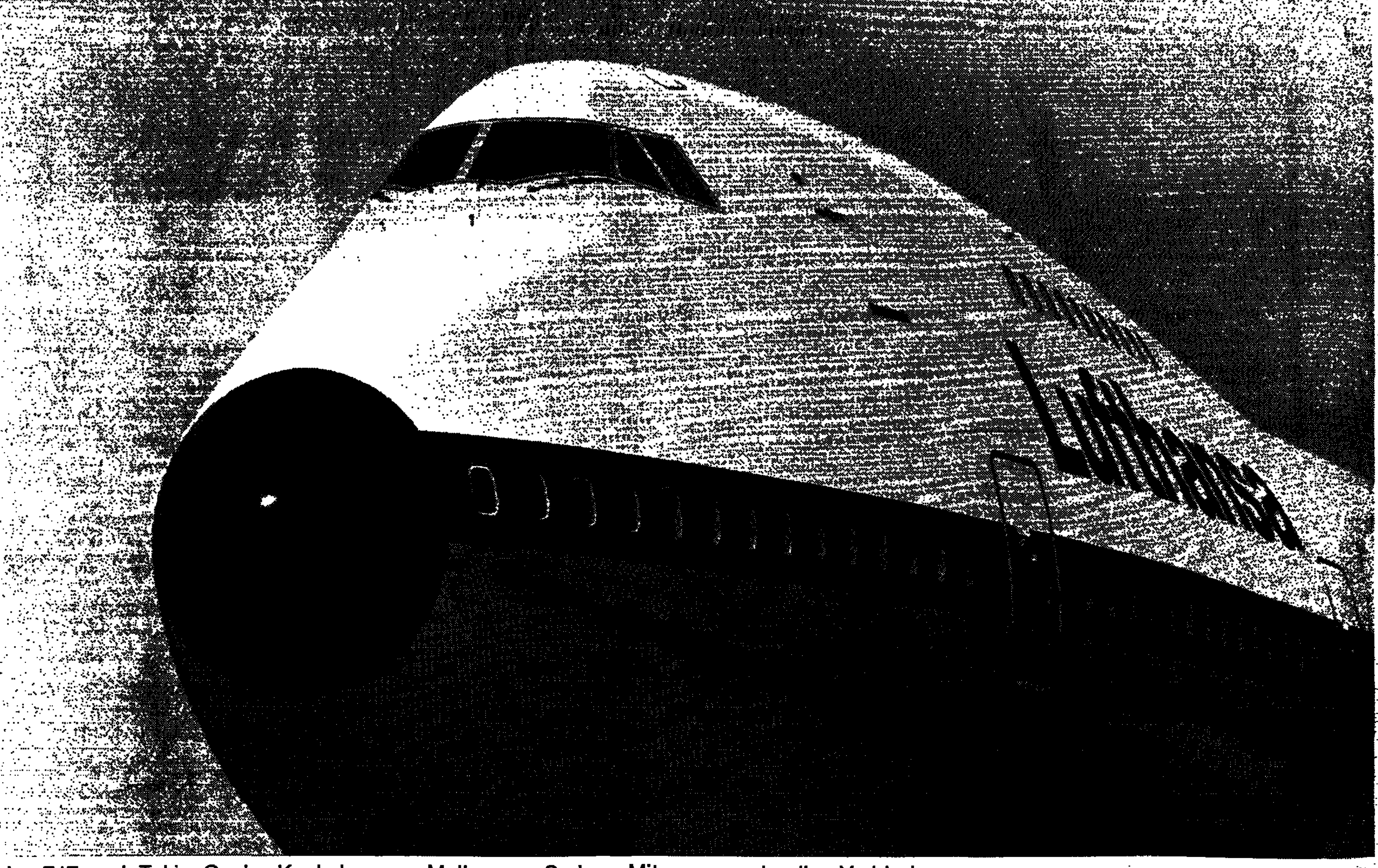


Erinnerung an Literatur in Leipzig: „Mephisto verzaubert die Studenten" – Bronzeplastik in der Mädlerpassage FOTO: DW

Gesichter Asiens.



Lufthansa DC 10 nach Karachi, Delhi, Bombay, Bangkok, Jakarta, Singapore, Manila, Hongkong, Tokio, Peking. Mit neuen, schnellen Verbindungen. Immer mit First Class, Business Class und Tourist Class.



Lufthansa Boeing 747 nach Tokio, Osaka, Kuala Lumpur, Melbourne, Sydney. Mit neuen, schnellen Verbindungen. Und natürlich mit First Class, Business Class und Tourist Class.



Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.

GEWICHTHEBEN

Nie gab es so viele Weltrekorde

dpa, Moskau

Die in Moskau zu Ende gegangene Welt- und Europameisterschaften der Gewichtheber galten als Titelkämpfe der Superlative. In zehn Gewichtsklassen fielen 23 Weltrekorde – soviel wie noch bei keinem internationalen Turnier bisher. Die letzte Bestmarke setzte am Montagabend Titelverteidiger Anatoli Pissarenko (UdSSR) im Superschwergewicht, der auf dem Weg zur Goldmedaille im Zweikampf (450 kg) mit 206,0 kg im Reißen einen neuen Weltrekord aufstellte.

Der große Zweikampf zwischen den seit Jahren bestimmenden Verbänden im Gewichtheben entschieden die sowjetischen Gastgeber für sich. Im letzten großen internationalen Turnier vor den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles holten die Heber aus der UdSSR sechsmal Gold im Zweikampf, dreimal stellten die Bulgaren die Zweikampfsieger.

Dagegen konnte die aus sieben Athleten bestehende deutsche Mannschaft mit ihren Leistungen zufrieden sein: Der Berliner Radschinsky war im Mittelschwergewicht mit einem fünften Platz im Zweikampf und einem vierten im Stoßen – jeweils mit deutschen Rekorden (347,5 kg und 197,5 kg) – der erfolgreichste von ihnen.

Die vom Nationalen Olympischen Komitee (NOK) für Deutschland im Hinblick auf Los Angeles aufgestellte Qualifikation – mindestens Platz acht im Zweikampf – schafften außerdem noch der Duisburger Rolf Milser im 1. Schwergewicht (6. Platz), der Mittelschwergewichtler Immesberger aus Kindsbach (7. Platz) und im Superschwergewicht der 23jährige Manfred Nerlinger (Nauaubing) mit dem überraschenden sechsten Rang.

FUSSBALL

Matthäus: Ohne Führerschein

dpa, Herzogenaurach

Fußball-Nationalspieler Lothar Matthäus hat offenbar unter Alkoholeinfluß mit seinem Wagen einen Unfall verursacht und Fahrerflucht begangen. Der Führerschein wurde eingezogen.

Matthäus verursachte den Verkehrsunfall bereits am Sonntagabend, nur wenige hundert Meter von seinem Elternhaus entfernt. Wie die Landespolizei Erlangen mitteilte, soll der 22jährige Fußballprofi von Borussia Mönchengladbach offensichtlich unter Alkoholeinfluß in einer leichten Linkskurve geradeaus gefahren und mit seinem schweren Wagen auf einen Zaun und einen Telefonmast geprallt sein.

Der in Herzogenaurach gebürtige Matthäus verließ den Wagen und flüchtete in einen Park. Dort wurde er von Unfallzeugen eingeholt und bis zum Eintreffen der Polizei festgehalten.

Der Spieler, dessen Auto schwer beschädigt wurde, erlitt eine leichte Kopfverletzung. Sie wurde in der Klinik Erlangen behandelt.

EUROPAPOKAL / Heute Rückspiele der zweiten Runde – Schwere Aufgaben für die vier Bundesligaklubs

● Dem Hamburger SV, dem 1. FC Köln und Werder Bremen droht heute ein Ausscheiden, aber auch Bayern München muß zittern – das sind die Ausgangspositionen der vier Bundesligaklubs vor den Rückspielen der zweiten Runde im Europapokal. Drei müssen Niederlagen aus den Hinspielen wettmachen. Lediglich die Münchener haben ein 0:0 in Saloniki erreicht.

● Die „DDR"-Stars sind in der Bundesrepublik fast unbekannt, dennoch fürchten die Bremer heute einen Stürmer ganz besonders: Hans Richter, der erst vor Wochen nach Leipzig delegiert wurde.



Als Freunde in Leipzig gemeinsam vom Platz: Rudi Völler und Hans Richter, vor dem sich die Bremer heute am meisten fürchten. FOTO: HORSTMÜLLER

Sparwasser kennt jeder – aber wer ist schon Hans Richter?

DIETER DOSE, Berlin

Die Bundesligastars sind in der „DDR" jedem Fußball-Fan ein Begriff. Dagegen ist der Bekanntheitsgrad selbst der Spitzenspieler aus der „DDR" in der Bundesrepublik mehr als bescheiden. Eine Ausnahme gab es: Jürgen Sparwasser vom FC Magdeburg. Ihn machte ein Tor berühmt. Das zum 1:0 beim Sieg der „DDR" über die Bundesrepublik während der Weltmeisterschaft 1974.

Jürgen Sparwasser hat seine Karriere längst beendet. Dennoch ist er hierzulande immer noch besser bekannt als die, allerdings wenigen, heutigen Stars aus der „DDR".

Der Europapokal macht's möglich, daß einer auch in westliche Schlagzeilen gerät: Stürmer Hans Richter von Lok Leipzig, dem Gegner Werder Bremens im UEFA-Pokal. Der „sächsische Hrubesch" („Bild") schoß erst mit vier Toren das Star-Ensemble der Girodins Bordeaux aus dem Pokal, dann versetzte er mit seinem Treffer zum 1:0 die Bremer beim Hinspiel in Leipzig in eine nicht erhoffte ungünstige Ausgangsposition. Von Richter droht den Bremern auch im Rückspiel heute die meiste Gefahr. Wie Richter bei einem Lok-Konter Gruber und Pezzey stehen ließ, das treibt Trainer Otto Rehhagel heute noch den Angstschweiß auf die Stirn.

Von Hrubesch unterscheidet Richter, daß er schneller und am Ball gewandter ist. Der 23jährige Maschinenbauer, 1,80 m groß und 73 kg schwer, stürmt erst seit einigen Wochen für die Leipziger. Zu Saisonbeginn erhielt er den „Marschbefehl" und mußte vom FC Karl-Marx-Stadt nach Leipzig wechseln. Offiziell „Delegierung" genannt und damit begründet, daß die im Europapokal vertretenen Klubs verstärkt werden sollen.

Richter war nicht der einzige, der die Koffer packen und ein Haus weiter ziehen mußte. Nur in seinem Fall stellte sich postwendend der Erfolg für Leipzig ein. Genau das will die im Frühjahr fast total ausgewechselte Verbandsspitze mit „Delegierungen" erreichen. „Es sollen nicht ständig Dutzende von Spielern ihre Klubs wechseln, sondern nur einige wenige im Sinne der Verstärkung der Europacup-Teilnehmer und der Auswahlmannschaft", wurden die teilweise aufgebrachten Vereinsanhänger von der „Neuen Fußball-Woche" beruhigt.

Denn natürlich ließen die Karl-Marx-Städter ihren Torjäger nicht gern ziehen. Und in Halle war die Empörung noch größer. Der dortige Oberligaklub Chemie mußte den 20jährigen Junioren-Nationalspieler Heiko Peschke an Jena abgeben und erhielt im Tauschgeschäft den fast 33jährigen Ex-Nationalspieler Lothar Kurbjuweit.

Der Erfolg aber scheint die Verbandsgewaltigen zu bestätigen. Außer Lok Leipzig ist auch Jena noch im UEFA-Pokal vertreten. Dennoch trennte sich Jena einen Tag vor dem Spiel gegen Sparta Rotterdam von Trainer Hans Meyer. Aber bestimmt nur eine Konsequenz aus dem schwachen Abschneiden in der Meisterschaft (vorletzter Platz).

Dennoch macht sich die „DDR" Hoffnungen, daß außer diesen beiden Klubs auch noch Meister Dynamo Ost-Berlin (bei Partizan Belgrad, Hinspiel: 2:0) die zweite Runde übersteht. Das wäre für den in den letzten Jahren auf internationaler Ebene arg gebeutelten „DDR"-Fußball ein großer Erfolg. Vor allem nach der Pleite des vergangenen Jahres – da schieden alle fünf Vertreter in der ersten Runde der europäischen Pokalwettbewerbe aus ...

Mißerfolge im Europapokal und der Auswahlmannschaft, die gerade wieder die Qualifikation für die EM-Endrunde 1984 verpaßt hat, waren der Anlaß, auf einen Schlag die Verbandsspitze abzulösen und in Raten die Auswahltrainer zu feuern, und durch neue Leute zu ersetzen. So ist die Auswahl derzeit ohne verantwortlichen Trainer und wird kommissarisch von einem Triumvirat betreut. Bis der geeignete Nachfolger gefunden ist.

Besonders begehrt aber scheint dieser Posten nicht zu sein. Denn die erfolgreichsten Clubtrainer wie Jürgen Bogs, der Dynamo Ost-Berlin fünfmal hintereinander zur Meisterschaft führte, und der dienstälteste (aber erst 40 Jahre alte) Trainer Hans Meyer (bisher Jena) sollen abgewinkt haben.

„Wir müssen, wollen und werden auch gewinnen"

Hamburger SV – Dinamo Bukarest (20 Uhr): Trainer Ernst Happel sagt: „Wenn nicht in 90, dann in 120 Minuten: Wir können es schaffen. Ich möchte nur 50 Prozent des Glücks haben, das die Rumänen im Hinspiel hatten." Das Hinspiel hatten die Rumänen 3:0 gewonnen. Manager Günter Netzer rechnet mit 40 000 Zuschauern, auch wenn der HSV am letzten Samstag in Mönchengladbach 0:4 verloren hat. Nachdem Milewski an der linken Achillessehne operiert wurde, kehrt der immer noch leicht verletzte Bernd Wehmeyer in die Mannschaft zurück.

1. FC Köln – Dozsa Ujpest Budapest (20 Uhr): Die Kölner sind favorisiert. 4,5 Tore im Schnitt erzielten die Kölner in den letzten Heimspielen. „Diese Bilanz macht uns natürlich Mut. Wir wollen gegen Budapest da weitermachen, wo wir zuletzt aufgehört haben", sagt Trainer Hannes Löhr. Und Manager Karl-Heinz Thielen sagt: „Nur wenn es in unserem Stadion wie in einem Hexenkessel brodelt, können wir das 1:3 gegen die cleveren Ungarn im Rückspiel noch umbiegen. Das Publikum muß unser zwölfter Mann sein, sonst sind wir auf der Verliererstraße."

FC Bayern München – PAOK Saloniki (20 Uhr): Nach dem 0:0 im UEFA-Cup-Hinspiel bei PAOK Saloniki heimste der 23 Jahre alte Metzgersohn Hans Pflügler die meisten Lorbeeren ein. Salonikis Trainer Csernai lobte: „Er war der beste Stürmer auf dem Platz." Selbstvertrauen und gute Stimmung herrscht beim FC Bayern München. Mannschaftskapitän Karlheinz Rummenigge: „Wir müssen, wollen und werden gewinnen." Sein Bruder Michael: „Ein Tor von mir gegen Saloniki und letztendlich ein Sieg, das wäre das Größte."

Werder Bremen – Lokomotive Leipzig (20 Uhr): Das 0:1 von Leipzig hat Trainer Otto Rehhagel mehrmals mit der Mannschaft analysiert. Seine Konsequenz daraus: „Es ist zu schaffen." Die Bremer haben jedoch Sorgen. Benno Möhlmann hat einen Muskelfaserriß noch nicht auskuriert. Niemand weiß, ob er spielen kann. Ein fast ausverkauftes Stadion (35 000 Besucher) bringt dem deutschen Vizemeister eine Brutto-Einnahme von fast 600 000 Mark. Sollte es im UEFA-Cup weiterhin aufwärts gehen, wollen die Bremer von dem Erlös einen neuen Spieler kaufen.

Fernsehen, Auslosung und Paarungen

DW. Bonn

Man erinnert sich: Fast sechs Stunden Fußball hatte das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) von den Hinrundenspielen der zweiten Runde des Fußball-Europapokals gesendet. Wenn heute die Rückspiele ausgetragen werden, werden die Fußballfreunde an den TV-Geräten nicht ganz so verwöhnt. Das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) berichtet heute abend lediglich in der Zeit von 22.30 Uhr bis 24.00 Uhr in Ausschnitten von den vier Spielen der Bundesligaklubs.

Die Auslosung für das Achtelfinale (dritte Runde) im UEFA-Pokal wird von der Europäischen Fußball-Union (UEFA) am Freitag (4. November) um 12.00 Uhr im Hotel „Atlantis-Sheraton" in Zürich vorgenommen. Die Achtelfinalspiele werden am 23. November und 7. Dezember ausgetragen.

Europapokal der Meister

Hamburger SV – Dinamo Bukarest (0:3), Partizan Belgrad – Dynamo Ost-Berlin (0:2), Benfica Lissabon – Olympiakos Piräus (0:1), Atletico Bilbao – FC Liverpool (0:0), Rapid Wien – Bohemians Prag (1:2), Dynamo Minsk – Raba Györ/Ungarn (6:3), Dundee United – Standard Lüttich (0:0), AS Rom – CSKA Sofia (1:0).

Europapokal der Pokalsieger

1. FC Köln – Dozsa Ujpest Budapest (1:3), FC Aberdeen – SK Beveren (0:0), Haka Valkeakosken/Finnland – Hammarby Stockholm (1:1), Servette Genf – Schachtjor Donezk (0:1), Juventus Turin – Paris St. Germain (2:2), FC Barcelona – NEC Nijmegen (3:2), FC Porto – Glasgow Rangers (1:2), Manchester United – Spartak Varna (2:1).

UEFA-Cup

Werder Bremen – Lokomotive Leipzig (0:1), Bayern München – PAOK Saloniki (0:0), FC Jena – Sparta Rotterdam (2:3), Banik Ostrau – RSC Anderlecht (0:2), Aston Villa – Spartak Moskau (2:2), FC Antwerpen – RC Lens (2:2), Spartak Prag – Widzew Lodz (0:1), Nottingham Forest – PSV Eindhoven (2:1), Celtic Glasgow – Sporting Lissabon (0:2), Stade Laval – Austria Wien (0:2), Sturm Graz – Hellas Verona (2:2), Hajduk Split – Honved Budapest (2:3), Feyenoord Rotterdam – Tottenham Hotspur (2:4), Levski Spartak Sofia – FC Watford (1:1), Inter Preßburg – Radnicki Nisch (0:4), Inter Mailand – FC Groningen (0:2). In Klammern die Ergebnisse der Hinspiele.

STANDPUNKT / Angst einer 15jährigen nach der Flucht aus Rumänien

Sie hat Angst. Weiß Gott, begründete Angst. Deshalb hat sie sich versteckt – irgendwo in Deutschland. Fünfzehn Jahre alt ist sie erst und längst ein Star. Das ist das Dilemma der rumänischen Tischtennis-Spielerin Olga Nemes.

Am Sonntag setzte sie sich in Olten in der Schweiz von ihrer Mannschaft ab. Ihre ganze Habe war das, was sie am Leibe trug, im Geldbeutel befand sich ein Notgroschen für die nächsten Stunden. Verständigen konnte sie sich kaum. Denn wer spricht in der Schweiz oder in Deutschland schon Rumänisch oder Ungarisch ...

Um die Tragweite des Geschehens zu begreifen, folgende Daten: Olga Nemes gilt derzeit als beste Tischtennis-Spielerin Europas. Im Februar gewann sie in England das europäische Ranglisten-Turnier. Bei den Weltmeisterschaften im Mai in Tokio war sie die einzige, die sogar die überragenden Chinesinnen schier zur Verzweiflung brachte. Daheim in Rumänien wird Olga Nemes in einem Atemzug mit der großen Turnerin Nadia Comaneci genannt.

Nun hat sie ihre Eltern im siebenbürgischen Neumarkt endgültig allein gelassen, um in Deutschland um politisches Asyl zu bitten. Und genau an diesem Punkt setzen ihre Ängste ein. Sie befürchtet, die hiesigen Gerichte werden den zu erwartenden Druck der rumänischen Regierung nicht standhalten und sie wieder ausliefern. Sie hat obendrein begründete Angst vor dem rumänischen Geheimdienst, dessen langer Arm sogar bis nach Krähwinkel reicht. Fünfzehn Jahre alt ist sie erst, und da könnten ihre Eltern daheim in Rumänien das Fürsorgerecht beanspruchen ...

Aber hat man sie nicht mit Gewalt von ihren Eltern getrennt und in Bukarest regelrecht interniert, damit sie Tischtennis spiele, immerfort nur Tischtennis?

Olga Nemes lernt Deutsch. Wie buchstabiert man in unserer Sprache das Wort Angst? Seit gestern hat sie es gelernt.

K. Bl.

NACHRICHTEN

Bracht wird operiert

Bremen (dpa) – Für Uwe Bracht von Werder Bremen ist die Vorrunde der Fußball-Bundesliga zu Ende. Der 30 Jahre alte Mittelfeldspieler muß an der Achillessehne operiert werden.

Hertha: Neue Schulden

Berlin (dpa) – Hertha BSC Berlin, Fußball-Zweitligaklub, hat bereits wieder zwei Millionen Mark Verbindlichkeiten. Im Frühjahr 1981 war der Klub noch schuldenfrei.

Hockey: Allein ungeschlagen

Karachi (dpa) – Die deutsche Hokkey-Nationalmannschaft führt nach dem fünften Spieltag um die Champions-Trophy ungeschlagen in Karachi die Tabelle mit 6:0-Punkten vor Australien (5:1) und Pakistan (4:2) an. Das deutsche Team profitierte von der 0:2-Niederlage von Weltmeister Pakistan gegen Australien.

Eishockey: Drei Neulinge

München (sid) – Auf alle 22 Spieler, die im Frühjahr bei der Weltmeisterschaft in Deutschland mit einem fünften Platz überzeugten, stützt sich Eishockey-Bundestrainer Xaver Unsinn auch beim Olympia-Turnier (7. bis 19. Februar 1984) in Sarajewo. Mit dem Torwart Schlickenrieder und Verteidiger Andreas Niederberger (beide Mannheim) sowie Stürmer Manfred Ahne (Rosenheim) komplettieren drei Neulinge den Kader.

Schmider bleibt Präsident

Karlsruhe (sid) – Trotz des Bundesligaabstiegs und drei Millionen Mark Schulden wurde Roland Schmider für weitere drei Jahre als Präsident beim Zweitligaklub Karlsruher SC in seinem Amt bestätigt.

ZAHLEN

TENNIS

Offene Skandinavische Meisterschaften in Stockholm, Herreneinzel, erste Runde: Becka (Deutschland) – Boileau (Belgien) 2:6, 6:2, 6:4, Nyström (Schweden) – Westphal (Deutschland) 4:6, 6:2, 6:3, Edberg (Schweden) – Barazzutti (Italien) 6:3, 6:1, Simonsson (Schweden) – Martinez (Bolivien) 6:2, 6:2, Ocleppo (Italien) – Hjertqvist (Schweden) 5:7, 6:2, 6:4, Iskersky (USA) – Fromm (USA) 3:6, 7:5, 6:4.

GEWICHTHEBEN

Weltmeisterschaften in Moskau, Superschwer: Zweikampf: 1. Pissarenko 450,0 kg (205/245), 2. Kurlowitsch (beide UdSSR) 450,0 (205/245), 3. Krastew (Bulgarien) 427,5 (190/237,5), ... 6. Nerlinger (Deutschland) 375,0 (165/210). – **Reißen:** 1. Pissarenko 205,0 (206,0 Weltrekord), 2. Kurlowitsch 205,0, 3. Khek (CSSR) 197,5. – **Stoßen:** 1. Pissarenko 245,0, 2. Kurlowitsch 245,0, 3. Krastew (Bulgarien) 237,5.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 139 147,40, 2: 71 196,70, 3: 7534,00, 4: 124,50, 5: 9,20. – **Toto:** Elferwette: 1. Rang: 2182,50, 2: 99,80, 3: 8,70. – **Auswahlwette „6 aus 45":** Klasse 1: 656 346,65, 2: 84 738,35, 3: 5691,30, 4: 82,50, 5: 6,60. – **Rennquintett:** Rennen A: 73,30, 2: 21,40. – Rennen B: Klasse 1: 15,70, 2: 5,20. – Kombinations-Gewinn: 34 952,50. (Ohne Gewähr)

HOCKEY

5. Champions Trophy, Herren, in Karachi (Pakistan), fünfter Spieltag: Australien – Pakistan 2:0 (0:0), Holland – Neuseeland 4:2 (1:1).

1. Deutschland	3	3	0	0	7:3	6:0
2. Australien	3	2	1	0	8:3	5:1
3. Pakistan	3	2	0	1	5:2	4:2
4. Indien	3	1	0	2	3:5	2:4
5. Holland	4	1	0	3	8:11	2:6
6. Neuseeland	4	0	1	3	4:11	1:7

Heute spielen: Indien – Australien (10.00 Uhr MEZ), Pakistan – Deutschland (12.00).

BOXEN

Profi-Kampftag in Rosenheim, Schwer: Classen (Düsseldorf) K. o. 3. Runde über Aydogan Ergün (Türkei), **Mittelgewicht,** Deutsche Meisterschaft (10): Georg Steinherr (München) – Jean André Emmerich (Frankfurt) unentschieden.

Kohl: Keine Vereinbarung zu Lasten Japans

Bonn hat Verständnis für Tokios Sicherheitsinteressen

BERNT CONRAD, **Tokio**

Bundeskanzler Helmut Kohl und der japanische Premierminister Yasuhiro Nakasone haben in Tokio den gemeinsamen Willen bekundet, das Kräftedreieck Japan–Amerika–Westeuropa auszubauen. Sie bekräftigten die Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels von Williamsburg, in der Japan zum erstenmal seine Mitverantwortung für eine globale westliche Sicherheitspolitik bejaht hatte.

In einer auf Wunsch Nakasones zustande gekommenen „Erklärung von Tokio" unterstrichen die beiden Regierungschefs ihre Entschlossenheit, „durch Stärkung der Solidarität und der Geschlossenheit des Westens mit Entschiedenheit auf die Lösung bestehender Probleme hinzuwirken, um Freiheit und Frieden zu verteidigen, und für die Erreichung dieses Zieles keine Anstrengung zu scheuen". Gleichzeitig betonten Kohl und Nakasone die Notwendigkeit, internationale Konflikte „durch gegenseitigen aufrichtigen Meinungsaustausch, Dialog und Verhandlungen auf der Grundlage der Vernunft zu entschärfen und zu überwinden und dabei am Verhandlungstisch den Vorstellungen der anderen Seite mit Aufgeschlossenheit zu begegnen".

Für ebenso wichtig wurde auf deutscher Seite der Hinweis gehalten, beide Seiten seien gewillt, „die Weltwirtschaft zu beleben und den Wohlstand der Völker der Erde zu entwickeln". Für Kohl ist damit auch die Notwendigkeit verbunden, die japanischen Märkte stärker für Importe aus Europa zu öffnen und damit einen Ausgleich der Handelsbilanz zu erreichen. Nakasone hat sich auch hier kooperationsbereit gezeigt.

Kohl sagte Nakasone zu, daß es eine Lösung des Problems der Mittelstreckenraketen auf Kosten Japans nicht geben werde. Er will darauf heute ausführlich in seiner Rede vor beiden Häusern des Parlaments eingehen.

Einen gemeinsamen Erfolg konnten Kohl und der zusammen mit ihm nach Tokio gekommene Berliner Finanzsenator Gerhard Kunz erringen: Der japanische Premier stimmte der Absicht zu, die alte japanische Botschaft am Berliner Tiergarten zu einem Haus der deutsch-japanischen Begegnung und Kooperation auf wissenschaftlichem, technologischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet auszubauen. Dabei soll die alte Fassade des teilweise zerstörten Gebäudes erhalten bleiben.

Kreml bestreitet Vorstoß

Gromyko: U-Boote vor Skandinavien „schwedische Romantik"

AP, **Moskau**

Berichte über sowjetische U-Boot-Vorstöße in die Hoheitsgewässer skandinavischer Länder hat der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko bei einem Meinungsaustausch mit seinem dänischen Amtskollegen Uffe Ellemann-Jensen als „schwedische Romantik" abgetan. Ellemann-Jensen, der sich zu einem offiziellen Besuch in Moskau aufhält, hatte während eines Gespräches mit Gromyko Sorgen der Norweger und Schweden vorgetragen. Er berichtete, Gromyko habe geantwortet, die Skandinavier litten an Alpträumen, weil sie vor dem Zubettgehen zuviel äßen. Er, Ellemann-Jensen, habe mit der Bemerkung gekontert, er wisse nicht, wieviel die sowjetischen U-Boot-Besatzungen tränken, doch sei ein sowjetisches Unterseeboot 1982 vor einem schwedischen Marinestützpunkt auf Grund gelaufen, was nicht zu übersehen gewesen sei.

Gegenüber Journalisten erklärte Ellemann-Jensen, er habe dieses Thema als Beispiel dafür angeschnitten, daß die Sowjetunion Verantwortung für die gespannte Weltlage trage. Seine Gesprächspartner hätten jedoch in allen angesprochenen Fragen unveränderte Positionen erkennen lassen. Hauptthemen waren die Ost-West-Beziehungen, die Beschränkungen der atomaren Mittelstreckenwaffen in Europa und die Behandlung der Regimekritiker in der UdSSR.

Abgelehnt hatte Gromyko eine Diskussion über den Abschuß des koreanischen Verkehrsflugzeuges sowie über die Lage in Polen und in Afghanistan.

Bastians Fragen wurden zensiert

HANS-R. KARUTZ, **Berlin**

Politische Zugeständnisse von Substanz blieben aus, bei der Freilassung einer in der regimeunabhängigen Friedensbewegung engagierten Frau aus Halle und der Überprüfung weiterer Haftfälle zeigte sich Erich Honecker dagegen kompromißbereit: Sieben Grüne aus Bonn und dem Westteil Berlins trugen dem SED-Chef am Montag in offenbar recht unverblümter Weise ihre Ansichten vor. Was sie hörten, war jedoch wenig ermutigend: eine Nach-Nachrüstung der östlichen Seite sei eingeleitet; die SED werde nicht dulden, daß sich christliche Pazifisten eine eigene „Organisation" zulegten. Petra Kelly und ihre Begleiter forderten dagegen, „Unterdrückung und Repressalien" gegen die nichtstaatliche Friedensbewegung in der „DDR" endlich einzustellen.

Sechs Monate nach der Protestaktion einer Gruppe von Grünen auf dem Alexanderplatz und ihrer kurzen Festnahme saßen ihre Vertreter am Montagnachmittag mit Honecker im Ostberliner Staatsratsgebäude. Im Mittelpunkt der nahezu dreistündigen Unterredung stand ihr vergeblicher Versuch, Honecker zu bewegen, seinen Einfluß in Moskau geltend zu machen und einen überzeugenden einseitigen Abrüstungsschritt der Sowjets anzuregen: „Wir sind in diesem Punkt mit unseren Vorschlägen nicht auf Gegenliebe gestoßen", bekannte Otto Schily vor der Presse.

Mehrfach und intensiv hätten sie, berichteten die Gäste, Honecker auf den „psychologischen Vorteil" und die Chance für einen „neuen Aufschwung" des Massenwiderstands gegen eine US-Raketenstationierung hingewiesen: „Wenn der Osten nicht seinerseits einseitige Abrüstungsschritte vollzieht, sehen wir die Gefahr der Resignation und des Auseinanderfallens dieser Friedensbewegung im Westen", erklärte Ex-General Gert Bastian. Aber auch diese Argumentation verfing offenbar nicht: „Honecker hat uns gegenüber zwar eingeräumt, daß es bereits mehrfache ‚Overkill'-Kapazitäten auf beiden Seiten gebe, der Osten jedoch als weitere Abschreckung seine Gegenstationierung vorbereite. Weitere Begründungen haben wir eigentlich nicht bekommen."

Zur Stimmungslage im eigenen Lager im Hinblick auf die bevorstehende Stationierung von Sowjetraketen in der „DDR" äußerte sich Honecker nach Auskunft seiner Gäste so: „Die Leute werden nicht jubeln, wenn sie kommen, aber sie werden sie hinnehmen."



Lukas Beckmann überreicht Erich Honecker einen „Persönlichen Friedensvertrag". FOTO: DPA

Als Journalisten der SED-Zeitungen immer wieder insistierten und aus Bastian neue Varianten seiner scharfen Anti-Haltung gegenüber den USA „herausfragen" wollten, konterte Bastian: „Wir vestehen nicht, weshalb die UdSSR nicht ihre eigenen neuen Genfer Vorschläge selbst praktiziert und beispielsweise die Hälfte ihrer SS 20 einseitig verschrottet. Selbst danach ist sie noch immer in keiner Weise angreifbar oder verwundbar und weiterhin absolut unangreifbar."

Es sei ja wohl auch „offensichtlich und außerhalb jeder Diskussion", daß der Warschauer Pakt über mehr Landstreitkräfte als die NATO verfüge. Im übrigen begreife er noch immer nicht, weshalb Breschnew gegegenüber Helmut Schmidt 1978 von einer annähernden Balance gesprochen habe, als es lediglich 120 bis 130 SS 20 gegeben habe, heute existierten dagegen weit über 350 derartige Systeme.

Verhalten optimistisch habe sich Honecker über die Erfolgsaussichten in Genf geäußert: „Es gibt noch eine große Chance fünf vor zwölf", sagte er nach Angaben seiner Gäste mehrfach. Auf die Frage, was er mit dem Wort von der eventuell ausbrechenden „Eiszeit" zwischen den beiden Teilen Deutschlands gemeint hätte, habe Honecker geantwortet: „Darüber haben wir uns noch keine Gedanken gemacht. Wir richten alles darauf hin, diese Stationierung zu verhindern." Irgendwelche Drohungen gegenüber Bonn habe es nicht gegeben.

Wie schon Helmut Schmidt nach seinem Gespräch mit Honecker am 5. September gewannen auch diesmal seine Gesprächspartner den Eindruck, daß dem SED-Chef die sowjetische Nachrüstung auf „DDR"-Boden „äußerst unangenehm" sei. „Es war deutlich, daß er diesen Schritt nicht gerade begrüßt."

In der Ostberliner Morgenpresse fanden sich gestern allerdings weder derartige Einlassungen und Reaktionen noch irgendein Hinweis auf die nachhaltige Kritik der Gäste an der anhaltenden Behinderung und Diskreditierung der christlich motivierten Friedensbewegung in der „DDR".

Die „DDR"-Leser erfuhren auf diese Weise beispielsweise kein Wort über Petra Kellys Äußerung, sie betrachte auch die „DDR" als eine „atomare Geisel". Ihr Gegenhinweis auf das sowjetische Eingreifen in Afghanistan blieb ebenfalls unerwähnt, den sie beim Stichwort „Grenada" machte.

Besonders unangenehm berührten Gastgeber Honecker – flankiert von Professor Herbert Häber (SED-ZK), Abteilungsleiter Karl Seidel und zwei engen Mitarbeitern – anscheinend die Anmerkungen der Grünen zur inneren Verfassung der „DDR". Die westlichen Gesprächspartner am runden Tisch forderten das Ende von „Repressalien" gegen die staatsunabhängige Friedensbewegung und verlangten ihr einen „Freiraum einzuräumen und die Möglichkeit, sich öffentlich zu äußern". Darauf habe Honecker mit dem Hinweis reagiert, einige Aktionen dieser Gruppe seien „zum Teil von Geheimdiensten in West-Berlin gesteuert". Beweise dafür seien jedoch nicht geliefert worden.

Frau Kelly berichtete, man habe auch über Kriegsspielzeug und Wehrsportübungen gesprochen. „Herr Honecker hat sich dabei als Anti-Militarist bezeichnet. Aber ich fand das alles nicht sehr überzeugend, weil er auf die spezifischen Dinge nicht eingegangen ist."

Bei dieser Gelgegenheit kündigten die Grünen eine weitere gewaltfreie Demonstration in Ost-Berlin an. Am kommenden Freitag wollen sie vor den Botschaften der USA und der UdSSR „gemeinsam mit Freunden aus der DDR" eine symbolische Erdkugel rollen.

Neben einer Abbildung des sowjetischen UNO-Monuments „Schwerter zu Pflugscharen", das sich Honecker „auf den Schreibtisch" (Kelly) stellen solle, brachten die Grünen auch einen „persönlichen Friedensvertrag" mit. Diese Aktion geht von der mecklenburgischen Kirche aus. Honecker fand sich nach längerer Diskussion und trotz des Einwurfs von Professor Häber, dies sei „doch nicht seriös", bereit, zwei von drei Punkten zu unterschreiben: den Ausschluß gegenseitiger Gewaltanwendung „in jedem Falle" und sich „gegenseitig nicht als Feinde zu betrachten und Feindbilder abzubauen" – zwei originäre Forderungen der evangelischen Kirchen in der „DDR".

Auch über diesen Aspekt des einfallsreichen „grünen" Rollenspiels am Lustgarten fanden die „DDR"-Leser gestern nichts in ihren Gazetten. Der Friedensvertrag war der Zensur zum Opfer gefallen.

Seite 2: Auf der anderen Seite

Israel führt Kontrolle der Devisen ein

AFP/SAD, **Jerusalem**

Die israelische Regierung hat angesichts der bisher schwersten Wirtschaftskrise in der Geschichte des Landes die Wiedereinführung der Devisenkontrolle beschlossen. Damit wurde die 1977 begonnene Liberalisierung der Wirtschaftspolitik erheblich eingeschränkt. Von sofort an können fremde Währungen nur noch zur Bezahlung importierter Güter und Leistungen erworben werden. Für Auslandsreisen wurde die Höchstgrenze von 3000 Dollar pro Person und Jahr beibehalten, der Devisenkauf wird jetzt im Paß vermerkt. Um sich vor der galoppierenden Inflation zu schützen, hatten die Israelis Devisen gehortet. Als Reaktion auf diese Maßnahmen schnellte der Dollarkurs auf dem schwarzen Markt um fast zehn Prozent in die Höhe.

Der neue Finanzminister Cohen-Orgad begründete die Entscheidung mit der Notwendigkeit, das stark erschütterte Vertrauen in die Landeswährung Schekel wiederherzustellen. „Der Dollarrausch hat das Währungssystem durcheinandergebracht", sagte der Minister zur Begründung seines Beschlusses. Allein im Oktober habe der Staat seine knappen Devisenreserven von 7,5 Milliarden Mark um 400 Millionen Mark senken müssen, um der Nachfrage gerecht zu werden.

Stoltenberg sprach mit Mittag

rtr, **Berlin**

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg ist gestern zum Abschluß eines viertägigen Privataufenthalts in der „DDR", bei dem er die Luther-Städte Eisleben und Wittenberg besucht hatte, mit dem SED-Politbüromitglied Günter Mittag zusammengetroffen. An dem Gespräch nahm auch der Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, Staatssekretär Hans Otto Bräutigam, teil.

Im Mittelpunkt des Meinungsaustausches dürfte nach Angaben von Regierungskreisen in Bonn das Bestreben der Bundesregierung gestanden haben, die deutsch-deutschen Beziehungen auch nach der möglichen Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen nicht nur auf dem gegenwärtigen Stand zu halten, sondern sie weiterzuentwickeln.

Mittwoch, 2. November 1983
Nr. 256

WELT DER WIRTSCHAFT

Neue Chance für die Aktie

ed. – Das Aktieninvestmentgeschäft erwacht aus seinem Dornröschenschlaf, wachgeküßt von Managern, die mit neuen Produkten eine neue Zielgruppe unter den Sparern ansprechen. Spezialitätenfonds für Rohstoff-, Energie- und Technologiewerte sind die Schlager der Saison, in denen innerhalb nur eines halben Jahres mehr als eine Milliarde Mark angelegt wurden.

Sicherlich kann man die ersten großen Verkaufserfolge nicht linear in die Zukunft hochschreiben. Die Akzeptanz der neuen Investmentprodukte bestätigt jedoch die Vermutung, daß das für Aktienanlagen in Frage kommende Potential unter deutschen Sparern größer ist, als man nach der jahrelangen Börsenabstinenz gerade der Privatkundschaft angenommen hatte. Risikofreude ist also durchaus vorhanden; die neuen Produkte sind schließlich keine müden „Opafonds". Und die jetzt neu erschlossene Kundschaft ist auch zu schnellem Rein und Raus bereit.

Diese Erfahrungen sollten das Kreditgewerbe zu Anstrengungen ermuntern, noch mehr Sparer von Rentiers zu „Kapitalisten" zu machen. Das ist nicht zuletzt eine volkswirtschaftliche Aufgabe. Denn ohne Bildung ausreichenden unternehmerischen Kapitals wird unsere unter Eigenkapitalschwäche leidende Wirtschaft in ihrer Wettbewerbsfähigkeit à la longue hoffnungslos hinter ihren Konkurrenten hinterherhinken. Zeiten mit günstigen Börsenaussichten eignen sich für die Intensivierung solcher Anstrengungen besonders gut. Warum sollte es jetzt nicht auch gelingen, einige der „Zahnarztmilliarden" in wirtschaftlich sinnvolle Kanäle zu lenken?

Seelenmassage

J. Sch. (Paris) – Nur noch fünf Prozent Inflation im nächsten Jahr: Dieses Ziel der Regierung will Wirtschaftsminister Delors den Franzosen jetzt durch eine große Werbekampagne näherbringen, die am 7. November gestartet wird. Bis zum 10. Dezember nimmt sich zunächst das Staatsfernsehen des Themas an. Dann folgen zu Weihnachten die Zeitschriften. Den Abschluß macht Anfang 1984 die Tagespresse. Die dreistufige Aktion kostet sechs Millionen Franc oder umgerechnet zwei Millionen Mark. Aber um nach etwa neun Proezent in diesem Jahr den Preisanstieg praktisch zu halbieren, müßten die Werbespots schon sehr hypnotisch ausfallen. Denn diesmal kommt es außer größerer Lohndisziplin auf die Überwindung der traditionellen Inflationsmentalität an. Nicht zuletzt wären Madame und Monsieur Dupont davon zu überzeugen, bei ihren Einkäufen preisbewußter zu sein. Immerhin veranschlagt Delors den Inflationseffekt des französischen Käuferverhaltens gegenüber dem deutschen auf zwei Punkte. Daß die in dieser Richtung vorbereitete „Seelenmassage" in so kurzer Zeit Erfolg verspricht, muß wohl bezweifelt werden.

Bahn und Politik

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Nach einem eingängigen Motto für die künftige Bahn-Politik wird noch gesucht. Früher hieß es Konzentration und Investition. Eine Zielrichtung, die zwar weitgehend anerkannt, aber nicht konsequent durchgehalten wurde. Jetzt werden für die neue Konzeption Formeln wie Rationalisierung und Neubaustrecken oder Kapazitätsanpassung und Neubaustrecken benutzt, die der alten sehr ähneln. Die Widerstände sind nicht geringer geworden.

Unstrittig ist, daß sich die Bundesrepublik eine Bahn, die am Markt vorbeifährt, nicht leisten kann. Weitgehende Übereinstimmung besteht [illegible] großer Verkehrsströme [illegible] und im schnellen Personenverkehr. Sie soll sich aus einigen Bereichen zurückziehen. In anderen, so in die Neubaustrecken Hannover–Würzburg und Stuttgart–Mannheim, wird in wachsendem Umfang investiert.

Folgerichtig wird zum Beispiel vom DIHT gefragt, für welches Schienennetz der Bund in Zukunft den Bestand garantieren will, worauf sich Unternehmen einzurichten haben. Die Antwort wird es nicht geben, was politisch sicherlich klug ist. Denn eine Diskussion über konkrete Netzreduzierung in dem notwendigen Umfang, der vom Bahn-Vorstand auf 6000 und 7000 Kilometer im Güter- und Personenverkehr veranschlagt wird, kann heute ebensowenig durchgestanden werden wie 1976, als es um das betriebswirtschaftlich optimale Netz ging. Es würde nur noch einmal Zeit vergeudet, und die hat die Bahn nicht mehr.

Der Ausweg besteht darin, daß dem Bahnvorstand zwar nicht das Netz, aber der Finanzrahmen vorgegeben wird, in dem er sich unternehmerisch bewegen soll. Dabei wird ihm die eigentlich selbstverständliche Auflage gemacht, seine Leistungen so kostengünstig wie irgendmöglich zu erstellen. Daher sollen sogar solche Tabus wie der Freifahrschein für Eisenbahner auf den Prüfstand.

Die Kapazitätsanpassung soll betriebswirtschaftlich über die Investitionsentscheidungen gesteuert werden. Muß eine Strecke instand gesetzt werden, dann soll die Bahn dazu nur gezwungen sein, wenn sich dies betriebswirtschaftlich rechnet; sonst muß sie den Antrag auf Stillegung stellen.

Aber wird dieses Prinzip nicht bereits durchbrochen, wenn die Neubaustrecken aus den plafondierten Bundeszuschüssen von 13,3 Milliarden Mark finanziert werden müssen? Festgeklopft wurden die Neubaustrecken nicht von der Bahn, sondern sie sind im „Koordinierten Investitionsprogramm für den Ausbau der Bundesverkehrswege 1976 bis 1985" [illegible] für dessen Finanzierung [illegible] Pflicht genommen. Dieses ist mehr als nur ein formaler Hinweis darauf, daß die zwei Milliarden Mark, die im Durchschnitt der nächsten Jahre notwendig sind, außerhalb des Plafonds vom Bund bereitgestellt werden sollten.

Die Finanzierung hat auch einen Einfluß auf die anderen Investitionsentscheidungen. Je knapper die Mittel für andere Ausgaben sind, desto rascher muß sich die Bahn aus bestimmten Bereichen zurückziehen.

Schon hier zeigt sich, daß der Vorwurf, der Bundesverkehrsminister wolle nur die Verantwortung auf den Bahn-Vorstand verlagern, falsch ist. Die Bundesregierung bleibt in der Pflicht. Mehr noch: Gibt sie dem Bahn-Vorstand nicht die nötige Rükkendeckung, auch bei unpopulären Maßnahmen, dann kann sie ihre Hoffnungen ohnehin abschreiben.

Hinzu kommt, daß nach dem Gesetz die Bahn vom Vorstand und dem Verwaltungsrat geführt werden soll. Im Verwaltungsrat sitzen zum Beispiel mit den Vertretern der Gewerkschaften und der Länder Gruppen, denen es um die Wahrung ihres Besitzstandes geht. Wenn hier notwendige Maßnahmen blockiert werden, dann kann selbst die Bundesregierung nichts machen. An eine Gesetzesänderung ist jedoch nicht gedacht.

Bisher wurde die Bahn bei Widerständen auf den Kapitalmarkt verwiesen. Der Schuldenberg von mehr als 36 Milliarden Mark zeigt das. Wenn dieses vermieden werden soll, dann sind einsichtige und standfeste Politiker gesucht, auch in Wahlzeiten. Denn Früchte bringen kann das Konzept erst in einigen Jahren.

BAUHERRENMODELL / Arbeitnehmergruppe der Unionsfraktion legt Entwurf vor

Steuerersparnis soll auf die Hälfte der Steuerschuld begrenzt werden

HEINZ HECK, Bonn

Das politische Tauziehen um Einschränkungen des Bauherrenmodells geht in der Bonner Regierungskoalition weiter. Die Arbeitnehmergruppe der Unionsfraktion hat jetzt allen Fraktionsmitgliedern ihren Vorschlag für einen eigenen Gesetzentwurf zugeleitet. Zentrales Anliegen des vom Vorsitzenden der Gruppe, Otto Zink (CDU), verschickten Entwurfs ist die Beschränkung möglicher Steuerersparnisse auf höchstens 50 Prozent der Steuerschuld.

Zink erinnert an die Koalitionsvereinbarung von CDU, CSU und FDP vom März, in der es unter anderem heißt: „Besonders werden wir den geltenden Rahmen für Abschreibungsgesellschaften überprüfen und einschränken. So soll es in Zukunft nicht mehr möglich sein, daß Bürger durch diese Beteiligungsformen sich ihrer Steuerpflicht ganz oder überwiegend entziehen!"

Nach Meinung Zinks ist es für die öffentliche Akzeptanz des Sparkurses der Bundesregierung von höchster Bedeutung, „daß nicht nur die notwendigen, schmerzlichen Kürzungen im Sozialhaushalt, sondern auch solche Koalitionsvereinbarungen konsequent erfüllt werden". Die von der Bundesregierung im Haushaltsbegleitgesetz 1984 vorgesehene Einschränkung für Abschreibungsgesellschaften und Bauherrenmodelle sowie die dazu im Bundesrat erörterten Änderungsvorschläge würden die Koalitionsvereinbarung allein nicht erfüllen.

Nach dem Entwurf soll die Steuerschuld (tarifliche Einkommensteuer) die Hälfte des Betrages nicht unterschreiten, der sich ergeben würde, wenn man das um die negativen Einkünfte erhöhte Einkommen der Besteuerung zugrundelegte (tarifliche Mindesteinkommensteuer). Der Differenzbetrag zwischen diesen beiden Positionen (also zwischen tariflicher Mindesteinkommensteuer und tariflicher Einkommensteuer) soll in den fünf darauffolgenden Veranlagungszeiträumen von der tariflichen Einkommensteuer abgezogen werden können. Dies gilt allerdings mit der Einschränkung, daß dadurch nicht die tarifliche Mindesteinkommensteuer unterschritten wird. Im Ergebnis zielt diese Bestimmung also darauf ab, daß in jedem Falle wenigstens 50 Prozent der regulären Steuerschuld zu zahlen sind.

Verlustzuweisungsgesellschaften und Bauherrenmodelle sind dem Papier zufolge aus mehreren Gründen „problematisch". Sie böten Bürgern mit hohem Einkommen die Möglichkeit der Vermögensbildung aus Steuergeldern (ganz oder überwiegend), also ohne oder mit nur geringem Einsatz eigenen Kapitals. Dies bedeute zugleich „massive Steuerung von Fremdkapital" in Bereiche von zumindest umtrittenem volkswirtschaftlichen Nutzen. Dies behindere die Investitionssteuerung durch den freien Wettbewerb. Abschreibungsgesellschaften stünden im Gegensatz zum Leistungsprinzip und wirkten dem Ziel der breiten Vermögensstreuung entgegen.

Auch gefährdeten sie den sozialen Frieden. Wenn das zu versteuernde Einkommen nämlich stark gemindert werde oder sogar völlig verschwinde, hätten Personen mit hohem Einkommen und großem Vermögen auch noch Anspruch auf staatliche Transferleistungen wie Wohngeld, Sparzulage und BAföG. Speziell das Bauherrenmodell diene nicht der Förderung selbstgenutzten Eigentums und führe „zur Erstellung besonders teuren Wohnraums".

Von den 1982 fertiggestellten rund 350 000 Wohnungen seien nach einer Schätzung des Bonner Städtebauinstituts 30 000 bis 40 000 im Rahmen von Bauherrenmodellen errichtet worden. Nach einer Studie des Bundesbauministeriums von Anfang 1983 erreiche die steuerliche Entlastung für ein Eigenheim etwa 37 000 Mark, für eine freifinanzierte Mietwohnung 58 000 Mark, für eine Wohnung in teilweise selbstgenutzten Zweifamilienhäusern rund 100 000 Mark und für eine Wohnung im Bauherrenmodell 113 000, in Einzelfällen bis zu 180 000 Mark.

Der Vorschlag beeinträchtige auch nicht die Attraktivität einzelner Verlustzuweisungsmodelle wie Schiffbau und sozialer Wohnungsbau in Berlin.

IFO-KONJUNKTURTEST

Die Beurteilung der Lage hat sich weiter verbessert

DANKWARD SEITZ, München

Sowohl in der Industrie als auch im Handel hat sich die Zuversicht über die weitere konjunkturelle Entwicklung im September weiter erhöht. Lediglich im Baugewerbe hat der Optimismus bei den Geschäftsaussichten für das nächste halbe Jahr nach Feststellungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, weiter nachgelassen.

Die günstigere Beurteilung der wirtschaftlichen Aussichten im verarbeitenden Gewerbe beruht zum einen auf der weiteren Verbesserung des Geschäftsklimas im September. Zum anderen wurde der verstärkte Optimismus durch die abermals gestiegene Nachfrage getragen, die trotz erhöhter Produktion eine leichte Aufstockung der Auftragsbestände zuließ. Auch für die nächsten drei Monate erwarten die befragten Unternehmen eine Produktionssteigerung, wobei sie auf eine anhaltende Stärkung der Auslandsnachfrage setzen.

Getragen wird diese Beurteilung überwiegend vom Verbrauchsgüterbereich und den Gebrauchsgüter-Herstellern. Eine recht kräftige Belebung der Nachfrage meldeten die Sparten Schuhe und Bekleidung. Ganz erheblich gebessert hat sich auch die konjunkturelle Situation bei elektrotechnischen Gebrauchsgütern und bei Eisen-, Blech- und Metallwaren. Im Investitionsgütersektor haben sich die Urteile über die aktuelle Geschäftslage ebenso wie die Erwartungen für die nächsten Monate nur wenig gebessert. Bei stagnierender Produktionstätigkeit haben sich die Auftragsbestände eher verringert. Die Zahl der Betriebe mit kontraktiven Produktionsplänen nahm nach Feststellungen des Ifo weiter zu, zumal auch aus dem Ausland allenfalls nur eine geringfügige Besserung der Auftragsvergabe erwartet wird. Von nach wie vor schwacher Nachfrage berichteten der Maschinenbau und die Nutzfahrzeug-Industrie und von Stagnation die Hersteller elektronischer Investitionsgüter.

Im Groß- und Einzelhandel hat die Nachfrage im September stärker zugenommen als von den Firmen erwartet. Der Einzelhandel, so das Ifo, dürfte den entsprechenden Vorjahresumsatz um rund 5 (real 2 bis 3) *Prozent übertroffen haben. Auf die* Geschäftserwartungen strahlte dies im Gegensatz zum Großhandel allerdings nur wenig aus, denn der weitere Absatzverlauf wird fast unverändert verhalten eingeschätzt. Vor allem die Warenhäuser erwarten nach der deutlichen Absatzbelebung im September in den nächsten Monaten eher eine Abschwächung der konjunkturellen Auftriebskräfte, während die Verbrauchermärkte und der Versandhandel auf eine weitere Besserung setzen. Insgesamt geht der Handel davon aus, daß mit einer Beschleunigung des Preisanstiegs nicht zu rechnen ist.

Das Baugewerbe beurteilte die Geschäftslage im September erneut etwas günstiger. Die Bautätigkeit bewegte sich auf dem Niveau der letzten drei Monate.

AUF EIN WORT

„Die internationale Wettbewerbsfähigkeit im milliardenschweren Markt der Kommunikation kann nur durch eine konsequente Nutzung der neuen technischen Möglichkeiten gesichert werden."

Richard G. Hirschmann, geschäftsführender Gesellschafter der Firma Richard Hirschmann Radiotechnisches Werk, Esslingen

FOTO: DIE WELT

Benzinpreise fallen wieder

Bm. Essen

Der Versuch einiger Mineralölgesellschaften unter Führung von Shell in der vergangenen Woche, die Preise für Normalbenzin um drei und die für Super um zwei Pfennig je Liter anzuheben, ist gescheitert. Zu Wochenbeginn haben zahlreiche Tankstellen die Preise für Super etwa von 141,9 auf 138,9 Pfennig zurückgenommen. Begründet wird diese schnelle Tendenzwende mit dem heftigen Wettbewerb. Der Kampf um Marktanteile läßt keine preislichen Ausreißer zu, heißt es. Die Preisanhebung in der vorigen Woche und die jetzige erneute Preissenkung waren der 14. und 15. Preisschritt seit dem 11. April.

CREDITREFORM

Anhaltende Erholung nur bei besseren Rahmenbedingungen

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Zwar weisen verschiedene Daten *darauf hin, daß das Stimmungsbaro*meter in der deutschen Wirtschaft wieder steigt und Optimismus aufkommt. Ohne Zweifel bedarf es aber noch erheblicher Anstrengungen, um das „zarte Pflänzchen Aufschwung in einen kräftigen Konjunkturbaum entwickeln" zu können. Diese Ansicht vertrat Helmut Rödl, Geschäftsführer des Verbandes der Vereine Creditreform, Neuss, anläßlich des 100jährigen Bestehens der hannoverschen Niederlassung. Nur wenn die Rahmenbedingungen verbessert werden, bestehe Aussicht auf eine nachhaltige Besserung. Rödl nennt in diesem Zusammenhang den Abbau der Staatsschulden, die Änderung des Steuersystems und die Schaffung von Leistungsanreizen.

Nach jüngsten Untersuchungen sind die Aufträge im verarbeitenden Gewerbe in den ersten acht Monaten real um vier Prozent gestiegen. Dabei *habe die inländische Nachfrage* mit einem Zuwachs von 5,5 Prozent dominiert. Steigende Tendenz zeige auch zum ersten Mal seit drei Jahren der Einzelhandelsumsatz. Der deutlichen Verbesserung bei der Gebrauchsgüterindustrie stehe allerdings die nach wie vor unbefriedigende Entwicklung in der Investitionsgüterindustrie gegenüber.

Der in der Creditreform-Umfrage erkennbare Optimismus – verbesserter Auftragsbestand, positive Auftragserwartung und steigende Investitionsbereitschaft – steht nach Ansicht von Rödl im Widerspruch zur Eigenfinanzierungskraft der Unternehmen. Weniger als 14 Prozent vom gesamten Rohertrag verbleibe den Unternehmen an eigenerwirtschafteten Mitteln. Auch die Zahlungsmoral habe sich weiter verschlechtert.

ROHSTOFFE

IW: Hohe Flexibilität sichert die Versorgung

HEINZ HECK, Bonn

Staatshandelsländer haben für die deutsche Rohstoffversorgung insgesamt kaum Bedeutung. Sie sind nur bei Kupfer, Nickel, Cadmium und Titan mit Lieferanteilen von jeweils über zehn Prozent beteiligt. Das schreibt das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in Köln in einer Analyse über die Strukturdaten der deutschen Rohstoffversorgung.

Danach deckt die Bundesrepublik ihren Rohstoffbedarf überwiegend mit Lieferungen aus westlichen Staaten (USA, Kanada, Australien, Norwegen, Großbritannien, Benelux, Italien und Südafrika). Dies, obwohl sich die Weltvorräte der wichtigsten Rohstoffe mit jeweils rund einem Drittel auf Industrie-, Entwicklungs- und Staatshandelsländer verteilen.

Die Entwicklungsländer spielen bei der deutschen Rohstoffversorgung insgesamt nach wie vor eine geringere Rolle. Zu den Hauptlieferanten zählen nur fünf von ihnen: Chile, Thailand, Peru, Zaire und Bolivien.

Die auf privater Initiative basierende Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft ist nach IW-Meinung „alles in allem relativ gesichert". Die Lieferungen beruhten auf traditionell gewachsenen Geschäftsbeziehungen mit Lieferländern, die – von Chile abgesehen – politisch stabil seien. Außerdem reagiere die deutsche Rohstoffversorgung „sehr flexibel". In den siebziger Jahren seien für 20 bis 30 Prozent der deutschen Einfuhr neue Bezugsquellen erschlossen worden. Diese relativ hohe Flexibilität sorge im Ernstfall dafür, daß die Rohstoffversorgung bei Ausfall von Lieferländern nicht ernsthaft gefährdet werde.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Japan und USA über Autoexporte einig

Tokio (rtr) – Japan und die USA haben sich auf eine neuerliche Beschränkung der japanischen Autoexporte in die USA für das nächste japanische Haushaltsjahr (ab 1. April 1984) geeinigt. Nach Angaben des japanischen Handelsministeriums handelten der japanische Handels- und Industrieminister Sosuke Uno und der Handelsbeauftragte der US-Regierung, William Brock, ein entsprechendes Abkommen aus, nach dem Japan die Autoausfuhren in die USA auf 1,85 Millionen Fahrzeuge begrenzen wird. Für die drei Jahre bis zum März 1984 hatte sich Japan in einer vorangegangenen Vereinbarung zum Export von lediglich 1,68 Millionen Autos jährlich bereit erklärt.

Weniger in „DDR" geliefert

Wiesbaden (rtr) – Der innerdeutsche Handel war im September durch vermehrte Bezüge aus der „DDR" und gleichzeitig geringeren Lieferungen aus der Bundesrepublik gekennzeichnet. Wie das Statistische Bundesamt auf der Basis vorläufiger Ergebnisse mitteilte, stiegen die Bezüge um fünf Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat auf 585 Millionen Mark. Die Lieferungen fielen um zwei Prozent auf 477 Millionen Mark zurück.

Sozialplan bei HDW

Hamburg (VWD) – Vorstand und Betriebsrat der Howaldtswerke Deutsche Werft AG (HDW) haben sich auf einen Sozialplan (20,6 Millionen Mark) für 1194 Hamburger HDW-Mitarbeiter geeinigt, die bereits entlassen wurden oder deren Ausscheiden kurz bevorsteht.

Kein Geldanspruch

Bonn (rtr) – Die beiden deutschen Stahlkonzerne Thyssen und Krupp werden bei einer nur lockeren Kooperation in einzelnen Bereichen voraussichtlich keine zusätzlichen öffentlichen Mittel beanspruchen können. Wie ein Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums mitteilte, gilt das „allerletzte" Angebot der Bundesregierung an die beiden Unternehmen von zusätzlich 500 Millionen Mark, die über die schon früher beschlossene Summe von drei *Milliarden Mark* für die Umstrukturierung der deutschen Stahlindustrie hinaus zur Verfügung gestellt werden sollten, nur für den Fall einer Fusion.

Neuer Sparplan

Frankfurt (DW.) – Die Deutsche Bank hat einen neuen Sparplan mit Versicherungsschutz entwickelt. Der unter der Bezeichnung „Deutsche-Bank-Sparplan mit Versicherungsschutz" eingeführte Sparplan kann mit Laufzeiten von acht bis fünfundzwanzig Jahren abgeschlossen werden. Der monatlich oder vierteljährlich einzuzahlende Betrag beträgt mindestens 100 beziehungsweise 300 DM. Die Verzinsung richtet sich nach dem jeweiligen Sparzins für Einlagen mit vier Jahren Kündigungsfrist, zur Zeit sechs Prozent. Am Ende der Vertragsdauer erhält der Sparer einen zusätzlichen Bonus von zwei bis 30 Prozent auf das angesparte Kapital. Die Höhe des Bonus richtet sich nach der Länge der Vertragsdauer.

Schnellerer Personalabbau

Saarbrücken (dpa/VWD) – Die Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, denkt jetzt an einen schnelleren Personalabbau, um der Forderung von Bund und Saarland nachzukommen, spätestens ab 1986 ohne Subventionen bestehen zu können. Nach den neuen Vorstellungen, die ein Sprecher des Unternehmens auf Anfrage von dpa/VWD erläuterte, will man zwar an dem geplanten Abbau von 5100 der derzeit noch 17 200 Arbeitsplätze festhalten, doch soll dieser nicht mehr auf drei Jahre (bis 1986) verteilt, sondern im wesentlichen auf 1983/84 vorgezogen werden. Er soll nach Möglichkeit über vorzeitige Pensionierung von Beschäftigten über 50 Jahren verwirklicht werden.

US-WAHLKAMPF

Wirtschaft: Demokraten für ein maßvolles Programm

[illegible], Washington

[illegible] Wirtschaftsprogramm, mit dem die Demokraten im [illegible] Jahr in den Wahlkampf [illegible], zeichnen sich ab. [illegible] der 46 Senatoren der Oppositionspartei legte ein 43 Seiten umfassendes Papier vor, das [illegible] den Kongreßferien, die am 18. [illegible] beginnen, verabschiedet werden soll.

Mit großem Nachdruck abgelehnt werden zentrale Planungsmethoden; mit keinem Wort erwähnt wird überdies das umstrittene Etikett „Industriepolitik". Die Errichtung einer „Bundesentwicklungsbank", die nach dem Vorbild der Reconstruction Finance Corp. der 30er Jahre Altindustrien bei ihrer Modernisierung unterstützen soll, wird ebenfalls nicht festgeschrieben, sondern weiteren Studien überlassen.

Das Leitthema der Demokraten läßt sich auf diesen Nenner bringen: Washington muß Maßnahmen ergreifen, weil die US-Wirtschaft von den schnellen technologischen Veränderungen geschüttelt und von der wachsenden Importkonkurrenz bedroht wird. Die Hilfe des Bundes an Unternehmen, Arbeitnehmer und Länder ist erforderlich, um die strukturelle Unterbeschäftigung abzubauen und die wirtschaftlichen Leistungen zu verbessern. Der Reagan-Administration wird vorgeworfen, sie lasse die amerikanische Volkswirtschaft „ziellos treiben". Die jährlichen Kosten des Bundes werden auf bescheidene zehn Milliarden Dollar – 1,25 Prozent des Haushalts 1983 – veranschlagt. Die Senatoren fordern die Bildung eines Wirtschaftsausschusses, der aus 20 Wirtschaftsführern, Gewerkschaftsvertretern und Regierungsmitgliedern bestehen und das Weiße Haus beraten soll.

KERNENERGIE / Jochimsen will Industrie in die Pflicht nehmen

„Wir wollen keine Staatsreaktoren"

HANS BAUMANN, Bensberg

Der technologische Vorsprung bei der Entwicklung von Hochtemperatur-Reaktoren müsse unbedingt verteidigt werden, meint der Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Prof. Reimut Jochimsen, der sich bei Interatom, einer Tochter der Kraftwerk Union AG, in Bensberg über den neuesten Stand der Entwicklung heliumgekühlter kleinerer Hochtemperatur-Reaktoren informierte. Diese Aufgabe aber müsse mehr und mehr zur Aufgabe der Industrie werden, meinte Jochimsen, „wir wollen *keine Staatsreaktoren*". Die beiden Hochtemperatur-Reaktorlinien in der Bundesrepublik (KWU und BBC) seien bisher zu 90 Prozent von der öffentlichen Hand gefördert worden.

Der Komponentenversuchskreislauf bei Interatom ist für Jochimsen ein Meilenstein dafür, daß künftig die öffentlichen Hilfen von der Höhe der Eigenleistung der Industrie abhängig gemacht würden. Der Minister beklagte, daß im Sommer noch die Finanzierung des Thorium-Hochtemperaturreaktors in Schmehausen (THTR 300) gesichert schien, daß diese Vereinbarungen nun aber wieder „aufgeweicht" würden. „Die öffentliche Hand wird die Industrie in die Pflicht nehmen", mahnte Jochimsen. Nordrhein-Westfalen brauche die Hochtemperatur-Technik für die Veredelung von Steinkohle und für den Export.

Die große Sicherheit der Hochtemperatur-Reaktoren empfehle ihre Anwendung auch *in dichtbesiedelten* Gebieten, wie etwa dem Ruhrgebiet. Die Elektrizitätswirtschaft sei an diesen Reaktoren ebenso interessiert wie die Fernwärme. Auch das Interesse der Chemie wachse deutlich, da der Hochtemperaturreaktor den Weg zur Wasserstoffchemie ebne. Die kleinen Reaktoren von Interatom (Modul-Bauweise mit 50 oder 200 Megawatt Leistung, die sich nach Bedarf addieren lassen) erlaubten eine bessere Ausbeutung der Kohle um 40 Prozent. Damit würde die Industriestruktur in Nordrhein-Westfalen verbessert, wenn man sie schon wegen der Notwendigkeit, weiter eigene Kohle zu fördern, nicht grundlegend ändern könne.

Der Vorsitzende der Geschäftsführung von Interatom, Claus Berke, bestätigte, daß Anfragen aus zahlreichen Ländern nach Reaktoren der Modul-Bauweise vorlägen. Gerade die Schwellenländer seien an Kraftwerken dieser Art besonders interessiert, da ihr Bedarf etwa an Steinkohlen-Gas erst langsam wachse. Die Modul-Technik erlaube es dann, mit diesem Bedarf die Anlagen schrittweise auszubauen.

Hans Heinrich Frewer, Mitglied des Vorstandes der Kraftwerk Union, erläuterte, daß die Entwicklung der Modultechnik bis in die neunziger Jahre reichen werde.

SCHULDENKRISE

Mögliche Folgen für US-Wirtschaft

sbt. **Washington**

Das amerikanische Forschungsinstitut Data Resources Inc. hat untersucht, wie sich die Zahlungsunfähigkeit unstabiler Schuldnerländer wie Brasilien oder Argentinien auf die US-Wirtschaft auswirken würde. Das Ergebnis: Den Vereinigten Staaten droht zwar keine schwere Rezession, das gebremste Wachstum würde aber zu steigender Arbeitslosigkeit führen und könnte dem demokratischen Kandidaten bei der Präsidentschaftswahl im November 1984 zu einer Mehrheit verhelfen.

Vorausgesetzt, daß die US-Notenbank sofort Dämme errichtet, würde die Zahlungsunfähigkeit Argentiniens keinen allzu großen Schaden anrichten. Von den 40 Milliarden Dollar Auslandsschulden des südamerikanischen Landes entfallen 8,6 Milliarden Dollar auf amerikanische Banken. Nach der Modellrechnung sinkt Amerikas Bruttosozialprodukt um 5,5 Milliarden Dollar, während das Haushaltsdefizit um 1,8 Milliarden Dollar steigt. Der Export schrumpft um drei Milliarden Dollar, die Beschäftigung um 90 000.

Schlimmer würde die USA ein brasilianisches Schuldenmoratorium treffen: Die Verluste bei der Wertschöpfung und beim Export betragen 24,7 und 14,2 Milliarden Dollar; das Budgetdefizit nimmt um 8,4 Milliarden Dollar, die Arbeitslosigkeit um 399 000 zu. Die Zinsen erhöhen sich um 0,60 Prozent. Im Ausland steht Brasilien mit 92 (US-Banken: 22) Milliarden Dollar in der Kreide. Für den Fall, daß über ganz Südamerika die Pleitefahne weht, wächst die Unterbeschäftigung um 1,1 Millionen.

GROSSBRITANNIEN

Exportgeschäft bleibt schwierig

fu, **London**

Der seit Anfang dieses Jahres zu beobachtende Erholungsprozeß in der verarbeitenden Industrie Großbritanniens hat sich in den letzten vier Monaten fortgesetzt. Auch für die nächsten vier Monate wird mit einem weiteren Anstieg von Nachfrage und Produktion gerechnet. Dies geht aus den Antworten auf die jüngste Quartalsumfrage des britischen Industrieverbandes bei mehr als 1600 Mitgliedsfirmen hervor. Die Quartalsumfragen des Unternehmer-Verbandes gelten als zuverlässigstes Konjunktur-Barometer in Großbritannien.

Allerdings deuten die Antworten auf ein leichtes Abflachen der Erholungskurve hin. So wurden die Erwartungen für Auftragseingänge und Produktion in den kommenden vier Monaten im Vergleich zu den letzten Umfragen etwas zurückgeschraubt. Jedoch beeilt sich der CBI zu erklären, daß diese Anzeichen auf keinen Fall als ein allmähliches Versanden der Erholungsphase zu interpretieren seien.

Anhaltend schwierig gestaltet sich der Umfrage zufolge das Exportgeschäft. Ein Anstieg der Exportaufträge sei kaum festzustellen, und britische Firmen würden unverändert unter mangelnder Wettbewerbsfähigkeit leiden. Dennoch sei nicht zu übersehen, daß die Unternehmen die Kostenentwicklung fest im Griff hätten – nur ein verschwindend kleiner Prozentsatz berichtete über einen Anstieg der Stückkosten. Dies spiegele sich auch in einer verbesserten Liquiditätslage wider.

JAPAN / Regierung rechnet mit anhaltendem Rückgang der Schiffbautonnage

Werften unterbieten sich gegenseitig

VWD, **Tokio**

Mit einem anhaltenden Rückgang der Bautonnage japanischer Werften in den nächsten zwei bis drei Fiskaljahren rechnen die japanische Regierung und die japanischen Werften. Die Ansicht setzt sich durch, daß langfristig auch Japans Werftindustrie um Straffung nicht herumkommen wird, wenn sie Nummer eins im Weltschiffbau bleiben will.

Die Großaufträge für Neubauten, die im Frühjahr und Sommer 1983 hereingenommen werden konnten, werden inzwischen als ein zeitlich *befristetes Phänomen, nicht aber als* Auftakt für eine Erholung in der Branche gewertet. Man verweist darauf, daß es um diese Aufträge harten Wettbewerb in der Japan-Branche gab, der über den Preis ausgetragen worden sei.

Um Aufträge zu erhalten, wurden nicht mehr kostendeckende Preise von japanischen Werften akzeptiert. Den Auftakt des Auftragsregens machte Sanko Steamship. Der japanische Großreeder meinte im Frühjahr, daß die Talsohle bei den Preisen für Neubauten erreicht sei. Griechische und Hongkonger Reedereien nahmen das Niedrigpreisniveau der japanischen Werften an.

Das wiederum veranlaßte die südkoreanische Konkurrenz, die Preise der Japaner nochmals zu unterbieten. Im August war dann „alles vorbei", resümiert der Verband der japanischen Schiffexporteure. Die Exportorders der Japan-Werften hatten von April bis Juli 1983 ein Volumen von durchschnittlich mehr als 1,2 Millionen BRT pro Monat erreicht.

Im August und September reduzierten sie sich dann um die Hälfte. Parallel dazu gaben auch die Anfragen potentieller Käufer bei den Japan-Werften nach. Bis 1986 sieht man in der japanischen Werftindustrie nunmehr das Volumen der ausgelieferten Tonnage rückläufig gegenüber 1983. Das bestätigt auch das Tokioter Transportministerium.

Hier erwartet man für die zweite Hälfte des laufenden Jahres einen deutlichen Rückgang gegenüber den ersten sechs Monaten. Dieser werde sich in den kommenden Jahren fortsetzen. Zum Auftragsbestand und damit zur Möglichkeit, daß Werften ins Schleudern kommen könnten, gibt es Stimmen, denen zufolge viele Order spekulativ seien.

Derzeit ist die japanische Werftindustrie insgesamt in den schwarzen Zahlen und wird 1983 auch in der Gewinnzone bleiben. Das Ministerium begründet dies damit, daß 1983 Aufträge abgewickelt würden, die zu *einer Zeit hereingenommen* worden seien, in der der Markt sich in guter Verfassung befunden habe. In den Fiskaljahren 1984 und 1985 kämen jene Aufträge vorrangig zur Auslieferung, die beim Niedrigpreisniveau hereingenommen worden seien.

Infolgedessen würden sich die Ergebnisse der Werften in diesen Jahren zurückbilden, einige würden in die roten Zahlen kommen, prognostiziert man im Transportministerium.

SIEGERLANDFONDS / Hilfe bei Existenzgründung

Beteiligung, keine Kredite

dpa, VWD, **Siegen**

Mit zeitweiligen Beteiligungen will die Sparkasse Siegen mittelständischen Unternehmen in ihrem Bereich helfen: Der mit fünf Millionen Mark ausgestattete „Siegerlandfonds 1" wird für Existenzgründungen mit „intelligenten Produkten oder innovativen Technologien" Kapital bereitstellen. Auch bestehenden Firmen, die expandieren wollen, soll geholfen werden. Über die Vergabe dieser Kapitalbeteiligungen – finanzielle Hilfe bei Sanierungen ist ausgeschlossen – entscheidet ein Beirat ausschließlich nach unternehmerischen Gesichtspunkten; die üblichen Beurteilungskriterien der Banken werden nicht angewendet.

Sparkassenchef Rolf Brunswig betonte in Siegen vor Journalisten, er wolle diese Beteiligungen lieber als „Chancen-Kapital" denn als Risiko-Kapital bezeichnen. Sie ständen als Gesellschaftsanteile oder als stille Beteiligung für einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren zur Verfügung. Sein Haus geht davon aus, daß im Höchstfalle eine Million Mark, mindestens jedoch 200 000 Mark gewährt werden.

Bei derartigen Objekten sei bisher mit einer Ausfallquote von 20 bis 30 Prozent zu rechnen gewesen, sagte Brunswig. Seine Sparkasse glaube jedoch, auf Grund ihrer guten Kenntnis der in Frage kommenden Kunden günstiger abzuschneiden.

Die Sparkasse Siegen ist nach den Worten von Brunswig davon überzeugt, eine Initialzündung für Investitionen und Existenzgründungen auszulösen. Sie meint auch, daß innerhalb der nächsten Monate das Modell Nachahmer finden werde. Der Gegensatz zur Aachener Sparkasse, die am vergangenen Wochenende ein Fördermodell vorstellte, besteht in der Beteiligung. Die Aachener räumen Kredite ein.

Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Prof. Reimut Jochimsen (SPD) würdigte die Siegener Initiative als einen möglichen Beitrag zur Lösung von Problemen, wie er nur vor Ort geschehen könne.

NAMEN

Dr. Hermann Warmke, Vorstandsvorsitzender der Readymix AG für Beteiligungen, Ratingen, ist als Nachfolger von **Wilhelm Weber** zum neuen Vorsitzenden des Bundesverbandes der Deutschen Transportindustrie gewählt worden.

Paul Schnitker, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, ist als Vorsitzender des Westdeutschen Handwerkskammertags, des Zusammenschlusses der nord-rhein-westfälischen Handwerkskammern, wiedergewählt worden.

Rechtsanwalt Dr. jur. Friedrich-Edmund Horstmann (47), zuvor in den Vorständen der Magdeburger Versicherungsgruppe, Hannover, tätig, ist als Vorstandsmitglied in die Vorstände der Continentale Versicherungsgruppe, Dortmund, berufen worden.

Eugen Heusel, Vorsitzender des Vorstandes der Stuttgarter Lebensversicherung a. G. und stellvertretender Vorsitzender der Stuttgarter Unfallversicherung AG, vollendet heute sein 60. Lebensjahr.

EG-Ausfuhren sind gestiegen

VWD, **Brüssel**

Im Zeitraum Januar bis Juli 1983 ist der Wert der Gemeinschaftsausfuhren nach Drittländern gegenüber demselben Zeitraum 1982 um rund zwei Prozent gestiegen. Das bedeute, teilt das Statistische Amt der EG mit, eine Umkehrung der in den ersten fünf Monaten des Jahres beobachteten Tendenz. Dieser Umschwung sei Folge der steigenden Nachfrage aus den USA, Kanada, den nicht zur EFTA gehörenden westeuropäischen Ländern und den Staatshandelsländern. Hier liegen die Ausfuhren deutlich über Vorjahresniveau. Dagegen sind die Ausfuhren nach den Entwicklungsländern und insbesondere nach den AKP-Ländern gesunken. – Die Einfuhren der Gemeinschaft sind von Januar bis Juli 1983 um etwa 1,5 Prozent unter Vorjahresniveau gesunken.

Ursächlich war vor allem der deutliche Rückgang der Einfuhren energetischer Erzeugnisse, der besonders die Importe aus den Opec-Ländern drückte. Die Einfuhren anderer Kategorien haben zugenommen, so vor allem die von chemischen Erzeugnissen, Maschinen und Fahrzeugen. Dies wirkte sich im wesentlichen zugunsten der Exporteure aus den europäischen Ländern aus, die nicht Mitglieder der Gemeinschaft sind. Der innergemeinschaftliche Handel lag in den ersten sieben Monaten des Jahres 1983 um etwa sechs Prozent über Vorjahresniveau.

US-Senat gegen höhere Schulden

rtr, **Washington**

Der US-Senat hat sich in der Nacht zum Dienstag mehrheitlich gegen eine Erhöhung der öffentlichen Verschuldungsobergrenze ausgesprochen. Mit 56 gegen 39 Stimmen lehnte der Senat einen Gesetzenwurf ab, nach dem dieser Betrag auf 1450 Milliarden Dollar von bisher 1389 Milliarden Dollar aufgestockt werden sollte. Das Schatzamt hatte sogar 1610 Milliarden Dollar gefordert, um seinen laufenden Verpflichtungen weiter nachkommen zu können. Der gegenwärtig gültige Betrag ist nach dessen Darstellung mit dem Dienstag ausgeschöpft, weitere öffentliche Mittelaufnahmen sind nur mit Zustimmung des Kongresses möglich.

Der Führer der Republikaner im Senat, Howard Baker, kündigte vor dem Senat später an, er wolle sich um eine Wiederholung der Abstimmung am Mittwoch bemühen, um die Entscheidung überprüfen zu lassen. Aus führenden Kreisen der Demokraten hieß es, bis Donnerstag würde das Schatzamt in keine ernsten Finanzprobleme kommen. Für eine endgültige Entscheidung des Kongresses zu diesem Thema bedarf es aber auch noch der Vermittlung mit dem Repräsentantenhaus.

SÜDAFRIKA / Rand verliert gegenüber dem Dollar

Goldpreis auf Tiefpunkt

MONIKA GERMANI, **Johannesburg**

Montag war einer der trübsten Tage für die Johannesburger Börse, als der Goldpreis am Nachmittag mit 382 US-Dollar auf den niedrigsten Stand seit August 1982 fiel. Gleichzeitig verlor der Rand gegenüber dem US-Dollar und wurde mit 85,20 US-Cents gehandelt. Die Goldaktien fielen ebenso wie Industrie-Anteile, so ein Bericht der Johannesburger Tageszeitung „Rand Daily Mail".

Ein früherer Vorsitzender der Minenkammer, Michael Brown, erwartet einen weiteren Verfall des Goldpreises auf 370 US-Dollar. Allerdings ist Brown der Meinung, daß Investoren in Übersee und Südafrika damit spekulieren würden, um dann zuzugreifen. Damit würden dann auch wieder die Preise für Goldaktien, wahrscheinlich zum Jahresende, ansteigen. Die Interessen internationaler Investoren konzentrierten sich durch den hohen Dollarpreis und die hohen Zinsen in den USA auf diesen Markt.

Für den Fall einer Abschwächung des Dollar, einer Herabsetzung der Zinssätze und einer Stagnation der Inflation sieht Brown wieder eine Hinwendung zu Goldinvestitionen. *Die letzten Ereignisse im Nahen Osten*, einschließlich weiterer Anzeichen für die Härte der internationalen Schuldenkrise, zeigen, daß die Interessen der Investoren noch anderswo liegen, erklärte Brown.

Die südafrikanische Standard Bank macht in ihrem internationalen Bericht die Abschaffung des „Financial Rand" im Februar diesen Jahres für die niedrige Notierung der südafrikanischen Währung verantwortlich. Danach hätten Ausländer ihre Anteile an südafrikanischen Firmen an Südafrikaner selbst verkauft. Zusätzlich seien die Stärke des US-Dollars und der Verfall des Goldpreises für die niedrige Notierung des Rand verantwortlich.

Beigetragen zum Verfall des Goldpreises hätten auch die Goldnotverkäufe verschiedener hochverschuldeter Länder, obwohl keine große Nachfrage vorhanden war. Erreichen die Goldreserven dieser Länder ihr absolutes Minimum, so werden sich die Goldverkäufe wieder einpendeln. Auch Standard Bank erwartet ein erneutes Interesse an Goldkäufen der Investoren, wenn der Preis weiterhin sinkt.

ITALIEN / Alfa Romeo weiter in roten Zahlen

Personal wird abgebaut

GÜNTHER DEPAS, **Mailand**

Zwischen dem staatlichen Automobilunternehmen Alfa Romeo und der italienischen Metallarbeitergewerkschaft FLM gibt es Verhandlungen über die Revision der im März 1982 abgeschlossenen Kurzarbeitsvereinbarung. Gegenüber der Gewerkschaft hat die Firmenleitung 8000 der insgesamt 36 000 Firmenangehörigen (davon 33 000 im Bereich Auto) als überschüssig erklärt. Davon soll die Hälfte unbefristet auf Nullarbeit und an die staatliche Lohnausgleichskasse abgestellt werden, der übrige Teil für zunächst anderthalb Jahre ab Januar 1984.

Im Unterschied zu dem privaten Automobilkonzern Fiat Auto, der seine damals 23 000 überschüssigen Belegschaftsmitglieder schon vor drei Jahren auf bezahlte *Nullarbeit setzte* und vor wenigen Tagen mit der Metallarbeitergewerkschaft FLM vereinbart hat, daß von den nach vorzeitiger Pensionierung und freiwilligem Ausscheiden übriggebliebenen 15 000 „Nullarbeitern" nur 4000 bis Ende 1985 auf ihre Arbeitsplätze zurückkehren dürfen, der Rest dagegen von 1986 an freigesetzt wird, hat sich Alfa Romeo bisher mit Kurz- und Nullarbeit begnügt. Das Ergebnis zeigt sich in der Ertragsentwicklung: Während die Automobilbetriebs-Führungsgesellschaft des Fiat-Konzerns, Fiat Auto, in diesem Jahr erstmals seit ihrer Gründung vor drei Jahren aus den roten Zahlen herauskommt, wird das staatliche Unternehmen weiter mit hohem Verlust abschließen.

Mit den Personalmaßnahmen will die Firmenleitung im kommenden Jahr mindestens 60 Milliarden Lire einsparen. Der Abbau der Arbeitskosten ist nicht mehr aufschiebbar, seitdem der Kampf um die Marktsegmente in In- und Ausland immer erbitterter wird. In den ersten neun Monaten konnte das Unternehmen seinen Anteil in seinen Marktsegmenten zwar von 12,3 auf 13,1 Prozent noch einmal verbessern. Insgesamt mußte Alfa Romeo aber in dem um sieben Prozent geschrumpften Binnenmarkt eine Abnahme von neun Prozent hinnehmen.

Da der Trend im Inland immer stärker zu den Klein- und unteren Mittelklassewagen geht und in den übrigen Bereichen die Stückzahlen immer kleiner werden, muß sich das Unternehmen daher auf weiter schrumpfende Absatzzahlen einstellen. Diese unterschiedliche Entwicklung spricht auch aus dem von der Firmenleitung errechneten Personalüberschuß: 5000 in den norditalienischen Werken von Arese und Mailand, 3000 in dem süditalienischen Werk von Pomigliano D'Arco. Für 1984 sehen die Pläne eine Produktion von 217 000 Pkw vor, 14 000 Stück mehr als im laufenden Jahr.

CHASE ECONOMETRICS / Das Risiko steigender US-Zinsen nimmt wieder zu

Beginnt 1985 die nächste Rezession?

VWD, **New York**

Die US-Wirtschaft wird 1985 wieder in eine Rezession eintreten, falls die Bemühungen um einen Abbau der Budgetfehlbeträge erfolglos bleiben sollten, prognostiziert nun auch Chase Econometrics. Das Wirtschaftsforschungsunternehmen reiht sich damit in die Reihe derer ein, die in der Entscheidungsphase des Kongresses (über Maßnahmen zum Abbau der Haushaltsfehlbeträge) warnend auf die sich abzeichnende Rezessionsgefahr in den USA hinweisen. Zu den Warnern gehören Mitglieder des US-Kongresses, führende Wirtschaftsexperten und auch ein Spitzenrepräsentant der Regierung Reagan. Als derartige Warnungen erstmals publiziert wurden, wertete das offizielle Washington sie noch als Produkt von Schwarzsehern.

Der Chairman von Chase Econometrics, Lawrence Chimerine, präzisiert die Alarm-Meldungen: Die Fehlbeträge in den Haushaltsrechnungen der USA werden sich wahrscheinlich in einer Größenordnung von rund 200 Milliarden Dollar pro Jahr behaupten, es sei denn, daß das Budget aggressiv zusammengestrichen wird. Chimerine listet als Kürzungsmöglichkeiten auf: Mehr Streichungen im Sozialbereich (als die Demokraten im anstehenden Präsidentenwahljahr zugestehen wollen), mehr Abstriche bei den Rüstungsausgaben (was US-Präsident Reagan nicht will) und beträchtliche Steuererhöhungen, gegen die Reagan hart opponiert.

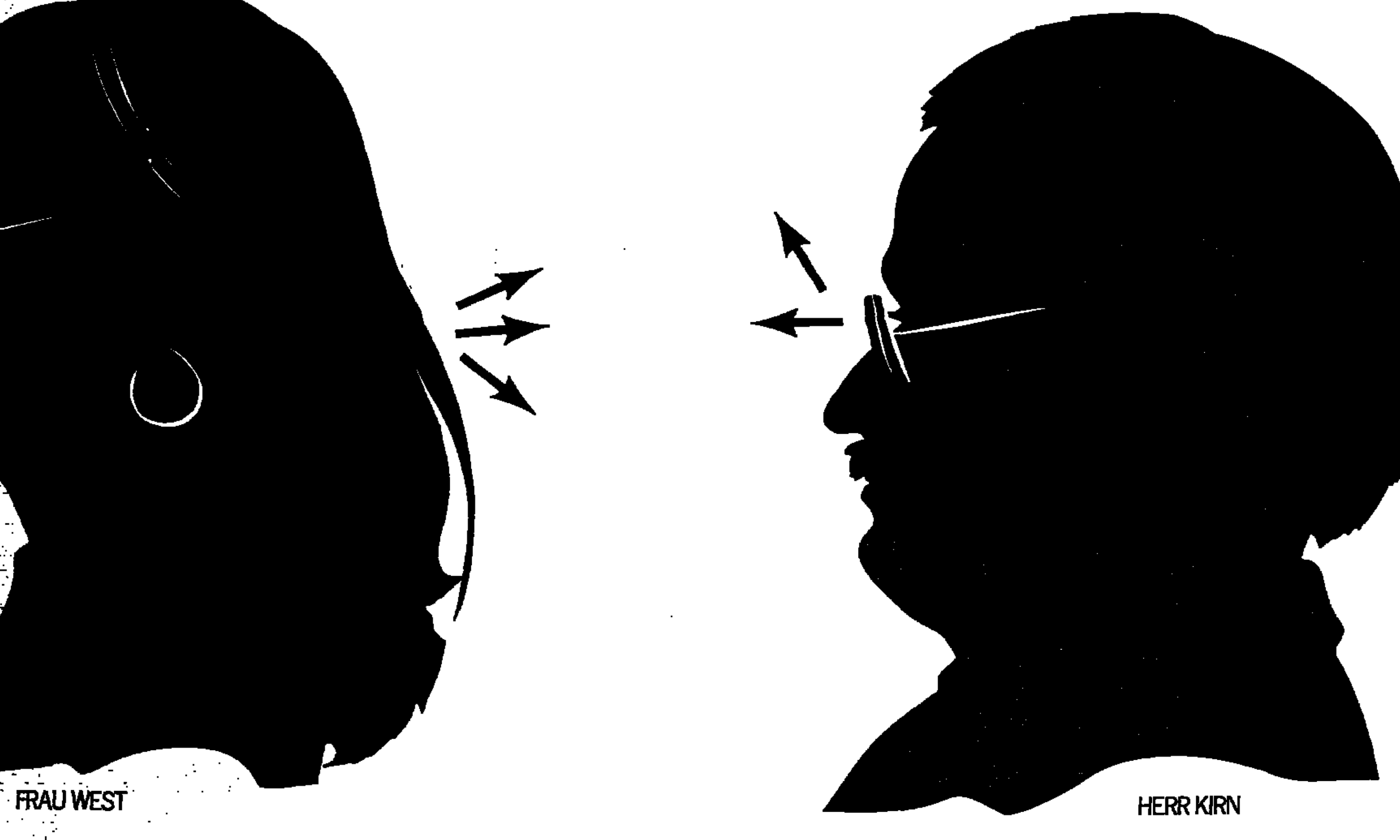
Chimerines Prognose: Bleibt es bei dem Hochniveau der Budgetdefizite, nimmt das Risiko deutlich anziehender Zinsen 1985 scharf zu. Zu dieser Zeit wird sich die Ansicht, daß die Konjunktur gut läuft, verflüchtigt haben. Der dann bestehende Druck, die Haushaltsdefizite zu reduzieren, dürfte im späteren Verlauf von 1985 beträchtliche Steuererhöhungen erzwingen. Diese würden sich jedoch angesichts einer konjunkturellen Verlangsamung, möglicherweise einer Rezession, dann als politisch nicht machbar erweisen. Mit dieser Schlußfolgerung steht Chimerine nicht allein: Otto Eckstein, Chairman von Data Resources, einem weiteren bedeutenden Wirtschaftsforschungsinstitut, legt sich zwar im Timing nicht so fest wie Chimerine, ist aber genauso pessimistisch.

Eckstein fragt, wie bei diesem Szenario noch ein Ausweg möglich ist. Der Vorsitzende des Finanzausschusses des US-Senats, Robert Dole, der seine Kollegen ersucht hat, bedeutende Steuererhöhungen durchzusetzen, drängt darauf, daß jetzt im Kongreß etwas geschehen müsse. Martin Feldstein, Leiter des Wirtschaftsberaterstabes des US-Präsidenten, attestiert, die Situation werde mit jedem Jahr risikoreicher. Sollte es auch nach den 84er Wahlen nicht gelingen, mit dem Defizitproblem zu Rande zu kommen, wird dies voraussichtlich zu einer Rezession im Fiskaljahr 1986, das im Oktober 1985 beginnt, führen. Angesichts dieser Konstellation verbleibt dem Kongreß nur noch eine Frist von wenigen Wochen, um das Problem in den Griff zu bekommen.

FRAU SINK



Holen Sie sich einen, mit dem alle können



Der Buchhalter die Buchhaltung. Der Planer die Planung. Der Businessman die Business-Grafik. Die Schreibdame das Schreiben. Der Außendienst den Außendienstservice.

Schon bei unserem Professional-Computer können Sie erfahren, was integrierte Bürokommunikation bei Wang heißt. *Mit ihm allein* lösen Sie Aufgaben, die Sie bis heute nur mit größeren Systemen bewältigen konnten: Multiplan, Datenbank, Telekommunikation, Business-Grafik, Text- und Datenverarbeitung. Sie können ihn an Großrechner anschließen, die nicht Wang heißen, vor allem aber an alle Wang-Systeme. Holen Sie sich also gleich einen, mit dem alle können. Ganz gleich, an welchem Platz sie sitzen.

Wie immer Sie Ihr Büro auch organisieren wollen, Sie sollten mit uns reden. Für jeden Arbeitsplatz, für jede Abteilung, für das ganze Unternehmen erarbeiten wir Ihnen maßgeschneiderte Lösungen. Alle Computer-Systeme von Wang arbeiten reibungslos miteinander. Und mit fast allen anderen Systemen. In Text und Daten. Intern und extern. Eins paßt zum anderen. Alles ist nahtlos zu verbinden. Und auch in Zukunft werden Sie jedes Wang-System an Ihr System anschließen können. Und anders als bei anderen wird auch die Software immer voll integrierbar sein. Von Anfang an haben wir uns nur mit integrierter Bürokommunikation beschäftigt. Weltweit. So haben wir auch eine Systemberatung und einen Service aufgebaut, der Ihnen immer die richtige Lösung bietet.





FRAU WEDEKIND

WANG

The Office Automation Computer People.

WANG DEUTSCHLAND GMBH, LYONER STR. 26, D-6000 FRANKFURT/MAIN 71, TEL: 0611-6675400. WANG AG, TALACKER STR. 7, CH-8152 GLATTBRUGG, SCHWEIZ. WANG GESELLSCHAFT M.B.H., LINKE WIENZEILE 234, A-1150 WIEN, ÖSTERREICH.

Südboden: Weniger Kommunaldarlehen

sz. München

Eine deutliche Ertragsverbesserung erzielte die Süddeutsche Bodencreditbank AG, München, in den ersten neun Monaten 1983.

Wie in einem Zwischenbericht mitgeteilt wird, erhöhte sich der Zinsüberschuß aus dem laufenden Geschäft auf 41,6 Mill. DM, das sind 38,2 Prozent mehr als ¾ von 1982. Neu zugesagt wurden Darlehen über etwa 1,5 Mrd. DM (plus 2,1 Prozent) und ausgezahlt 1,22 Mrd. DM (minus 7,7 Prozent).

Starke Rückgänge ergaben sich im Kommunalgeschäft aufgrund, wie es heißt, der kapitalmarktbedingten Verschlechterung der Refinanzierungsmöglichkeiten. Zugesagt wurden hier 960,9 Mill. DM (minus 16,5 Prozent) und ausgezahlt 877,1 Mill. DM (minus 19,6 Prozent). Erheblich gesteigert werden konnte hingegen das Hypothekengeschäft.

PREUSSAG / Feuerschutz-Aktivitäten tragen maßgeblich zu positivem Ergebnis im Unternehmensbereich Bau bei

Im Ausland besser verdient als im Inland

DOMINIK SCHMIDT, Madrid

Die günstige Entwicklung der Feuerschutz-Aktivitäten trägt maßgeblich dazu bei, daß der Unternehmensbereich Bau der Preussag AG, Hannover, auch im Geschäftsjahr 1983 einen positiven Beitrag zum Konzernergebnis leistet. Erwin Möller, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Preussag, wies bei der Vorstellung der spanischen Tochter Pefipresa in Madrid darauf hin, daß dem Feuerschutz-Geschäft im Ausland zunehmend stärkere Bedeutung zukommt.

Möller rechnet für 1983 mit einem Umsatz von rund 300 Mill. DM auf dem Gebiet des Feuerschutzes. Der Auslandsanteil dürfte 44 Prozent erreichen. Im Jahre 1982 repräsentierte der Preussag-Feuerschutz noch eine Leistung von 276 Mill. DM bei einem Auslandsanteil von knapp 40 Prozent. Während der inländische Marktanteil – Gesamtvolumen rund 1,5 Mrd. DM – seit Jahren bei 20 Prozent stagniert, werden im Ausland zweistellige Zuwachsraten erzielt (1982: plus 28 Prozent).

Der Unternehmensbereich Bau, dem das Feuerschutzgeschäft angegliedert ist, hatte für 1982 eine Leistung von 803 Mill. DM ausgewiesen, das sind 16 Prozent der Inlandskonzernleistung. Möller geht davon aus, daß dieses Niveau auch im laufenden Jahr erreicht wird. Innerhalb des Baubereichs zähle der Feuerschutz zu den ergebnisstabilisierenden Aktivitäten. Gemessen am Umsatzanteil seien die Erträge deutlich höher, wobei im Ausland besser als im Inland verdient wird. Im Unternehmensbereich Bau hat die Preussag ihre Dienstleistungen auf Spezialgebieten des Tief- und Anlagenbaus konzentriert.

„Mit etwas Sorge" betrachtet die Preussag das Feuerschutz-Geschäft im Jahre 1984. Möller verweist auf die Finanzprobleme in Süd- und Mittelamerika und die zurückhaltende Ausgabepolitik der Opec-Länder. Im Inland beeinträchtige die Zurückhaltung der öffentlichen Hand das Geschäft. Potentielle Kunden vor allem für stationäre Brandschutzeinrichtungen fühlten sich zudem durch die Prämiengestaltung der Versicherer benachteiligt.

Den gesamten europäischen Markt für Feuerschutzanlagen schätzt Möller auf rund 6 Mrd. DM; weltweit dürfte das Umsatzvolumen bei 10 Mrd. DM liegen. Marktführer ist die australische Wormald-Gruppe (rund 2 Mrd. DM Umsatz), gefolgt von der US-Firma Kidde (1,3 Mrd. DM), der ATO-Inc. (USA) und der englischen Chubb-Gruppe.

Die Preussag rangiert im Feuerschutz in der Bundesrepublik auf dem zweiten Rang hinter der Gruppe Krupp/Walther/Total, international auf Platz sechs. Im Inland ist das Unternehmen mit den Marken Minimax und Favorit sowie unter Preussag AG Feuerschutz tätig. Im Ausland unterhält die Preussag Tochtergesellschaften in Frankreich, Spanien und Österreich sowie Büros in Irak und Kuwait. Neu hinzugekommen sind in jüngster Zeit Töchter in Mexiko und Portugal und Vertretungen in Saudi-Arabien und Nigeria. Die Aktivitäten im Ausland will die Preussag weiter forcieren.

Möller geht davon aus, daß Feuerschutzmärkte ausgesprochene Zukunftsmärkte sind, die deutlich stärker wachsen werden als das Bruttosozialprodukt. Die Preussag trage dieser Überzeugung durch hohe Aufwendungen für Forschung und Entwicklung Rechnung: Rund 6 Mill. DM pro Jahr werden dafür verwandt. Allein die Hälfte dieses Betrages gehe in die Entwicklung von Elektronik-Systemen.

NORDINVEST / Marktlücken entdeckt

Gutes Wertpapiergeschäft

JAN BRECH, Hamburg

Kräftige Wertsteigerungen und höhere Ertragsausschüttungen kennzeichnen die Entwicklung der Nordinvest GmbH, Hamburg, im Berichtsjahr 1982/83 (30. September). Die 100-Prozent-Tochter der Vereins- und Westbank schüttet für ihre vier Publikums-Fonds insgesamt knapp 10 Mill. DM aus. Nach Angaben der Geschäftsführung, die zum ersten Mal den Jahresbericht der Nordinvest öffentlich kommentierte, haben sich die Erwartungen mehr als erfüllt.

Eine stürmische Aufwärtsbewegung zeigte vor allem der am 1. Februar dieses Jahres aufgelegte Australien-Pazifik-Fonds, der vorwiegend in Minengesellschaften und kleine, hochspezialisierte Werte investiert hat. Hier habe man eine Marktlücke gefunden, erklärte die Geschäftsführung. Der Wertzuwachs erreichte in den ersten 8 Monaten nach Auflegung 28,5 Prozent, das Fondsvermögen betrug zum 30. September 16,3 Mill. DM. Je Anteil werden 3 DM ausgeschüttet.

Eine Wertsteigerung von 29,5 Prozent erreichte auch der Japan-Pazifik-Fonds, dessen Fondsvermögen von 19,7 Mill. DM im Schwerpunkt in Technologie-Aktien angelegt ist. In der Anlagekonzeption soll der Fonds alle Chancen im pazifischen Raum nutzen. Für das Berichtsjahr wird die Ausschüttung von 4,50 auf 5 DM erhöht.

Aufgrund stark gestiegener Zinserträge schüttet der Rentenfonds Nordrenta International 7,10 (i. V. 6) DM aus. Die aus einem verdoppelten Anteilsumlauf zugeflossenen Mittel sind vor allem in hochverzinsliche US-Währungsanleihen investiert worden. Deren Anteil am gesamten Fondsvermögen von 63,4 Mill. DM macht knapp 80 Prozent aus. Der Wekafonds erzielte eine Wertsteigerung von 25,8 Prozent. Das Fondsvermögen betrug 9,6 Mill. DM; es werden 5 (4,50) DM je Anteil ausgeschüttet.

LAPP / Erfolge auf dem US-Markt

Contact auf Expansionskurs

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Der rasante Vormarsch der Elektronik auf den verschiedensten Gebieten eröffnet den Herstellern und Anbietern elektrischer Steckverbindungen noch große Wachstumschancen. So nimmt es nicht Wunder, wenn die in ihrer Unternehmenspolitik auf Expansion ausgerichtete Contact GmbH, Stuttgart, die zu den branchenführenden Firmen auf diesem Gebiet zählt, in den letzten Jahren mit durchschnittlichen Zuwachsraten von 20 bis 25 Prozent jährlich aufwarten konnte.

Konjunkturbedingt verlief das Geschäftsjahr 1982/83 (30.9.) etwas gedämpfter. Der Umsatz stieg „nur" um 15 Prozent auf 14 Mill. DM – mit einem Exportanteil von über 40 Prozent. Auf weitere 14 Mill. DM Umsatz – umgerechnet – kommt die US-Schwestergesellschaft Contact Electronics Inc., Fairfield/New Jersey, die sich mit steigendem Erfolg den US-Markt erschließt. Die Zielprojektion fürs neu angelaufene Geschäftsjahr für beide Contact-Gesellschaften liegt auf einer Umsatzgröße von zusammen 40 Mill. DM. Dabei soll für zusätzlichen Schub ein umfangreicher übersichtlich aufgemachter Katalog sorgen, der in dieser Form einzigartig in der Branche sein dürfte.

Das Contact-Programm umfaßt 22 Stecker-Produktreihen mit insgesamt rund 5000 verschiedenen Ausführungen für den Maschinenbau, Steuerungsbau, Anlagenbau, Industrieelektronik, Nachrichtentechnik, Computertechnik und andere Anwendungsbereiche mehr. Contact ist Teil der in Familienbesitz befindlichen Lapp-Firmengruppe, die sich im Wettbewerb vor allem auch als Hersteller und Anbieter von Kabeln für die verschiedensten Anwendungszwecke profiliert hat.

Der konsolidierte Umsatz der Lapp-Gruppe lag im Geschäftsjahr 1982/83 bei 160 Mill. DM mit einem Exportanteil von 22 Prozent. Für das laufende Geschäftsjahr rechnet Firmenchef Oskar Lapp mit einem Umsatzzuwachs von 7 Prozent. In diesen Tagen wurde ein mit 20 Mill. DM Investitionen erstellter neuer Gebäudekomplex bezogen. Die Gruppe zählt 500 Beschäftigte und 120 Heimarbeiter.

DWS / Neue Produkte bringen Schwung ins Geschäft – Sparerschwund bei klassischen Aktienfonds hielt an

Weiterhin gute Chancen an den Aktienbörsen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Mit dem Angebot von Spezialitätenfonds ist es der Deutschen Gesellschaft für Wertpapiersparen (DWS) gelungen, eine neue Käuferschicht für das seit Jahren dahindümpelnde Aktien-Investmentsparen zu erschließen. Für ihre erst in diesem Jahr aufgelegten drei neuen Fonds (Rohstoffonds, Energiefonds und Technologiefonds) mobilisierte sie bereits mehr als eine Milliarde Mark Spargelder.

Damit hat die mehrheitlich zur Deutschen Bank gehörende größte deutsche Investmentgesellschaft ihre führende Position weiter ausgebaut. Sie sammelte in dem am 30. 9. abgelaufenen Geschäftsjahr (ohne die 368 Mill. DM in dem erst vor knapp drei Wochen aufgelegten Technologiefonds) mehr als 60 Prozent aller in Publikumsinvestmentfonds neu angelegten Spargelder ein und erhöhte damit ihren Marktanteil an deren Vermögen von 26,3 auf 28,3 Prozent.

Diese Verkaufserfolge gingen freilich zum Teil zu Lasten der klassischen Fonds, die – mit Ausnahme der beiden Rentenfonds – unter weiterem Sparerschwund litten. Tauschaktionen aus diesen in die neuen Fonds schätzt DWS-Geschäftsführer Ernst Bracker auf rund 160 Mill. DM. Daß die Nettomittelrückflüsse zu den klassischen Aktienfonds trotz enormer Wertsteigerungen anhielten, erklärt Bracker nicht nur mit dem „Umsteigen", sondern auch mit dem Realisieren von Gewinnen nach vielen enttäuschenden Jahren und der Verärgerung über den Vorwegabzug der Körperschaftsteuer seit der Reform vor sechs Jahren. Zudem seien frühere klassische Investmentsparer inzwischen für die Direktanlage in Wertpapieren reif geworden.

Mit ihrer Strategie, die spürbar gestiegenen Realisierungsgewinne im Fondsvermögen zu lassen und ihren Sparern wegen geringerer Zins- und Dividendeneinnahmen Kürzungen der Ausschüttungen zuzumuten, dokumentiert die DWS ihre weiterhin positive Einschätzung der Börsenchancen. In der Bundesrepublik setzt sie zunächst auf die ertragsstärkeren Sektoren Chemie, Automobilbau und Elektronik; erst bei nachhaltigem Konjunkturaufschwung erwartet die DWS, daß die Börse auf ganzer Breite ein neues (höheres) Bewertungsniveau anstrebt.

International konzentriert sich die DWS auf Aktien konjunktursensibler Branchen und Wachstumsmärkte in USA und in der Schweiz sowie in Japan, wo allerdings mögliche Handelsrestriktionen anderer Länder und hohe Kapazitäten in einzelnen Branchen als Unsicherheitsfaktor angesehen werden. Zuversichtlich ist die DWS auch für den Rentenmarkt gestimmt, wo ihr Aufsichtsrats-Vorsitzender Christians beim Zins mit einer Sieben vor dem Komma rechnet.

DWS-Fonds	investa 1983 (30. 9.)	investa 1982	intervest 1983 (30. 9.)	intervest 1982	Akkumula 1983 (30. 9.)	Akkumula 1982	Inrenta 1983 (30. 9.)	Inrenta 1982	Inter-Renta 1983 (30. 9.)	Inter-Renta 1982	Re-Inrenta 1983 (30. 9.)	Re-Inrenta 1982
Fondsvermögen (Mill. DM)	1613,4	1566,1	179,4	147,6	11,1	8,1	2993,0	2995,0	2914,6	2015,3	94,3	84,2
Netto-Mittelaufkommen (Mill. DM)	–239,6	–264,5	–14,5	–7,8	–0,3	–0,9	+25,8	–211,4	+760,3	+232,2	–0,7	+4,5
Anteilwert (DM)	38,90	32,33	71,37	53,95	108,20	81,75	69,27	69,05	40,41	38,70	122,44	108,58
Barausschüttung (DM je Anteil)	1,80	2,00	3,50	3,75	–	–	5,30	5,40	3,90	3,70	–	–
Steuerguthaben	0,50	0,58	0,40	0,26	–	–	–	–	–	–	–	–
Weiterveränderung in % (einschl. letzte Aussch.)	+30,75	+8,65	+42,11	+7,84	+32,78	+12,52	+8,63	+17,59	+14,91	+26,13	+12,76	+21,20

INTERSTOFF

Hoffnung auf bessere Nachfrage

adh. Frankfurt

„Wir leben nicht mehr von Leuten, die Kleider kaufen müssen, sondern von denen, die Kleider kaufen wollen." Die Aussage von Theo Woertler (Hoechst AG) umreißt die Problematik der Textilindustrie, deren internationale Vertreter vom 1. bis 4. November auf der 50. Frankfurter Interstoff ihr textiles Angebot für die Saison 1984/85 anbieten: Für die Stoffanbieter kommt es angesichts einer wachsenden Angebotsfülle, die auf stagnierende Nachfrage stößt, darauf an, mit modischem Gespür „genau im Trend" zu liegen.

Der Kunde will Funktion, gepaart mit Ästhetik, betont Woertler, der nur in dieser Kombination eine „Erfolgsaddition" sieht. Faserhersteller wie die Hoechst AG seien in der Lage, der Textilindustrie dabei Hilfestellung zu geben, betonte Woertler bei einem Pressegespräch zu Beginn der Interstoff und verwies auf den mit 63 Prozent hohen Anteil der Chemiefasern am industriellen Faserverbrauch in Westeuropa, der von Jahr zu Jahr – auch in Zeiten eines Naturfasertrends – nur wenig schwankt.

Gleichwohl ist die Welt der Chemiefaserproduzenten noch nicht in Ordnung. Bei einer Kapazität von rund 3,8 Mill. Tonnen produzierten die westeuropäischen Hersteller im vergangenen Jahr rund 2,8 Mill. t Chemiefasern, von denen 2,3 Mill. t in den industriellen Faserverbrauch gingen. Inzwischen hat die Nachfrage zwar etwas angezogen, aber mit den Preisen tun sich die Hersteller angesichts der immer noch vorhandenen Überkapazitäten nach wie vor schwer; angekündigte Erhöhungen konnten nicht in jedem Fall durchgesetzt werden.

Von der Interstoff, die vor dem Hintergrund einer leichten Nachfragebelebung im Bekleidungsbereich stattfindet, erhoffen sich nicht nur die Chemiefaserproduzenten Aufschluß über die Tragfähigkeit dieser Belebung. Für die deutschen Textilproduzenten – mit 183 Ausstellern hinter Italien (220) größte Ausstellergruppe – brachten die traditionell ruhigen Sommermonate Juni bis August um acht Prozent höhere Bestellungen als die gleiche Vorjahreszeit. Inzwischen zieht auch die Produktion nach. Dies könnte das Ende einer dreijährigen Durststrecke bedeuten.

GENERALI-VERSICHERUNGEN

Starkes Deutschland-Geschäft

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die italienische Generali-Versicherungsgruppe ist in Deutschland wesentlich gewichtiger, als man auf den ersten Blick glauben mag. Freilich dokumentieren dies weder der Name der 1831 in Triest gegründeten Muttergesellschaft Assicurazioni Generali S. p. A. noch der geflügelte venezianische Löwe – das „Markenzeichen" des Unternehmens. Erkennbar wird die Stellung der Generali in der Bundesrepublik Deutschland erst, beleuchtet man den Kranz der vielen miteinander im Wettbewerb stehenden Tochtergesellschaften.

Die Konzernstruktur ist weitgehend dezentralisiert. Den Führungsspitzen der Töchter, in der Bundesrepublik mit deutschem Management, ist es überlassen, die mit der Konzernführung in Triest abgestimmte Unternehmenspolitik auf ihren Märkten umzusetzen. Dies gewährleistete, daß die deutschen Töchter sich auch als deutsche Unternehmen entwickeln konnten, ohne die gemeinsamen Wesenszüge und den italienischen Ursprung dabei aufzugeben.

Die Generali eröffnete 1845 in Hamburg die „Generalagentur für Hamburg, Altona und die benachbarten Gebiete", die das Feuer-, Transport- und Lebensgeschäft betrieb und bereits 1862 mit 5 Mill. Talern Prämie als größte ausländische Lebensversicherung galt. Nach dem Zweiten Weltkrieg mußte die Generali-Direktion für Deutschland wieder neu in Frankfurt am Main starten.

Die deutsche Gruppe steuerte 1982 zum Konzern 1,2 Mrd. DM Prämie bei; das sind immerhin 16 Prozent des Gesamtvolumens von 7,5 Mrd. DM aus 35 Unternehmen in 40 Ländern der Erde. Knapp 30 Prozent der Prämie stammen aus Italien selbst, aus der EG (ohne Italien) 41 Prozent. Etwa 70 Prozent der Gesamtprämie kommen aus dem Sachgeschäft.

Die Stützen der deutschen Gruppe bilden die 1870 gegründete und seit 1927 mehrheitlich zur Generali gehörende Deutsche Lloyd Lebensversicherung AG, München, mit bundesweitem Vertriebsnetz, 415 Mill. DM Prämien in 1982 und 11,1 Mrd. DM Bestandssumme, die Lloyd Sach mit *272 Mill. DM Prämieneinnahmen*, ein Rundumversicherer mit dem NATO-Geschäft als Spezialität, und die Deutsche Direktion der in Wien beheimateten Erste Allgemeine Versicherung AG (EA), München, die seit fast 100 Jahren in Deutschland tätig ist – Prämienaufkommen 405 Mill. DM. Die EA ist Nr. 2 unter den ausländischen Allsparten-Schadenversicherungen innerhalb der Bundesrepublik. Eher bescheiden wirken dagegen die eigentlichen Namensträger, die 1982 im Zuge der Spartentrennung entstandene Generali Leben mit 52 Mill. DM Prämie, die sich auf den Außendienst von EA und Lloyd stützt, und die Transportversicherung betreibende deutsche Generali-Direktion (26 Mill. DM).

Abgerundet wird die Angebotspalette durch die Erste Augsburger Leben, die Dialog-(Transport-)Versicherung (früher Deutsche Elementar), die EA-Rechtsschutz sowie die Mehrheit an der Deutsche Bausparkasse AG, Darmstadt.

Air France: Defizit deutlich vermindert

dpa/VWD, Paris

Die staatliche französische Fluggesellschaft Air France erwartet für 1983 eine deutliche Verringerung ihres Defizits, das im Vorjahr 800 Mill. Franc (260 Mill. DM) betragen hatte. Das bisher in der Verlustzone fliegende Überschallflugzeug Concorde brachte auf der Verbindung zwischen Paris und New York, die es als einzige noch bedient, erstmals Gewinne ein. Das Passagieraufkommen im Verkehr mit Langstrecken-Maschinen nach Übersee lag, wie die Gesellschaft in Paris bekanntgab, allein im Juli um 5,5 Prozent über dem gleichen Vorjahresergebnis.

Air France führt diese Entwicklung auf verstärkte Werbe-Aktivitäten im Ausland zurück. Außerdem habe die Schwäche des Franc-Kurses gegenüber dem US-Dollar zahlreiche amerikanische Passagiere angelockt. Davon habe auch die Überschall-Verbindung mit der Concorde zwischen New York und Paris profitiert. Erst im vergangenen Jahr hatte Air France die mit hohem Treibstoffverbrauch verbundenen Concorde-Flüge nach Südamerika (Rio de Janeiro und Caracas) sowie nach Washington und Mexiko wegen der geringen Nachfrage gestrichen. In diesem Jahr wird die Concorde aus französisch-britischer Gemeinschaftsproduktion nach Angaben der Air France erstmals „einige Millionen Franc Gewinn einbringen".

Noell weiterhin auf Erfolgskurs

VWD, Salzgitter

Das zur Salzgitter AG gehörende Anlagenbauunternehmen Gg. Noell GmbH, Würzburg, befindet sich weiter auf Erfolgskurs. Wie die Muttergesellschaft mitteilte, habe das Unternehmen seit 1970 ausschließlich positive Betriebsergebnisse erwirtschaftet und den erfolgreichen Weg auch im Geschäftsjahr 1982/83 (30. September) fortgesetzt. Im vergangenen Geschäftsjahr habe Noell einen Umsatz von 293 (1982: 235) Mill. DM erreicht. Rund zwei Drittel des Umsatzes entfielen dabei auf den Export. Den Auftragsbestand beziffert Salzgitter mit 1,1 Mrd. DM, der in den meisten Geschäftsbereichen die Beschäftigung vorerst bis weit in das Jahr 1984 sichere. Zu diesem Erfolg habe die schrittweise Umstrukturierung des Unternehmens beigetragen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Unveränderte Dividende

Ludwigsburg (VWD) – Die Verwaltung der Kraftwerke Altwürttemberg AG (KAWAG), Ludwigsburg, schlägt für das Geschäftsjahr 1982/83 (30. Juni) eine unveränderte Dividende von 14 Prozent vor. Wie aus der am Freitag veröffentlichten Einladung zur Hauptversammlung am 7. Dezember 1983 weiter hervorgeht, steht zur Bedienung des erhöhten Grundkapitals von 15,75 (12,6) Mill. DM ein Bilanzgewinn von 2,24 (1,78) Mill. DM zur Verfügung.

Schließung vorgesehen

Dortmund (dpa) – Die Dortmunder Union-Schultheiss Brauerei AG, Berlin/Dortmund, will Produktion und Abfüllung in ihrer Betriebsstätte in Münster, der Germania-Brauerei, wegen zu geringer Auslastung einstellen und nach Dortmund verlagern. Wie der Vorstand von DUB-Schultheiss mitteilte, soll der Vertrieb in Münster fortgeführt werden. Von der Maßnahme werden knapp 100 der 255 Beschäftigten in Münster betroffen sein. DUB-Schultheiss hofft, die meisten über einen Sozialplan abfinden zu können.

Marktanteil erhöht

Berlin (dpa/VWD) – Die R. J. Reynolds Tobacco GmbH, Köln, hat in diesem Jahr im Kampf um den deutschen Zigarettenmarkt gut abgeschnitten. Nach Angaben des Vorsitzenden der Geschäftsführung, Peter W. Fischer, konnte das Unternehmen seinen Marktanteil bis Ende September um 0,6 auf knapp 11,4 Prozent steigern. Das Unternehmen rechne für 1983 mit einem ausgeglichenen Ergebnis. Dem Beispiel anderer Wettbewerber, die ins Feinschnitt-Geschäft eingestiegen sind, will Reynolds derzeit nicht folgen.

„Banque" europaweit

Düsseldorf (Py.) – Die Veranstalter der internationalen Bankenfachmesse für Technik und Organisation „Banque", die Luxemburger Messegesellschaft, wird ein neues Konzept mit der Düsseldorfer Messegesellschaft mbH (Nowea) realisieren. Künftig wird die bisher ausschließlich in Luxemburg veranstaltete Messe jährlich die Ausstellungsplätze im europäischen Raum wechseln. Die nächste „Banque" findet vom 15. bis 19. April 1984 in Mailand statt.

Erhöhte Rücklagen

Kornwestheim (VWD) – Die A. Stotz AG verwendet den Gewinn des Geschäftsjahres 1982 erneut zur Auffüllung der Rücklagen. Das Unternehmen schlägt der Hauptversammlung am 7. Dezember 1983 in Stuttgart vor, den Bilanzgewinn 1982 von rund 0,36 (Vorjahr: 0,76) Mill. DM einschließlich eines zusätzlichen Ertrags von 0,24 (0,52) Mill. DM in die freien Rücklagen einzustellen. Das Unternehmen hatte 1982 mit der Produktion von Maschinen und Anlagen auf den Gebieten Fördertechnik, Automation und Gießereitechnik einen Umsatz von 66 (56,6) Mill. DM erzielt.

CARL ZEISS / Nachfragebelebung bei Instrumenten, Brillen- und Ferngläsern

Maßvolle Expansion angestrebt

WERNER NEITZEL, Kiel

„Im abgelaufenen Jahr ist es uns gut gegangen." Diese Charakterisierung des Geschäftsjahrs 1982/83 (30. 9.) der Firma Carl Zeiss, Oberkochen, durch ihren Vorstandssprecher Horst Skoludek ist sicherlich nicht zu hoch gegriffen, denn der Umsatz des renommierten Optik-Unternehmens stieg um 15 (real um 12) Prozent auf 961 Mill. DM. Daß der Auftragseingang, der sich auf 885 Mill. DM belief, hinter dem Vorjahresvolumen (1,2 Milliarden DM) zurückblieb, liegt an den naturgemäß starken Schwankungen im Projekt-Geschäft. Im Vorjahr war es durch einen überdurchschnittlich kräftigen Nachfrageschub gekennzeichnet.

Im sogenannten laufenden Geschäft mit Instrumenten, Brillengläsern und Ferngläsern, das im vorigen Jahr stagnierte, verbuchte Zeiss mit einem Plus von 14 Prozent wieder eine kräftige Nachfragebelebung. Die Exportquote lag hier praktisch unverändert bei 58 Prozent. Die wichtigsten Abnehmerländer sind nach wie vor USA und Japan. Bei der seit einer Reihe von Jahren bestehenden japanischen Zeiss-Tochter sind allein 450 Mitarbeiter beschäftigt.

Im Instrumenten-Geschäft (plus 21 Prozent) waren die Sparten medizinische und Vermessungs-Instrumente besonders erfolgreich; dagegen litt der Mikroskope-Bereich unter den Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand. In der Augenoptik, die eine leichte Belebung brachte, verspricht sich Zeiss viel von neu auf den Markt gebrachten Gleitsichtgläsern. Unter den Aufträgen für das Projektgeschäft ragt insbesondere die Bestellung eines Sonnensimulators für das European Research and Technology Center heraus, der für Zeiss ein Volumen von 20 Mill. DM darstellt. Zeiss beschäftigt zur Zeit gut 7300 Mitarbeiter (minus 4 Prozent), kurzgearbeitet wird nicht.

Für das laufende Geschäftsjahr 1983/84 sieht Skoludek die Chance zu einer weiteren maßvollen Expansion, wobei das Unternehmen auf Produkte mit hoher Qualität und großem Innovationsanteil baue. Unter diese Rubrik fällt nicht zuletzt auch die seit 1980 bestehende maßgebliche Beteiligung – Zeiss hält direkt 49,9 Prozent und indirekt 0,2 Prozent über einen Treuhänder – an der Firma Heinrich Wöhlk Institut für Contactlinsen GmbH & Co, Schönkirchen bei Kiel. Dieses vom Erfinder der harten Contactlinse Heinrich Wöhlk (70) aus kleinsten Anfängen heraus aufgebaute Unternehmen ist heute auf diesem Gebiet Branchengrößter in der Bundesrepublik Deutschland und zählt auch weltweit zu den fünf größten Anbietern. 1982 hatte Wöhlk einen Umsatz von knapp 50 Mill. DM erzielt, für 1983 wird mit einer Steigerung von 10 Prozent gerechnet.

Nach letzten Untersuchungen tragen derzeit 54,2 Prozent der Deutschen über 14 Jahre eine Brille, davon die Hälfte ständig. Den Anteil der Träger von Contactlinsen schätzt Wöhlk auf fast acht Prozent aller Brillenträger. Von den rund 2,1 Mill. Contactlinsen-Trägern (1982) in der Bundesrepublik – 1980 waren es etwa 1,9 Mill. – dürften etwa 70 Prozent weiblichen Geschlechts sein; hier spielt die kosmetische Komponente eine große Rolle.

Das stürmische Marktwachstum vergangener Jahre mit Steigerungsraten zwischen 20 und 50 Prozent ist inzwischen einer gemächlicheren Gangart gewichen. Heute rechnet man mit Wachstumsraten von 6 bis 7 Prozent jährlich, wobei auch Auswirkungen des Kostendämpfungsgesetzes spürbar sind.

Wöhlk produziert mit seinen 490 Beschäftigten täglich etwa 8000 Contactlinsen, davon über die Hälfte entsprechend der Bestellung als sogenannte Rezeptlinsen. Etwa 50 Prozent sind weiche Linsen, 40 Prozent flexibel-harte, 8 Prozent herkömmliche Hartlinsen und 2 Prozent Silikon-Kautschuklinsen. 54 Prozent der Linsen, die zwischen 400 und 550 DM kosten, werden auf dem deutschen Markt abgesetzt. Entsprechend einem klaren Vertriebskonzept werden nur Augenoptiker, Augenärzte und Augenkliniken beliefert.

IMMOBILIEN · KAPITALIEN

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Warenpreise – Termine

Einen Kurseinbruch verzeichneten zum Wochenbeginn die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Dabei notierte Silber durchweg bis um das Limit niedriger. Zu Verlusten, wenn auch nicht in dem Umfang wie bei den Edelmetallen, kam es auch bei Kupfer, während Kaffee überwiegend fester notierte, konnte sich Kakao in allen Sichten leicht verbessern.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	31. 10.	28. 10.
Dez.	354,50	358,75
März	367,75	372,25
Mai	369,50	371,50

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	31. 10.	28. 10.
St. Lawrence 1 CW	239,40	240,35
Amber Durum	248,90	249,90

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	141,40	151,50
Dez.	153,60	154,50
März	159,00	159,60

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	134,50	132,00
Dez.	127,00	127,00
März	125,90	125,50

Hafer Chicago (c/bush)	31. 10.	28. 10.
Dez.	181,75	183,75
März	189,50	192,25
Mai	193,00	196,25

Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	344,75	347,25
März	342,50	344,25
Mai	341,00	341,25

Gerste Winnipeg (can. $/t)	31. 10.	28. 10.
Okt.	132,00	139,50
Dez.	129,70	132,00
März	133,60	135,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	31. 10.	28. 10.
Dez.	141,40	136,60
März	138,50	137,76
Mai	135,50	134,60

Kakao New York ($/t)	31. 10.	28. 10.
Dez.	1959	1940
März	1987	1974
Terminkontr. Mai	2010	2000
Umsatz	–	1874

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	8,80	9,10
März	9,34	9,66
Mai	9,70	10,03
Juli	10,03	10,85
Sept.	10,34	10,59
Umsatz	6 901	7 195

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	31. 10.	28. 10.
	8,76	8,71

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	31. 10.	28. 10.
Nov.	1834–1836	1845–1848
Jan.	1843–1844	1845–1847
März	1796–1797	1807–1809
Umsatz	3800	4266

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1434–1435	1419–1420
März	1441–1442	1422–1423
Mai	1460–1462	1436–1437
Umsatz	2935	–

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Dez.	150,00–150,25	154,00–154,50
März	158,00	162,25–162,40
Mai	163,25–163,30	167,25–167,50
Umsatz	2179	3049

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	31. 10.	28. 10.
schw. Sarawak spez.	305,00	305,00
weißer Sarawak	480,00	470,00
weißer Muntok	482,50	472,50

Orangensaft New York (c/lb)	31. 10.	28. 10.
Nov.	128,30	127,70
Jan.	123,30	122,55
März	121,50	120,30
Mai	120,50	119,20
Juli	120,30	118,90
Umsatz	500	300

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	31. 10.	28. 10.
Südstaaten fob Werk	53,00	53,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	25,50	26,50

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	28,25	28,70
Jan.	28,40	28,90
März	28,81	29,10
Mai	28,88	29,30
Juli	28,95	29,30
Aug.	28,60	28,80
Sept.	27,10	27,30

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	29,50	29,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	18,50	18,50
Choise white hog 4% fr. F.	16,00	15,75

Talg New York (c/lb)		
top white	17,00	17,00
fancy	16,50	16,50
bleichfähig	16,25	16,25
yellow max. 10% fr. F.	14,50	14,50

Schweine Chicago (c/lb)		
Dez.	43,35	43,80
Febr.	47,00	47,10
April	46,60	46,40

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	62,35	62,60
März	62,70	62,80
Mai	64,20	63,85

Häute Chicago (c/lb)	31. 10.	28. 10.
Ochsen einh. schwere River Northern	55,50	55,00
Kühe einh. schwere River Northern	54,00	54,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Nov.	811,00	828,00
Jan.	828,00	847,00
März	846,00	861,00
Mai	850,00	863,00
Juli	846,00	856,00
Aug.	819,00	839,00
Sept.	744,00	754,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Dez.	230,80	236,00
Jan.	232,20	237,00
März	233,50	238,00
Mai	232,00	234,50
Juli	231,50	234,00
Aug.	220,50	223,00
Sept.	207,00	208,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	31. 10.	28. 10.
Okt.	369,20	371,00
Dez.	372,00	376,00
März	383,50	386,50

Kokosöl New York (c/lb)	31. 10.	28. 10.
Westküste fob Werk	39,50	39,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	1. 11.	31. 10.
jegl. Herk. cif	1000,00	1020,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	600,00	600,30

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	680,00	672,50

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	191,50	193,50

Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	880,00	890,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	321,00	323,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	31. 10.	28. 10.
Dez.	79,85	80,20
März	81,00	81,35
Mai	81,85	82,00
Juli	81,90	82,00
Okt.	75,95	76,35
Dez.	74,70	74,95

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	59,50	59,50

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	31. 10.	28. 10.
Dez.	407–408	407–409
Jan.	405–408	408–410
März	418–422	413–415
Umsatz	26	140

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	31. 10.	28. 10.
Dez.	geschlossen	46,30
März	geschlossen	46,80
Mai	geschlossen	47,30
Juli	geschlossen	47,60
Umsatz	–	–
Tendenz: –		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	31. 10.	28. 10.
Dez.	558,00–558,50	585,00–595,00
März	576,00–577,00	576,00–578,00
Mai	587,50–588,00	587,00–588,00
Umsatz	10	89

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	31. 10.	28. 10.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	31. 10.	28. 10.
Nov.	13 540	13 565
Dez.	13 565	13 587

Kautschuk London (p/kg)	31. 10.	28. 10.
Nr. 1 RSS loco	–	–
Dez.	79,40–79,50	78,90–79,70
Jan	79,00–80,00	79,00–79,90
Jan/März	79,10–79,20	79,10–79,20
Tendenz: –		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	31. 10.	28. 10.
Nr. 1 RSS loco:	253,00–254,00	252,50–253,50
Nov.	256,00–257,50	254,75–256,50
Dez.	260,25–261,00	260,00–261,00
Nr. 2 RSS Nov.	249,50–250,50	248,50–249,50
Nr. 3 RSS Nov.	246,00–247,00	245,00–246,00
Nr. 4 RSS Nov	239,50–240,50	238,50–239,50
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	31. 10.	28. 10.
BWC	445,00	445,00
BWD	391,00	391,00
BTC	450,00	450,00
BTD	396,00	396,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	1. 11.	31. 10.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	geschlossen	105,63–105,73
drittfolg. Monat	geschlossen	109,37–109,46
Zink: Basis London		
laufend. Monat	geschlossen	228,17–228,27
drittfolg. Monat	geschlossen	233,48–233,68
Produz.-Preis	geschlossen	243,31
Reinzinn 99,9%	3678–3715	3678–3715

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	1. 10.	31. 10.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	geschlossen	368,02–370,68
Blei in Kabeln	geschlossen	113,25–114,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	1. 11.	31. 10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	geschlossen	343–353
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	geschlossen	390–391
MS 63	geschlossen	382–386

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	31. 10.	28. 10.
(Ring /kg)	30,10	30,14

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	1. 11.	31. 10.
Leg. 225	405–418	405–418
Leg. 226	407–420	407–420
Leg. 231	437–450	437–450
Leg. 233	447–460	447–460

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	1. 11.	31. 10.
Platin (DM je g)	34,208	35,158
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	32 500	32 900
Rücknahmepr.	31 750	32 150
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	32 370	32 750
Rücknahmepr.	31 400	31 770
verarbeitet	33 970	34 370
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 105	32 485
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	724,30	750,20
Rücknahmepr.	698,90	723,90
verarbeitet	756,40	783,50

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	1. 11.	31. 10.
10.30	376,00	383,50
15.00	377,75	–
Zürich mittags	376,00–376,50	381,75–382,25
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	geschl.	geschl.
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	580,25	584,20
3 Monate	572,85	597,40
6 Monate	586,05	611,35
12 Monate	612,55	637,95

Platin (£-Feinunze) London	31. 10.	28. 10.
fr. Markt	255,95	260,35
Palladium (£-Feinunze)		
London	–	–
1. Händlerpr.	96,00	–

New Yorker Preise	31. 10	28. 10.
Gold H & H Ankauf	382,00	unveränd.
Silber H & H Ankauf	875,00	unveränd.
Platin fr. Händlerpr.	375,00–382,00	375,00–382,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	143,00–145,00	141,50–143,50
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Nov	858,00	906,00
Dez.	863,00	906,00
Jan.	870,70	920,70
März	885,50	929,00
Mai	901,70	945,00
Juli	918,10	964,50
Sept.	934,60	984,60
Umsatz	28 000	26 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	31. 10.	28. 10.
Nov.	62,35	63,20
Dez.	62,90	63,80
Jan	63,60	64,45
März	64,80	65,60
Mai	66,15	66,90
Juli	67,40	68,30
Sept.	68,70	69,60
Umsatz	8 500	10 000

Londoner Metallbörse

	1. 11.	31. 10.
Aluminium (£/t) Kasse	1030,0–1021,0	1025,5–1026,5
3 Monate	1047,0–1047,5	1052,5–1053,0
Blei (£/t) Kasse	272,00–272,50	272,00–272,20
3 Monate	281,70–282,00	281,50–282,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	923,00–924,00	923,00–923,50
3 Monate	945,50–946,00	945,00–946,00
abends Kasse	–	930,50–931,00
3 Monate	–	953,50–954,00
(Kupfer-Standard) Kasse	905,00–906,00	911,00–913,00
3 Monate	926,00–927,00	933,00–936,99
Zink (£/t) Kasse	572,00–573,00	579,00–579,50
3 Monate	586,00–586,50	592,50–593,00
Zinn (£/t) Kasse	8576–8578	8580–8590
3 Monate	8660–8662	8660–8662
Quecksilber ($/Fl.)	–	325–329
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	74–77

Aktien ohne eindeutige Tendenz

Gewinnmitnahmen in einigen Spitzenwerten

DW. – Am Aktienmarkt konnte sich am Monatsbeginn noch keine einheitliche Tendenz durchsetzen. Dazu trug auch bei, daß wegen des kirchlichen Feiertags nicht alle deutschen Börsen geöffnet hatten. Entscheidend aber war die Verunsicherung durch den weiter gestiegenen Dollar-Kurs, für den wachsende Spannungen im Nahen Osten verantwortlich gemacht werden. Da aus dem Ausland nur spärliche Kaufaufträge eintrafen, führten Gewinnmitnahmen in den zuletzt stärker gestiegenen Spitzenaktien zu Kurskorrekturen. Sie nahmen jedoch nirgends ein beängstigendes Ausmaß an.

Eine deutliche Geschäftsberuhigung gab es bei den Allianz Versicherungsaktien, die an der Montag-Börse bei lebhaften Umsätzen um 50 DM heraufgesetzt worden waren. Unter diesen Umständen fällt der an der Dienstag-Börse eingetretene Abschlag von 13 DM kaum ins Gewicht. Es wird weiter gerätselt, wer bei der Allianz in letzter Zeit die Kurse nach oben getrieben hat. Auch die Titel der Großchemie gaben nur einen Teil der am Vortag erzielten Kursgewinne wieder her. Mit minus 5 DM fiel der Abschlag bei Schering dagegen etwas deutlicher aus. Autoaktien bewegten sich nur unwesentlich niedriger als am Wochenbeginn. Bei der Veba ist von einem Druck wegen der angekündigten weiteren Privatisierung von Aktien aus Bundesbesitz nichts mehr zu spüren, obwohl der Markt dafür mehr als 700 Mill. DM aufbringen müßte. Dieser Betrag soll jedoch von einem Personenkreis kommen, der nach dem Vermögensbildungsgesetz begünstigt wird und seine Veba-Aktien dann für sechs Jahre festlegen muß.

Düsseldorf: Börse wegen Feiertag geschlossen.

Frankfurt: Die meisten Aktienkurse gaben am Dienstag leicht nach. Die Standardwerte verloren 1 bis 2 DM pro Aktie, stabil blieben die bisher vernachlässigten Maschinenwerte, die sich wie Kaufhäuser teilweise leicht verbessern konnten. Cassella erhöhten sich um 19 DM auf 500 DM, WMF befestigten sich um 8 DM auf 174 DM, und von den Maschinenwerten stiegen KHD um 3,50 DM auf 243,50 DM. Karstadt konnten sich um 5,50 DM auf 287 DM verbessern.

Hamburg: Das Geschäft verlief wegen des Feiertages in West- und Süddeutschland sehr ruhig. Die Kursentwicklung war meist dem Zufall überlassen. HEW lagen bei 107,80 DM mit minus 0,30 DM knapp gehalten, und NWK Vz. waren bei 168,50 DM unverändert. Reichelt wurden mit 92,80 DM (plus 1,70 DM) gehandelt. Phoenix Gummi gingen zu 161 DM bis 162 DM (minus 0,50 DM) aus dem Markt. Erneut fester gingen Beiersdorf zu 360 DM (plus 4 DM) sowie Haller Meurer zu 245 DM (plus 5 DM) um.

München: Börse wegen Feiertag geschlossen.

Berlin: Berliner Kindl lagen um 0,50 DM geringfügig freundlicher, und Orenstein konnten sich um 3 DM erholen. Herlitz Vorzüge ermäßigten sich um 6,50 DM, Rheinmetall um 6 DM, Schering um 4 DM und Bekula um 1,20 DM.

Nachbörse: abwartend

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München

Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York · Toronto · London · Mailand · Amsterdam · Tokio · Wien · Kopenhagen · Zürich · Brüssel · Madrid · Hongkong · Singapur · Paris · Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 1. 11.: 523 Optionen = 28 300 (64 300) Aktien, davon 37 Verkaufsoptionen = 1850 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 1-85/4,50, 4-90/6,60, 4-95/5,40, 7-100/6,10, Siemens 1-360/32, 1-420/8,15, 4-350/55, 4-370/40, 4-390/25, 4-420/13, 4-440/5,20, Veba 1-170/5,40, 1-180/3, 4-190/4,90, 7-170/17,05, 7-180/10, BASF 1-150/7,60, 1-160/9, 4-150/23, 4-160/13,40, 4-190/4,30, 7-150/25, 7-170/12,85, Bayer 1-136/26,70, 1-160/9, 1-166/6,50, Hoechst 1-144,50/34, 1-150/30, 1-160/20, 4-180/10,60, 7-150/35, 7-180/15, 7-200/6,90, BMW 1-350/71, 4-440/28, 4-450/16, 4-460/9,70, 7-440/40, 7-450/29, VW 1-200/38,75, 1-220/16,80, 1-230/11, 1-240/6,60, 1-250/5, 4-220/28, 4-240/14,90, Conti Gummi 1-100/28, 1-110/16,30, 1-120/9,80, 1-130/4, 4-110/20,80, 4-120/13, 4-130/10, 7-120/18, 7-130/13,35, Commerzbank 1-170/13,90, 1-180/6,40, 1-190/3,90, 7-170/25,90, 7-190/13, 7-200/8,90, Deutsche Bank 1-300/30, 1-320/13, 1-330/7,90, 1-340/5,50, 4-330/16,80, 4-340/12,50, 4-350/8, Dresdner Bank 1-180/7,10, 4-180/14,50, 4-200/5,40, 7-200/9, Hoesch 1-95/7, 1-100/3,40, 4-100/7,40, 7-110/8, 7-130/3,50, Mannesmann 1-150/2,60, 1-160/1,90, 4-140/13,80, 4-150/7,45, 4-160/3,90, 7-140/17,90, 7-150/12, Preussag 7-280/27, Thyssen 1-80/6,85, 1-85/3,30, 4-80/8, 7-90/8,90, 7-95/5, Bayr. Hypo 7-290/29, Bayr. Vereinsbank 7-330/40,20, 7-340/35, 7-350/30, BHF 7-290/29, 7-300/24, Babcock St. 4-180/17, Degussa 1-360/14,90, 1-370/8, 4-370/20, Harpener 1-270/16, Kaufhof 1-270/11,60, Klöckner 1-40/2,85, 1-45/1,90, Mercedes 4-590/45, Chrysler 4-70/14,10, Xerox 4-120/17, Royal Dutch 4-130/6, 7-120/14,10, Elf 4-60/4, 7-70/3,95. **Verkaufsoptionen:** AEG 7-80/2,40, Siemens 1-380/6, 4-380/9, Veba 7-170/7,80, Bayer 4-150/3,40, Conti Gummi 7-120/6, Commerzbank 1-170/1,80, Dresdner Bank 4-170/2, Hoesch 1-95/2,50, 7-95/4,60, Mannesmann 7-140/10, Thyssen 1-80/3, Kali und Salz 1-200/9, Schering 4-380/10.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 31. 10.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅛– 9¼	5½–5¾	4½–4⅝
3 Monate	9½– 9¾	5¾–6	4⅝–4⅞
6 Monate	9⅝– 9⅞	5¾–6	4¼–4½
12 Monate	9⅞–10⅛	6¼–6½	4¼–4⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 1. November folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1360,00	1664,40
10 US-Dollar (Indian)**)	1110,00	1316,10
5 US-Dollar (Liberty)	420,00	570,00
1 £ Sovereign alt	228,00	282,72
1 £ Sovereign Elizabeth II	225,00	279,30
20 belgische Franken	178,00	230,28
10 Rubel Tscherwonez	240,00	300,96
2 südafrikanische Rand	225,00	278,16
Krüger Rand, neu	1013,00	1194,72
Maple Leaf	1013,00	1194,72
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	235,00	299,82
20 schweiz. Franken „Vreneli"	192,00	247,38
20 franz. Franken „Napoléon"	181,00	230,28
100 österr. Kronen (Neuprägung)	934,00	1128,60
20 österr. Kronen (Neuprägung)	186,00	234,84
10 österr. Kronen (Neuprägung)	97,00	127,68
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	424,00	523,26
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	100,00	136,80

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7,5 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

1. 11. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	2,6437	2,6517	2,6231	2,60	2,69
London1)	3,948	3,962	3,922	3,88	4,03
Dublin1)	3,097	3,111	3,053	3,10	3,16
Montreal3)	2,1430	2,1510	2,1288	2,08	2,18
Amsterd.	89,020	89,240	89,07	87,75	89,75
Zürich	122,930	123,130	123,03	121,50	124,25
Brüssel	4,911	4,931	4,876	4,73	4,95
Paris	32,765	32,925	32,27	32,00	33,75
Kopenh.	27,685	27,785	27,38	26,50	28,50
Oslo	35,690	35,810	35,09	34,75	36,50
Stockh.**)	33,630	33,780	33,19	32,75	34,50
Mailand2) **)	1,643	1,653	1,602	1,60	1,70
Wien	14,193	14,233	14,19	14,10	14,32
Madrid**)	1,726	1,736	1,663	1,64	1,76
Lissabon**)	2,085	2,105	1,97	1,50	2,30
Tokio	1,1280	1,1310	–	1,08	1,14
Helsinki	46,340	46,640	45,38	45,50	47,25
Buen. Air.	–	–	–	–	16,00
Rio	–	–	–	0,06	0,45
Athen*) **)	–	–	–	2,07	2,80
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	–	–	–	2,36	2,46
Johannesbg.*)	–	–	–	2,22	2,47

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Die starke Nachfrage nach US-Dollar hielt am 1. 11. an. Die Kaufneigung resultierte aus einem Anstieg der Fedfundsrate auf 9½–¾ Prozent gestern aus der ungeklärten Finanzierungssituation des Schatzamtes, nachdem der Senat gestern eine Erhöhung der Kreditaufnahmegrenze ablehnte, sowie aus der politischen Instabilität im Nahen Osten nach Meldungen über die Zerstörung von 5 iranischen Schiffen durch den Irak. Der Dollar wurde im Freiverkehr bis 2,6510 gehandelt und lag damit 1 Pf über seinem Eröffnungskurs. Die amtliche Notiz wies gegenüber gestern mit 2,6477 einen Anstieg um 8,1 Promille auf. Diese Basis wurde letztmalig Ende September erreicht. In unterschiedlichem Ausmaß zogen mit Ausnahme des irischen Pfundes und des österreichischen Schilling alle anderen Währungen mit. Die Meldung aus Nahost begünstigte besonders das englische Pfund, das um 7,1 Promille auf 3,955 stieg. Daneben gewann der japanische Yen 5,3 Promille auf 1,1295, womit er einen neuen Jahreshöchstkurs erreichte. US-Dollar in: Amsterdam 2,9695; Brüssel –; Paris –, Mailand –; Wien –; Zürich 2,1521; ir. Pfund/DM 3,104; Pfund/Dollar 1,4937; Pfund/DM 3,955.

Ostmarkkurs am 1. 11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 17,50; Verkauf 20,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Bei kleinen Umsätzen wurden am 1. 11. ¼ Prozentpunkte höhere Dollarzinssätze in größere Deports für Dollar umgesetzt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,95/0,85	2,58/2,48	5,16/4,96
Pfund/Dollar	0,05/0,07	0,17/0,20	0,31/0,35
Pfund/DM	1,80/0,40	4,00/2,60	7,40/6,00
FF/DM	26/10	62/46	132/116

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 1. 11.: Tagesgeld 5,50–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,60–5,70 Prozent; Dreimonatsgeld 6,10–6,25 Prozent.

Privatdiskontsätze am 1. 11.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 1. 11.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,16) – 8,50 (7,69) – 10,00 (8,08) – 10,00 (8,35) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,60, Rendite 7,85.

Renten verunsichert

Der Rentenmarkt blieb irritiert durch den weiter steigenden Dollar. Er scheint jedoch von Ausländern zum Erwerb öffentlicher Anleihen des mittleren Laufzeitbereiches genutzt zu werden. Insgesamt war die Kursbildung wie schon am Vortag im öffentlichen Bereich uneinheitlich. Die jüngste Bundesanleihe wird im Handel und den Banken mit einem Abschlag von nur noch einem halben Punkt genannt. Die letzten DM-Auslandsanleihen sind vom Markt gut aufgenommen worden, so daß sich auch hier der Abgabedruck im bescheidenen Rahmen hielt. Bei den Pfandbriefen blieb das Geschäft schleppend, nennenswerte Kursveränderungen gab es auch hier nicht.

Bundesanleihen

		1. 11.	31. 10.
F 4 Abl. 67*	4/84	100,5G	99,85bG
8½ Bund 78 I	1/84	99,85bG	100G
8 dgl. 84 I	1/84	100G	100G
8 dgl. 78 I	2/84	100,45	100,45
7 dgl. 77	3/84	100,2G	100,2
7½ dgl. 78 II	4/84	100,8	100,7
5 dgl. 78	5/84	99,35bG	99,45bG
6 dgl. 78 III	9/84	99,6	99,6
8¼ dgl. 76	9/84	101,3	101,3
6 dgl. 78 IV	12/84	99,55	99,55
6¼ dgl. 79	1/85	99,4G	99,40G
8¼ dgl. 73 I	3/85	101,8	101,8
7 dgl. 79	4/85	100,15	100,15
7½ dgl. 79 II	6/85	100,2G	100,15
7¾ dgl. 79 I	7/85	101,05	101,15
8 dgl. 76 IV	10/85	101,75	101,75
5½ dgl. 78 II	3/86	96,2	96,1
5¾ dgl. 78	5/86	95,8	95,8
7¼ dgl. 76 I	12/86	99,15	98,95
6½ dgl. 78	1/87	97,1	97,05
7¾ dgl. 78 II	1/87	99,2bG	99,1G
6¾ dgl. 77	4/87	97,85	97,55
6¼ dgl. 77	7/87	94,7	96,55
6 dgl. 77	10/87	94,1	94,1
6 dgl. 78 I	1/88	95,05	95,05
6½ dgl. 78 I	9/88	95,1	95,05
6¼ dgl. 78 II	12/88	95G	95
6¾ dgl. 79	1/89	95,35	95,35
7¼ dgl. 79 I	4/89	97,25	97,25
10 dgl. 81	4/89	108,25G	108,25
7½ dgl. 79 I	6/89	98,1G	98,1
8 dgl. 79 I	7/89	100	100
8 dgl. 79 II	8/89	100	100
7½ dgl. 79 II	9/89	98,1	97,95bG
7¾ dgl. 79 II	11/89	99,1	99,05
7¾ dgl. 80 I	1/90	98,65	98,65bG
10 dgl. 80	4/90	109	108
5¾ dgl. 78	5/90	90,75	90,75
8¼ dgl. 80 I	7/90	100,2	100,2
8¼ dgl. 80 II	11/90	100,2	100,25
7¾ dgl. 82	11/90	97,75	97,9
9 dgl. 81	2/91	104,2	104,2
10¼ dgl. 81	7/91	110,9	110,9
10¾ dgl. 81	9/91	113,9	113,86
10 dgl. 81 II	12/91	109,9	109,9
9¾ dgl. 82 I	1/92	108,45	108,45
9¾ dgl. 82 II	3/92	108,4	108,46
6 dgl. 78 II	3/93	87,65	87,65
9,5 dgl. 82	4/92	107,1	107,1
9 dgl. 82	5/92	103,9	104,05
8½ dgl. 82	6/92	101,2	101,3
9 dgl. 82	8/92	103,9	104,1
8¾ dgl. 82	9/92	102,6	102,7
7¾ dgl. 82	12/92	96,55	96,7bG
7½ dgl. 83	1/93	94,8	94,95
7½ dgl. 83 II	3/93	94,85	94,85
7¾ dgl. 83 III	5/93	95,95	96,05
8¼ dgl. 83	6/93	99,7	99,8
8 dgl. 83	7/93	98,25	98,35
8¼ dgl. 83 II	8/93	99,85	99,9
8½ dgl. 83 III	10/93	99,8	99,9
F 7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	101,2	101,2
8 dgl. 80 S.2	2/85	101	101
8¼ dgl. 80 S.3	2/85	101,3	101,3G
9¼ dgl. 80 S.4	3/85	102,4	102,47
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	102,05	102,05
8¾ dgl. 80 S.6	5/85	101,35	101,35
8 dgl. 80 S.7	6/85	101,1	100,1
7½ dgl. 80 S.8	8/85	100,25	100,35
8¼ dgl. 80 S.9	10/85	101,5	101,85
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	102,45	102,35
9 dgl. 81 S.11	1/86	102,4	102,4
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	104,2G	104,2
10 dgl. 81 S.13	3/86	104,85	104,85
9½ dgl. 81 S.14	4/86	103,85	103,85G
10 dgl. 81 S.15	4/86	104,75	104,75
10½ dgl. 81 S.16	6/86	105,95	105,85
11 dgl. 81 S.17	8/86	107,55	107,55
10¾ dgl. 81 S.18	10/86	106,55G	106,55
10 dgl. 81 S.19	10/86	105,55	105,55
9¾ dgl. 81 S.20	11/86	104,4G	104,4G
10¾ dgl. 81 S.21	11/86	106,25	106,25
10 dgl. 81 S.22	11/86	105,55	105,55
9½ dgl. 81 S.23	12/86	104,4	104,5
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	105	105
9½ dgl. 82 S.25	3/87	104,5	104,5
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	103,75	103,75
9 dgl. 82 S.27	4/87	103,1	103,1
8½ dgl. 82 S.28	5/87	101,7	101,7
9½ dgl. 82 S.29	7/87	104,8	104,8
9 dgl. 82 S.30	8/87	103,35	103,35
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	102,65	102,65
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	101,2	101,3
8 dgl. 82 S.33	11/87	100,3	100,4
7¾ dgl. 82 S.34	12/87	99,7	99,75
7½ dgl. 82 S.35	12/87	98,8	98,8
7¼ dgl. 83 S.36	3/88	97,85	97,7
6¾ dgl. 83 S.37	5/88	95,8	95,9
7 dgl. 83 S.38	5/88	96,55	96,65
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	97,45G	97,45G
7½ dgl. 83 S.40	6/88	98,3	98,3
8 dgl. 83 S.41	9/88	99,95	100
F 6 dgl. 78 II	7/88	93,3	93,3
6½ dgl. 77	5/89	93,8	93,75G
8 dgl. 79 I	7/89	100,1	100,1
6 dgl. 78 I	2/90	90,55	90,65
8 dgl. 80 II	7/90	99,6G	99,65
9 dgl. 81	3/91	104	104,05
10½ dgl. 81	9/91	112,3	112,4G
10¼ dgl. 81	11/1	111,23	111,35
8 dgl. 80 I	2/92	98,7	98,7
10 dgl. 82	2/92	109,85	109,85
9½ dgl. 82	7/92	107,25	107,25
8 dgl. 82	11/92	98,35	98,45
7¼ dgl. 83	1/93	96,95	96,95
8¼ dgl. 83	10/93	100	100

Bundesbahn

		1. 11.	31. 10.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,8G	100,6G
7½ Bdbahn 72	2/84	100,25	100,25
8 dgl. 72	9/84	101,1G	101,1
8¼ dgl. 76	9/84	101,3	101,3G
6 dgl. 78 III	11/84	99,6	99,55
6½ dgl. 79	2/85	99,65	99,7
8½ dgl. 73	2/85	101,6	101,6
7 dgl. 77	2/87	98,35	98,2
6 dgl. 77	9/87	94,7G	94,65

Bundespost

		1. 11.	31. 10.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
8 Bdpost 72 II	12/83	100,15G	100,15
8½ dgl. 68	6/88	98,2	98,2
8 dgl. 72 I	9/87	100,15	100,15
10 dgl. 81	3/89	107,9	107,9
10¼ dgl. 81	6/89	109,2G	109,2
8 dgl. 80	3/90	99,7G	99,7
7¾ dgl. 80	9/90	98,6	98,6
8¾ dgl. 80	12/90	103,15	103,25
10½ dgl. 81	10/91	112,8	112,8
9¾ dgl. 82	2/92	108,4	108,65
8¾ dgl. 82	6/92	102,7	102,8
8½ dgl. 82	10/92	101,25	101,35
7¾ dgl. 83	2/93	96,75	96,85
8½ dgl. 83	9/93	101,45G	101,45

Länder – Städte

		1. 11.	31. 10.
S 6½ Bd.-Wttbg. 78	86	96	96,4G
8¼ dgl. 82	92	99,8G	99,8
M 7 Bayern 65	85	99,7G	99,7G
6¼ dgl. 67	87	100,25G	100,25G
6 dgl. 68	85	98,5G	98,5G
7 dgl. 72	84	100G	100G
7½ dgl. 76	84	100,4G	100,4G
6 dgl. 78	88	93,7	93,2
8¾ dgl. 80	90	102,25	102,25G
8¾ dgl. 82	90	102,3G	102,4
7¼ dgl. 83	93	95	95
B 8½ Berlin 70	85	101,3G	101,3G
8 dgl. 72	85	100,6	100,5G
7½ dgl. 76	84	100,35	100,35G
7 dgl. 77	85	99,7G	99,7G
6½ dgl. 78	88	95,35G	95,35G
8¾ dgl. 80	88	103G	103
Br 7¾ Bremen 71	87	100,5G	100,5G
8 dgl. 72	87	100,7G	100,75G
7½ dgl. 83	93	95G	95G
H 8½ Hamburg 70	85	101,5G	101,5G
8¼ dgl. 77	92	94,8G	94,8
8 dgl. 80	92	99,1G	99,1
9¾ dgl. 82	92	108,1G	108,1
7½ dgl. 83	92	94,7G	94,7
F 8 Hessen 71	86	100,4	100,3
6¼ dgl. 78	88	93,25	93,25
Hn6 Nieders. 69	84	99,85G	99,85G
8¼ dgl. 70	85	101,6G	101,6
7½ dgl. 72	87	99,4G	99,4G
8 dgl. 72	87	100,3G	100,3
7½ dgl. 79	87	98,5G	98,5
7¾ dgl. 82	92	96,6G	96,6G
8 dgl. 83	93	97,5G	97,5bG
D 7½ NRW 71	83	100,1bG	100,1bG
7½ dgl. 83	93	95	94,75G
7¾ dgl. 83	93	96,5	96,25G
8½ dgl. 83	93	101,1	101
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	98,6G	98,6G
8 dgl. 71	86	100,7	100,6
F 8½ Saar 70	85	101G	101
7 dgl. 72	87	98,25	98G
6 dgl. 78	88	93	93G
H 5½ Schl.-H. 59	84	99,5G	99,5G
6 dgl. 64 II	84	99,5G	99,5G
7¼ dgl. 72	87	99G	99G
8½ dgl. 73	85	101,5G	101,5
D 7 Essen 72	85	100G	100G
M 6 München 64	84	99,35G	99,35
S 7½ Stuttgart 71	86	100bG	100bG
7¾ dgl. 72	87	100,25	100,25G
8 dgl. 83	93	98,5	98,5G

Bankschuldverschreib.

	1. 11.	31. 10.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
6½ dgl. Pf 5	87G	87G
7 dgl. Pf 2	99G	98,75G
F 7½ Bakola Pf 104	98,9G	99,9G
9 dgl. Pf 106	102,45G	102,45G
10 dgl. Pf 108	107,25G	107,25G
7 dgl. KS 132	94,9G	94,9G
8 dgl. KS 155	98,85G	98,85G
9 dgl. KS 169	102,4G	102,4G
M 5½ Bayer.Hyba Pf 14	90,25TG	90,25TG
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6½ dgl. Pf. 2	95G	95G
7 dgl. Pf 3	94,5G	94,5G
7 dgl. Pf 27	100,3G	100,3G
6½ dgl. KS 14	95,75G	95,75G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,25G	123,25G
5½ dgl. Pf 11	130G	130G
6 dgl. Pf 34	77G	77G
8 dgl. KO Pf 50	99,65G	99,65G
6½ dgl. Pf 10	81,5G	81,5G
6 dgl. KS 1	98,6G	98,6G
M 6 Lda. Aufb. IS 15	96G	96G
6 dgl. IS 16	94,75G	94,75G
6 dgl. IS 17	93,75G	93,75G
8½ dgl. KO 49	101,5G	101,5G
8½ dgl. KO 48	101,5G	101,5G
M 7½ Bay. Lbkgz. Pf 103	99,25G	99,25G
9½ dgl. Pf 105	101,6bG	101,6bG
10 dgl. KS 307	101,6G	101,6G
9½ dgl. IS 725	102,25bG	102,25bG
M 5 Bayer. Vertbk. Pf 11	119,5G	119,5G
5½ dgl. Pf 28	76G	76G
6 dgl. Pf 4	89,5G	89,5G
6½ dgl. Pf 3	85,5bG	85,5bG
6½ dgl. Pf 12	85G	85G
7 dgl. Pf 20	95,5G	95,5G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	98,25G	98,25G
6 dgl. Pf 34	95,5G	95,5G
6½ dgl. Pf 37	-Zhg.	-Zhg.
8 dgl. Pf 51	100,5G	100,5G
Hn5 BrHann. Hypo. Pf 1	117G	117G
7 dgl. Pf 80	86,5G	86,5G
7½ dgl. Pf 87	91,8G	91,8G
6 dgl. KS 29	79,5G	79,5G
7 dgl. KS 30	97,35G	97,35G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	114G	114G
5 dgl. Pf 54	114bG	114bG
6 dgl. Pf 109	78G	78G
6½ dgl Pf 123	85G	85G
6½ dgl. Pf 141	85G	85G
7 dgl. Pf 143	90G	90G
8½ dgl. Pf 191	100,5G	100,5G
7 dgl. KO 113	100G	100G
9 dgl. KO 217	101,5G	101,5G
9 dgl. KO 215	102G	102G
9¼ dgl. KO 218	102,35G	102,35G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	114G	114G
5½ dgl. Pf 50	73G	73G
6 dgl. Pf 84	99,95G	99,95G
9 dgl. KS 139	103,2G	103,2G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	100,8G	100,8G
9 dgl. Pf 239	102,6G	102,6G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	107,75G	107,75G
7 dgl. KS 35	98,4G	98,4G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	90,9G	90,9G
6 dgl. IS 71	99,3G	99,3
6¼ dgl. IS 73	95,8G	95,8
6¾ dgl IS 80	99,9	99,9
F 6 Dgz.Dt.Komm.KO55-4	82G	82G
6 dgl. KO 46	78G	78G
7 dgl. KO 97	100,2G	100,2G
7½ dgl. KO 185	95,7G	95,7G
9 dgl. KO 129	102T	102T
10 dgl. KO 125	101,6G	101,6G
Ha6 Dt. Hyp. Hann. Pf 91	78G	78G
7 dgl. KS 101	99,2G	99,2G
10 dgl. KS 134	103,1G	103,1G
8¾ dgl. KS 140	101,5G	101,5bG
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl. Pf 57	99G	99G
5 dgl. Pf 67	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 88	78G	78G
6¾ dgl. KS 259	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	71G	71G
5½ dgl. Pf 59	78	78
6 dgl. Pf 162	78G	78
B 9 Dt.Pf.Wi. Brl. 482	103,5G	103,5G
Br 8 Dt. Schiffbk. Pf 46	100,7G	100,7G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	98,5G	98,6G
6¼ dgl. Pf 60	94,15G	94,15G
6¾ dgl. Pf 74	97,55G	97,55G
6½ dgl. Pf 76	96,05	96,05
Br 6½ dgl. Pf 77	93,3G	93,3G
6 dgl. Pf 42	99,8G	99,8G
8½ dgl. Pf 47	101,8G	101,8G
F 5 Frf. Hypobk. Pf 66	68G	68G
5½ dgl. Pf 53	75G	75G
6 dgl. Pf 79	78	78
6 dgl Pf 130	91,5G	91,5G
6½ dgl. Pf 133	87	86,5T
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	115G	115G
6 dgl. 14	89,25G	89,25
6 dgl 47	77	77
10 dgl. IS 46	102,25G	102,25G
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	93,2G	93,2G
8 dgl. Pf 73	100,45G	100,45G
4 dgl. KO 5	99G	99G
H 6 Hyp.i.Hbg. Pf 96	81	81
6½ dgl. Pf 80	89,25G	89,25G
8 dgl. Pf. 248	100,95	100,95
9 dgl. KO 125	100,75G	100,75G
8 dgl. KO 175	100,75	100,5
9 dgl. KO 259	102,25	102,25
9¾ dgl. KO 262	102,25	102,25
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	113G	113G
5 dgl. Pf 12	91G	91G
7 dgl. Pf 25	94,25G	94,25G
10 dgl. Pf 40	102,5G	102,5G
6 dgl. KO 30	99,5G	99,5G
9¾ dgl. K 84	102G	102G
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	100,5G	100,5G
5½ dgl. Pf 11	86G	86G
7 dgl. Pf 12	91G	91G
4½ dgl KO 6	100,25G	100,25G
5½ dgl. KO 4	100G	100G
7½ dgl. KO 80	100,6G	100,6G
8½ dgl. KO 81	99,75G	99,75G
S 8½ LKbK Badw. Pf 8	101G	101G
6 dgl. Pf 28	89G	89G
6 dgl. Pf 49	85,5	85,5
8 dgl. KS 1	–	–
8¼ dgl. KS 8	100,5G	100,5G
H 8 Lbk.S-Holst.Pf 89	83G	83G
7 dgl. Pf 97	89,5	89,5
10 dgl. Pf 32	101G	101G
10 dgl. Pf 33	102,9G	102,9G
6½ dgl. KS 78	97,5G	97,5G
10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 5½ Münch.Hypo.Pf 100	84G	84G
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	100,5	100,5
6½ dgl. Pf 42	98,5G	98,5G
Hn7 Nord. Lbk. Pf 1	93,5G	93,5G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
8 dgl. Pf 10	101G	101G
9 dgl. KO 53	102,25G	102,25G
7½ dgl. IS 6	98,8G	98,8G
10 dgl. IS 37	102,5G	102,5G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	108T	108T
6 dgl. Pf 58	80	83,75G
6 dgl. Pf 95	80	80
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	122G	122G
5½ dgl. K	109G	109G
4 dgl. Pf 18	103G	103G
6 dgl. Pf 28	92G	92G
6½ dgl. Pf 67	84G	84G
5½ dgl. KO J+E	110G	110G
9½ dgl. KO 58	102G	102G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	108G	108G
5½ dgl. Pf 109	68G	68G
7 dgl. Pf 125	96,25G	96,25G
7 dgl. Pf 128	89G	89G
8 dgl. Pf 177	104G	104G
9 dgl. Pf 167	100,5G	100,5G
6 dgl. KS 77	78G	78G
6½ dgl KS 80/1	99,75G	99,75G
8½ dgl. KS 110	-Zhg	-Zhg
Br 5 St. Kr. Dt-Br Pf 17	110G	110G
5½ dgl. Pf 24	104G	104G
5 dgl. Pf 36	83,75G	83,75G
5½ dgl. Pf 43	83,25G	83,25G
6 dgl. Pf 56	78G	78G
7 dgl. Pf 61	87,25G	87,25G
8 dgl. Pf 70	100G	100G
9 dgl. Pf 68	101,75G	101,75G
H 6 Schiffsbyp. Pf 23	97,5G	97,5G
7½ dgl. Pf 45	99G	99G
M 6 Südboden Pf 41	89G	89G
5½ dgl. Pf 57	76G	76G
6½ dgl. Pf 143	93,75G	93,75G
7 dgl. Pf 87	93,5bG	93,5bG
7½ dgl. Pf 104	95,5G	95,5G
7 dgl KS 49	92,5G	92,5G
7½ dgl. KS 81	99G	99G
8 dgl. KS 133	99,25TG	99,25TG
8½ dgl. KS 132	101,5G	101,5G
9 dgl. KS 185	100,25G	100,25G
9½ dgl. KS 171	104bG	104bG
M 5 Verbank Hbg. Pf 55	116G	116G
6 dgl. Pf 95	78G	78G
7 dgl. Pf 100	99,25G	99,25G
D 8 WestLB Pf 350	100,6G	100,6G
6¾ dgl. Pf 403	95,3G	95,3G
9½ dgl. Pf 1007	105,85G	105,85G
8 dgl. Pf 1015	98,8G	98,8G
7 dgl KO 556	99,6bG	99,6bG
6½ dgl. KS 420	94,6G	94,6G
9¼ dgl. KO 1301	104,9G	104,9G
8½ dgl. KS 1278	101,85G	101,85G
8 dgl. IS 1512	99,9G	99,9G
9¼ dgl. IS 1520	102,5G	102,5G
6½ dgl. IS 679	93,75G	93,75G
7½ dgl. IS 1503	100,5G	100,5G
D 4 Westf. Land. Pf 4	98G	98G
6 dgl Pf 16	94G	94G
6½ dgl. Pf 19	84G	84G
7 dgl. Pf 20	88,5G	88,5G
D 8½ Westf.Hypo. Pf 550	100,8G	100,8G
9 dgl Pf 564	103G	103G
9¾ dgl. KS 294	102,9G	102,9G
9½ dgl. KS 324	106,1G	106,1G
S 6 Wür. Hypo. Pf 84	76G	76G
7 dgl KS 58	99G	99G
S 6¾ Wür. KoLa Pf 1	87,25G	87,25G
7 dgl. Pf 5	100,1G	100,1G

Sonderinstitute

	1. 11.	31. 10.
D 6 DSLB Pf 28	83,5G	83,5G
6 dgl. Pf 47	79,5G	79,5G
7 dgl. Pf 63	88,5G	88,5G
5½ dgl. PF 99	93G	93G
8 dgl. Pf 104	97G	97G
8 dgl. Pf 165	99,75G	99,75G
5½ dgl. RS 45	99,75G	99,75G
6 dgl. RS 73	95,75G	95,75G
8 dgl. RS 120	100,25G	100,25G
8½ dgl. RS 153	101,5G	101,5G
7 dgl. RS 162	95G	95G
9½ dgl. RS 172	104G	104G
9 dgl. RS 186	104bG	104bG
10 dgl. RS 193	104,5G	104,5G
11¼ dgl. RS 195	108G	108G
D 6½ IKB 69	100,45G	100,45G
F 7½ KFW 70	100,5G	100,5
8 dgl. 70	101G	101
8 dgl. 76	100,1	100,1G
7¼ dgl. 79	98	97,9
10 Kredit 81	108,8G	108,7
F 8½ Krd Wied.aufb. 82	101,2	101,1
F 6 Lwrt.Rentbk. RS 13	100G	100G
6 dgl. RS 14	99,8G	99,8G
6 dgl. RS 15	96G	96G
6 dgl. RS 16	95,75G	95,75G
6 dgl. RS 19	97	–Zhg
6 dgl RS 20	99,5G	97exZhg
6 dgl. RS 21	98,75G	98,75G
6 dgl RS 26	99G	99G
7½ dgl RS 27	100,25G	100,25G
6½ dgl. RS 60	95,25G	95,25G
7 dgl. 94	95,25	95,25
7 dgl. 99	99,75	99,75
8 dgl 101	99,5G	99,5G
7½ dgl 102	97G	97G
9½ dgl. 128	104,5G	104,5G
D 7¾ LAG TS 75	100,25G	100,25G
8 dgl. TS 76	95,3G	95,3G
6½ dgl. TS 77	95,3G	95,3G
5½ dgl 78	92,5	92,5
7 dgl. 79	97	97

Industrieanleihen

	1. 11.	31. 10.
F 6 Badenwerk 64	99,75G	99,75
6 dgl. 78	94,4G	94,4G
5 BASF 59	98,5G	98,5G
5 Bayernw. 59	98,75G	98,75G
F 8 Chem. Hüls 71	100G	100G
7¾ Cont. Gum. 71	99,5G	99,5G
6 Dt. Texaco 64	99,25G	99,25T
6 Gelsenb. 64	99,5G	99,5G
5¾ HEW 62	96	96T
7½ dgl. 71	99,25G	99,25G
7¾ dgl. 71	100G	100G
4½ Harpen 59	1820	1820
6 Hoechst 64	99,75T	99,75T
6 Hoesch 64	98,75T	98,75T
7½ dgl. 71	99T	99T
7½ Karstadt 71	99,5G	99,5G
7½ Kaufhof 71	99,5G	99,5
7¾ dgl. 71	99,75G	99,6G
7½ dgl. 76	99G	99
7½ Klöckner W. 71	99T	99,1
8 dgl. 72	99,25T	99,25T
6 Krupp 64	99,5G	99,5G
6 Linde 64	98,75G	98,75
5 Mannesmann 59	98,1	98,1
6 Mosellkraft 63	99,5G	99,5G
6 MWK 61	98G	98G
6 dgl. 62	95,5T	95,5T
6 ObDon. Krwk. 64	95T	94,75T
D 6 Rar Vdb. Stk. 68	99G	99G
F 5½ Rh.Braw. 58	99,5G	99,5G
6 dgl. 63	95T	95T
6 dgl. 65	94,75G	94,75G
5½ RWE 59	98,5G	98,5G
6 dgl. 63	95,25G	95,25T
6 dgl. 65	95,4	95,25
7¾ dgl. 71	99,85	99,85
7 dgl. 72	97,7G	98
6 Rh.-M.-Don. 62	96,75G	96,75G
6½ dgl. 68	98,75G	98,75G
8 Schleswag 71	100T	100T
5 STEAG 59	98G	98G
7½ Thyssen 71	99,4	99,4G
8 dgl. 72	100T	100T
7¾ dgl. 77	95,5G	95,5G
5 Veba 59	98G	98G
8 VEW 71	100,1G	100,1
6¾ dgl. 77	95,1G	95,1T
7 VW 72	98	97,8

Wandelanleihen

	1. 11.	31. 10.
F 4¾ AKZO 69	86G	88G
3½ All Nippon 78	93,5	93,75G
3½ Asahi Opt. 78	127G	121G
4¾ Canon Inc. 77	381G	385G
3½ Cas. Comp. 78	262T	265T
5¾ Daiei Inc. 80	122,5G	122,5
4¼ Fujitsu Lim. 78	629G	622G
5 dgl. 79	422	418G
5¼ Hoogovens 68	88G	88G
3½ Izumiya Co 78	102,75G	102,75
3½ Jusco Co. 78	99,25T	99T
4 Kansai El. 79	100,5	100,5G
6 Komatsu 76	151,25G	151,25
6 Konishiroku Pho. 81	127,25	126bG
6¾ dgl. 82	120,5G	120
3½ Koraluen 78	93,75	93,75
7½ Kraft Inc. 70	112,25G	112,25
3½ Marudai F 78	95,75	96G
6 Michelin Int. 70	94G	94G
5¾ Minolta 77	216G	210G
4 dgl. 79	165G	164,5G
6¼ Mitsub. Ch. 76	202G	202
5,75 Mitsub. H 81	148G	146G
6 dgl. 81	112,5	111,75
6 Nichii Co Ltd 80	120	120bG
7 Nippon Sh. Gl. 82	163,25G	165,25
3¾ Nippon Sh. 78	153G	155G
3½ Nissan Mot. 78	95	94,25
4 Nisshin Steel 78	145G	143G
6½ Océ v. d. Gr. 69	100G	100G
3½ Olympus 78	238G	240G
3¾ Omrom Tat 79	338G	340G
4¾ Orient Fin 79	215G	215G
3½ Ricoh Comp. 78	196T	193
6¼ Rothm. Int. 72	95G	95G
3¾ SankyoElec. 78	111	110
3½ Sanyo Elec. 78	171G	171
3¾ Seiyu Stores 78	96,5G	96,5
6¼ Sekisui 76	142T	142Zhg.
3½ Stanley 78	135	132,25
6 Taiyo Yuden 82	123T	123bG
5 Texaco Int. 66	95,9	95,75bG
3½ Tok. Elec. 78	365G	375G
4¾ Tok. Sanyo 77	285G	285G
4 Tokyu Land 79	107	107G
3½ Trio Kenw. 78	108G	108G
6½ Uny Ltd. 79	165G	165G

Optionsscheine

	1. 11.	31. 10.
F 11 BASF Over Zee 82	54,2	56,5
7¼ Bayer Fin. 79	56,4	55,9
10½ Bayer Fin. 82	65	66
7½ BHF Bk. Int. 83	98,4	99
6¾ Ciba-Geigy 75	1038	1040
3½ Commerzbk. 78	49	49
7 Combk. Int. Lux. 83	79	79,8
4½ Dt. Bk. Comp. 77	128,5	133
3½ Dt. Bk. Int 83	100,5	101
8¼ Degussa 83	139	140
4 Dresdner Bk. Int. 83	83,2	83,2
10 Hoechst 75	300	301
6¾ dgl. 79	71,7	73,1
8 Hoechst 83	87,2	88,7
7½ Jap.Syn.Rubber 82	1940	2000
5¾ Jusco 83	2815	2957bG
Mitsui 82	315	317
7¾ Siemens 83	186	185,8
6¼ Wells F. 73	292	289

Optionsanleihen

	1. 11.	31. 10.
F 8½ BASF 74 m O	141,5	140G
8½ BASF 74 o O	100,6bG	100,6
M 3½ Stumpf 88 m O	156B	156B
M 3½ Stumpf o O	80,9B	80,9B

Währungsanleihen

	1. 11.	31. 10.
F 8 Brasilien 72	99G	99T
6¾ Kopenhagen 72	96	98
9¾ Norwegen 79	99G	99G

Optionsanleihen

	1. 11.	31. 10.
F 7½ BHF Bk.Int.83 mO	112G	112G
7½ dgl. 83 oO	79G	79,5
3¾ ComBk. Int. 78 mO DM	110,5G	110,5G
F 3½ dgl. 78 oO DM	88T	88T
4½ C F DT. Bk. 77 mO $	128G	128G
4½ dgl. 77 oO $	85bB5	84,75
3¾ Dt. Bk. 83 mO	112	112,25
3¾ dgl. 83 oO	82,25	82bG
7½ Jap. Synth. 82	177	179G
7½ dgl. 82 oO	99,35G	99,25
5¾ Jusco 83 mO	141G	141,75
5¾ dgl. 83 oO	92G	92bG
F 6½ Wells F. 73 mO DM	123,1G	123,1G
6½ dgl. 73 oO DM	96,5G	96,5G

Optionsscheine

	1. 11.	31. 10.
F 8½ BASF 74	65,4	65
Stumpf 78	80bB	80bB

Wandelanleihen

	1. 11.	31. 10.
F 5 Bayer 69	104,55	104,55
H 8 Beiersdorf 82	178G	175
F 4¼ Commerzbk. 78	99,75	99,55
D 9 Girmes 74	342	342
6½ KSB 83	123	123,8G

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	1. 11.	31. 10.
F 6 AKZO 84	99,25G	99,25G
6½ dgl. 86	97/7,75	97/7,75
7¾ Arbed 83	99G	99G
7¾ dgl. 86	93G	93G
9 dgl. 87	98,5T	98,5T
F 6¾ Ardal 89	93,25/94	93,25/94
10 dgl. 88	104,25G	104,25G
8 Austr. 87	102,5G	102,5G
8¾ dgl. 87	103,7G	103,7G
F 7¼ BEC 83	99,95G	99,95G
5 CFDB 84	99,5/100	99,5/100
6½ Estel 84	97G	97G
8¼ dgl. 85	95,5G	95,5G
8¾ dgl. 87	97,5G	97,5G
6¼ Euratom 91	82,75G	92,75G
F 6¾ Eurofima 87	97,75G	97,75G
10 dgl. 89	106,75G	106,75G
6 EIB 88	92G	92G
6½ Lufthansa 86	98,75G	98,75G
6 Montanunion 90	93,5G	93,5G
6½ Ö. Ko. Bk. 84	99,5G	99,5G
7½ Parker-H. 87	96,25G	96,25G
7½ Schweden 89	97,5/8,5	97,5/8,5
F 6¾ Weltbank 83	99,9G	99,9G
6½ dgl. 85	99G	99G
7½ dgl. 87	98,7/9,5	98,7/9,5
7¾ dgl. 90	98,5/9,5	98,5/9,5
9 dgl. 88	102/103	102/103
8½ dgl. 88	101,5G	101,5G
7¾ dgl. 88	99/100,5	99/100,5
9½ dgl. 89	104,5G	104,5G
8 dgl. 90	99/100	99/100
11 dgl. 91	113/114	113/114

Anmerkungen:
- Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

	1. 11.	31. 10.
F L'Air Liquide	158	155
D Alco	66,3	66,3
F Alcan	93,5exD	93,5
F Alcoa	107	108exD
F Alg. Bk. Nedkl.	306G	305
F All Nippon Air	4G	3,5G
F Amax	61,5	63,5
F Am. Cyanamid	135G	135,2
D American Expr.	88	88
D Am Motors	20,8G	20,8G
F Am. T & T	164,5	161,5
F Amro Bank	50,3	50,1
F AAC	265,2	265,2
M Anglo Am. Gold	39,5	41,1
F Arbed	59G	60T
F Asahi Chem.	4G	4
M Atl. Richfield	113,6	113,6
H Atlas Copco	35G	35T
M Avon	59	59
F Ball Canada	22,2bB	21,5
F Banco Central	23,9	23,9
F Banco de Bilbao	22,2	22,2
F Banco de Santander	18,2	18
F Banco de Vizcaya	28,7	29
F Banco Hisp. Americ.	18,8	18,9
D Beatrice Foods	82G	82G
D Bell Canada	63G	63G
F Black & Decker	64G	63G
F Boeing	102,5	102
M Bougainville Copper	5,85	5,85
F Bowater	7,7	7,7
D BP	15,6	15,6
M Broken Hill	28,8	28,8
F Bull	12,5G	12,95
F Cdn. Pacific	99	100
F Canon	15,3	15
F Casio Comp.	15,5	16G
F Caterpillar	105	105,5
D Ch. Manhattan	113,5	113,5
F Chrysler	73,5	72,8
M Citicorp	81,8	81,8
F City Investing	94	90G
F Coca-Cola	136	139,7
D Colgate	61T	61T
F Cons. Gold F	18,1	18,75
D Cont. Group	126G	125G
F Control Data	122	121
M CRA	13	13
M CSR	8,45	8,45
F Dart & Kraft	178,5	178,5
M De Beers Cons.	19G	19G
F Deere Comp.	97,5	95,5
F Diam. Shamr.	64	63,5
M Digital Equipm.	178,5	178,5
M Disney Prod.	159,6	159,6
M Dome Petroleum	9,25	9,25
D Dow Chemical	92,5	92,5
D Dresser	51	51
D DuPont	136G	136G
M East Driel. Gold	73G	73G
D East Air Lines	14,1	14,1
F Eastman Kodak	178	177
F Elf Aquitaine	56,5	55,5
F Emhart	145G	146G
D Ericsson	141G	141G
D Esmark	229TG	229TG
D Exxon	99,5	99,5
D Fiat St.	4,8G	4,8G
D dgl. Vz.	3,4G	3,4G
F Finsider	–	–
D Fisons	27T	27T
M Fluor	45,7	45,7
D Ford	178	178
F Foseco Minsep	5,2T	5,2T
F Fujitsu	14,95	14,9
F General Electric	136	138
F General Mining	55	56,2bG
D General Motors	204	204
D Gen. Shopping	760T	760T
M Getty Oil	182,9	182,9
D Gevaert	118G	118G
F Goodyear	82	79
H Grace	122T	120B
D GKN	6,5TG	6,5TG
F Gulf	125	123
F Highveld	10,36	10,3
F Hitachi	975	1000
M Holiday Inns	129,3	129,3
F Homestake	70exD	73
M Hongk. & Shanghai Bank.	2,45B	2,45B
D Hoogovens	28,8	28,8
F IBM	336,8	337
F ICI	22,5G	22,5
M Impala Plat. Hold.	30,5B	30,5G
M Imperial Oil	71,9	71,9
F Inco	35,5	36
F Int. T & T	108	108,5
D Istituto Fin.	7,2G	7,2G
F Italcementi	72G	72
F Izumiya	8,3T	8,3T
F Japan Line	1,95G	1,85T
D Jusco	9G	9G
F Kawasaki Kisen	1,5G	1,5G
F Kawasaki Steel	1,85G	1,95
M Kloof Gold Min.	101	101
F Komatsu	5,3	5,5bG
D KLM	140G	140G
F Kubota	3,1G	3,1G
D Lafarge	80G	80G
D Litton Ind.	162G	162G
F Lone Star	70G	70,1
D LTV	40,4	40,4
M M.I.M. Hold.	17,35	17,35
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	3G	3G
F Marudai Food	6,8T	6,8T
D Matsushita El	–	–
M McDonald's	180bG	180bG
M Merrill Lynch	81,5	81,5
F McDonnell D.	133	132
D Minnesota M.	225G	225G
D Minolta Camera	7G	7G
F Mitsubishi Chem.	2,8G	3G
F Mitsubishi El.	4,85	4,95
F Mitsui Bk.	4,6G	4,6G
F Mitsui & Co.	4T	4T
F Mitsui Engng	1,85	1,8T
F Mitsui O. S. K.	1,8G	1,8G
F Mitsumi El.	8,5G	8,7
H Mobil Oil	79,5	77,2
F Monsanto	276G	253
F Montedison	0,31	0,31
F Murata	24T	24T
M Nat. Semicond.	142	142
D Nat. Westminster	20T	20T
F Nestlé	5120	5080
D Nikko Sec.	4,5bB	4,5bB
F Nippon El.	15	14,9
F Nippon Kokan	1,8	1,75
F Nippon Shinpan	7,8G	7,8G
F Nippon Yusen	2,5G	2,5G
F Nissan Motor	8G	8
F Nisshin Steel	1,8T	1,7T
F Nissho - Iwai	3,5T	3,5T
F Norsk Hydro	117bG	170,5
H Occ. Petroleum	65	64,5
D Océ v. d. Grint.	183G	183G
F Olivetti Vz	4,9	4,95
F Olympus Optical	11,5G	11,97
H v. Ommeren	27,5	28
F Omron Tateisi	18,5	18
F Pakhoed	47,5	48,1
M PanAm	20,1	20,1
M Pepsi	92,3	92,3
F Pernod-Ricard	300bB	310T
F Peugeot	64,4	64,9
F Philip Morris	193	184,9
H Philips	40,3	40,4
D Phoenix Ass.	13,3G	13,3G
F Pirelli	2,45T	2,5bB
M Polaroid	90,9	90,9
M Prime Computer	39	39
F Procter & G.	150	144
D Ramada Inns	25,1bG	25,1bG
M Ranger Oil	26,1	26,1
F Rank Org.	6,5G	6,35
F Ricoh	11,1	11
F Rio Tinto NA-St.	21,8	22,3exD
H Robeco	290,5	280
F Rockwell	78	77
H Rolinco	268	267,5
F Rorento	–	176
F Rothmans Int.	4,1G	4,1G
H Royal Dutch	113,8	112,5
M Rustenburg Plat. Hold.	25,5	25,5
F Sanko Steamship	2,65T	2,65T
F Sanden Corp.	6,5G	6,5G
M Santos	17,7	17,7
F Sanyo Elec	5,5	5,45
F Sanwa Bk.	5,2G	5,2G
M SASOL	9,15	9,15
F Schlumberger	140	140
F Schw. Alum.	902	900
F Schw. Bankverein	311,5	312
M Sears, Roebuck	104,9	104,9
F Seiyu	7,1G	7,1G
F Sekisui Prefab	6,7G	6,7G
F Selected Risk	39G	39G
H Shell T & T	21,5	21,5bG
D Singer	69,5	69,5
F Snia Viscosa	1,97	1,99
D Solvay	152T	152T
D Sony Corp.	40,4	40,4
D Sperry Corp.	110,5	110,5
F Squibb	132G	131,5
F Stanley Elec.	7,8G	7,8T
F Steyr-Daimler-P.	20,7	20,7
F Sumitomo Heavy	2,4G	2,4G
D Sumitomo Metal	1,75G	1,75G
F Sumitomo Shop	5,4G	5,4G
D Sun	110G	110G
M Sunshine Mining	32B	30B
F Swissair	1093G	1080G
F Taisei Kens.	2,3	2,45G
M Tandy	94,8	94,8
F Tenneco	105,5	107,4exD
D Texaco	91,6	91,6
D Thomson-CSF	57G	57G
D Thorn Emi	23G	23G
D Tokyo Pac	290G	290G
F Tokyo Sanyo El	6G	6G
F Trio Kenwood	7,4G	7,4G
F TRW Inc.	200G	199G
D Toray	4,4T	4,4T
D Toshiba	4,25G	4,25G
D UAL	77G	77G
H Unilever	205	205
F Union Carbide	170exD	170G
D Uniroyal	42bG	42bG
F United Techn.	169	170bG
F US Steel	73,6	73exD
M Vaal Reefs Expl.	245,5	245,5
D Ver.-Stork	73,5G	73,5G
D Volvo A	141G	141G
D dgl. Nam B	141G	141G
F Warner Commun.	58	58
F Warner Lambert	78G	76
F Wells Fargo	90G	90
M Western Deep L.	116	116
M Western Mining	8,3	8,3
F West.-Utrecht H.	90,5	94
D Xerox Corp.	119	119

Wir trauern um Herrn

Dr. Gerhard Prinz

der am 29. Oktober 1983 im 55. Lebensjahr verstorben ist.

Herr Dr. Prinz hat 12 Jahre dem Beirat unserer Gesellschaft angehört.

Sein Rat und sein Urteil waren uns eine wertvolle Hilfe. In seiner liebenswürdigen Art war er uns ein guter Freund.

Er wird uns unvergessen bleiben.

Brauerei Beck & Co
Gesellschafter, Beirat und Geschäftsleitung

Dr.-Ing. Paul Nedderhut

* 5. 3. 1904 † 30. 10. 1983

In Liebe und Dankbarkeit
Hertha Nedderhut geb. Schäfer
Klaus-Volker Nedderhut
und **Frau Erika** geb. Specht
Werner Boesenberg
und **Frau Annegret** geb. Nedderhut
Anette, Thorsten, Kai, Peter und Lars.

Holzminden, den 1. 11. 1983
Über dem Gerichte 51

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 3. November 1983, um 11.00 Uhr von der Friedhofskapelle, Allerheimer Str., aus statt.

Ausführung: Bestattunghaus Dienmer, Holzminden

Wir trauern um unseren langjährigen Gebietsverkaufsleiter Herrn

Sebastian Otto Müller

der am 26. Oktober 1983 im Alter von 79 Jahren gestorben ist.
Bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand im Jahre 1969 hat Herr Müller 38 Jahre lang seine Kenntnisse und Fähigkeiten mit großer Energie und Ausdauer in den Dienst unserer Vertriebsorganisation gestellt. Seine Loyalität und seine liebenswürdige Menschlichkeit sicherten ihm stets für seine verdienstvolle Arbeit Vertrauen und Anerkennung.
Wir werden Herrn Müller ein ehrendes Andenken bewahren.

Vorwerk & Co.
Elektrowerke KG

Geschäftsführung und Vertriebsleitung

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Tel.: Hamburg (0 40) 3 47 – 43 80 – 39 42 o. – 42 30
Berlin (0 30) 25 91 – 29 31
Kettwig (0 20 54) 5 18 und 5 24

Telex: Hamburg 2 17 001 77 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Wir betrauern den unerwarteten Tod unseres Aufsichtsratsmitglieds

Dr. jur. Gerhard Prinz

Vorsitzender des Vorstands der Daimler-Benz AG

Der Verstorbene gehörte dem Aufsichtsrat unseres Unternehmens seit 1979 an.

Wir verlieren mit ihm einen Ratgeber, in dessen Person sich großes fachliches Wissen, unternehmerischer Weitblick und hervorragende menschliche Eigenschaften vereinigten.

Für seinen wertvollen Rat und seine Unterstützung schulden wir Herrn Dr. Prinz aufrichtigen Dank.

Wir werden ihn nicht vergessen.

MANNESMANN AKTIENGESELLSCHAFT
Aufsichtsrat und Vorstand

Düsseldorf, den 2. November 1983

O Herr, gib jedem seinen eigenen Tod.
Das Sterben, das aus jenem Leben geht,
darin er Liebe hatte, Sinn und Not.

Prof. Dr. med. Wilhelm Rüsken

* 28. 7. 1906 † 27. 10. 1983

Dr. med. Lucie Rüsken, geb. Brosowski
Dr. med. Cordula Kutzler, geb. Rüsken
Ulrike Dennert-Rüsken, geb. Rüsken
Mechthild Mayes, geb. Rüsken
Reinhart Rüsken
Prof. Dr. rer. nat. Kurt Kutzler
Dipl.-Ing. Gorch Dennert
John Mayes
Susanne, Roland und Julius Percy
Hildegard Nicolas

2000 Hamburg 52
Corinthstraße 26

Wir nehmen Abschied am 4. 11. 83, 13.00 Uhr, in der Kapelle des Nienstedtener Friedhofes, Rupertistraße.

VIELE REDEN VOM FRIEDEN.



WIR ARBEITEN FÜR IHN.

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
Werner-Hilpert-Straße 2
3500 Kassel
Postscheckkonto
Hannover 1033 60 - 301

Dr. Mildred Scheel



Viel ist erreicht.
Viel mehr bleibt zu tun:
Spendenkonto 909090 bei allen Banken, Sparkassen und Postscheckamt Köln 909090-501.
Dem Leben zuliebe
Deutsche Krebshilfe e.V.

Abgeschoben - gut aufgehoben?

WALTON MASTERS, MÜNCHEN

Der wunde Punkt! Kinder allein lassen und den Fernseher zum Alleinunterhalter zu befördern, ruft bei Kindern nur Einsamkeit und Enttäuschung hervor! Das beste Unterhaltungsprogramm für ein Kind ist das gemeinsame Spiel mit den Eltern. Wer in unserem Land etwas für Kinder tut, tut das Beste für die Zukunft.



Fragen Sie uns – wir helfen weiter. Helfen auch Sie mit – durch Ihre Spende: PSchAmt München, Kto-Nr. 440 809.
Deutsches Kinderhilfswerk e. V.
Langwieder Hauptstr. 4,
8000 München 60.

Das Deutsche Kinderhilfswerk e. V. dankt für die kostenlose Einschaltung dieser Anzeige.

Wegen der Arbeitsruhe am Buß- und Bettag fehlt uns wichtige Zeit bei der Vorbereitung unserer Wochenendausgabe vom 19. November.

Wir bitten deshalb unsere Inserenten:

Schicken Sie Anzeigenaufträge für die Samstag-Ausgabe vom 19. November möglichst frühzeitig an uns ab

Sie helfen uns damit, Ihre Aufträge mit üblicher Sorgfalt ausführen zu können.

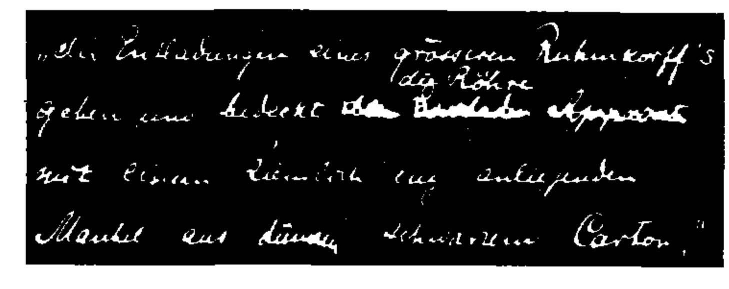


4300 Essen 18 (Kettwig)
Im Teelbruch 100
Telefon (0 20 54) 10 11
Telex 8 579 104

1000 Berlin 61, Kochstraße 50
Telefon (0 30) 2 59 11
Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1
Telefon (0 40) 34 71
Telex 2 17 001 777

Seit dieser Notiz war der Mensch durchschaut.



Sie stammt aus dem Jahre 1895, aufgeschrieben von Wilhelm Conrad Röntgen*) und verkündet eine wissenschaftliche Sensation: die Entdeckung von Strahlen – von Röntgen selbst X-Strahlen genannt – welche die Eigenschaft haben, Körper mit unterschiedlicher Dichte ohne Brechung zu durchleuchten. Im Labor hatte der Physikprofessor dies zunächst an Papier, Hartgummi, Bleiblechen und an der Hand seiner Ehefrau Bertha getestet.

Dann wagte Röntgen die „Premiere": vor einem staunenden Auditorium der Würzburger Universität durchstrahlte er am 23. Januar 1896 die Hand des Anatomen Albert von Köllicker. Ein Jahrhundertereignis der Physik wurde zur Sternstunde der Medizin. Die wissenschaftliche Welt bedankte sich im Jahre 1901 bei Wilhelm Conrad Röntgen mit der Verleihung des ersten Nobelpreises für Physik.

Auch heute – fast ein Jahrhundert nach der Entdeckung der Röntgenstrahlen – bleibt Forschung Wagnis, kaum vorausberechenbar. Heute mehr denn je bedarf es privater Forschungsinitiativen, damit der Mut zum Risiko auch in der Wissenschaft erhalten bleibt.

*) * 27. 3. 1845 in Lennep; † 10. 2. 1923 in München.

Als Gemeinschaftsaktion der deutschen Wirtschaft für die Wissenschaft fördert der Stifterverband aus Spenden seiner Mitglieder und Förderer und aus den Etats der von ihm betreuten Stiftungen – unabhängig vom Staat – Wissenschaft und Forschung in unserem Land. Auch die medizinische Forschung. Hier sind unsere Schwerpunkte die Krebsforschung – vor allem die Früherkennungsforschung – und die Erforschung der Multiplen Sklerose. Aber auch die Erforschung der körpereigenen Immunabwehr. Bereiche, von denen wir uns immer bessere Heilungschancen versprechen.

Alles, was wir tun, wo immer wir fördern, ob in den Natur- und Geisteswissenschaften oder bei der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit, aber auch bei der Förderung des Dialogs zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit, dient nur einem Ziel: mitzuhelfen, daß unser Land auch künftig zu den führenden Wissenschaftsnationen zählt.

Schreiben Sie uns, wenn Sie gemeinsam mit uns etwas für die geistige Zukunft unseres Landes tun möchten. Wir informieren Sie gern über alle Möglichkeiten, sich an einer der wichtigsten Gemeinschaftsaktionen unserer Zeit zu beteiligen. Damit wissenschaftlicher Fortschritt unsere Wettbewerbschancen auf den Weltmärkten von morgen sichert.



GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

VERTRIEBS-LIZENZVERGABE
WELTNEUHEIT

für die einfachste vorgeleimte Tapetenfliese der Welt. Ohne Konkurrenzdruck. Verdienst: ca. **DM 100 000,– p. a.** und mehr möglich. Eigenkapital: DM 6 000,– für Vertriebslizenz, regionale Alleinrechte, erste Warenübernahme etc. Wirklich ernsthaft Interessierte vereinbaren bitte einen Gesprächstermin.
Neuheiten-Vertrieb, Tel. 0 61 02 / 5 30 97

Leistungsfähiges Unternehmen mit eigener Großimkerei und Forschungslabor bietet eine attraktive Palette an **Bienenerzeugnissen (Sortenhonige, Blütenpollen-, Gelee Roy Le- und Propolis-Spezialitäten, Honigwein, Bienenkosmetik-Serie etc.)** Seriöse und gut eingeführte Handelsunternehmen/-vertretungen zum Vertrieb für die Postleitzahlgebiete 1000, 2000, 3000, 4000, 5000, 6500, 6600, 6700, an.
Kontaktaufnahme unter Pronatura GmbH, Postfach, 8121 Polling/Obb., Tel. 08 81 / 30 15

Limited statt GmbH?

Vermögenssicherung, Haftungsausschluß, Gewerbefreiheit, Steuerersparnis, Lizenzgebühren, Bankgeheimnis etc. Wenn Sie Fakten wollen statt Halbwahrheiten, dann fragen Sie bitte uns:

Roger und Wolfgang, die Anwälte, Philip und Heribert, die Wirtschaftsprüfer, Joe und Michael, die chartered secretaries, Fred, den Banker, Maurice aus Gibraltar und Jim von den Kanalinseln, Verena und Albert, die Berater.

MBC Derbyspring Ltd. – die Experten
9–15 Leonard Street
London EC2A 4HP
Tel. 0 04 41 / 2 51 92 01, Telextx. 2 64 079 Leonar G

Urlaubsvergnügen kann man kaufen

Wir suchen für unser erfolgreiches System „Urlaubsvergnügen auf Aktien" die gewandten und erfolgreichen Verkäufer für alle PLZ-Räume – **im Nebenberuf** – Jahresverdienstmöglichkeit 50 000 bis 100 000 DM. Ihre Eintrittskarte 10 000 DM Kaution (kann auch finanziert werden).
Eilofferten u. 25–AK89 Publicitas, Gubelstraße 19, CH–6300 Zug

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

STELLENGESUCHE



Dipl.-Ing. Stadt- u. Regionalplanung

29, verh., Schwerpunkte: Öffentlicher Raum, Orts- und Stadtbildpflege, Denkmalpflege, Bauleitplanung, Bau- und Planungsrecht. Wunsch: Anfangsstellung im Bereich der Stadtplanung bei Behörde, Planungsbüro, Verband, Forschungsinstitut oder Siedlungsgesellschaft im In- oder Ausland.

Auskünfte erteilt: Herr Heine
Fachvermittlungsdienst Berlin, Charlottenstraße 90-94
1000 Berlin 61, ☎ 030/25 84-424, -298, FS 183529

Dipl.-Übersetzerin

Englisch, Französisch, Sachfach: internationales Recht, Vordiplom Erziehungswissenschaft, gute Spanischkenntnisse, langjährige Erfahrung in der Erwachsenenbildung als Sprachdozentin, Erfahrung in Jugendarbeit, freie Übersetzertätigkeit (Fachtexte aus Erziehungswissenschaft, Psychologie, internationalem Recht, Medizin, Belletristik); sucht neuen Wirkungskreis.

Auskünfte erteilt: Frau Reetz
Fachvermittlungsdienst Berlin, Charlottenstraße 90-94
1000 Berlin 61, ☎ 030/25 84-215, FS 183529

Historiker, Dr. phil.

mehrjährige Lehrtätigkeit an PH und Universität mit Schwerpunkten in der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Stadt, Veröffentlichungen insbesondere zur Handwerksgeschichte, mehrmonatiges Museumspraktikum mit Dokumentationstätigkeit, Berater für Zunftfragen bei Großausstellung, z. Z. freier Mitarbeiter in Volkskundemuseum; sucht Tätigkeit im Museums-, Archiv- oder Dokumentationsbereich; baut auch gern gegen Teilzeitbezahlung Kombination von Museum und Archiv in kleiner Stadt auf.

Auskünfte erteilt: Frau Reetz
Fachvermittlungsdienst Berlin, Charlottenstraße 90-94
1000 Berlin 61, ☎ 030/25 84-215, FS 183529

Dr. Ing. Vermessungsassessor

36, Lehre und Forschung auf dem Gebiet Markscheidewesen und Bergschadenkunde, eingehende Kenntnisse in Bau- und Bodenrecht und der Grundstückswertermittlung, praktische Erfahrungen in der Kataster- und Ingenieurvermessung, Kenntnisse und Erfahrungen in der EDV (Programmiersprache FORTRAN).

Auskünfte erteilt: Frau Kreutzer-Model
Fachvermittlungsdienst Berlin, Charlottenstraße 90-94
1000 Berlin 61, ☎ 030/25 84-300, FS 183529

Dr.-Ing., Ing. (grad.) Agrikulturchemie

39, Dissertation über Verwertbarkeit von Siedlungsabfallkomposten; mehrj. Laborerfahrung in anorganischer Analytik, speziell Schwermetalle und Metalloide, von Böden, Pflanzen und Abwasser; Entwicklung und Modifizierung von Aufschluß und Meßverfahren für die AAS-Analyse; Lehrtätigkeit; sucht Tätigkeit in Forschung und Labor auf dem Gebiet Umweltschutz und Ökologie, Bodenhygiene, Abfallbeseitigung und -verwertung sowie Abwasser.

Auskünfte erteilt: Herr Heine
Fachvermittlungsdienst Berlin, Charlottenstraße 90-94
1000 Berlin 61, ☎ 030/25 84-424, -298, FS 183529

Dipl.-Volkswirt/Dr. rer. pol.

39, verh., habilitiert. 11 Jahre Berufstätigkeit in Lehre und Forschung an Forschungsinstituten und Universitäten. Spezialisierung: Internationale Handels- und Währungspolitik, Internationale Finanzmärkte, Entwicklungspolitik; sucht Tätigkeit in Forschungs- und Wirtschaftsberatungs-Instituten, in volkswirtschaftlichen Abteilungen.

Auskünfte erteilt: Herr Klug
Fachvermittlungsdienst Bremen, Außer der Schleifmühle 4
2800 Bremen 1, ☎ 0421/3077-273, FS 245910

Dipl.-Ing. Bauwesen

42, für Ingenieurbau, Hoch- und Tiefbau sowie schlüsselfertiges Bauen, kostenbewußt und führungserfahren in Bauleitung, Planung und Kalkulation bei Bauausführungen in großen Bauunternehmungen der Bauindustrie; sucht verantwortungsvollen und ausbaufähigen Aufgabenbereich im Raum Hamburg oder Umgebung.

Auskünfte erteilt: Herr Fenger, **Fachvermittlungsdienst Kiel**
Muhliusstraße 38, 2300 Kiel 1, ☎ 0431/907-343, FS 292673

Dipl.-Ing. Elektronik/Nachrichtentechnik

47, 19 Jahre Industriepraxis, mehrjährige Vertriebserfahrung im Bereich beratungsintensiver Geräte und Systeme, vorwiegend der Meß- und Regeltechnik; sucht verantwortliche und selbständige Position im technischen Vertrieb oder Service, möglichst im Großraum Hamburg.

Auskünfte erteilt: Frau Rave
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16
2000 Hamburg 1, ☎ 040/248 44-2392, FS 2163213

Anerkannter Sachverständiger, Dipl.-Ing. Elektronik

32, 2. Bildungsweg, Ausbildung als Fernmeldehandwerker, Studium der Nachrichtentechnik, 8 J. Erfahrung als Projekt- und Abnahmeingenieur in Inspektions- und Klassifikationsgesellschaften für Industrie- und Schiffsanlagen, gute Englischkenntnisse; sucht ausbaufähige Stellung als (freier) Ingenieur und Sachverständiger für Bauüberwachung, Abnahme, Revision und Brandschutz im Großraum Hamburg.

Auskünfte erteilt: Frau Rave
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16
2000 Hamburg 1, ☎ 040/248 44-2392, FS 2163213

STELLENANGEBOTE

G. S. Troller über den Sexfilmer Russ Meyer

„Alles ist grotesk bei ihm"

Parodistische Pornos sind Russ Meyers Markenzeichen. Berühmt ist der amerikanische Filmemacher für die ungeheuerlichen Oberweiten seiner Stars. „Russ Meyer ist ein sogenannter Kultfilmer. Seit 25 Jahren bedient er sich dreier Ingredienzien: Sex, Gewalt und Autos. Das sind drei Dinge, die die Amerikaner am meisten interessieren." Das sagt Georg Stefan Troller über seine neueste „Personenbeschreibung", eine ZDF-Sendung, nach der Troller-Fans seit über einem Jahrzehnt geradezu süchtig sind.

„Russ Meyer ist kein Porno-Filmer. Er macht sich lustig über eine Besessenheit seiner Landsleute. Über ihre Besessenheit von großen Busen, großen Autos und von Gewalt. Russ Meyer weiß um diese Besessenheit, die in seinen Filmen zum Ungeheuerlichen wird. Und weil er um die Dinge weiß, kann er sie mit allen Tricks eines Humoristen genüßlich vor uns ausbreiten. Er ist ein Parodist, und diesen Parodisten ziehe ich noch einmal durch den Kakao", so Georg Stefan Troller zur „WELT". Doch Troller befürchtet, daß das Fernsehpublikum diesen Spaß kaum mitbekommt.

Sein Beitrag über den amerikanischen „König der Kurven" und mehrfachen Millionär bezeichnet Troller als „Spaßfilm". „Alle zwei Jahre leiste ich mir einen solchen Spaßfilm, um etwas Belebung unter die Serie meiner sonst ernsten Filme zu bringen", meint Troller, der seit den sechziger Jahren für sein „Pariser Journal" und nun seit 1971 für seine „Personenbeschreibungen" von einem großen Fernsehpublikum geschätzt wird.

Liv Ullmann, Peter Handke, Lindsey Kemp, Charles Bukowski oder früher Jean Cocteau, Coco Chanel oder Juliette Greco hießen die Berühmtheiten, die Troller porträtierte. Heute interessieren den in Paris lebenden Österreicher mit amerikanischem Paß immer mehr solche Leute, die außer ihrer Individualität eine Idee haben, eine Lebensvorstellung, für die sie sich einsetzen. „Berühmtheiten sind meist Routiniers der Selbstdarstellung. Da kann man kaum noch am Image kratzen".

An Russ Meyer, den Troller als „Pionier des humoristischen Sexfilms" bezeichnet, interessierte ihn das „Böse". „Früher hat er Filme mit sehr viel Tiefgang gemacht. Das waren ganz eigentümliche Filme, in denen jeder böse war. Das hat mich interessiert." Allerdings kannte Troller diese Filme zunächst überhaupt nicht. „Man übersieht ja tausend Dinge. Auf Russ Meyer wurde ich durch einen tollen Artikel im ‚Spiegel' aufmerksam. Danach sagte ich mir: Diesen Mann will ich kennenlernen", berichtet Troller auf meine Frage, wie er auf Meyer aufmerksam wurde.

Personenbeschreibung – ZDF, 22.10 Uhr

Leute, wie Troller sie für seine Filme sucht, sind immer schwieriger zu finden. „Wenn Leute Ideen haben, dann haben sie sie meistens im Kopf. Aber ich muß jemanden finden, der sie lebt und sein Leben vor der Kamera darstellt. Ohne Angst und Verlogenheit." Bei Russ Meyer war das ein leichtes Spiel. Er gibt unumwunden zu, daß er als ernsthafter Filmemacher anerkannt werden möchte.



Immer auf der Suche nach außergewöhnlichen Menschen: Georg Stefan Troller (61) FOTO: KEYSTONE

„Nicht zu Unrecht", so Troller. „Schließlich wurden seine Filme in der Royal Academy of Motion Pictures und in einer Retrospektive in der Pariser Cinématheque gezeigt." Und: „Er ist einer der letzten großen Eigenproduzenten. Er arbeitet ohne Studio, ohne Hollywood-Methoden", berichtet Troller über den in Los Angeles lebenden Filmemacher, der selber die Kamera führt und Autor, Regisseur und Cutter seiner zahlreichen Luststreifen ist.

Troller lacht noch heute über seine Zusammenarbeit mit Russ Meyer. „Alles ist grotesk bei ihm. Die Weiber sind grotesk, die Gegenden, in denen seine Filme spielen, sind grotesk. Da gibt es groteske Liebesszenen in der Wüste oder auf einem Autofriedhof. Das ist einfach zum Lachen. Dabei ist er überzeugt, daß er die Frauen in seinen Filmen verherrlicht. Er will kein Chauvi sein. Bei ihm hätten die Frauen das Sagen. Sie suchen sich schließlich die Männer aus, die vergewaltigt werden."

CONSTANCE KNITTER



Zum neuen **Leiter des deutschsprachigen Dienstes der BBC** als Nachfolger von Hans Jäcker ist der auch als Schriftsteller und Übersetzer hervorgetreten. Rundfunkjournalist Victor Price (53) berufen worden. Der Nordire Price, der im Januar 1984 sein Amt antritt, ist ein langjähriger Profi der BBC-Auslandsdienste. Er hat Deutsch studiert und war eine Zeitlang Englisch-Assistent an einem Gymnasium in Schleswig-Holstein. Für den angesehenen Universitätsverlag Oxfort University Press übersetzte er die Werke Georg Büchners. Der deutschsprachige Dienst der BBC besteht seit 1938. he.

*

Die internationale Musikverlagsmesse **Midem** in Cannes nimmt 1984 erstmals einen internationalen Markt für Radioprogramme auf. Damit soll – laut Generalkommissar Bernhard Chevry – „der weltweiten Entwicklung der neuen Medien" und vor allem dem „außerordentlichen Radioboom" Rechnung getragen werden. Allein in den USA, rechnete Chevry vor, gebe es 7800 Radiosender, von denen 1300 zeitweise und 1200 ausschließlich in Fremdsprachen senden. Hörfunk-Programme würden bereits erfolgreich international gehandelt. – Eine erste Neuerung hatte die ursprünglich auf U-Musik beschränkte Midem in diesem Jahr eingeführt, als sie der klassischen Musik eine eigene Abteilung öffnete. (AFP)

KRITIK

Verwegene Kombination

Das Multi-Jubiläenjahr 1983 führt bisweilen zu verwegener Kombinatorik. Da sich am 14. März der Todestag von Karl Marx zum 150. Mal gejährt hat, und da der 500. Geburtstag Martin Luthers unmittelbar bevorsteht, so ergab sich halt für das ZDF die Kombination **„Luther und Marx"**. Und hierüber führte Gottfried Edel ein Gespräch mit dem Theologen Helmut Gollwitzer. Der kombinierte fröhlich weiter: Wie das Genie Luther das Talent Philipp Melanchthon, so habe das Genie Marx das Talent Friedrich Engels um sich gehabt. Beide – Melanchthon und Engels – seien im Grunde Simplifikateure gewesen. Engels – so Gollwitzer weiter – habe die marxistische Lehre vergröbert, dogmatisiert. Und von Engels führe dann eine klare Linie zu Lenin.

Hier hätte wohl der Interviewer einhaken sollen. Denn einmal stimmt bei dieser These nicht die Parallele zu Melanchton, der sich als vermittelnder, kompromißbereiter Humanist die Gegnerschaft von eher dogmengläubigen Lutheranern zuzog. Zum anderen ist die Wertung von Engels nur teilweise richtig. Der hatte gewiß Anteil an der Petrifizierung des Marxismus zum Diamat, doch andererseits hielt er viel mehr von evolutionärer, friedlicher Entwicklung als der Revolutionär Marx.

Nun, was diesem recht war, müßte anderen Jubilaren dieses Jahres – etwa Richard Wagner und Franz Kafka – billig sein. Vielleicht bilden sie auch noch mal ein TV-Gespann mit Luther.

Einen Solo-Auftritt bekam Luther dann in Gottfried Edels **„Luther und die Sache mit Gott"**. Den Luther mimte Will Quadflieg, aber ihn – der mehr an den Hauptmannschen „Michael Kramer" in der Noelte-Inszenierung am Hamburger Thalia-Theater erinnerte – verband eigentlich mit dem Reformator nur der schwarze Rock. Wie überhaupt die Verbindung von Elementen des Spielfilms mit einer lehrhaften Dokumentation nicht sehr überzeugend wirkte.

GISELHER SCHMIDT





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau
10.23 Es wird a Wein sein
11.55 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.30 Tagesschau
16.15 Tibet
17.00 Klamottenkiste
Billy macht das Erbe locker
17.15 Da schau her!
17.45 König Rollo
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau
20.15 Rote Erde
9teiliger Film von Peter Stripp
4. Bruno und Pauline
Bruno kehrt nach zweijähriger Dienstzeit in die Siedlung zurück. Pauline und Erna waschen am Brunnen Wäsche, als er die Straße entlangkommt. Bruno ist endgültig ein Mann, Pauline eine junge Frau geworden, was beide betroffen und verlegen macht. Sie gehen zu Pauline nach Hause. Der alte Boetzkes bietet Bruno an, in seinem Haus zu wohnen, er brauche nur sein Essen und Trinken zu bezahlen. Bruno und Pauline wollen heiraten. Pauline ist katholisch, und sie werden sich nicht einig, in welcher Konfession sie sich trauen lassen wollen
21.15 Scheibenwischer
Eine Kabarettsendung von und mit Dieter Hildebrandt
22.00 Tagesthemen
22.30 Fußball-Europapokal
2. Runde – Rückspiele
Europapokal der Landesmeister:
Hamburger SV – Dinamo Bukarest
Europakokal der Pokalsieger
1. FC Köln – Ujpest Budapest
UEFA-Pokal
Werder Bremen – Lokomotive Leipzig
Bayern-München – PAOK Saloniki
24.00 Tagesschau

ZDF

15.25 Enorm in Form
16.00 heute
16.04 Bettkantengeschichten
David und die Riesen
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Buschmann muß man sein
Filmbericht aus Namibia über den Alltag einer Familie
Von Caroline und R. H. Materna
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Dutch Swing College Band
17.50 Das geht Sie an
Energiesparen mit der Wärmepumpe?
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.00 Der Weg nach Oregon
Die Goldlady
19.00 heute
19.30 Das Weib schweige in der Kirche
Film von Christine Lemmen und Angelika Schmidt-Biesalski
20.15 ZDF Magazin
Themen: Vor der Endrunde in Genf – Fragen an Jürgen Todenhöfer / Stimmen aus Amerika zur Lage im Bündnis / Mittelstand warnt vor 35-Stunden-Woche / Militärdrill in „DDR"-Schulen
Moderation: Gerhard Löwenthal
21.00 heute-journal
21.20 *mittwochslotto – 7 aus 38*
21.25 Der Denver-Clan
Sammy-Jo zu Ehren
22.10 Personenbeschreibung
Russ Meyer – Sex, Gewalt und Autos
Von Georg Stefan Troller
22.40 Apropos Film
Terence Hill dreht Don Camillo und Peppone
23.25 heute
Anschl.: Franz Alt



Mönche beim Gebet: Szene aus dem Film „Tibet – Wo die Berge den Himmel berühren", um 16.15 Uhr in der ARD FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
21.45 Auslandsreporter
Tödliche Ernte
Opiumanbau im „Goldenen Dreieck"
22.15 The Atomic Café
Amerik. Dokumentarfilm, 1982
Original mit Untertiteln
23.35 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Deutschlands grüne Inseln
19.15 Indien – Land ohne Hoffnung
19.45 Hafenplatz Hamburg (7)
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Politik am Mittwoch
22.05 Der Film-Club
Vampyr – Der Traum des Allan Gray
Regie: Carl Theodor Dreyer
23.05 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Marco (14)
18.55 Ludwig (7)
19.00 Zwischen Euphrat und Tigris
Von Ninive und Nimrud
18.30 Norwich now (5)
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Das aktuelle Thema
21.15 Drei aktuell
21.30 Autoreport
21.35 Halbzeit
21.55 Treffpunkt im Unendlichen

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Englisch (7)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Reden ist Gold
20.15 Reisewege zur Kunst: Israel
21.00 Die Straße der Erfolgreichen
Regie: Michael Curtiz

BAYERN

18.15 Tele-Ski (7)
18.45 Rundschau
19.00 „Und das soll meine Tochter sein"?
19.45 Der junge Garibaldi (3)
20.35 Hidalgo
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Z. E. N.
21.50 Teleclub
Kino Kino
22.20 Teleclub
Via Tuscolana 1520
23.05 Rundschau
23.10 News of the Week

Nummern zählen

egw – Wer in Wien der von Wilhelm Busch („Schön ist ein Zylinderhut, wenn man ihn besitzen tut") festgenagelten Sucht nach Repräsentation erlegen ist, der möchte, hat er nun sechs oder gar acht Zylinder unter der Haube, diese gern noch deutlicher vor die Außenwelt bringen. Ein überaus menschliches Bedürfnis, dem seit jeher die Polizei Verständnis entgegengebracht hat. Handelte es sich doch meist um Regierungswagen und waren es, mindestens früher, die Karossen einflußreicher Personen, die weithin sichtbar als bessere Menschen erscheinen wollten.

Ihnen also wurden die niederen Autonummern vorbehalten, was die Begehrlichkeit anderer nicht ganz so bedeutender Personen weckte, die zu manchem Opfer für eine dreistellige oder gar nur zweistellige Autonummer bereit waren. Unterderhand werden diese auch heute noch mit vielstelligen Summen gehandelt, was die Presse, diese doch mitunter recht lästige Mahnerin des öffentlichen Gewissens, kürzlich wieder zu einem Aufschrei veranlaßte, wonach auch Polizeibeamte an dem Geschäft beteiligt seien. Daß niedere Nummern nach wie vor begehrt sind, wird um so verständlicher, als sie eine beruhigende Wirkung auf verkehrskontrollierende Beamte ausüben. Nur höhere Nummern stechen diesen ins Auge, das sie den Niedern gegenüber gern zudrücken. Das wird ihnen dadurch erleichtert, daß sie gemäß Vorschrift „nach Ermessen" handeln können, z. B. wenn sie in Halteverbotszonen Strafzettel austeilen. Solche finden sich keineswegs auf allen falsch parkenden Wagen, und schon gar nicht auf solchen mit kleiner Nummer.

Wien hat, zum Unterschied zu anderen Städten, wohl darin eine Eigenart, daß Autos je nach der Höhe ihrer Nummer auch im allgemeinen Bewußtsein eingestuft werden. So ist alles über hunderttausend weniger fein und ein Schönheitsfehler am Statussymbol. Ein Rolls-Royce mit der Nummer 650 145 wäre einfach undenkbar. Wer so viel Geld für einen Wagen ausgibt, muß eben den Betrag für den Schleichpreis einer niederen Nummer aufbringen.

Erinnerungen an eine Kindheit in der schwedischen Provinz: Ingmar Bergmans letzter Film „Fanny und Alexander"

Verbrennt doch endlich den Bischof Vergérus!

Im Schein einer Laterna Magica verwandelt sich das Zimmer des zehnjährigen Alexander Ekdahl in ein Zauberkabinett. Der Junge wirft Glasbilder auf die Tapete des dunklen Raumes, und er erfindet für seine achtjährige Schwester Fanny und für die Cousinen Gruselgeschichten dazu: Wenn seine Phantasie allzu üppig ins Kraut schießt, schreien die kleinen Mädchen vor Schreck. Alexander entpuppt sich als Künstler, als Geschichtenerzähler von Rang. Er ist Ingmar Bergmans kindliches Alter ego und der eigentliche Held in „Fanny und Alexander", dem jüngsten Film des Regisseurs, denn Fanny bleibt immer im Schatten des von ihr bewunderten Bruders, dem sie auf Schritt und Tritt folgt.

Bergman hat diesen Film offiziell zu seinem letzten erklärt, was dem dynamischen Fünfundsechzigjährigen niemand so recht glauben mag. „Fanny und Alexander" ist ein heiteres und ungewöhnlich sinnenfreudiges Opus, das zeigt, so Bergman, „wie sehr ich das Leben liebe und genieße". In keinem seiner Filme wurde je soviel gegessen, gesungen, getanzt und geliebt. Freilich hat er auch all seine früheren Obsessionen hineingepackt in dieses Werk, das sich folglich wie eine Summa seines Lebens ansieht. Gelungen ist Bergman hier ein Stück hinreißender Kinounterhaltung von gut drei Stunden Länge. Die Originalfassung, die der Regisseur für das schwedische Fernsehen gedreht hat und die unlängst auch auf der Biennale von Venedig gezeigt wurde, dauert sogar knappe sechs Stunden.

„Um die Freuden des Lebens spiegeln zu können", so Bergman, „habe ich durch die Augen eines Kindes blicken müssen." Und so ist ein großer Teil des Geschehens aus Alexanders Sicht geschildert, ein weiterer aus der seiner Großmutter Helena, einer ebenso lebensklugen wie kultivierten alten Dame, die im übrigen – zumindest für ihren langjährigen Hausfreund, den jüdischen Antiquar Jakobi – nicht ohne erotischen Reiz ist.

Eine Kindheit in der schwedischen Provinz anno 1907. Eine stattliche Villa voller charmanter, wenngleich höchst bürgerlicher Käuze, die sich in ihrer „kleinen Welt" vor den Widrigkeiten des Daseins zu verschanzen suchen, was ihnen manchmal sogar glückt. Ihr Leben leuchtet der Film bis in den kleinsten Winkel aus. Doch ist „Fanny und Alexander" keine Familienchronik. Eher eine imposante Tapisserie, prall ausgefüllt mit Bildern, die einen ganzen Roman erzählen: mal episch breit, überbordend und zum Platzen deftig, dann wieder konzentriert und leise im Kammerspielton.

In Helena Ekdahls Haus bereitet man die Weihnachtsfeier vor. Um die alte Prinzipalin herum versammeln sich ihre drei Söhne und deren Familien, die Dienerschaft im feinsten Staat und das fidele Schauspielervolk jenes Theaters, das schon lange in Familienbesitz ist und das jetzt von Oscar Ekdahl, Alexanders Vater, geleitet wird. Beim ausgedehnten Festessen lernen wir die Familie näher kennen.

In der Fernsehfassung scheint dieser Schmaus kein Ende zu haben. Da wird der Zuschauer gleichsam in den Kreis der Gäste hineingezogen. Immer wieder tastet Sven Nykvists Kamera genüßlich die mit Gaumenfreuden vollgepflasterte Tafel ab, deren Düfte man förmlich riechen kann. Und wenn die Tischgenossen in einer langen Reihe singend durchs Haus ziehen, streift auch die Kamera durch die opulenten, braunrot-plüschigen Interieurs dieses kleinen bürgerlichen Paradieses, das Bergman zwar mit sanfter Ironie, aber ohne jeden Sarkasmus ausmalt.



Das Alter ego eines großen Regisseurs: Der Junge Ekdahl (Bertil Guve) in Ingmar Bergmans Film FOTO: TOBIS

In der gekürzten Kinofassung wird naturgemäß weitaus weniger geschmaust, aber immer noch genug, um dem Zuschauer die Helden warm ans Herz drücken zu können. Da ist Oscar, ein guter Theaterdirektor, aber miserabler Schauspieler, der wenig später bei den Proben zu „Hamlet" – höchst widerwillig in die Rolle des Geistes geschlüpft – auf der Bühne zusammenbricht und kurz darauf stirbt, was für Alexander zur ersten traumatischen Begegnung mit dem Tod wird. Der tote Vater begegnet dem Jungen mit der gefährlich ausschweifenden Phantasie noch so manches Mal als, wenn auch schüchternes, Gespenst.

Helenas zweiter Sohn Carl ist ein lauter, korpulenter Mann, starker Trinker und immer schwach bei Kasse. Seine devote Frau Lydia, von deutscher Herkunft, nennt ihn seit über zwanzig Jahren hartnäckig „mein Carlchen" und hat ihn damit am Ende wohl daran gehindert, ein Mann zu werden. Der Prinzipalin dritter Sohn schließlich, der positive Pol des Films, ist der lebenslustige, vitale Gustav Adolf, der die Frauen liebt und unter den verständnisvoll-duldenden Augen seiner Gattin ein hübsches Dienstmädchen schwängert. Ihr Baby wird später übrigens wie selbstverständlich in die Familie aufgenommen.

Der Todestag des Vaters ist für Alexander und seine Schwester Fanny der entscheidende Einschnitt. Emilie, die sensible und liebevolle Mutter der beiden, bislang begabteste Schauspielerin an ihrem Theater, schwört ihrem sinnenfrohen Leben ab und heiratet – man begreift nicht so recht, warum – den prinzipientreuen, kalten und strengen Bischof Vergérus, dem Alexander von Anfang an trotzig und feindlich gegenübertritt. Im kargen, düsteren Bischofshaus, das zu dem Ekdahlschen Wohnsitz in krassem Gegensatz steht, erleiden die Kinder drastische Strafen und Erniedrigungen; sie werden gezüchtigt und beim geringsten Anlaß im Dunklen eingesperrt bei Wasser und Brot. Vergérus will um jeden Preis ihren Willen brechen.

Auch hier wurden für die Kinofassung die kindlichen Qualen verkürzt, behalten aber ihre Schrecken. Bergman hat in „Fanny und Alexander" auch seinen schlimmsten Alptraum – den von der religiösen und erzieherischen Autorität – beschworen, und es zeigt sich, daß er ihn noch immer nicht bewältigt hat. Mit aller Erbarmungslosigkeit und ohne den geringsten versöhnlichen Zug wird der Kirchenmann gezeichnet, die weitaus negativste Gestalt des Films. Bergman läßt den Bischof denn auch – Alexanders Wunschtraum erfüllt sich! – in einer Feuersbrunst umkommen. Niemandem tut das ernstlich leid. Gräßlich verkohlt erscheint die Leiche in Alexanders Vision.

Zum Schluß sind die Kinder und auch ihre Mutter wieder im Schoß der Familie geborgen, Grund genug, aufs neue ein Fest zu feiern. Gustav Adolf hält eine große Tischrede über Sinn und Unsinn des Lebens und huldigt der „kleinen Welt" der Ekdahls, dem Glück im trauten Winkel. Aber die Idylle mißlingt. Am Rande des festlichen Trubels erscheint der Geist des Bischofs Vergérus, schwarz und unerbittlich, dem kleinen Alexander und droht ihm an, ihn niemals zu verlassen. Vor diesem Gespenst gibt es kein Entrinnen für Bergman/Alexander. „Die Welt der Kindheit", hat der Regisseur gesagt, „ist immer die unterste Etage meiner Werkstatt geblieben."

DORIS BLUM

Rundgang im Skulpturenpark von Middelheim

Balzac am Mittelmeer

Mehr als dreihundert Bildwerke bevölkern den wohl größten und zugleich ältesten Skulpturenpark. Er wurde in Middelheim an der Peripherie Antwerpens auf einem Gelände eingerichtet, das auch künftig noch weiteren Zuwachs vertragen kann. „Le but, c'est de croitre sans cesse" (Ziel ist, ständig weiter zu wachsen), meint Bürgermeister L. Craeybeckx, einer der Mitinitiatoren und gleichzeitig Präsident der beratenden Kommission für das Freilichtmuseum.

Schon 1342 wird Middelheim in einem Dokument erwähnt – als ein landschaftlicher Bereich, in dem zahlreiche Antwerpener Familien ihren Sommersitz gewählt hatten. Ein Teil dieses weiträumigen Gebiets ging 1910 in den Besitz der Stadt Antwerpen über. Allerdings beschloß erst am 6. November 1950 der Stadtrat von Antwerpen, dort ein Freilichtmuseum für Plastik zu gründen. Der Gedanke zündete um so mehr, als zur damaligen Zeit nirgends eine ähnliche Institution existierte.

In Antwerpen war man sich von vornherein einig, die Entwicklung der modernen Skulptur in ihrer ganzen Breite unter allen nur denkbaren Perspektiven ohne nationale Beschränkungen darzustellen. Trotz dieses breiten Ansatzes sind gewisse Lücken festzustellen – Bürgermeister Craeybeckx weist selbst darauf hin, daß noch Plastiken von Picasso, Brancusi und Pevsner fehlen. Immerhin enthielt der Park 1952, anläßlich des offiziellen Besuchs von König Baudouin, bereits 46 Arbeiten. Und als der Park 1967 von Königin Fabiola besucht wurde, waren es schon 84. Der offizielle Katalog, der 1971 erschien, verzeichnet dann 238 plastische Arbeiten. Das Ziel, unaufhörlich zu wachsen, scheint also realisiert.



„Wir wollen weiter wachsen": „Getting on" (1982) von Malcolm Poynter im Skulpturenpark von Middelheim FOTO: KATALOG

Das ist nicht nur den außerordentlichen finanziellen Anstrengungen Antwerpens und einigen großzügigen Geschenken zu verdanken, sondern auch zurückhaltenden Honorarforderungen mancher Künstler, die sich gern in so großartiger Gesellschaft sehen wollten und darum wertvolle Leihgaben auf unbestimmte Dauer zur Verfügung stellten. Außerdem haben die Biennalen, die in jedem zweiten Sommer stattfinden, nicht unbeträchtlich zum Wachstum beigetragen, da erst durch sie die Aufmerksamkeit auf manchen Künstler gelenkt wurde.

In der ständigen Ausstellung sind mindestens 15 deutsche, zum Teil weltbekannte oder durch Middelheim weltbekannt gewordene Bildhauer dabei, unter ihnen als die wichtigsten Ernst Barlach, Karl Hartung, Bernhard Heiliger, Gerhard Marcks, Ewald Mataré, Georg Kolbe, Gustav Seitz, Hans Uhlmann und unter den Jüngeren Ulrich Rückriem.

Läßt man sich auf den verschlungenen Wegen der in der Art eines englischen Parks angelegten Landschaftskompsition von Bildwerk zu Bildwerk treiben – oftmals denselben Weg aus einer anderen Richtung her wiederholend und dabei immer wieder Neues, vorher Übersehenes entdeckend –, so erlebt man eine überraschende Schau von Meisterwerken europäischer Plastik, die ohne provinzielle Ranküne und regionalen Engblick ausgewählt wurden. Daß dabei die belgische Plastik gebührend berücksichtigt wurde, ist schon deshalb gerechtfertigt, weil einer ihrer frühen Meister, Constantin Meunier, der erste ausgesprochen sozialkritische Bildhauer Europas war. In vielen seiner zahlreichen Bildwerken griff er Themen aus dem Arbeitsleben auf. Sein „Lastträger" (1905) ist dafür ein kennzeichnendes Beispiel.

Man sieht natürlich auch Bekanntes und zu Recht Berühmtes, wie den „Balzac" von Rodin, den „François Villon" von Gustav Seitz, „Das Mittelmeer" von Aristide Maillol, den berühmten „Dr. Koeberle" von Bourdelle und den „Flötenspieler" von Barlach (1936). Aber daneben taucht manches weniger Bekannte, doch höchst Anregende auf, wie der „weibliche Torso von Ewald Mataré (1933) oder die „Badende" von Emilio Greco (1956), die rundherum durch die wunderbaren Überschneidungen der Linien voll höchster Grazie imponiert. Middelheims Skulpturenpark lädt aber zu mehr als nur sommerlichen Spaziergängen ein.

HERBERT ALBRECHT

Trier: Stefan Andres' Komödie „Zeus lächelt"

Christen nach Bedarf

Trier feiert im nächsten Jahr sein 2000jähriges Stadtjubiläum. Im Reigen der Festveranstaltungen ist das Trierer Theater jetzt mit einer einschlägigen Premiere vorgeprescht. Es hat sich einer fast unbekannten Komödie von Stefan Andres erinnert, die just zu diesem Anlaß geschrieben sein könnte. „Zeus lächelt" heißt das liebenswerte Stück. Es wurde 1957 in Bonn uraufgeführt und dann nie wieder gespielt.

Stefan Andres war Humanist aus Leidenschaft; und er war Trierer durch Herkunft und sozusagen herbbittere Verbundenheit. So wurde dieses zeitbezüglich-spätantike Konversationsstück eine humanistische Komödie im römischen Trier des vierten Jahrhunderts. Damals war Trier so groß wie heute und Residenz der römischen Kaiser. Unter dem Schutz des großen Konstantin und seiner christlichen Mutter Helena hatte sich früh eine große Christengemeinde um den Trierer Bischof gebildet. Aber die alten Götter, Riten und Sekten waren daneben keineswegs ausgestorben. Das bezeugen archäologische Funde wie beispielsweise jenes geheimnisvolle Mysterienmosaik, das damals, kurz bevor Andres seine Komödie schrieb, der Zufall zutage förderte. Von ihm hat er sich offenkundig inspirieren lassen. Es zeigt die Geburt der Dioskuren aus dem Zwillingsei, dazu Leda und Zeus in Vogelgestalt, die freilich eher als Taube denn als Schwan zu identifizieren ist. Die satirische Deutung, die Andres dafür fand, dürfte die Archäologen mindestens ebenso verblüffen, wie sie die Zuschauer amüsierte.

Der Dichter betrachtet die Zeitläufte aus der überlegenen Perspektive Ben Akibas mit Humor, Nachsicht, menschlichem Verständnis und versöhnlicher Selbstironie: Es ist alles schon einmal dagewesen. Auch der – mitunter tragikomische – Kampf des Individuums gegen den allmächtigen Anspruch des Staates oder einer Religion, die Allmacht des Partei- oder Gebetbuches, die opportunistische Jagd nach dem richtigen Gebetbuch und das ständige Pech der Anständigen und Ehrlichen, die immer das falsche haben – wie der römische „Militäreffektenhändler" Ursus Pacificus Babo in Andres' Stück.

Ursus ist „altgläubig"; seine Frau sowie Tochter und Schwiegersohn sind Christen. Zur Hochzeit will er dem jungen Paar einen prunkvollen Festsaal herrichten lassen mit Mosaiken, auf denen die Liebesabenteuer des Göttervaters Zeus dargestellt sind. Nun wechselten aber zu jener Zeit die römischen Imperatoren fast noch rascher als heutzutage die Fußballtrainer; und die Herrscher sind je nach Bedarf, Neigung oder Zufall Christen oder Heiden. Mal lächelt Zeus, mal hat er nichts zu lachen.

Gewiß lächelt Zeus auch über diese reizende und intelligente Komödie, die zwar ein bißchen umständlich exponiert ist, aber zwei Vorzüge besitzt. Erstens: Andres ist kraft seiner klugen künstlerischen Ökonomie der naheliegenden Gefahr der kabarettistischen Aktualisierung entgangen; und zweitens verfügt er auch im Konversationston über eine geistig und dichterisch durchgeformte Sprache, ein Deutsch, wie es derzeit auf unseren Bühnen selten ist. Ausgerechnet diesen beiden Vorzügen wurde die Trierer Inszenierung leider nur wenig gerecht. Es fehlte ihr durchweg der nötige Charme wie auch die sprachliche Souveränität und Leichtigkeit, die dieser ironischen Komödie erst zu ihrer Luzidität verholfen hätten.

EO PLUNIEN

AUSSTELLUNGSKALENDER

Berlin: Alex Colville – Kunsthalle (bis 18. Nov.)
Picasso – Plastiken – Nationalgalerie (bis 27. Nov.)
Bielefeld: Georges Seurat – Zeichnungen – Kunsthalle Bielefeld (30. Okt. bis 25. Dez.)
Bochum: Das Prinzip Hoffnung – Aspekte der Utopie in der Kunst und Kultur des 20. Jhs. – Museum Bochum – (bis 15. Jan. 84)
Braunschweig: Walter Stöhrer – Kunstverein (30. Okt. bis 11. Dez.)
Düsseldorf: Niederländische Fliesen – Hetjens-Museum (bis 27. Nov.)
Francis Picabia – Kunsthalle (29. Okt. bis 4. Dez.)
Essen: Erich Heckel – Museum Folkwang (bis 20. Nov.)
Frankfurt: Max Beckmann – Frankfurt 1915–1933 – Städel (17. Nov. bis 12. Febr. '84)
Hannover: George Cruikshank – Wilhelm-Busch-Museum (bis 8. Jan. '84)
Karlsruhe: Gaudi als Designer – Badischer Kunstverein (27. Okt. bis 20. Nov.)
Köln: Das Land Appenzell – Rautenstrauch-Joest-Museum (bis 8. Jan. '84)
Krefeld: 15 Jahre Sammlung Lauffs – Kaiser-Wilhelm-Museum (13. Nov. bis Frühjahr '84)
Mülheim (R.): Albrecht Dürer 1471–1528 und die Graphik seiner Zeit – Kunstverein (bis 20. Nov.)
München: Boccioni und Mailand – Museum Villa Stuck (bis 18. Dez.)
Antike Kunst aus Sardinien – Prähistorische Staatssammlung (bis 29. Jan. '84)
Münster: Maria Nordman – Westf. Kunstverein (bis 4. Dez.)
Solingen: Das Messer von der Steinzeit bis heute – Klingenmuseum (bis 22. Jan. '84)
Tübingen: Zwanzig Jahre Kunst in Frankreich 1960–1980 – Kunsthalle (bis 20. Nov.)
Wuppertal: Dieter Krieg – Von-der-Heydt-Museum (bis 27. Nov.)
Xanten: Anna Kubach-Wilmsen – Stein-Bibliothek – Regionalmuseum (bis 27. Nov.)

Freibeuter des Glücks: Burt Lancaster zum 70.

Mit Witz gegen die Not

Er gehört zur alten Garde der Super-Stars von Hollywood. Wie John Wayne, Humphrey Bogart, Gary Cooper oder James Stewart verkörpert auch er einen unverwechselbaren Typ: Burt Lancaster, der Trapez-Künstler, der „rote Korsar", ein Freibeuter des Glücks, dem es freilich weniger auf die Beute, mehr auf das Ungebundene, das Vagabundieren, das Leben in seinen tatkräftigen Schattierungen ankam. Lancaster brauchte den Tisch zum Draufspringen, den Kronleuchter zur gewagten Flugrolle. Er war ein Mann der Bewegung – und darin ein Ästhet.

Wie Wayne verkörpert er den Heldentypus, aber anders als der ungekrönte König der Westernszene, der sich selbst genug war, war Lancaster stets auf der Suche: ein Mann, der brannte, der mit seinem Temperament, seiner Überzeugungskraft andere ansteckt, der das Echo (von Frauen) brauchte. Er hatte etwas Animalisches an sich, einen transitiven Charme, der sich wie in „Verdammt in alle Ewigkeit" oder in „Der Regenmacher" seine Opfer suchte. Aber auch da kam es ihm nicht auf den Erfolg an, ihn reizte das Spiel.

In „Der Regenmacher" ist er schlicht die Vollendung eines Mannes, der sich seiner Kraft und Ausstrahlung sicher ist. So wagt er sich an das schwierigste Opfer, die moralinsaure Jungfer Lizzy (Katherine Hepburn) vom platten Lande des Mittelwestens: Wie es ihm gelingt, dieser Frau Lebensfreude einzuhauchen, ist eine der Sternstunden des Hollywood-Films.

Das Temperament, das er in seinen Filmen entwickelte, entsprach dem Tempo seines Aufstiegs. 32 Jahre war der New Yorker Gelegenheitsarbeiter und Bodenakrobat alt, als er in einem eingeklemmten Fahrstuhl dem „Mann seines Lebens" begegnete: Irving Jacobs, einem New Yorker Theateragenten. Zwei Jahre später war er die Neuentdeckung Hollywoods. In den Fünfzigern wurde er im gleichen Atemzug mit Marlon Brando und Montgomery Clift genannt. Lancaster drehte einen Spitzenfilm nach dem anderen: „Verdammt in alle Ewigkeit", „Vera Cruz", „Die tätowierte Rose", „Der Regenmacher", „Elmer Gantry", für den er 1961 den Oscar erhielt, „Der Leopard", „Alcatraz".

Nach einer künstlerischen Durststrecke in den 70er Jahren erlebte er sein Comback 1980 als alternder kleiner Ganove in Louis Malles „Atlantic City". Es sind die alten Waffen, die den Erfolg bringen: der Witz in der Stunde der Not, das Unbekümmerte und die Grazie seiner Gestik.

KNUT TESKE



Gestenreicher Ästhet: Burt Lancaster in dem Visconti-Film „Gewalt und Leidenschaft" FOTO: DEFD/STS

JOURNAL

Japanischer Nobelpreis für Wissenschaftler

AFP, Tokio

Japan will eine internationale Wissenschaftlerauszeichnung nach dem Modell des schwedischen Nobelpreises schaffen. Wie offiziell in Tokio angekündigt wurde, soll die mit 50 Millionen Yen (rund 540 000 Mark) dotierte Auszeichnung für angewandte Forschung von 1985 an jährlich an zwei Wissenschaftler aus Japan oder dem Ausland vergeben werden. Der Fernost-Nobelpreis wird mit Unterstützung der Regierung von der internationalen Stiftung für Wissenschaft und Technologie geschaffen, einer privaten Organisation, die auf Initiative des Konzerngründers Matsushita entstanden ist.

EG fordert mehr Geld für den Kultursektor

VWD, Brüssel

Die Europäische Gemeinschaft sollte nicht auf die Kultur einwirken, sondern sie muß unter Wahrung des Pluralismus und unter Achtung der nationalen Werte selbst einen Beitrag zur Kultur leisten. Das fordert ein vom Ausschuß für Jugend, Kultur und Bildung einstimmig verabschiedeter Bericht über die Verstärkung der Gemeinschaftsaktionen im kulturellen Bereich. Darin wird vorgeschlagen, schrittweise ein Prozent des Gemeinschaftshaushalts für den Kultursektor bereitzustellen, was auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen würde.

Heiner Müller kritisiert „Kanonisierung" Brechts

dpa, Berlin

Mit der vorherrschenden Rezeption des Werkes von Bertolt Brecht ist der „DDR"-Dramatiker Heiner Müller hart ins Gericht gegangen. In einem Interview erklärte Müller in Ost-Berlin: „Das Problem ist, daß man die Arbeitsresultate von Brecht verwechselt mit seiner Arbeitsmethode. Brecht ist kanonisiert worden. Brecht ist heute Klassiker. Das Verhängnis ist, daß man nicht mehr darüber nachdenkt, seine Methode auch auf seine Arbeitsresultate anzuwenden. Die Bedingungen sind heute anders." Man müsse „nach der Methode fragen und nicht die Resultate zum Kanon erklären".

Gedächtnisstätten von Chr. Wagner und Mörike

DW. Marbach a. N.

„Wie ich dazu komme, als einfacher Landmann Gedichte zu schreiben, fragen mich die Leute. – Ich weiß es selbst nicht, oder richtiger gesagt: Weil ich muß." Dies ist ein Selbstbekenntnis von 1886, enthalten in dem vom Schiller-Nationalmuseum herausgegebenen Marbacher Magazin Nr. 28, „Der Dichter Christian Wagner" (bearbeitet von Harald Hepfer und Friedrich Pfäfflin, 80 S., 5 Mark), das als Begleiter für die ständige Ausstellung im renovierten Christian-Wagner-Haus in Leonberg-Warmbronn erschienen ist. Ebenfalls als literarischer Führer gedacht ist das Marbacher Magazin Nr. 27, „Mörike in Ochsenwang" (bearbeitet von Thomas Scheuffelen, 80 S., 5 Mark), das die Ausstellung im wiederhergestellten Mörikehaus in Bissingen-Ochsenwang begleitet.

PEN und VS erneuern Appell an Warschau

dpa, Berlin

Das PEN-Zentrum der Bundesrepublik und der Verband deutscher Schriftsteller (VS) haben ihre gemeinsame Erklärung erneuert, mit der die Wiederzulassung der polnischen Schriftstellerorganisationen gefordert worden war. In dem neuerlichen Appell an die polnische Regierung wird darauf hingewiesen, daß die Schriftstellerorganisationen „legitimiert und in der Lage sein müssen, die Rechte und Interessen der polnischen Autoren wahrzunehmen". Die Auflösung oder Anerkennung eines PEN-Zentrums gehörten allein in die Zuständigkeit des internationalen PEN, heißt es in dem Appell.

Geburtstagsausstellung für Stendhal

AFP, Paris

„Stendhal und Europa" heißt eine Ausstellung, die die Bibliothèque Nationale in Paris aus Anlaß des 200. Geburtstages von Stendhal bis 29. Januar zeigt. Die Exposition befaßt sich in Gemälden und Stichen vor allem mit den zahlreichen Reisen, die Stendhal durch ganz Europa geführt haben – auch in das Städtchen Stendhal, auf halbem Weg zwischen Braunschweig und Berlin, dessen Name sich der Schriftsteller als Pseudonym lieh. Stendhal, mit bürgerlichem Namen Henry Beyle, kam zunächst als Dragoner mit dem kaiserlichen Heer nach Preußen, Österreich, Rußland und Schlesien. Nach dem Fall Napoleons zog es ihn nach England und Italien. Neben Bildern dieser Stationen und Porträts der Menschen, die den Verfasser der „Kartause von Parma" beeinflußt haben, sind in der Bibliothèque Nationale auch einige rare Objekte aus des Schriftstellers persönlichem Besitz sowie Manuskripte und Zeichnungen zu sehen.

Ein Krieg mehr ad acta gelegt

ROLF GÖRTZ, Madrid

Nach einer feierlichen Messe in der kleinen Dorfkirche unterzeichneten vergangenen Sonntag der Bürgermeister von Lijar in der südspanischen Provinz Almeria und der französische Generalkonsul von Malaga einen Friedensvertrag. Schulkinder sangen, Raketen zischten, und Wein floß zum Ende des hundertjährigen Krieges, den die heute 584 Einwohner von Lijar mit Frankreich führten.

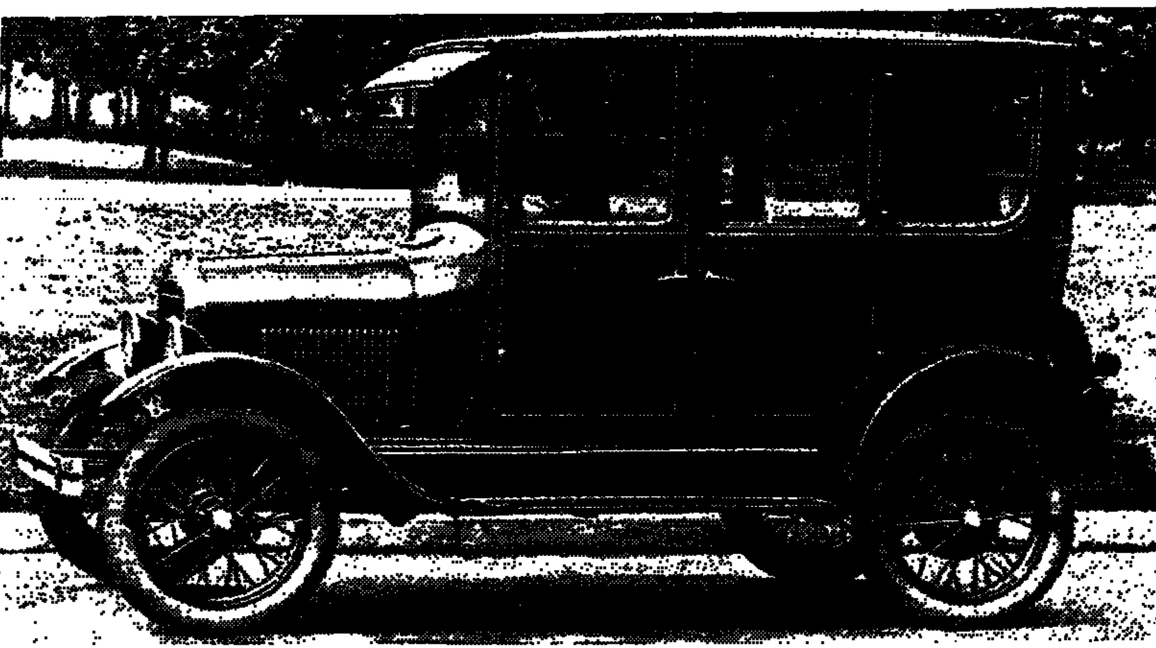
Dies ist die Geschichte, die Bürgermeister Diego Sánchez Cortez der WELT erzählte: Am 30. Oktober 1883 wurde Spaniens König Alfonso XII. in Paris vom Pöbel beschimpft und mit Steinen beworfen. Er war auf der Rückreise nach einem Besuch beim deutschen Kaiser und König von Preußen, Wilhelm I., in Berlin. Den preußisch-spanischen Beziehungen entsprang schließlich die spanische Nationalhymne, ein Marsch, den der Alte Fritz komponiert haben soll und den er einem spanischen Regiment, deren Ehrenoberst er war, offerierte. Das tat man damals so. Heute stülpt man sich dafür Doktorhüte auf die gewählten Häupter. Nun, den Berliner Besuch nahmen die Franzosen ihrem spanischen Nachbarn übel.

Eine derartige Beleidigung des spanischen Königs aber wollte der damalige Bürgermeister von Lijar, Don Miguel Garcia Saez, nicht hinnehmen. Bitter enttäuscht über die schlappe Haltung seiner Regierung in Madrid, zog Don Miguel die Konsequenzen. Im Namen seines Dorfes, das damals fast 200 Seelen zählte, erklärte er, Don Miguel, Frankreich den Krieg. In Spanien, wo man lieber der Kopf einer Maus als der Schwanz eines Löwen sein will – in Spanien handelt jeder Würdenträger auf Grund der Autorität, die er sich selbst zumißt. Schließlich hatte schon ein anderer Dorfbürgermeister, und zwar der von Mostoles bei Madrid, Napoleon den Krieg erklärt. Im Grunde genommen denkt der echte Caballero – ob Grande von Spanien, Minister, Bürgermeister oder Bettler – heute noch genauso. Der sozialistische Ministerpräsident Felipe Gonzalez erhielt gestern in einem Leitartikel den Titel „Generalissimo" – wie Franco. Das war aus Spott gemeint, aber der junge Sozialist weiß genau, daß ihm so etwas bei den Spaniern mehr nützt als schadet.

Natürlich geschah damals seit der Kriegserklärung niemals irgend etwas Kriegerisches zwischen Frankreich und Lijar, das nicht auf jeder Karte zu finden ist. Das war wohl auch nie die Absicht Don Miguels. Das Entscheidende für ihn war die Wiederherstellung der Ehre seines Königs und damit seiner eigenen als Spanier. Und dazu mußte er den Krieg erklären.

Wie Don Miguel, so sein sozialistischer Nachfolger Diego Sánches Cortez heute, hundert Jahre später: Er beendete den Krieg. Feierlich mit Unterschrift und Dokumenten – Kopie an die Regierung in Paris. (SAD)





Amerikas Autokönig Henry Ford II. (links) empfing gestern aus der Hand des Berliner Verlegers Axel Springer das Goldene Lenkrad. Es war die achte Verleihung der „Bild am Sonntag", aber die erste, mit der eine Persönlichkeit geehrt wurde. Chefredakteur Ewald Struwe (Bildmitte) kleidete das Engagement des Amerikaners für die geteilte Stadt in die Worte: „Thank you, Mr. Berlin". Mit dem legendären Ford-Modell T (Bild rechts) begann Ford 1926 seine Produktion in Berlin FOTOS: MROTZKOWSKI/FORD

Der deutsche „Auto-Oskar" geht an Henry Ford II.

F. DIEDERICHS, Berlin

„Autos, die Produkte eines Genies waren." Mit dieser Würdigung ehrte gestern der Verleger Axel Springer in Berlin einen Mann, der Automobilgeschichte schrieb und den mit Berlin Tradition und Zukunft gleichermaßen verbinden: Henry Ford II. (60), Enkel des legendären Ford-Gründers Henry Ford I. und heute Vorsitzender des Aufsichtsrates und Finanzkomitees der Ford Motor Company, erhielt aus der Hand von Axel Springer als erste Persönlichkeit das Goldene Lenkrad der „Bild am Sonntag". Üblicherweise werden mit dem Preis Automarken ausgezeichnet.

Am ersten Produktionsort von Ford in Deutschland wurde der „Auto-Oscar" damit einem Mann verliehen, der sich „mit seinen unternehmerischen Entscheidungen in hervorragender Weise um die Automobilindustrie verdient gemacht hat", so „Bild am Sonntag"-Chefredakteur Ewald Struwe in seiner Laudatio.

Verleger Axel Springer dankte Henry Ford II. vor Berliner Prominenz wie den alliierten Stadtkommandanten und Mitgliedern des Abgeordnetenhauses nicht nur für sein Berlin-Engagement, sondern auch für das Eintreten der Amerikaner für Frieden und Freiheit in Europa, Deutschland und ganz besonders Berlin. „Henry, Sie sind ein Vertreter dieser Amerikaner, die wir bewundern und respektieren", sagte Axel Springer.

Am 18. August 1925 hatte Ford erstmals begonnen, in Berlin Firmengeschichte zu schreiben: Mit einem Kapital von fünf Millionen Reichsmark trug sich das Familienunternehmen aus Detroit in das Handelsregister der Stadt ein – Henry Ford II. war damals gerade sieben Jahre alt. Mit 37 Mitarbeitern begann der Konzern am Berliner Westhafen, Modelle der T-Serie zu fertigen – ein „Touring-Fünfsitzer", der in den Vereinigten Staaten unter dem Kosenamen Tin Lizzie („Blechliese") Erfolge feierte. Im April 1926 lief an der Spree die erste Blechliese vom Band – bis August 1927 kauften die Deutschen rund 9000 Modelle der Tin Lizzie – zum Stückpreis von 3775 Reichsmark.

Als Henry Ford II. im Jahre 1943 seinen Wehrdienst bei der US-Navy abgeleistet hatte, kehrte er nach Detroit zurück. Dort übernahm er – nach einem Zwischenspiel als Manager der Fordschen Rüstungsproduktion – 1945 im Alter von nur 27 Jahren als Präsident die Automobil-Dynastie, bis er sich 1979 aus den Tagesgeschäften zurückzog und Philipp Caldwell die Regie über das Unternehmen anvertraute, das heute in rund 170 Ländern Tochtergesellschaften mit einer halben Million Beschäftigten unterhält.

Henry Ford II., von Adenauer empfangen und mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt, bewies selbst nach seinem Rückzug vom Präsidentensessel noch ein besonderes Engagement für die Stadt, der er zubilligt, „daß sie es mit den produktivsten Standorten in aller Welt aufnehmen kann". Unter seinem Vorsitz entschied der Konzern, für 110 Millionen Mark am Teltowkanal eine neue Produktionsstätte für Kunststoffteile zu errichten – 500 neue Arbeitsplätze für Berlin waren damit geschaffen. Für das kommende Jahr haben die Ford-Manager einen weiteren Ausbau ihrer Berliner Kapazitäten fest ins Auge gefaßt, so daß Ford bis Ende 1984 mehr als 1000 Berlinern sichere Arbeitsplätze bieten wird.

„Wir freuen uns, am Wachstum dieser großartigen Stadt beteiligt zu sein", sagte Henry Ford II. gestern. Und: „Investitionen in Berlin sind wirtschaftlich vernünftig – und gut für die Stadt." Selbst im Ruhestand werde er versuchen, „mit Reden Berlin zu helfen" – ein Engagement, für das Axel Springer dankte und das „Bild am Sonntag"-Chefredakteur Ewald Struwe in die Worte kleidete: „Thank you Mr. Ford, and thank you, Mr. Berlin."

Immer neue Opfer unter den Trümmern

AP, Istanbul

Zwei Tage nach dem schweren Erdbeben in der Osttürkei haben die Rettungsmannschaften mehr als 200 Opfer geborgen. Hunderte von Menschen werden noch vermißt. Die Behörden befürchten jetzt weit mehr als 2000 Tote. 500 Menschen wurden mit zum Teil schweren Verletzungen in die Krankenhäuser eingeliefert. 44 Ortschaften sind völlig zerstört worden, schätzungsweise 25 000 Menschen verloren ihr Obdach. Die Internationale Liga der Rotkreuz- und Roten-Halbmond-Gesellschaften in Genf entsandte umgehend Hilfskräfte und rief zu Geldspenden für Zelte und Decken auf. Im Unglücksgebiet herrschen bereits winterliche Temperaturen. Die türkische Rote-Halbmond-Gesellschaft schätzt den weiteren Bedarf auf 5000 Polarzelte, 30 000 Decken, 5000 winterfeste Schlafsäcke und 150 000 Quadratmeter Zeltplanen. 6000 Zelte und 35 000 Decken sind bereits auf den Weg gebracht worden.

Bundessieger vor Gericht

dpa, München

1977 wurde er beim Wettbewerb „Jugend forscht" für seine Arbeit „Die Synthese von Kokain" ausgezeichnet. Danach – so die Staatsanwaltschaft – vermarktete er seine Kenntnisse: Heute muß sich der 24jährige in einem Rauschgiftprozeß vor dem Münchner Landgericht verantworten. Er soll größere Mengen der Drogen Mescalin und Amphetamin hergestellt und über Komplizen verkauft haben.

Seltsames Hobby

SAD, Stockton

In dreimonatiger Arbeit und mit wissenschaftlicher Gründlichkeit vollendete jetzt der Professor an der Technischen Hochschule von Stockton/Kalifornien, Joseph King, einen Stuhl aus 5000 Zahnstochern. Der vier Pfund schwere Stuhl kann zehn Zentner tragen. Des Professors nächstes Zahnstocher-Projekt: eine fünf Meter hohe Nachbildung des Pariser Eiffelturms – die ebenfalls „besteigbar" ist.

Teure Rettung

dpa, London

Die Rettung des 40 Jahre alten Ingenieurs Tom McNally, der mit seinem 2,08 Meter langen Segelboot „Big C" bei dem Versuch den Atlantik aus eigener Kraft zu überqueren, gescheitert war, kommt den Abenteurer teuer. Auf 600 000 Mark belaufen sich die Kosten. Dazu McNally: „Ich wollte nicht gerettet werden. Alles, was ich wollte, war Nahrung und Wasser."

Acht Tonnen Blei inhaliert

SAD, Washington

Täglich nehmen die Bürger der USA – statistisch gesehen – mit ihrem Trinkwasser, aus der Luft und ihrer Nahrung acht Tonnen gefährlichen Bleis zu sich. Das ist das Ergebnis einer Studie, die von der US-Behörde für Umweltschutz in der Zeitschrift „Science Trends" veröffentlicht wurde. Schwere Bleivergiftungen führen über die Schädigung des zentralen Nervensystems zum Tode.

Erwartungen übertroffen

dpa, Köln

Mit mehr als 70 000 Besuchern hat das Interesse an der Internationalen Ausstellung Modelleisenbahn und -zubehör die Erwartungen der Aussteller und des Eisenbahn- und Modellbahnclubs bei weitem übertroffen. Die Publikumsmesse soll alle zwei Jahre in Köln veranstaltet werden.

Wrack der „Glomar Java Sea" geortet

Eins der beiden Rettungsboote fehlt – doch Überlebende? / Taifun hatte Tempo 300 km/h

AFP, Houston

Das seit 25. Oktober im Südchinesischen Meer vermißte amerikanische Ölbohrschiff „Glomar Java Sea" ist in 91 Meter Tiefe in der Zone geortet worden, wo das Schiff Bohrungen vorgenommen hatte. Wie der Schiffseigner gestern in Houston (US-Bundesstaat Texas) bekanntgab, steht noch nicht fest, ob es unter den 81 Mann Besatzung Überlebende gab. Eines der beiden Rettungsboote der „Glomar Java Sea" fehle. Die Suche nach den Schiffbrüchigen werde fortgesetzt. Bisher wurden lediglich zehn Schwimmwesten und zwei Fender aufgefischt.

Von dem 5926 Tonnen großen Ölbohrschiff fehlte seit einer Woche jede Spur, nachdem ein Taifun über das Gebiet gefegt war. An Bord befanden sich 42 Amerikaner, 35 Chinesen, zwei Singapurer, ein Australier und ein Filipino. Seither suchten amerikanische, vietnamesische und chinesische Rettungsmannschaften nach der „Glomar Java Sea", die nun mit Sonargeräten ausfindig gemacht wurde.

Nur eines der beiden jeweils 54 Mann fassenden Rettungsboote wurde bei dem Wrack gefunden, was auf Überlebende des Unglücks hoffen läßt. Bisher wurden jedoch nur zwei Fender und zehn Schwimmwesten, die zur Ausrüstung des gesunkenen Schiffs gehörten, aus der See geborgen. Für die Suche nach Schiffbrüchigen sind derzeit mindestens 14 chinesische Schiffe und drei Hubschrauber eingesetzt. Flugzeuge der US-Marine sollen bei der Suche nach den Vermißten helfen.

Das amerikanische Ölbohrschiff versank in einem verheerenden Taifun, der mit fast 300 km/h über das Gebiet raste. Der Energieumsatz dieser tropischen Wirbelstürme ist unvorstellbar und entspricht nach Berechnungen von Fachleuten der Explosionsgewalt von einer Million Atombomben des Hiroshima-Typs.

An Nilsen scheiden sich die Geister

CLAUS GEISSMAR, London

„Wenn ich erst im Rentneralter verhaftet worden wäre, hätte ich vielleicht Tausende von Leichen hinter mir gehabt." Diesen grauenvollen Satz hat der mutmaßliche Massenmörder Dennis Andrew Nilsen (37) dem Psychiater Paul Bowden offen ins Gesicht gesagt. Nicht ohne Stolz in der Stimme hat Nilsen auch erklärt: „Ich bin der Mörder des Jahrhunderts."

Das haben die zwölf Geschworenen im Londoner Kriminalgericht Old Bailey jetzt von dem Psychiater erfahren, der Nilsen monatelang in der Untersuchungshaft befragt hat. Der Psychiater sagt in der zweiten Prozeßwoche gegen Nilsen als Zeuge der Anklage aus. Das Gericht ist in dieser zweiten Prozeßwoche zur Kulisse eines fast mittelalterlichen Gelehrtenstreits geworden. In dem stundenlangen akademischen Duell von Juristen und Medizinern geht es nur noch um die Frage: Kann ein Mensch, der solche Taten begangen hat, normal und strafrechtlich verantwortlich sein? Um die Tatumstände wird in der Beweisaufnahme schon gar nicht mehr gestritten. Nilsen hat von Anfang an alles zugegeben. Grauenerregende Einzelheiten werden beinahe nur noch beiläufig erwähnt: Einmal ging Nilsen mit seinem Hund und einer Plastiktüte spazieren. In der Plastiktüte trug er herausgeschnittene Organe eines Opfers. Die Tüte ließ er dann irgendwo stehen.

War das eine von mehreren Handlungen, mit denen Nilsen seine Verhaftung provozieren wollte? Der Mann, der tagsüber als Beamter am Schreibtisch eines Londoner Arbeitsamtes saß, dachte nämlich sehr klar über seine Taten nach. So schrieb er einmal in sein Tagebuch: „Es wäre falsch, zu bestreiten, daß ich ein gefährlicher Killer bin." 15 oder 16 junge Männer sollen denn auch die Opfer dieses „gefährlichen Killers" geworden sein. Der homosexuell veranlagte Nilsen nahm sie mit nach Hause und tötete sie, wenn sie volltrunken oder übermüdet schliefen.

Aber wo liegen die Motive? Selbst darüber hat sich der Angeklagte Gedanken gemacht: „Es wäre einfacher, wenn meine Gründe für das Töten klinisch als Raub, Eifersucht, Haß, Rache, Sex, Blut, Wollust oder Sadismus definiert werden könnten. Aber nichts davon trifft zu."

Als Psychiater Gallwey schon zwölf Stunden im Zeugenstand doziert hat, beugt sich Lordrichter Croom-Johnson nach vorn, streckt den Zeigefinger aus seiner hermelinbesetzten, scharlachroten Robe in den Saal und sagt: „Ich fasse zusammen: Sie sind der Meinung, daß der Angeklagte immer kaltblütig getötet hat. Sie sagen, wer so kaltblütig tötet, ist nicht normal. Wer nicht normal ist, kann für seine Taten nicht voll verantwortlich sein." Der Psychiater reagiert fast mit einem Aufschrei: „Um Gottes willen, genau das habe ich nicht sagen wollen."

Das Hörsaalduell der Juristen und Mediziner endet immer und immer wieder mit Mißverständnissen. Es ist das klassische Mißverständnis zweier Fakultäten, die abnormes menschliches Verhalten aus unterschiedlicher Sicht beurteilen müssen. Die Mediziner sind sich einig: Nilsen ist nicht geisteskrank und sogar überdurchschnittlich intelligent. Aber er leidet unter einer krankhaften Störung seines Persönlichkeitsbildes. Diese Störung trägt schizoide Züge. Mehrfach weigerten sich die Psychiater, die Frage zu beantworten, ob diese Diagnose bedeuten soll, daß Nilsen im strafrechtlichen Sinne schuldunfähig oder seine Einsichtsfähigkeit gemindert ist. Psychiater James MacKeith: „Die Beantwortung dieser Frage steht mir gar nicht zu. Das ist keine medizinische, sondern eine juristische Frage."

Englands Strafrechtssystem sorgt insofern für eine Besonderheit, als der Gelehrtenstreit vom Volk entschieden wird: Unter den zwölf Geschworenen (acht Männer und vier Frauen), die allein und ohne richterliche Hilfe das Urteil sprechen werden, sitzt kein einziger Akademiker. (SAD)

WETTER: Es bleibt mild

Wetterlage: An der Nordflanke eines kräftigen Hochdruckgebietes mit Schwerpunkt über Südwestfrankreich gelangt milde Meeresluft nach Mitteleuropa. Die Ausläufer eines Tiefs über Nordskandinavien streifen Norddeutschland.

Deutscher Wetterdienst 1. November 1983, nachm.

Vorhersage für Mittwoch:
Im Westen und Südwesten gelegentlich auflockernde, sonst meist geschlossene hochnebelartige Bewölkung. Im Norden zeitweise Sprühregen. Tageshöchsttemperaturen um 10 Grad. Nullgradgrenze in den Alpen in 2600 m. Tiefstwerte in der kommenden Nacht um 5 Grad C. Im Norden frischer bis starker, sonst überwiegend schwacher Wind aus Südwest bis West.

Weitere Aussichten:
Wenig Änderung.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	11°	Kairo	24°
Bonn	12°	Kopenh.	10°
Dresden	9°	Las Palmas	24°
Essen	11°	London	14°
Frankfurt	9°	Madrid	12°
Hamburg	11°	Mailand	13°
List/Sylt	12°	Mallorca	20°
München	9°	Moskau	4°
Stuttgart	10°	Nizza	20°
Algier	18°	Oslo	10°
Amsterdam	12°	Paris	13°
Athen	19°	Prag	9°
Barcelona	16°	Rom	17°
Brüssel	12°	Stockholm	8°
Budapest	13°	Tel Aviv	29°
Bukarest	13°	Tunis	14°
Helsinki	6°	Wien	11°
Istanbul	16°	Zürich	10°

* Sonnenaufgang am Donnerstag: 7.17 Uhr, Untergang: 16.53 Uhr, Mondaufgang: 4.58 Uhr, Untergang 16.39 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Ein Pilz wächst



Was aussieht wie ein Vulkanausbruch ist das Werk von Menschenhand: Vermutlich haben Brandstifter den Riesenberg von sieben Millionen Altreifen auf der Müllkippe von Winchester im US-Bundesstaat Virginia angesteckt. Auf 20 000 Quadratmeter brannte der Gummiberg, dessen Rauch zwei Kilometer hoch stieg. Nach Ansicht von Experten wird das Feuer bis weit ins nächste Jahr hinein glimmen. Menschen kamen nicht zu Schaden. Für Stunden war die Rauchsäule die Attraktion im Umkreis von 120 Kilometern. FOTO: AP

ZU GUTER LETZT

Abgekaute Fingernägel? Porz 0203/65 697
Anzeige im General-Anzeiger